



Begegnungen – İlişkiler Hamburg und die Türkei in Geschichte und Gegenwart

Camilla Dawletschin-Linder/Amke Dietert



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg



Freie und
Hansestadt Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung
Amt für Bildung
Landeszentrale für politische Bildung

Camilla Dawletschin-Linder / Amke Dietert

Begegnungen – İlişkiler
Hamburg und die Türkei
in Geschichte und Gegenwart

Camilla Dawletschin-Linder / Amke Dietert

Begegnungen – İlişkiler

Hamburg und die Türkei
in Geschichte und Gegenwart



Die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 6 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.hamburg.de/politische-bildung werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg; Ladeneingang Dammtorwall 1

Öffnungszeiten des Informationsladens:

Montag bis Donnerstag: 13:30–18:00 Uhr,

Freitag: 13:30–16:30 Uhr

In den Hamburger Sommerschulferien:

Montag bis Freitag: 12:00–15:00 Uhr

Erreichbarkeit:

Telefon: (040) 4 28 23-48 26

(Sprechzeiten Mo, Mi, Fr: 10:00–12:00 Uhr;
Di u Do: 13:30–15:30 Uhr)

Telefax: (040) 4 28 23-48 13

E-Mail: PolitischeBildung@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Die Verfasserinnen dieser Broschüre haben die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung; Hamburg 2010. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Wissenschaftliche Betreuung und Redaktion:
Abut Can

Gestaltung:
Andrea Orth, Hamburg

Titelbild: Montage Andrea Orth, unter Verwendung eines Fotos von Michael Zapf, Hamburg, und von Roweromaniak, Wikimedia Lizenz cc-by-sa-2.5

Druck:
Schüthedruck, Hamburg

ISBN: 978-3-929728-48-4

Inhaltsverzeichnis

Einleitung _9

Kap. I. Die Geschichte des Osmanischen Reichs und der Republik Türkei
(*Camilla Dawletschin-Linder*) _18

I.1 Von der Eroberung Konstantinopels bis zum Ende des 18. Jahrhunderts _19

- Das osmanische Staats- und Gesellschaftssystem _25
- Das Osmanische Reich im 17. und 18. Jahrhundert _28
- Frühe Begegnungen – die Abwehr der „Türkengefahr“ _34
- Hamburger Schifffahrt und die „türkischen“ Piraten _38
- „Turquerie“ und Orientbilder _41
- „Orientalische Produkte“ _43

I.2 Das Zeitalter der Niederlagen und der anschließenden Reformen im Osmanischen Reich _45

- Militärreform _47
- Der Umbau der osmanischen Staats- und Gesellschaftsstruktur _50
- Die erste osmanische Verfassung, Absolutismus und Staatsstreich _53
- Das Osmanische Reich in der Weltwirtschaft _55
- Imperialismus und Abhängigkeit von den Großmächten _58
- Das Deutsche Kaiserreich und das Osmanische Reich _61
- Hamburger Handel und Schifffahrt in Begegnungen mit dem Osmanischen Reich _65

I.3 Die zweite Verfassungsperiode, der 1. Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen _71

- Das Osmanische Reich im Weltkrieg _74
- Ende eines Großreichs und der griechisch-türkische Konflikt _80
- Hanseatisch-türkische Begegnungen in Handel und Schifffahrt _85
- Begegnungen in Bildung und Wissenschaft _89

I.4 Die erste Türkische Republik _91

- Mustafa Kemal Atatürk und der „Kemalismus“ _93
- Die Ära İnönü, der 2. Weltkrieg und der Beginn der Mehrparteiendemokratie _100
- Aufstieg und Fall der Demokratischen Partei _103
- Das Zypernproblem _105

- Deutschland, Hamburg und die neue Republik Türkei _107
- Hamburger Türkei-Schiffahrt _111
- Deutsche Emigration in die Türkei _111
- Deutsch-türkische Beziehungen in der Nachkriegszeit _114

I.5 Die zweite türkische Republik 1960–1980 _116

- Die Stellung des Militärs in der Türkei _116
- Rückkehr zur Zivilregierung in den 1960er Jahren _118
- Verdeckter Militärputsch und erneute Gewalt in den 1970er Jahren _121
- Die Außenpolitik in der Zweiten Republik _122
- Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsprobleme _124

I.6 Die Türkei nach dem Putsch von 1980 bis heute _127

- Die Konflikte um die Situation der Kurden _132
- Neue Entwicklungen nach 2002 _136

Ausblick _140

Kap. II. Die Türkei und die Europäische Union (Amke Dietert) _142

- Die Geschichte der Beitrittsbemühungen _143
- Die Bedingungen für den Beitritt _145
- Über Kopenhagen nach Brüssel _146
- Die Debatte über den Beitritt der Türkei in Deutschland _151
- Erwartungen an die Europäische Union in der Türkei _152

Kap. III Einwanderung aus der Türkei nach Hamburg (Amke Dietert) _156

III.1 Einleitung _157

III.2 Zur Geschichte von Migration und Integration _162

- Die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei in Hamburg _162
- Die Lebenssituation von Migranten aus der Türkei in Hamburg _165
- Kinder türkischer Eltern in Hamburger Schulen _168

III.3 Konflikte und Lösungsbemühungen _171

- Ausländerfeindlichkeit und Gegenreaktionen _171
- Hamburg als Zufluchtsort für Flüchtlinge aus der Türkei und Zentrum der exilpolitischen Bewegungen _175

- Neue Debatten um Jugendgewalt _178
- Initiativen zur Förderung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Türken _181

III.4. Religiöse Wurzeln _184

- Islamische Gemeinden _184
- Aleviten _188
- Christen aus der Türkei _191
- Der interkonfessionelle Religionsunterricht in Hamburg _194

III.5 Beitrag der türkischen Migranten zum kulturellen Leben Hamburgs _195

- Interkulturelle Literatur _195
- Multikulturelles Theater – ein Baustein für die Integration _200
- Filmregisseure aus der Türkei in Hamburg _201
- Von der Volksmusik zu Rap und Hip-Hop – die türkisch/kurdische Musikszene in Hamburg _204

III.6 Einwanderer aus der Türkei gestalten unsere Gesellschaft mit _206

- Migranten aus der Türkei als Wirtschaftsfaktor in Hamburg _206
- Migranten türkischer Herkunft in der Hamburger Politik _210

Kap. IV. Wissenschaftliche und kulturelle Begegnungen

(Camilla Dawletschin-Linder) _224

IV.1 Die wissenschaftliche Forschung und Lehre _225

IV.2 Die Türkei in Hamburger Museen _228

- Hamburger Kunsthalle _228
- Museum für Kunst und Gewerbe _230
- Museum für Völkerkunde _231
- Internationales Maritimes Museum Hamburg _232

IV.3 Reisen und Tourismus _233

Kap. V Schlussbetrachtung: „Das Kreuz mit den Werten“ (Amke Dietert) _236

Anhang _244

Einleitung

„... damit dieses Werk ein höchstbequemes Hand-Lexicon zum Nachschlagen würde, wenn man von türkischen Staats-sachen, Personen oder anderen, auf dieses Reich und Volk sich beziehenden Dingen spräche, reden hörte oder in Büchern und Zeitungsblättern etwas läse. Ich fand dies für den wissbegierigen Theil der Menschen um so angenehmer, als noch kein Buch dieser Art jemals erschienen, – da die Werke vieler einzelner Schriftsteller der Türkei, mehr einen Leser irrig machen als belehren; – und auch nicht jeder Leser Zeit, Lust, Fleiß, Kenntnisse und Kosten hat, eine türkische Bibliothek durchzulesen und anzuschaffen, um daraus die richtigen Begriffe zu bilden und zu sammeln.“

*Johann Traugott Plant: Türkisches Staats-Lexicon.
Hamburg 1789, Vorwort, S. 3*

Kenntnisse über die Geschichte der Türkei und ihrer Bewohner – wie auch über die wechselvolle gemeinsame Geschichte Deutschlands und der Türkei – sind in Deutschland immer noch spärlich. Die Diskussion um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei und die dabei verwendeten Argumente zeigen diese Tatsache überdeutlich. Für viele liegt die Türkei historisch, politisch und kulturell außerhalb Europas. Vor dem Hintergrund der vielen Migranten, die aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind und nun auf Dauer hier leben, stellt die mangelnde Kenntnis gemeinsamer türkisch-deutscher Geschichte ein Hindernis dar für die Bemühungen, die Grenzen des gegenseitigen „Fremdseins“ zu überwinden.

Tausende Hamburger leben Tür an Tür mit türkeistämmigen Nachbarn, gehen beim türkischen Grünhöker einkaufen und beim Dönermann essen, Tausende Hamburger reisen auch jedes Jahr als Touristen in die Türkei. Sicherlich möchten einige von ihnen mehr über dieses Land wissen, ohne ihr Urlaubsgepäck mit dicken Büchern zu belasten.

Menschen, die aus der Türkei zugewandert sind, leben und arbeiten seit Jahrzehnten in Hamburg, ihre Kinder lernen in den

Schulen dieser Stadt. Auch sie wissen oft wenig von den Bezügen und Beziehungen, die ihre neue Heimat mit der ihrer Eltern verbinden. Die zweite und dritte Generation weiß oft nicht einmal etwas über die Geschichte des Herkunftslandes ihrer Väter und Mütter. Hierzu wollen wir Material bieten, das leicht lesbar ist und eine gute Zusammenfassung bietet. Damit kann man nicht nur den Geschichtsunterricht mit unmittelbaren Bezügen ergänzen und dem einseitig auf Westeuropa ausgerichteten Geschichtsbild eine Betrachtungsweise gegenüberstellen, in der die Migrantenkinder ihr familiäres Erbe wiederfinden und es mit ihrer aktuellen persönlichen Situation verbinden können.

In kurzer, komprimierter Form sachliche Informationen über die Türkei zu vermitteln und gleichzeitig den Bezug zur hamburgischen Heimat herzustellen, das ist das Ziel der vorliegenden Publikation. Es geht dabei um die gelebte Geschichte und Gegenwart zwischen den beiden Regionen und ihren Menschen.

Ganz bewusst haben wir auf viele Zahlen verzichtet und uns auf größere Zusammenhänge konzentriert. Ebenso haben wir versucht, Fachausdrücke zu vermeiden, wo es ging. Im Mittelpunkt steht die Lesbarkeit – dabei sind dann natürlich bei komplexen historischen und politischen Zusammenhängen Vereinfachungen unvermeidbar. Da es zu verschiedenen Punkten, vor allem in Problembereichen, unterschiedliche Bewertungen geben kann, übernimmt jede Autorin die Verantwortung für den Teil, der von ihr gezeichnet wurde.

Wir beginnen mit einer Übersicht über die türkische Geschichte seit der Eroberung Konstantinopels – des Ereignisses also, auf das die christliche Welt mit besonderer Aufmerksamkeit reagiert hat und das für Jahrzehnte, ja Jahrhunderte, das Bild „der Türken“ in West- und Mitteleuropa prägte. Wir benutzen hier jedoch die historisch korrekte Bezeichnung „Osmanisches Reich“ für das Vielvölkerreich, das im Volksmund im Westen als „Türkei“ bezeichnet wurde. Als „Osmanen“ werden die Mitglieder des Herrscherhauses auf dem Sultanthron in Konstantinopel, dem jetzigen Istanbul, bezeichnet. Erst im 19. Jahrhundert wurde dieser Begriff dann auch auf die Bürger des zugehörigen Reichs angewendet. Die „Türkei“ entstand erst nach dem Untergang des Osmanischen Reichs nach dem 1. Weltkrieg. Die Bezeichnung „Türke“ wurde in den vergangenen Jahrhunderten

in Westeuropa oft als Synonym für Muslim benutzt, gleich ob es sich um einen Türken im ethnischen Sinne, um einen Araber, Kurden, Berber oder einen Muslim vom Balkan handelte. Hier verwenden wir die Bezeichnung Türke erst für die Zeit, in der es zumindest Ansätze für ein türkisches nationales Bewusstsein gegeben hat, also um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert.

Die heutige Türkei ist nur einer von etwa dreißig Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs, sie ist jedoch der Nachfolgerstaat schlechthin, da sie das Herzstück des Osmanischen Reichs behalten hat: die ehemalige Hauptstadt Istanbul. Denn das Osmanische Reich erstreckte sich in seiner größten Ausdehnung von Algerien im Westen bis zum Jemen im Süden, vom Irak im Osten bis an die heutige Grenze Österreichs. Aber die Türkei hat auch ein Gemisch von verschiedenen ethnischen Gruppen und Religionen übernommen, so, wie es in vielen anderen Regionen des Nahen Ostens auch zu finden ist, denn das Osmanische Reich war nicht nur ein Vielvölkerstaat im Sinne der Addition verschiedener Völker, sondern fast überall lebten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gemischt nebeneinander. Über Jahrhunderte hinweg definierten sich die Bewohner des Reichs, wenn sie nach ihrer Identität gefragt wurden, in erster Linie über ihren Wohnort oder ihre Heimatregion, sie sagten von sich, dass sie Kairener und Damaszener, Bursaner oder Antalyaer seien. Danach definierten sie sich über ihre Religion, sie waren Muslime, Juden, „Rum“, also Griechisch-Orthodoxe, oder Armenier. Erst zum Schluss folgte – wenn überhaupt – ihre ethnische Bezeichnung, wobei diese sich oft mit der religiösen vermischte.

Die Geschichte des multi-ethnischen und multi-religiösen Osmanischen Reichs hat im Laufe der Jahrzehnte seit seinem Untergang 1918 und je nach Region verschiedene Interpretationen erfahren. Nach der Auflösung des Reichs versuchten die Nachfolgestaaten, ihre eigene Geschichte zu „erfinden“, die dem jeweiligen Nationalstaat zupass kam und mit seinem eigenen Nationalismus zu vereinbaren war. Dies galt für Griechenland ebenso wie für Bulgarien, für Syrien ebenso wie für Ägypten, und auch für die Türkei selbst. Der türkische Nationalismus hatte es anfangs schwer, sich als Nachfolger des ruhmlos verendeten Reichs zu begreifen. Daher griff die türkische Nationalgeschichte in den ersten Dekaden der Republik zurück auf die „glorreichen“ Zeiten, als die türkischen Völker in

vorosmanischer Zeit (mehr als sieben Jahrhunderte zuvor) aus Zentralasien nach Westen eingewandert waren. Erst etwa von den 1940er Jahren an versöhnte sich die Türkei mit ihrer osmanischen Vergangenheit. Nun schlug das Geschichtsbild jedoch um in eine Idealisierung und eine starre Art der Vergangenheitsbetrachtung. Vor allem die „klassische“ Zeit, die Höhepunkte der Eroberungen der Osmanen im 15. und 16. Jahrhundert, wurde zum Maßstab der osmanischen Zeiten genommen. So entstand das Bild einer ehemals angeblich harmonischen Gesellschaft, in der es wenig soziale Spannungen und keine ethnische oder religiöse Diskriminierung gegeben haben soll.

Dieses türkische Geschichtsbild war jedoch auch die Antwort auf die Art und der Weise der Geschichtsbetrachtung, die in den anderen Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs vorherrschte. Diese stellten sich nämlich vorzugsweise als über die Jahrhunderte von den Osmanen unterdrückt, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt und in ihrer religiösen und kulturellen Entfaltung behindert dar. Die griechische und die ägyptische und auch die gesamte arabisch-nationale Geschichtsschreibung sind dafür gute Beispiele.

Um die Türkei von heute verstehen zu können, sollte man versuchen, die jahrhundertealte Geschichte des Reichs abseits dieser Verzerrungen darzustellen. In diesem Buch, in dem es speziell auch um die Begegnungen mit den Deutschen und den Hamburgern im Besonderen geht, wird versucht, Grundzüge und Charakteristika dieser Region darzustellen, ohne zu sehr ins Detail zu gehen. Gleichzeitig wird erkennbar, in welchem Ausmaß schon das Osmanische Reich Teil Europas war. Nicht nur geografisch gesehen lag ein großer Teil des Reichs, nämlich die Balkanprovinzen, auf dem europäischen Kontinent. Auch politisch und wirtschaftlich kann man die Geschichte des Osmanischen Reichs als Teil der europäischen Geschichte begreifen: Die Osmanen beerbten das alte Ostrom und übernahmen viele seiner Strukturen. Gegenseitige Befruchtung und Austausch vollzogen sich über die Jahrhunderte hinweg immer über den Handel, zu vielen Zeiten auch militärisch, und in hohem Maße auf kulturellem Gebiet. Beide Seiten veränderten sich dadurch und profitierten davon – zu manchen Zeiten direkt, zu anderen wurde das Gegenüber jeweils als Spiegel benutzt, um die eigene Gesellschaft in eine bestimmte Richtung zu entwickeln. Dies geschah in West- und Mitteleuropa zum Beispiel während der Reformation, um die

christlichen Untertanen zu mehr Glaubenseifer anzuhalten, aber auch, um sie besser kontrollieren zu können. Später diente der abschreckende Hintergrund der „absoluten“ Macht des Sultans dazu, liberale Ideen in Westeuropa zu entwickeln.

Wie zu sehen sein wird, waren die Begegnungen Hamburgs mit dem Osmanischen Reich zunächst spärlich – Hamburg war vor dem Zeitalter der Dampfschiffahrt doch recht weit entfernt, und sein Handel war auf andere Teile der Welt ausgerichtet. Erst im 19. Jahrhundert dann, vor allem nach 1830, als sich das Osmanische Reich wirtschaftlich und kulturell nach Westen öffnete und sich zu reformieren begann, kam es in unmittelbaren Kontakt zu den deutschen Staaten und auch zur Freien und Hansestadt Hamburg. Das Deutsche Reich erwarb als Spätankömmling unter den Kolonialstaaten eine besondere Stellung gegenüber dem untergehenden Osmanischen Reich. Diese Sonderstellung gipfelte dann in der sogenannten Waffenbrüderschaft im 1. Weltkrieg. Doch letztlich blieb dies eine Episode, trotz ihrer viel beschworenen Präsenz vor allem im kollektiven Gedächtnis der Türken. Denn das Osmanische Reich zerfiel, und in Vorderasien entstand die Republik Türkei, die sich mit einer beispiellosen politischen Kraftanstrengung von einem theokratischen Staat in eine moderne demokratische Republik zu wandeln versuchte.

In diesen Reformprozess waren deutsche Fachleute, Wissenschaftler und Künstler mit eingebunden, aber auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel waren aktiv daran beteiligt. Die politischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit waren eng, aber nicht unproblematisch und wurden aus deutscher Sicht dadurch getrübt, dass die Türkei nicht als Bündnispartner im 2. Weltkrieg gewonnen werden konnte. Durch Ihre Zurückhaltung in dieser Hinsicht erwarb sich die Türkei einen Platz in der Runde der Nationen für die Neuordnung Europas nach 1945, doch konnte sie diese Stellung vor allem wegen ihrer innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme nicht ausnutzen.

In den 1950er Jahren trat die Türkei der NATO bei und setzte die unter Atatürk begonnene Hinwendung nach Europa fort. Insbesondere Bundeskanzler Adenauer war ein Fürsprecher dafür, die Türkei stärker an Europa anzubinden und sie in die Gemeinschaft der europäischen Staaten aufzunehmen. Dieser vor fast 50 Jahren

angestoßene Prozess ist durch viele Höhen und Tiefen gegangen, sein Ergebnis ist jedoch immer noch offen. Die Geschichte der Beitrittsbemühungen und die aktuellen Diskussionen darüber in Deutschland und in der Türkei werden in einem eigenen Kapitel zusammenfassend dargestellt.

Hamburg hat seit über 160 Jahren ein türkisches Generalkonsulat. Seit dieser Zeit – etwa seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts – nahm Hamburg auch in nennenswertem Umfang am Mittelmeerhandel teil. Die Beziehungen der Stadt Hamburg mit der Region Vorderasien waren jedoch lange Zeit einseitig, es handelte sich fast ausschließlich um den Import von landwirtschaftlichen Produkten aus Anatolien. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts luden die Schiffe im Hamburger Hafen auch Industriegüter, um sie in die Türkei zu transportieren, und nahmen Reisende mit, die von Hamburg aus in See stachen, um eine Mittelmeerkreuzfahrt zu machen.



Abb. 1
Hamburger
Hafen

Ganz anders als heute hatte Hamburg bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein keine nennenswerte türkische Gemeinde. Erst mit dem Beginn der Arbeitsmigration aus Anatolien nach Westeuropa änderte sich dieses Bild. Nun lebt bereits die dritte Generation von Migranten aus der Türkei hier bei uns, die Zahl der türkeistämmigen Hamburger beläuft sich auf rund 90 000, von denen viele inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die Migration hat ganz wesentliche Impulse für die Beziehungen zwischen Hamburg und der Türkei gesetzt. Diesem Thema ist in diesem Text daher ein großer Raum gewidmet. Neben der Arbeitsmigration war und ist Hamburg vor allem seit dem Militärputsch in der Türkei im September 1980 auch Zufluchtsort politisch Verfolgter aus der Türkei.

In den 1980er Jahren war Hamburg ein Zentrum der Diskussion über die Zukunft der politischen Arbeit im Exil. Das führte auch dazu, dass Hamburg zum Schauplatz intensiver, teilweise auch gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden unterschiedlicher politischer Richtungen wurde.

Ausländerfeindlich motivierte Morde in Hamburg gaben den Anstoß dafür, dass Türken in Deutschland sich zusammenschlossen, um sich gegen die Ausländerfeindlichkeit politisch zur Wehr zu setzen. Sie stellten auch Forderungen zur Einwanderungspolitik und nach politischer und rechtlicher Gleichbehandlung an die deutsche Politik.

Es ist inzwischen eine anerkannte Tatsache, dass der Aufenthalt der Arbeitsmigranten aus der Türkei nicht nur vorübergehender Natur ist, sondern dass faktisch eine Einwanderung stattgefunden hat, die auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft verändert. Auch die soziale Stellung der Einwanderer aus der Türkei hat sich weiterentwickelt: Angehörige der zweiten und dritten Generation erreichten – leider noch immer unterproportional im Vergleich zur gesamten Gesellschaft – höhere Bildungsabschlüsse, absolvierten qualifizierte Berufsausbildungen und gründeten eigene, oft sehr erfolgreiche Unternehmen. Aus dem kulturellen Leben Hamburgs sind die Beiträge türkeistämmiger Künstler nicht mehr wegzudenken, als Beispiel seien hier nur die Filme von Fatih Akin genannt.

Auch die Lehre und Forschung über die Türkei und die türkische Sprache haben in Hamburg eine lange Tradition. Früher war

dies ausschließlich der Universität vorbehalten, erst in den letzten Dekaden kamen andere Institutionen dazu, wie die Volkshochschule Hamburg und die Körber-Stiftung, die 12 Jahre lang ein spezielles Türkei-Programm förderte.

Schließlich ist auch in Hamburger Museen einiges mit Türkeibezug zu entdecken – dieser Überblick kann nicht vollständig sein, sondern will lediglich dazu anregen, auch dort die Begegnungen Hamburgs mit der Türkei und ihrer Kultur zu suchen.

Politisch engagieren sich die Einwanderer aus der Türkei nicht mehr nur in Verbänden zur Vertretung ihrer gruppenspezifischen Interessen, sondern sie nehmen immer mehr auch in deutschen Parteien an der politischen Gestaltung der deutschen Gesellschaft teil, deren Bestandteil sie geworden sind und in der die meisten von ihnen aufgewachsen sind.

In die Hamburger Bürgerschaft zog mit Hakkı Keskin 1993 der erste türkischstämmige Abgeordnete in ein deutsches Länderparlament ein. Drei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund, die heute in der Hamburger Politik aktiv sind, erläutern in diesem Buch die Ziele und Motive für ihr politisches Engagement.

Abschließend gehen wir auf die Diskussionen über unterschiedliche Wertvorstellungen in der Türkei und in Deutschland bzw. Europa ein. Das Argument, Religion, Kultur und Wertvorstel-



Abb. 2 Stadtansicht von Istanbul vom Bosphorus aus

lungen der Türkei seien mit denen Europas nicht vereinbar, wird nicht nur als Grund dafür angeführt, eine Aufnahme der Türkei in die EU abzulehnen, auch Schwierigkeiten des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Türken in Deutschland – und auch in Hamburg – werden damit begründet. Wir hoffen, dass wir auch in diesem Punkt zu einer differenzierteren und sachlichen Diskussion beitragen können.

Kapitel 1

Die Geschichte des und

Camilla Dawletschin-Linder

Osmanischen Reichs der Republik Türkei

1 Von der Eroberung Konstantinopels bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

Im Jahr 1453 eroberte Sultan Mehmet II. (reg. 1451–1481) die Stadt Konstantinopel, die letzte Bastion, die vom ehemaligen byzantinischen Weltreich noch übrig geblieben war. Er gehörte zur Dynastie des Hauses Osman, die sich bereits über eineinhalb Jahrhunderte hinweg in Vorderasien und in Südosteuropa ausgebreitet hatte. Schon lange zuvor war die Stadt an den Meerengen das erklärte Ziel der Osmanen gewesen. Konstantinopel, Kostantiniyye, Stambul, Istanbul – wie immer sie genannt wurde – die Weltstadt zwischen Europa und Asien war nicht nur ein strategisch äußerst wichtiger Punkt, sondern auch von jeher eine faszinierende Stadt und ist es auch noch heute. Sultan Mehmet, der den Beinamen der Eroberer erhielt, gab damit einem aufstrebenden großen Reich einen neuen Mittelpunkt, einem Reich, das über viele Jahrhunderte hinweg am Südostzipfel Europas die Verbindung zu Asien darstellte und das anders als die übrigen europäischen Reiche sich dem Islam verschrieben hatte.



Abb. 3 Mehmet der Eroberer. Porträt des zeitgenössischen italienischen Malers Gentile Bellini

nun aber wurde die „Türkengefahr“ drastisch an die Wand gemalt. Nach 1453 wurden die Europäer gewahr, dass die Osmanen nicht eines der vielen vorübergehenden Fürstentümer an ihrer Südostgrenze waren, sondern dass sie bleiben würden.

Der Machtwechsel in Konstantinopel brachte große Verluste an Menschenleben und materiellen Gütern mit sich, doch gleichzeitig wurde der Stadt wieder neues Leben eingegeben. Schon wenige Jahre später entwickelte sich die neue Hauptstadt des Osmanischen Reichs wieder zu einer der größten und bedeutendsten Städte der Alten Welt und blieb es über weitere 450 Jahre hinweg. Bis in die Anfangszeit der türkischen Republikzeit hinein war Istanbul eine kosmopolitische Stadt, ein perfektes Abbild im Kleinen, das das Völkergemisch des Osmanischen Reichs insgesamt widerspiegelte: Hier lebten neben muslimischen Türken, Persern, Tataren und Kaukasiern christlich-

Das Osmanische Reich erstreckte sich in der folgenden Zeit nicht nur auf praktisch dem gleichen Territorium wie das untergegangene 1000 Jahre alte byzantinische Reich, es übernahm auch Gewohnheitsrechte und die Steuerstruktur des Vorgängerreichs. Zusammen mit seinem zentralasiatischen, arabisch-islamischen und persischen Erbe, seiner geografischen Lage und der von den Osmanen verfolgten Politik ergab dies eine Mischung, die gleichzeitig (vorder-)asiatisch und europäisch geprägt war.

Die Eroberung der Stadt Konstantinopel war ein einschneidendes Ereignis auch in den christlichen Staaten Europas: Man hatte zwar schon mehrfach davor gewarnt, dass sich „die Türken“ ausbreiteten und eine Gefahr darstellen könnten,

orthodoxe Griechen, Armenier, Bulgaren und aus Spanien geflohene Juden. Auf der nördlichen Seite des Goldenen Horns, dem Stadtteil Pera (heute Beyoğlu), besaßen die Genuesen eine Handelskolonie, die über die Jahrhunderte hinweg immer mehr Menschen aus ganz Europa anzog, vor allem Venezianer und Franzosen.

Konstantinopel/Istanbul war das Machtzentrum der Osmanen, hier residierte der Sultan mit seinem Hof, dem Beamtenapparat und den ihm unterstehenden Truppen. Die Stadt war aber auch das Wirtschaftszentrum eines riesigen Territoriums, das in den ersten Jahrhunderten nach der Eroberung ständig weiterwuchs. Die Versorgung der Stadt, also des Hofes, der Truppen und der Stadtbevölkerung, stellte über die Zeiten hinweg immer die wichtigste Sorge der osmanischen Verwaltung dar. Die Steuereinnahmen aus den Provinzen und die Tributzahlungen aus den abhängigen Reichen und Regionen flossen in Istanbul zusammen. Hier wurden die bemerkenswertesten Bauwerke errichtet, hier lebten und wirkten Dichter und Künstler aller Sparten. Kein anderes Territorium jener Zeit war so stark auf einen Mittelpunkt ausgerichtet wie das Osmanische Reich auf Istanbul.

Der Sultan war nicht nur weltliches, sondern auch geistliches Oberhaupt. Nachdem Sultan Selim I. (reg. 1512–1520), der Enkel Mehmeds des Eroberers, Anfang des 16. Jahrhunderts Ägypten erobert hatte, nahmen die osmanischen Sultane auch den Kalifentitel an. Das heißt, sie erhoben Anspruch darauf, direkte Nachfolger des Propheten zu sein und „Beherrscher der Gläubigen“. Das Sultanat stützte sich auf ganz dem Sultan ergebene, hoch spezialisierte und gut organisierte Truppen einerseits und auf ein ausgeklügeltes Wirtschafts- und Steuersystem andererseits, das den Unterhalt des Herrscherhaushalts, der Truppen und der Reichshauptstadt sicherstellte.

Das Osmanische Reich war ganz auf Expansion ausgerichtet. Das stand einerseits im Einklang mit dem islamischen Grundsatz, das Gebiet des „Hauses des Islam“ auszuweiten, andererseits sicherten nur immer weitere erfolgreiche Eroberungen – vor allem deren materielle Ergebnisse – das Funktionieren des osmanischen Systems. Nach Mehmed dem Eroberer waren es besonders zwei Sultane im 16. Jahrhundert, die mit ihren Eroberungen dem Reich zu seiner größten Ausdehnung verhelfen: Selim I. und Süleyman I. Ersterer fügte dem Reich Großsyrien und Ägypten hinzu. Vor allem durch die

Steuern und Tributzahlungen aus dem fruchtbaren Ägypten wurde das Reich wesentlich wohlhabender. Gleichzeitig wurde es durch den Zugang so vieler arabischer Untertanen auch arabischer und islamischer. Istanbul bekam nun ein Gegengewicht in Kairo, das sowohl wirtschaftlich als auch religiös und kulturell einen zweiten Mittelpunkt neben der Hauptstadt bildete.

Sultan Süleyman I. (reg. 1520–1566), der im selben Jahr mit dem Sultansschwert umgürtet wurde, in dem Kaiser Karl V. in Aachen gekrönt wurde, dehnte das osmanische Territorium noch weiter aus. Dieser Sultan, der im Westen mit dem Beinamen „der Prächtige“ belegt, in der Türkei selbst jedoch „der Gesetzgeber“ genannt wird, eroberte nicht nur Mesopotamien bis zum Persischen Golf und verteidigte das Reich an der Ostgrenze erfolgreich gegen die Perser, sondern er stieß mit seinem Heer auch in Richtung Mitteleuropa vor – Serbien und Teile Ungarns wurden osmanisch. Schließlich be-

Abb. 4 Sultan Süleyman der Prächtige bzw. der Gesetzgeber



lagerte er 1529 mit seinen Truppen Wien. Die Residenzstadt der Habsburger und eine der größten Städte des Römischen Reichs Deutscher Nation war sein erklärtes Ziel. Ganz Europa begann, kräftig angeheizt durch die Propaganda der Fürsten und der Kirche, vor der „Türkengefahr“ zu zittern. Nach wochenlanger Belagerung musste das osmanische Heer – vielleicht auch wegen eines strategischen Fehlers – unverrichteter Dinge abziehen. Im Verlauf dieses Feldzugs waren osmanische Reitergruppen in einzelnen Ausfällen bis nach Bayern vorgedrungen – so weit wie nie zuvor.

Unter Süleyman I. und seinem Nachfolger wurde das Osmanische Reich, das ursprünglich kein Seefahrerstaat gewesen war,

auch mediterraner – es wandte sich zunehmend dem Mittelmeer und seinen Anrainerregionen zu. Im Namen der Sultane eroberten osmanische Seefahrer, die ein Verschnitt aus Admiral und Seeräuberkapitän waren, die nordafrikanische Küste und lieferten sich erfolgreiche Gefechte mit den Johanniterrittern auf Rhodos und mit den Venezianern um Stützpunkte auf dem Peloponnes und an der Adria. Während der Regierungszeit von Süleymans Nachfolgern konnten sie den Genuesen die Insel Chios und den Venezianern Zypern und Kreta abnehmen. Damit wurde das östliche Mittelmeer ein osmanisches Gewässer. Trotz der vielen kriegerischen Begegnungen blieben die Handelskontakte mit den Venezianern, den Genuesen wie auch mit den Kaufleuten von Marseille jedoch weiter bestehen, ja sie wurden sogar intensiviert, indem neue Handelsverträge geschlossen wurden, die den „Ausländern“ im Osmanischen Reich bestimmte Privilegien einräumten.

Als Sultan Süleyman I. während seines letzten Feldzugs gegen Ungarn 1566 starb, hinterließ er ein Reich, das eine Ausdehnung erreicht hatte wie nie zuvor. Daher werden seine Regierungszeit und die seines Vaters Selim I. gerne als das Goldene Zeitalter oder die klassische Periode der Osmanen angesehen. Danach, so heißt es oft in der Geschichtsschreibung, begann der Niedergang. Die Tatsache jedoch, dass das Osmanische Reich nach Süleyman I. noch mehr als 350 Jahre weiterbestand, zeigt, wie irreführend solche Interpretationen sind. Der angebliche Niedergang des Osmanischen Reichs war eher ein Ausdruck dafür, dass sich die westeuropäischen Reiche immer weniger vor ihm fürchteten.

Während der Regierungszeit Sultan Süleymans I. wurde die osmanische Gesellschaft auch stark auf den sunnitischen Islam ausgerichtet. Dies geschah vor allem in Abgrenzung zu der schiitischen Dynastie der Safawiden in Persien, die seit Anfang des 16. Jahrhunderts erstarkt waren und gegen die die Osmanen mehrere Kriege führten, bevor die beiden Reiche im Frieden von Amasya ihre gemeinsamen Grenzen so festlegten, wie sie in etwa bis heute noch existieren: Dadurch wurde das türkischsprachige Aserbaidschan safawidisch (und damit schiitisch) und Mesopotamien (der heutige Irak) mit seiner in großen Teilen schiitischen Bevölkerung osmanisch. Die heute noch in der Türkei lebenden Aleviten, Angehörige einer Reli-

gionsgemeinschaft, die aus alten anatolischen Glaubensrichtungen und schiitischem Einfluss entstanden ist, sind Nachkommen jener ländlichen schiitischen Stämme Anatoliens, die im 16. Jahrhundert von der osmanischen Zentralgewalt bekämpft und verfolgt wurden. Aus dieser Erfahrung heraus haben sie eine Art Geheimreligion entwickelt, die sie als eigenständige Religion ansehen. In der Republikzeit wurden sie zu besonders starken Unterstützern der von Atatürk verfügte Säkularisierung des Staates, da sie sich davon ein Ende der Vormachtstellung des sunnitischen Islams versprochen – eine Erwartung, die enttäuscht wurde.

Jedoch kam es zu Zeiten Süleymans des Prächtigen nicht nur zu kriegerischen Begegnungen mit den Mittel- und Westeuropäern: Im Streit mit Karl V. um Italien nahm der französische König Franz I. 1526 erste Verhandlungskontakte mit Istanbul auf. Süleyman I. war einem Bündnisangebot gegenüber aufgeschlossen, das erstmalig ein christlicher Staat dem Osmanischen Reich machte. Denn das Osmanische Reich befand sich gerade in einem Zweifrontenkrieg sowohl gegen Mitteleuropa als auch gegen die Dynastie der Safawiden in Persien. Die Verhandlungen mit Frankreich führten jedoch zu keinem formellen Vertragsabschluss. In Anbetracht der Tatsache, dass sich das osmanische Heer in dieser Zeit im Anmarsch auf Ungarn und die Grenzen des Habsburgerreichs befand, war die Anbiederung Frankreichs an die islamischen Osmanen eine pikante Angelegenheit. Die anti-türkische Propaganda in den deutschen Fürstentümern und im Habsburgerreich war nämlich religiös geprägt und versuchte, die Bevölkerung mit dem Schreckgespenst der Bedrohung des christlichen Abendlands zu mobilisieren. Der französische König störte damit die Strategie der Habsburger und der deutschen Fürsten ganz erheblich. Die Tatsache des Bündnisangebots zeigt jedoch auch, dass das Osmanische Reich als gleichwertige Kraft und als potenzieller Partner im europäischen Machtgefüge angesehen wurde.

10 Jahre später kam es dann tatsächlich zur Unterzeichnung eines ersten osmanisch-französischen Abkommens, einem öffentlich publizierten Handelsvertrag und vielleicht auch – das ist umstritten – zu einem geheimen Bündnisabkommen. In mehreren Kapiteln (daher der etwas irreführende Name „Kapitulationen“) wurden die Verpflichtungen und Zugeständnisse beiderseits niedergelegt. Französischen Staatsangehörigen wurde erlaubt, sich frei im Osmanischen

Reich zu bewegen und zu günstigen Bedingungen Handel zu treiben, sie konnten quasi exterritorial im Osmanischen Reich leben. Bei Streitigkeiten waren für sie nicht die osmanischen, sondern die französischen Konsulargerichte zuständig. Dieser Vertrag bildete nicht nur den Grundstein für eine große „fränkische“ (in osmanischer Zeit wurden Westeuropäer allgemein als „Franken“ bezeichnet) Kolonie in Istanbul und anderen osmanischen Hafenzentren, sondern auch für nachfolgende ähnliche Verträge mit anderen europäischen Staaten. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte und Jahrhunderte wurden Ausländern vom osmanischen Sultan immer weiterreichende Privilegien gewährt, die sich schließlich sehr zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung, vor allem der muslimischen Kaufleute, Händler und Unternehmer auswirkten.

Das osmanische Staats- und Gesellschaftssystem

Das Zeitalter Sultan Süleymans wurde immer wieder dazu herangezogen, um eine Art Idealbild der osmanischen Gesellschaft zu zeichnen. Der Grund dafür war lange Zeit, dass für diese Zeit Informationen besonders gut zugänglich waren. Das betraf nicht nur die osmanischen, sondern auch die „christlichen“ Quellen: Neben einzelnen Reisenden kamen durch die Kriege mit dem Habsburgerreich zahlreiche Gefangene nach Istanbul, die nach ihrer Freilassung Berichte über das von ihnen Gesehene veröffentlichten. Denn so richtig viel wusste man in Mitteleuropa – anders als in Venedig, Genua oder Marseille – nicht über den zum Erzfeind stilisierten Angreifer Wiens. Man kannte und fürchtete die streng gehaltenen und gut ausgestatteten Truppen des Sultans, vor allem die zu legendärem Ruhm gekommenen Janitscharen. Das Besondere dieser stehenden und mit Feuerwaffen ausgerüsteten Infanterietruppe war, dass ihre Mitglieder ursprünglich christliche Jungen gewesen waren. Durch das sogenannte System der „Knabenlese“ wurden sie auf dem Balkan rekrutiert, das heißt, sie wurden meist mit Gewalt, manchmal aber auch mit Zustimmung der Eltern, mitgenommen, zum Islam konvertiert, in der Türkei erzogen und je nach Fähigkeiten für die Verwaltung oder eben für die Janitscharentruppe ausgebildet. Sie lebten kaserniert und durften nicht



Abb. 5 Das Osmanische Reich zur Zeit seiner größten Ausdehnung im 17. Jahrhundert

heiraten. Auf diese Weise bildeten sie eine direkt dem Sultan ergebene, wegen ihrer Kampfkraft besonders gefürchtete Truppe.

Ein Territorium, das von der Grenze Österreichs bis zum Persischen Golf reichte, von der Krim bis auf die Arabische Halbinsel, von Tunis bis weit in den Kaukasus hinein, konnte selbstverständlich nur mit straffer Verwaltung, einheitlicher und funktionierender Rechtsprechung und besonderem Schutz des Handels und der Wirtschaft regiert werden. So wurde das Osmanische Reich zeitgleich mit den Eroberungen und der enormen geografischen Ausdehnung einerseits immer stärker zentralisiert und auf Istanbul ausgerichtet. Andererseits erfolgte durch Süleyman I. eine Weiterentwicklung der islamischen Rechtsprechung, vor allem im Sinne einer Anpassung an die immer neuen Gegebenheiten, daher sein türkischer Beiname „der Gesetzgeber“.

Das osmanische Verwaltungssystem war eine ausgeklügelte, streng hierarchische Ordnung, in der jeder sogenannte „Sklave des Sultans“,

das heißt jeder Beamte, jeder Schreiber, jeder Inspektor, seinen Platz hatte, in der auch die Verwaltung von der Spitze bis in die kleinste regionale und dienstliche Einheit hinunter genau strukturiert war. Ebenso hierarchisch war der religiöse „Apparat“ gegliedert – dieser umfasste nicht nur die Kleriker, sondern auch die Richter des Reichs. Wenn es immer wieder heißt, der Islam kenne keine Kirchenorganisation und keinen Klerus, so ist das zwar prinzipiell richtig, de facto jedoch gab es im Osmanischen Reich solch eine religiöse Institution. Angefangen von der obersten Instanz, dem Scheich des Islam, über Richter, Imame oder Lehrer bis hin zum Gebetsausrufer war die jeweilige religiöse Ausbildung staatlicherseits genau vorgeschrieben, und die Ernennung erfolgte ebenfalls durch den Staatsapparat, sodass man von einem religiösen Staatsbeamtentum sprechen kann.

In ähnlicher Weise hatte auch jeder Untertan, also jeder, der nicht zur Oberschicht des Militärs, der Beamten oder der Geistlichen gehörte, seinen Platz im sozialen Gefüge des Osmanischen Reichs. Ein Untertan definierte sich zunächst nach der Zugehörigkeit zu seinem Wohnort und gleich danach nach seiner Religionszugehörigkeit, also ob Muslim (Sunnit oder Schiit), Christ (in der Zugehörigkeit zu einer der vielen verschiedenen christlichen Konfessionen) oder Jude. Die osmanischen Herrscher bekehrten die von ihnen eroberte Bevölkerung – anders als die frühen arabischen Eroberer – nicht zum Islam, sondern beließen ihnen ihren Glauben, ihre Kirchen und ihre Geistlichkeit. Nichtmuslime wurden als „Schutzbefohlene“ bezeichnet, sie hatten weniger Rechte als Muslime, sie zahlten gesonderte Steuern, durften nicht ins Militär und unterlagen im Laufe der Dekaden wechselnden diskriminierenden Auflagen. Im Privatrecht unterstanden sie nicht der „staatlichen“ islamischen Gerichtsbarkeit, sondern der ihrer jeweiligen Religionsgemeinschaft. Diese Gemeinschaften konnten sich selbst verwalten und unter verschiedenen Bedingungen, die über die Jahrhunderte hinweg immer einmal wieder strengeren oder weniger strengen Regeln unterworfen waren, ihren Glauben ausüben. Die so oft beschworene religiöse Toleranz der Osmanen muss vor allem im Verhältnis zu den anderen europäischen Gesellschaften ihrer Zeit gesehen werden: Christen und Juden waren im Osmanischen Reich keinesfalls gleichberechtigt und wurden deutlich von den Muslimen unterschieden. Sie konnten jedoch weit sicherer leben und sich entfalten – sogar in hohe Staatsämter

aufsteigen –, als dies andersgläubigen Minderheiten in den christlichen Reichen jener Zeit möglich war.

Auch die muslimischen Untertanen hatten ihren festen Platz im Sozialgefüge, den sie nur selten verlassen konnten. Die Landbevölkerung erarbeitete den überwiegenden Teil des Reichtums – allerdings nicht für sich selbst, sondern für die Grundbesitzer, für die staatlichen Steuern und Abgaben. Durch ihre fast durchweg vorherrschende Verschuldung waren die Bauern an ihren Ort gebunden. In den Städten waren Handwerk und Gewerbe streng geregelt und überwacht, auch hier war es kaum möglich, den von Staat und Gesellschaft vorgeschriebenen Platz zu verlassen.

Das Osmanische Reich im 17. und 18. Jahrhundert

Schon die Regierungszeit Süleymans I. im 16. Jahrhundert war trotz seiner hohen diplomatischen und kulturellen Leistungen wegen der vielen Kriege eine unruhige Zeit für die Untertanen gewesen. Das 17. Jahrhundert dann prägten – ganz ähnlich wie in Mitteleuropa – auch im Osmanischen Reich innere Wirren, Rebellionen desertierter Soldaten und benachteiligter Religionsstudenten, Bauernaufstände und wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Daher konnten die Osmanen auch die politische Schwäche des Habsburgerreichs während des 30-jährigen Kriegs nicht dazu nutzen, die Eroberungsversuche in Richtung Wien zu wiederholen. Im Jahr 1593 waren die kriegesischen Aktionen an der Grenze zu Österreich wiederaufgeflammt, der neue habsburgisch-osmanische Krieg zog sich 13 Jahre hin. Mehr noch als die gescheiterte erste Belagerung Wiens hat dieser „lange“ Krieg die Angst vor den Türken in West- und Mitteleuropa geprägt. Davon wird noch die Rede sein. Der Friedensschluss von 1606, bei dem sich beide Reiche erstmals auf gleicher Augenhöhe begegneten, kam dann auch beiden Gegnern gleichermaßen gelegen.

Die Nachfolger Süleymans waren eher schwache Persönlichkeiten – die Führung des Reichs lag meist in den Händen von Großwesiren, also der höchsten Bürokraten, die sehr unterschiedliche machtpolitische Fähigkeiten aufwiesen, und von einflussreichen

Frauen aus dem Sultanshaushalt, die sich mit verschiedenen Elitegruppen verbündeten. Frauen im Sultanspalast, nämlich die Mütter der Sultanssöhne, vor allem aber die Mutter des jeweils herrschenden Sultans, hatten zu jener Zeit nicht zu unterschätzenden politischen Einfluss. In der Periode vom Anfang bis etwa in die Mitte des 17. Jahrhunderts jedoch, vor allem, wenn Kinder-Sultane auf den Thron kamen, traten sie direkt in Erscheinung. In der Geschichtsschreibung ist dies oft als die Zeit der „Weiberherrschaft“ bezeichnet worden – eine Beurteilung, die jedoch mehr über die Ansichten des Betrachters verrät, als dass sie der Tatsache gerecht würde, dass hier starke Frauen ihren politischen Einfluss direkt geltend machen konnten.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die Zeit der „Sultansfrauen“ durch eine fast 60 Jahre währende Machtperiode der Großwesire aus der Familie der Köprülü abgelöst. Das waren starke Staatsmänner mit Ambitionen für Eroberungen einerseits und die Konsolidierung des Reichs andererseits. Sie beherrschten die schwachen Sultane und führten das Reich mittels eines Klientelsystems. Das heißt, sie machten soziale Gruppen und bedeutende Familien direkt von sich abhängig. Die militärischen Auseinandersetzungen rissen nicht ab, im Norden des Reichs ging es vor allem immer wieder um Ungarn, aber auch um die Eroberung von Siebenbürgen, Moldawien und der Wallachei. Das führte zwangsweise wieder zum Krieg mit dem Habsburgerreich und damit zu einem erneuten Vorstoß der Osmanen, Wien zu erobern: 1683 wurde die Stadt zum zweiten Mal belagert. In letzter Minute kam den Belagerten ein unter polnischem Befehl stehendes Heer mit bayerischen, sächsischen, fränkischen und lothringischen Truppen zu Hilfe. Die Osmanen mussten von Wien abziehen – diesmal für immer. Nach diesem Misserfolg hatte die osmanische Armee endgültig ihren Ruf der Überlegenheit verloren.

Mehr als je zuvor war diese neuerliche Schlacht um Wien von den christlichen Machthabern als Glaubenskrieg geführt worden. Die gesamten deutschen Länder und Städte wurden zur Unterstützung und zur Finanzierung des Krieges mobilisiert. Nach Kriegsende gelangte Beutegut aus dem osmanischen Heer in die Schatzkammern vieler deutscher Fürstenhöfe. Diese prächtigen Waffen, Zelte, Standarten und anderen Utensilien sind heute in manch einem örtlichen deutschen Museum zu besichtigen.



Abb. 6 Der Springbrunnensaal im Harem des Topkapı Palastes in Istanbul

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts stieß das erstarkte russische Zarenreich als neuer Gegner der Osmanen und als Bündnisgenosse zu den mitteleuropäischen Mächten. Die Osmanen mussten von da an eine Niederlage nach der anderen einstecken – Russland entwickelte sich schnell zum neuen Hauptgegner des Osmanischen Reichs. Besonders deutlich wurde die gewandelte Lage im Jahr 1699: Im Frieden von Karlowitz verlor das Osmanische Reich erstmals große Gebiete in Ungarn und in der Ukraine – damit begann ein langer Prozess der territorialen Schrumpfung, der erst nach dem

1. Weltkrieg mit der gänzlichen Auflösung des Reichs sein Ende fand.

Das 17. Jahrhundert war gleichzeitig eine Periode großer finanzieller Probleme im Osmanischen Reich. Die ständigen Kriege ohne nennenswerte neue Eroberungen, die finanziell keinen Ausgleich für die hohen Kriegsausgaben brachten, waren ein Grund dafür. Ein anderer war der Gang der Weltgeschichte selbst: Zum einen flossen in der Folge der Entdeckung und Eroberung Amerikas große Mengen an Silberimporten nach Europa, was im Osmanischen Reich zu Geldentwertung und einer Währungskrise führte. Unter anderem konnten die Truppen nicht mehr ausreichend bezahlt werden – das wiederum führte zu Protesten und Aufständen der Soldaten, was natürlich die Kampfkraft und die Einsatzmöglichkeiten der osmanischen Armee erheblich schwächte.

Zum anderen hatten sich nach der Entdeckung der Indienroute um das Kap der Guten Hoffnung herum die internationalen Handelswege zum Nachteil des Osmanischen Reichs verändert. Es lag nun nicht mehr „auf dem Weg“, sondern im Hinterland des Welt Handels, und im Laufe des Jahrhunderts wurde das dramatisch spürbar. Die Osmanen unterhielten keine Handelsflotte wie die Briten

oder die Niederländer. Sie hatten nun auch keine nennenswerte Marine mehr; die osmanischen Seefahrer hielten eher losen Kontakt zu Istanbul und entwickelten sich immer mehr zu Abenteurern und Piraten auf eigene Kosten. Sie beteiligten sich nicht am interkontinentalen Handel, sondern machten vor allem das Mittelmeer unsicher und dehnten ihre Beutezüge auf fremde Schiffe auch entlang der spanischen und französischen Küste in den Atlantik aus. Obwohl ihre Kaperangriffe gefürchtet waren – mit den aufsteigenden Handelsflotten Westeuropas konnten sie nicht konkurrieren.

Die unter den frühen erfolgreichen Eroberersultanen herrschende starke Zentralisierung des Reichs auf Istanbul und den Sultanspalast hin war im 17. Jahrhundert bereits aufgeweicht. Zum Teil kam das auch daher, dass das Reich immer größer wurde und um das Zentrum herum wie in konzentrischen Kreisen abhängige Kleinstaaten gruppiert waren, die weitgehend selbstständig bleiben konnten, wenn sie nur ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber Istanbul nachkamen. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte sich der Prozess der Dezentralisierung weiter fort, nun jedoch auch in den zentraleren Provinzen. Örtlich ansässige Eliten oder Notabeln gewannen an politischem Einfluss. Nicht mehr die von Istanbul gesandten und streng kontrollierten Beamten bestimmten in den Provinzen, sondern einheimische Großgrundbesitzer oder Kaufleute, religiöse Gelehrte, Richter, örtliche Staatsbeamte und Steuereintreiber. Meist vereinten Mitglieder einer bedeutenden ansässigen Familie alle diese Funktionen auf sich. Vor allem durch den Erwerb der lebenslangen Steuerpacht konnten sie sich quasi als Familiendynastien etablieren. Dies war in allen Teilen des Reichs zu beobachten, in Anatolien ebenso wie in Ägypten, in Syrien oder in den Provinzen Bagdad und Basra. Auf der arabischen Halbinsel kam es in Verbindung mit einer neuen fundamentalistischen Interpretation des Islams zum Aufstieg der Wahhabitiden und der Familie der Al Saud, die sogar ihren eigenen Herrschaftsbereich begründeten – die Ahnen des heutigen saudischen Königshauses.

Gleichzeitig erreichten Kunst und Kultur sowie die Hofhaltung in Istanbul einen besonderen Höhepunkt. Das fand seinen sichtbaren Ausdruck im Bau von Palästen und ihrer Ausschmückung. Symbol für diese kulturelle Blüte wurde die gemalte und die lebende

Tulpe. Daher wurde diese Periode in der türkischen Geschichte nachträglich als die „Tulpenzeit“ bezeichnet. Sie hat uns einerseits wunderbare Ergebnisse osmanischer Hochkultur hinterlassen. Man darf jedoch andererseits nicht verkennen, dass genau diese verschwenderische Hofhaltung der Elite in Istanbul viel zu den finan-

ziellen Problemen des Reichs, zur Unzufriedenheit seiner Bevölkerung und zu seinen militärischen Niederlagen beigetragen hat.

Im 18. Jahrhundert waren die Begegnungen der Osmanen mit den Nachbarreichen zunächst nach wie vor hauptsächlich kriegerisch geprägt. Kriegsgegner blieben das Habsburgerreich, die persischen Safawiden und, wie erwähnt, nun auch das stark expandierende russische Zarenreich. Dieses verbündete sich im Donau- und Balkangebiet mit den Habsburgern und an der Ostgrenze des Osmanischen Reichs mit den Safawiden bzw. ihren Nachfolgern und wurde den Osmanen dadurch doppelt gefährlich. Nach einem halben Jahrhundert weiterer überaus

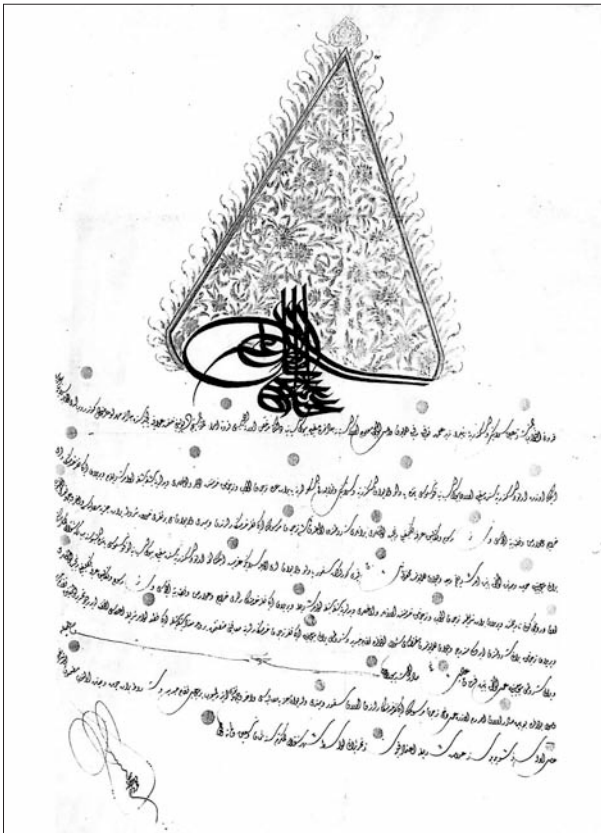


Abb. 7 Prächtig ausgeschmückter Ferman (Kaiserliches Edikt) des Sultans Abdülhamid I (reg. 1774–1789) aus dem Jahr 1784

verlustreicher Kriege, sowohl was Menschenleben als auch was die Finanzen betraf, kehrte im Osmanischen Reich erstmals eine längere Friedensperiode ein, die von 1746 bis zum ersten großen russisch-osmanischen Krieg 1768–1774 dauerte. Verstärkt gab es nun Gesandtschaften, nicht nur wie bis dahin von christlichen Staaten an den Sultanshof, sondern auch umgekehrt.

Die Osmanen selbst interessierten sich nun erstmals auch für die Erkenntnisse der Europäer in Wissenschaft, Technik und Kultur. Das starke Überlegenheitsgefühl gegenüber den christlichen Nachbarn

auf jedem Gebiet, sei es militärisch, technisch, intellektuell oder kulturell, hatte verhindert, dass die Osmanen zeitgleich am technischen und wissenschaftlichen Fortschritt in Europa teilnahmen. Dieses Phänomen ist nicht leicht zu erklären. Eine Erklärungsmöglichkeit unter anderen liegt vielleicht in der islamisch geprägten Erziehung und Bildung, die vor allem auf Überkommenes Wert legte, die insbesondere die Traditionen pflegte, Neuerungen als nicht wünschenswert betrachtete und intellektuelle Neugier nicht belohnte, sondern eher bremste.

Zu den Neuerungen, die nun im Reich eingeführt wurden, gehörte der Buchdruck, der die europäischen Gesellschaften längst revolutioniert hatte. Er wurde im Osmanischen Reich von Nichtmuslimen zwar bereits angewendet, für die islamische Mehrheitsgesellschaft und für den osmanischen Staat wurde er jedoch erst 1727 von einem zum Islam konvertierten Ungarn eingerichtet. Des Weiteren gehörte dazu auch die Kenntnis der neueren europäischen Militärtechniken und der modernen militärischen Gepflogenheiten sowie die Bereitschaft, sich von Ausländern darin unterrichten zu lassen. Zum Beispiel reorganisierte ein zum Islam konvertierter französischer Offizier zwischen 1730 und 1747 die osmanische Artillerie. Er war damit ein Vorläufer der späteren Militärberater, die mit den – vor allem deutschen – Militärmissionen im 19. und 20. Jahrhundert ins Reich kamen.



Abb. 8
Tulpenmuster auf
Keramikkacheln
aus Iznik

Frühe Begegnungen – die Abwehr der „Türkengefahr“

Die frühen „deutsch-türkischen Begegnungen“, auch die Hamburgs mit dem Osmanischen Reich, waren geprägt von dem Eindruck, den die Berichte von der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen erzeugten. Später waren das Vordringen der Armee Sultan Süleymans des Prächtigen nach Europa und die Angriffe auf Wien im 16. und 17. Jahrhundert Nachrichten über die Türken, die sich in ganz Europa verbreiteten. Wie schon erwähnt, wurden diese Kriege nicht nur von osmanischer Seite, sondern auch von christlicher Seite als Religionskriege geführt. Vor dem Hintergrund der vergangenen Kreuzzüge, die tief im kollektiven Bewusstsein der west- und mitteleuropäischen Gesellschaft verankert waren, wurde die „Türkengefahr“ als neuerliche religiöse Bedrohung für das Christentum drastisch ausgemalt. Das Bedrohungsszenario wurde jedoch insbesondere von deutschen Fürsten und Geistlichen auch dazu benutzt, die eigenen Untertanen einzuschüchtern, um Steuerzahlung und Gehorsam gegenüber der Obrigkeit einzufordern. Die sozialen Spannungen im Deutschen Reich waren groß, die unteren Stände hätten unter der Herrschaft der Osmanen, wenn sie denn Teile des Habsburgerreichs erobert hätten, nicht viel zu verlieren, ja vielleicht sogar einiges zu gewinnen gehabt. Daher mussten der Adel und der Klerus die „Türkengefahr“ mit allen propagandistischen Mitteln an die Wand malen.

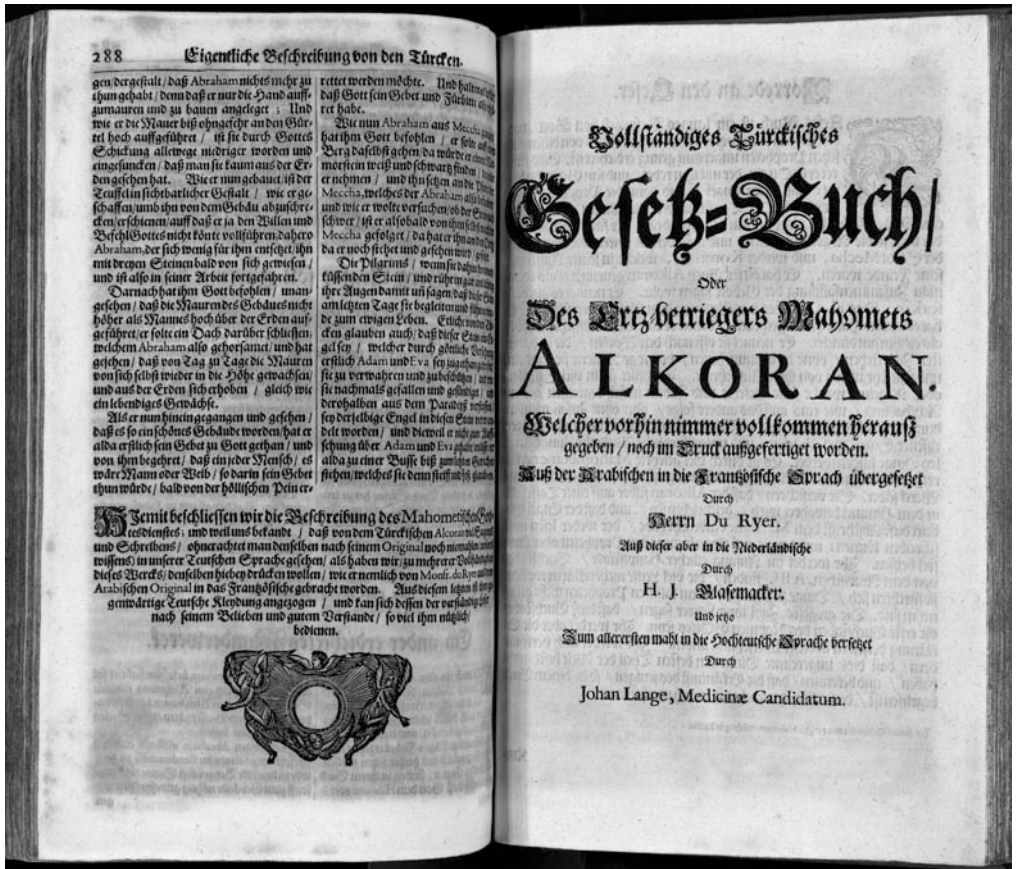
Als Gegenmittel gegen die „Türkengefahr“ wurde die „Türkensteuer“ erhoben. Bereits 1471 war auf dem Reichstag zu Regensburg von gegenseitigen Hilfeleistungen gegen die Türken die Rede. Das erste Allgemeine Reichssteuergesetz am Ende des 15. Jahrhunderts führte die Steuer als Hilfe für die bedrohte Christenheit ein. Dies war die erste regelmäßig geforderte Steuer, die in allen deutschen Fürstentümern und freien Reichsstädten im Namen des Kaisers eingezogen wurde. Die buchstäbliche Verteufelung der Osmanen oder Türken als die Erzfeinde sollte der Entrichtung dieser Kriegssteuer Nachdruck verleihen. Maßnahmen wie das Läuten der „Türkenglocken“, regelmäßige „Türkengebete“ und „Türkenprozessionen“ waren dazu da, um im gesamten Deutschen Reich die Untertanen auf eine gemeinsame Linie einzuschwören. Auch der Reformator Martin Luther benutzte das Motiv der „Türkengefahr“ für seine eigenen Zwecke. Er sah die Angriffe des Osmanischen Reichs als Strafe Gottes für die

Abkehr vom rechten christlichen Weg an und predigte zur Zeit der ersten Belagerung Wiens vehement „wider den Türcken“, gegen den jeder deutsche Mann, jedes Weib und jedes Kind zu kämpfen habe.

Während Süleyman I. vor Wien zog, hatte man in Hamburg jedoch anderes im Kopf. Hier wurden zu dieser Zeit gerade die Thesen Luthers vehement diskutiert, denn die Bürger hatten sich gegen die in ihren Sitten als verkommen angesehene Geistlichkeit gewendet. Um einen Aufstand zu verhindern, entschied sich der Rat der Stadt, die lutherische Lehre einzuführen. In den folgenden Jahrzehnten waren die Hamburger weniger mit den Türken befasst als mit den Religionskriegen im eigenen Land sowie damit, dem verfallenden Hanse-Bund wirtschaftlich etwas Neues entgegenzusetzen.

Die „Türkensteuer“ wurde jedoch auch in der vom Ort der Kämpfe so weit entfernten Stadt Hamburg erhoben. Im Hamburger

Abb. 9
Die erste deutsche Koranübersetzung von Johan Lange. Hamburg 1688



THESAURUS EXOTICORUM.

Oder eine mit Außländischen

Varitäten und Beschichten

Wohlbersehene



Schack Kammer

Fürstellend

Die ASIATISCHE, AFRICANISCHE und AMERICANISCHE

NATIONES

Der Perser / Indianer / Sinesen / Tartarn / Egypter / Barbarn / Libyer / Nigruten / Guineer / Dottentotten / Abyssiner / Canadenser / Virgerner / Floridaner / Mexicaner / Peruaner / Chilenfer / Magellanier und Brasilianer etc. Nach ihren Königreichen / Policeyen, Kleydungen / Sitten und Gottes Dienst.

Darauff folget eine Umständliche

Beschreibung von Turckey:

Der Turcken Ankunfft aller Sultanen Lebens Lauff und Bildniß: Aller hohen Staats Bedienten; Des Sultans Hoff / Regierung / Intraden, Macht und Vaallen; Wie auch ihres Propheten Mahometis Lebens. Beschreibung, und sein

Verfluchtes Befehl-Buch oder ALKORAN.

Alsdann eine Kürzbündige

Beschreibung von Ungarn:

Nach seiner Größe / Fruchtbarkeit / Macht / Städten und vielen Vestungen von Wien bis nach Constantinopel hinaus.

Da es dann Gelegenheit gibe zu Reden

Von den 4 Monarchien / der Assyrer / Perser / Griechen und Römer: Aller Kaysern / von Nimrod an bis auff den grossen LEOPOLDUM, und so dann von allen Herzogen und Königen von Ungarn sampt ihren Bildnißfen.

Hiernechst eine umständliche Beschreibung des Lebens Lauffs

Seiner Kayserl. Mayest. LEOPOLDI I.

Und des 190 annoch wehrenden bluthigen Turcken Krieges / und was in demselben Denckwürdiges in Ungarn / Pohlen und Morra vassiret.

Alles mit grosser Mühe und Fleiß aus den berühmtesten Scribenten zusammen getragen / mit schönen Kupfern und Landkarten / auch andern Figuren in sehr grosser Anzahl aufgesetzet / und denen Liebhabern zur Ergötzlichkeit heraufgegeben

Von EVERHARDO GVERNERO HAPPELIO

HAMBURG,

Bedruckt und Verlegt durch Thomas von Wiering, Buchdrucker und Formschneider bey der Börs / im Gilden A. B. C. Im Jahr 1688.

Sind auch zu bekommen in Königsberg bey Zacharias Forsteln

Dritten Rezzess (das ist eine schriftliche Übereinkunft zwischen Rat und Bürgern) von 1483, der als Eid geleistet werden musste, wenn man Hamburger Bürger werden wollte, und der in dieser Form bis 1844 galt, verpflichtete sich der neue Bürger, neben anderen Abgaben auch die „Törkenstüer“ zu „bethalen“.

Vom späten 16. Jahrhundert an wurden bereits mehr Informationen über das „Türkenreich“ zugänglich. Es erschienen nicht nur Bücher über die Geschichte der Türken, sondern auch sogenannte Türkenbüchlein. Das waren Berichte ehemaliger Gefangener über ihre Zeit am Hof in Istanbul und Reiseberichte besonders abenteuerlustiger Zeitgenossen, die das Osmanische Reich gesehen hatten. Darin kam die liberale Behandlung nicht-muslimischer Religionsangehöriger ebenso zur Sprache wie die Gesellschaftsordnung des Osmanischen Reichs, die mit ihrer sozialen Durchlässigkeit für die ständische Gesellschaft Mitteleuropas fremd, aber gewiss nicht unattraktiv war.

Hamburg hatte nicht nur eine Sammlung orientalischer Handschriften, hier erschien 1688, also ein paar Jahre nach der zweiten Belagerung Wiens, zum „allerersten mahl und vollständig“ (so die Ankündigung auf dem Titelblatt) eine deutsche Übersetzung des Korans. Der Herausgeber Johan Lange hatte sie allerdings nicht direkt aus dem Arabischen angefertigt, vielmehr war das arabische Original zuerst ins Französische, danach ins Niederländische und daraus ins Hochdeutsche übersetzt worden. Diese Koranübersetzung fand sich im Anhang zu einem größeren Sammelwerk mit dem Titel „Thesaurus Exoticorum, Oder eine mit Außländischen Raritäten und Geschichten Wohlversehene Schatz-Kammer ...“ In dieser Beschreibung exotischer Länder und ihrer Sitten in Bild und Wort widmete der Autor Eberhard Werner Happel auch zwei Abteilungen dem Osmanischen Reich:

*„Von dem Gebiet und Landschaften des Türkischen Kayzers/
und zwar zuffordertst in Europa“ und „Die andere Abtheilung: Ist
eine mit vielen Figuren gezierte Beschreibung der Türcken /
wie auch Ihrer Pracht / Hoffarth / Kleidung / Gewalt im Kriege /
Gottesdienst / Aberglauben / Freud- und Traur-Gesetze / Gebaeude /
und was sonst Wunderwürdiges.“*

Abb. 10 (S. 36)
Titelblatt von
Werner Happels
Werk über die
Türken. Hamburg
1688

Illustriert wurden die erstaunlich genauen Informationen durch Kupferstiche Melchior Lorichs, die dieser nach einer Reise in den Orient 1555–1559 angefertigt hatte. Ein Exemplar der ersten Auflage kann man noch heute in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg bewundern.

Hamburger Schifffahrt und die „türkischen“ Piraten

Hamburg war zwar weit weg von den Kriegsschauplätzen und weit entfernt von der Westgrenze des Osmanischen Reichs, es hatte jedoch andere direkte Kontakte mit „den Türken“. Da die Hamburger vor allem vom Seehandel lebten, sahen sie sich regelmäßig mit Seeräubern konfrontiert, die von der nordafrikanischen Küste aus das Mittelmeer und die Atlantikküste bis hinauf in den Ärmelkanal und bisweilen sogar noch die Elbmündung unsicher machten. Zwar war Seeräuberei üblich bei allen Nationen, insbesondere französische Kaperschiffe setzten den Hamburger Schiffen immer wieder zu. Die Piraten der sogenannten Barbaresken waren jedoch besonders gefürchtet. So nannte man die unter osmanischer Oberhoheit stehenden, aber weitgehend selbstständig agierenden Fürsten der Städte an der nordafrikanischen Küste, insbesondere Algier und Tunis und Tripolis, deren Einwohner hauptsächlich von der Piraterie lebten. Sie plünderten nicht nur die Ladungen der Schiffe, sondern nahmen auch die „christlichen“ Seeleute und Kaufleute gefangen und gaben sie nur gegen hohe Ablösesummen wieder frei. Anderenfalls wurden sie im Osmanischen Reich in die Sklaverei verkauft.

Anfang des 17. Jahrhunderts sann man in Hamburg in verschiedener Weise auf Abhilfe: Bereits 1622 wurde eine private Lösegeld-Versicherung gegründet, um die Auslösesummen zahlen zu können. 2 Jahre später richtete der Rat der Stadt die sogenannten „Sklavenkassen“ ein:

„Wir Bürgermeister und Rath der Stadt Hamburg urkunden und bekennen hiermit, nachdehm unterschiedtliche Klage vorkommen, welcher Gestaltdt nun eine Zeithero durch die Türckische und andere in großer Anzahl streifende

Sehereuber nicht allein den allgemeinen comerciis mercklichen Abbruch und Schaden zugefüget, sondern auch über das nicht wenig Schiffere und Botsleute in Barbarien gefänglich hinweg geführet, daselbst in unerträgliche Dienstbarkeit verkauft, und dermaßen unbarmherzig und Tyrannisch mit ihnen umgangen werde, das wo ferner nicht durch christliche Zusteuer den armen Gefangenen einige Hoffnung ihrer Erlösung sollte gemacht werden, zue beforchten steht, sie woll gahr auß Verzweiflung von dem wahren Christlichen allein sehligmachenden Glauben abfallen, zue der verfluchten Mahometischen Gotteslesterung sich begeben, und dadurch Leib und Seel zumahl in das ewige Verderben stürzen möchten. (...)

Erstlich sollen alle und jede Schiffere, so von dieser gueten Stadt zu Sehewerts abzusiegeln vorhaben oder von dannen wieder anhero gelangen, zue Behueff wie obgemelt nachfolgende Geldere einzubringen schuldich sein:

Für sich selbstn 2 Mark

Für den Steurmann 1 Mark 8 Schilling (...)

*„Ordnung wegen der Gefangenen in Turkey.“
Erlassen am 1.11.1624, Dokument aus dem Staatsarchiv Hamburg,
zitiert bei: Günter Sachse: Es waren Räuber auf dem Meer:
die Hamburger Sklavenkasse. München 1986, S. 132.*

Das heißt, die Seeleute mussten damit eine Lösegeldversicherung abschließen, und die Prämien dafür wurden ihnen von der Heuer einbehalten. Auch die Hamburger Kirchgänger wurden regelmäßig zu einer Spende für die in Gefangenschaft geratenen Seeleute aufgerufen. Im Museum für Hamburgische Geschichte sind kleine Holzfiguren zu besichtigen, die verschiedene in Ketten gelegte Seeleute darstellen; diese Figuren warben neben dem Opferstock in den Kirchen um eine Spende. Aus obigem Text wird auch deutlich, dass wohl immer wieder Seeleute in der Gefangenschaft zum muslimischen Glauben übertraten. Wer nachweislich übergetreten war, für den wurde kein Lösegeld bezahlt.



Abb. 11 Figur eines Opferstocks
im Hamburgmuseum

Gleichzeitig wurde das Admiralitäts-Kollegium gegründet, das sich ausschließlich um die Bewachung und Sicherung der Hamburger Schifffahrt kümmern sollte. Immer wieder verlor Hamburg Dutzende Schiffe an die Barbaresken-Piraten. Die Kaperung von acht Hamburger Schiffen Mitte des 17. Jahrhunderts führte dann dazu, dass auch Hamburger Schiffe, wie es die englischen und niederländischen Handelsflotten schon in großem Umfang längst praktizierten, zu ihrem Schutz von eigenen Kriegsschiffen begleitet wurden. Diese Maßnahme scheint jedoch nur teilweise erfolgreich gewesen zu sein. 1698 nämlich ernannte die Hamburger Admiralität einen „Sklavenvater“. Das war ein Unterhändler, der selbst oftmals ein Freigekaufter war und der sich speziell um die Auslöseverhandlungen mit den Piraten kümmern sollte. Dieser Posten bestand bis ins Jahr 1801, danach fiel seine Funktion ebenso wie das Vermögen der Sklavenkasse an die Admiralität.

Das Piratenproblem bekam die Stadt Hamburg während des gesamten 18. Jahrhunderts nicht in den Griff. Zwischen 1719 und 1747 wurden fünfzig Hamburger Schiffe mit weit über sechshundert Seeleuten von algerischen Piraten im Mittelmeer aufgebracht. Weder konnte die Stadt ihre vielen Schiffe alle begleiten und ausreichend verteidigen, noch gelang es ihr, langfristige Schutzverträge mit den Barbaresken abzuschließen, wie dies die großen Staaten taten. Zum Beispiel hatte Dänemark 1746 solch einen Vertrag abgeschlossen, nach dem gegen regelmäßige Schutzzahlungen Passierscheine für seine Schiffe erteilt wurden. Davon profitierte dann Hamburg, indem es teilweise seinen Handel über das unter dänischem Schutz stehende Altona abwickelte. Zwar kam es Mitte des 18. Jahrhunderts auch zu einem Vertrag zwischen Hamburg und Algier, in dessen Folge gegen Waffenlieferungen und die Aussicht auf jährliche Tributzahlungen alle hamburgischen Sklaven, über hundert an der Zahl, ausgelöst werden konnten. Daraufhin sperrte jedoch Spanien, das die Unterstützung der Piraten durch hamburgische Waffenlieferungen nicht hinnehmen wollte, seine Häfen für Hamburg, und der Vertrag mit Algier musste nach 2 Jahren bereits wieder aufgehoben werden. Der Handel mit Spanien entlang der Atlantikküste blieb gefährlich, vom Mittelmeerhandel wurde um die Mitte des 18. Jahrhunderts in Hamburg gänzlich abgeraten, die Schiffe hatten keinen Versicherungsschutz. Dennoch wurden immer wieder hamburgische Schiffe auf-

gebracht. Erst achtzig Jahre später, nach der Eroberung Algiers durch die Franzosen im Jahr 1830 und der Zerstörung der Piratennester, konnten Hamburger Schiffe den Weg ins Mittelmeer beruhigt wieder aufnehmen.

Interessant ist jedoch in unserem Zusammenhang, dass die Piraterie und vor allem die Berichte der freigekauften Seeleute von ihren Erlebnissen als Sklaven in Alger und anderorts in diesen Jahrhunderten das „Türkenbild“ in Hamburg mitbestimmten.

„Turquerie“ und Orientbilder

In den Anfangsjahren des 18. Jahrhunderts wich die in Europa bis dahin immer noch vorherrschende Türkenangst der Faszination an allem, was türkisch war, ja es kam zu einer regelrechten Türkenmode. Deutsche Fürstenkinder wurden in türkischen Kostümen porträtiert, an den Höfen wurden zu Maskenbällen Türkenkostüme getragen, Porzellan wurde mit türkischem Dekor bemalt, Räume türkisch dekoriert. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Literatur, die die Fantasie anregte. Um 1700 erschien in Frankreich die erste Übersetzung der Erzählungen von „Tausendundeiner Nacht“, die einige Jahre später dann auch ins Deutsche übertragen wurden. Damit wurde der Orient zum Sinnbild für Pracht und Sinneslust, zum Ausdruck von Sehnsüchten, die im puritanischen Christentum nicht erlaubt waren. Und Orient wurde gleichgesetzt mit Türkei, das heißt mit dem Osmanischen Reich. Vor allem der Begriff „Harem“, der ganz anders interpretiert wurde, als er in Wirklichkeit existierte, hatte es der europäischen Oberschicht angetan. Reiseberichte aus dem „Orient“ hatten Konjunktur – und im Gegensatz zu den früheren Berichten aus dem Osmanischen Reich waren sie nun nicht mehr geprägt von anti-islamischen Ressentiments und christlichem Kampfgeist.

In Deutschland wurden „Türkische Gärten“ angelegt und der erste Moscheebau errichtet, der allerdings nur Ausdruck der „Turquerie“ als Zierde war und keine Funktion als Gebetshaus für Muslime hatte: die Moschee im kurfürstlichen Schlosspark von Schwetzingen, die auch heute noch zu besichtigen ist. Auch die Literatur

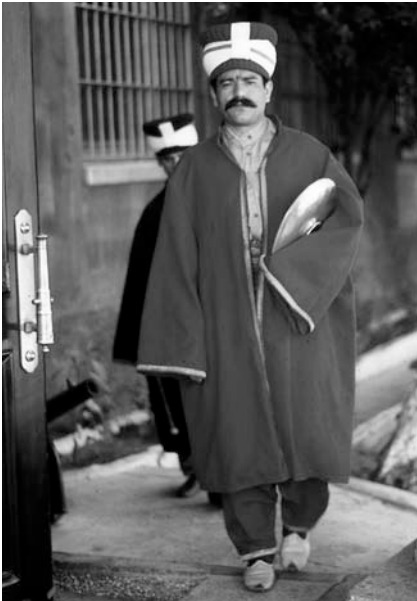


Abb. 12 Musiker der Janitscharenkapelle. Ein Beckenspieler bei einer historischen Vorführung in Istanbul, etwa 1981

wurde von der Türkenmode beeinflusst. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstand eine ganze Reihe von Dramen mit orientalischem Thema. Die bekanntesten sind wohl Lessings „Nathan der Weise“ und das Libretto zu Mozarts „Entführung aus dem Serail“, die beide in den 1780er Jahren ihre Uraufführung hatten. Sie vereinen das Klischee des grausamen oder kriegerischen „Türken“ auf der einen Seite mit der Figur des weisen Orientalen auf der anderen.

Lessings „Nathan der Weise“ symbolisiert auch heute noch die Verbindung zwischen Orient und Okzident und illustriert hervorragend das Thema „Begegnungen Türkei–Hamburg“: 230 Jahre nach der Uraufführung wurde das Stück in Hamburg von einer Laien-Theatertruppe aufgeführt, deren Mitglieder aus der Islamischen Ge-

meinde Eidelstedt und der angrenzenden evangelischen Kirchengemeinde stammten. Sie studierten zusammen das Stück ein und gewannen damit im Jahr 2007 einen Integrationspreis der Körber-Stiftung.

Auch die Furcht vor den osmanischen Elitetruppen, den Janitscharen, schlug im 18. Jahrhundert in Begeisterung und Nachahmung um. Die Janitscharen, die schon längst nicht mehr zölibatär und kaserniert lebten und nach dem Ende der „Knabenlese“ seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zu einer erblichen Truppe geworden waren, wurden in Deutschland wegen ihrer Kleidung und ihrer Musik bestaunt. Janitscharenkostüme galten als schick für Kostümfeste und Operaufführungen an deutschen Fürstenhöfen, ihre Musik, ursprünglich die „Marschmusik“ zum Kampf, wurde zum Inbegriff der „türkischen“ Musik überhaupt. Es gab Tourneen von Janitscharenkapellen durch Europa, ihre Instrumente wurden nachgeahmt und durften in keinem Orchester fehlen.

Das Ende der „Turquerie“ in West- und Mitteleuropa kam mit dem Zusammenbruch des Ancien Régime in der Französischen Revolution, mit der Abkehr vom Prunk der absolutistischen Höfe und der Hinwendung zum einfachen Leben und zur Natur. Einige Dekaden

später, im Gefolge der Expedition Napoleons nach Ägypten von 1798 bis 1801, wurde die „Turquerie“-Mode des Adels und der oberen Schichten ersetzt durch die Reiselust in den Orient, durch das Interesse an seinen Altertümern und seiner Architektur, nun vertreten durch das bildungshungrige Bürgertum. Dazu mehr im nächsten Kapitel.

„Orientalische Produkte“

Zwei Produkte aus dem Orient traten im hier beschriebenen Zeitraum einen wahren Siegeszug durch Europa an und sind uns auch heute noch erhalten: der Kaffee und die Tulpe.

Der Kaffee war nach Istanbul mit der Eroberung Ägyptens durch Sultan Selim I. gekommen. Schnell fand das aus Arabien importierte Getränk dort Verbreitung in der Oberschicht. Die ersten Kaffeehäuser außerhalb des Osmanischen Reichs entstanden dort, wo der Kontakt zu den osmanischen Türken am engsten war: in Venedig und in Marseille. Über Frankreich gelangte der Kaffee dann nach Norddeutschland.

Das erste Hamburger Kaffeehaus entstand 1677, noch vor dem ersten in Wien, das später für seine Kaffeehäuser sprichwörtlich wurde. Einer Chronik zufolge kam ein Engländer nach Hamburg und schenkte sowohl Tee als auch „Coffee“ aus, 3 Jahre später eröffnete das zweite Kaffeehaus an der Rolandsbrücke. Schon seit den späten 1660er Jahren jedoch konnte man in der Gastwirtschaft des Eimbeckschen Hauses auf dem Neß in der Altstadt, dem alten Rathaus, nicht mehr nur Bier, sondern auch Kaffee trinken. Bier war ja traditionell das wichtigste Getränk und die Biersuppe das typische Frühstück der Hamburger gewesen; über viele Jahrzehnte hinweg war Bier auch das wichtigste Exportgut der Stadt. Demgegenüber war der Kaffee ein importiertes Luxusgut, das entsprechend teuer war und zumeist über Apotheken gehandelt wurde. Das scheint die Hamburger Bürger jedoch nicht davon abgehalten zu haben, die Biersuppe recht schnell durch den Morgenkaffee zu ersetzen. Immer weitere Kaffeehäuser eröffneten und hatten guten Zulauf, trotz der hohen Steuern, die der Hamburgische Rat verhängte, weil der Kaffee dem Bier den Rang abzulaufen drohte.

Die Tulpe wurde im 16. Jahrhundert, zur Zeit Sultan Süleymans I. wahrscheinlich vor allem durch europäische Gesandte aus den königlichen Gärten Istanbuls nach Mittel- und Westeuropa gebracht. Botaniker wie auch Adlige und reiche Bürger waren begeistert. Darstellungen von Tulpen finden sich in vielfältiger Weise in der osmanischen Kunst – vor allem auf den kunstvoll bemalten Iznik-Kacheln der Moscheen und Sultanspaläste, auf Bildern und Zeichnungen, als Stoffmuster, auf Waffen eingraviert und in Möbelstücke geschnitzt. Tulpen galten im Orient als Symbol der Liebenden, sie wurden als das Sinnbild für zarte Mädchen angesehen. Schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts begann in Holland eine wahre Tulpensucht. Auch heute noch verbindet man ja die Tulpenzucht und den Tulpenexport vor allem mit Holland. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts sind Tulpen auch in Hamburg nachweisbar, in vielfältiger Art und Farbe wurden sie in den stadtnahen Gärten der reichen Kaufleute angepflanzt und vermehrt. Die Gartenbesitzer ließen die verschiedenen Sorten in speziellen Blumenbüchern detailgetreu aufmalen und so der Nachwelt erhalten. Tulpenzwiebeln waren eine Kostbarkeit und wurden teilweise wie eine Währung behandelt. Die „Tulpomanie“ wechselte sich zwischen West und Ost ab: In der Türkei erwachte die Tulpenliebe, wie schon erwähnt, dann Anfang des 18. Jahrhunderts zu neuem Leben und gab einer ganzen Epoche den Namen – in dieser Phase wurden die Tulpenzwiebeln der verschiedensten Arten aus Holland re-importiert.

Einer der ersten norddeutschen Reisenden, die einen ausführlichen Reisebericht über den Orient veröffentlichten, war der vor den Toren Hamburgs an der Niederelbe geborene Carsten Niebuhr, ein Geologe und Naturkundler, der in dänischen Diensten stand. In den Jahren 1761–1767 reiste er durch Syrien und Palästina und auf dem Landweg von Aleppo durch Kleinasien nach Istanbul, wo er im Winter 1766/67 ankam. Aus seinem daraufhin in Kopenhagen erschienenen Bericht wird auch eine Besonderheit des Osmanischen Reichs deutlich, die es stark von West- und Mitteleuropa unterschied: Niebuhr beschreibt, wie in einem riesigen Wirtschaftsgebiet mit einem eigenen Wirtschaftssystem Kaufleute und Reisende ohne die in Europa überall anzutreffenden Grenzkontrollen und ohne Zollschranken reisen, interkontinentalen Handel treiben und ihren Geschäften nachgehen konnten:

„Es ist gewiß unangenehm, wenn man auf Reisen in den Morgenländern da und dort genötigt wird [Schutzgelder] zu zahlen, obwohl man hierzu nicht verpflichtet wäre. Dennoch, glaube ich, sollte sich kein Europäer hierüber beschweren. Ich musste von Haleb [Aleppo] bis Konje [Konia], also auf einem Weg von beinahe 80 deutschen Meilen, die Pferde nicht wechseln, nirgends wurden meine Reisesäcke geöffnet und von Zollbediensteten visitiert. Wieviel Trinkgeld muss man in Europa auf einer so langen Route bloß für den Wechsel der Pferde geben! Und wie viel an die Zöllner! Sicher reist man in den Morgenländern nicht so bequem wie in Europa. Denn im Orient muß der Reisende alles mitnehmen, was er unterwegs braucht, selbst die Matratze, auf der er bei Tag sitzt und des Nachts schläft; er muß sein Essen selbst kochen, wenn er keinen Diener hat (was ihm den Ärger mit dem Wirt erspart). Aber wenn man davon absieht, ist das Reisen in den Morgenländern vergnüglicher als in Europa. Denn man findet in einer Karawane immer Leute, mit welchen man sich über mehr und besser unterhalten kann als in Europa mit einem Postkutscher.“

Niebuhr: Entdeckungen im Orient, S. 243/4

2 Das Zeitalter der Niederlagen und der anschließenden Reformen im Osmanischen Reich

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigte sich unübersehbar, dass das Osmanische Reich seinen Nachbarn militärisch nicht mehr gewachsen war. Die Kriege mit Österreich auf der einen Seite und dem Persischen Reich auf der anderen waren auch zu früheren Zeiten nicht immer erfolgreich für Istanbul verlaufen, aber es gab immer wieder Ausgleichs. Nun aber war mit dem russischen Zarenreich ein Gegner erwachsen, der stärker war, der seine Erweiterung nach

Süden aggressiv betrieb. Sein erklärtes Ziel war die Eroberung der türkischen Meerengen – was natürlich den Besitz Istanbuls, des osmanischen Zentrums, einschloss –, um einen Zugang zum Mittelmeer zu erhalten. Das wäre Russland im Verlauf des 19. Jahrhunderts sicher auch gelungen, hätten nicht die anderen europäischen Großmächte aus Sorge um das Kräftegleichgewicht in Europa dies verhindert.

Das russische Reich vernichtete 1770 die osmanische Flotte und eroberte in einem 6 Jahre dauernden Krieg osmanisches Territorium am Schwarzen Meer. Das Schwarze Meer war jahrhundertlang ein „osmanisches Meer“ gewesen, nun gingen dem Reich zum ersten Mal in seiner Geschichte Gebiete mit muslimischer Bevölkerung verloren. Welchen nicht nur politischen, sondern auch ideellen Ansehensverlust dies bedeutete, kann man erst richtig ermessen, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der osmanische Sultan auch Kalif war, das heißt als Nachfolger Mohammeds und spiritueller Führer aller Muslime angesehen wurde. Der Friedensvertrag von 1774 besiegelte die osmanische Niederlage. Zwar wurde der Sultan darin zum Schutzherrn für die Muslime unter russischer Herrschaft bestimmt – wie im Gegenzug die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich unter den Schutz des Zaren gestellt wurden –, dennoch entschlossen sich viele Muslime von der Krim nach der russischen Besetzung ins Osmanische Reich zu emigrieren.

Damit begann eine Entwicklung, die sich in Wellen bis ins 20. Jahrhundert fortsetzte: Millionen von muslimischen und zumeist türkischstämmigen Menschen flohen auf das geografisch schrumpfende Territorium des Osmanischen Reichs und später der Türkei. Man kann diese kollektive Erfahrung in der Geschichte der türkischen Gesellschaft nicht für wichtig genug ansehen. Ein großer Teil der Bewohner der heutigen Türkei hat familiäre Wurzeln in anderen Ländern, hat in der Familiengeschichte die Erfahrung von Flucht und Vertreibung gemacht, während andererseits die Bevölkerung Anatoliens immer wieder zusammenrücken und Neuankömmlinge integrieren musste. Das brachte viele positive Impulse mit sich, aber auch große Not und Unsicherheiten auf beiden Seiten.

Militärreformen

Immer wieder einmal hatte es in Istanbul nach dem Ausbleiben der großen militärischen Erfolge Ansätze zu Militärreformen gegeben. Im Jahr der Französischen Revolution, deren Auswirkungen das Reich allerdings erst ein paar Jahrzehnte später erreichten, kam mit Selim III. (reg. 1789–1807) ein Sultan auf den Thron, unter dem erstmals ernsthafte Reformen in der Organisation und Ausstattung des osmanischen Militärs vorgenommen wurden. Sie wurden unter dem Begriff „Neue Ordnung“ bekannt. Dies war gleichzeitig auch der Name eines neu gegründeten Militärkorps. Es wurde parallel zur bestehenden Armee aufgestellt, da man erkannte, dass das Heer in seiner alten Struktur nicht reformierbar sein würde. Als Berater und Ausbilder kamen erstmals größere Gruppen von Europäern ins Reich, darunter auch deutsche Offiziere. Dazu wurden Lehrbücher aus westlichen Sprachen ins Türkische übersetzt. Das Fenster nach Westen, durch das man vorher nicht einmal für nötig gehalten hatte, überhaupt durchzublicken, wurde weit aufgestoßen.



In Selims III. Herrscherzeit fallen ein osmanisch-preußischer Bündnisvertrag sowie die Einrichtung erster ständiger osmanischer Botschaften in den großen europäischen Städten, wie London, Paris, Wien und schließlich auch 1796 in Berlin.

Doch Selims Reformen waren nicht dauerhaft erfolgreich. Der Besitzstand des traditionellen Militärs war zu stark, die innenpolitischen Widerstände waren unüberwindbar, die außenpolitischen Probleme für einen Staatsumbau im Inneren nicht zuträglich. An den Rändern des Reichs versuchten sich mächtige Gouverneure der unmittelbaren Kontrolle des Zentrums zu entziehen. Eine der wichtigsten und finanzkräftigsten Provinzen des Reichs, Ägypten, wurde

Abb. 13 Grabstein des Großwesirs Halil Hamit Pascha (1736–1785) auf dem Friedhof in Üsküdar. Der Großwesir wurde wegen seiner Reformfreudigkeit hingerichtet.

angegriffen, ohne dass Istanbul sie verteidigen konnte. Napoleons Expedition nach Ägypten ließ die dortige Ordnung völlig zusammenbrechen und offenbarte, wie marode das innenpolitische System in Kairo war und wie wenig Einfluss die Osmanen dort hatten. Nach dem Abzug der Franzosen entschied der von den Osmanen eingesetzte neue Gouverneur Muhammed Ali die politischen Nachfolgekämpfe für sich. Er führte zwar noch weiterhin Steuern an Istanbul ab, agierte ansonsten jedoch selbstständig und begründete eine eigene Dynastie in Kairo.

Was sowohl die Kriege selbst als auch die im Anschluss daran an die Sieger zu zahlenden Reparationen den osmanischen Staat kosteten, kann man sich vorstellen. Dazu kamen die Ausgaben, die die Reformen verursachten. In Anbetracht der Tatsache, dass schon lange keine Einkünfte mehr aus neu eroberten Territorien flossen, musste dies alles durch Steuern von der Bevölkerung aufgebracht werden. Reformen im Steuersystem bedeuteten vorerst nur, dass die Steuerschraube angezogen wurde und verstärkt und effizienter Steuern eingezogen wurden. Diese Lasten trug zum überwiegenden Teil die unter traditionellen, unwirtschaftlichen und unsicheren klimatischen Bedingungen produzierende Landbevölkerung.

Als Selim 1807 erst gestürzt und ein Jahr später sogar ermordet wurde, ließ sich sein Nachfolger dies eine Lehre sein. Sultan Mahmud II. (reg. 1808–1839) wartete erst einmal mit Neuerungen, bis er seine Macht innenpolitisch gesichert hatte. Er und seine Berater erkannten außerdem, dass eine Militärreform allein ohne Reformen in der zivilen Verwaltung nichts bewirken würde. Sie begannen daher mit einer grundlegenden Verwaltungs- und Finanzreform. Die Provinzen sollten wieder enger von Istanbul kontrolliert und dadurch effektiver besteuert werden.

Außenpolitisch befand sich das Reich im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer wieder im Krieg mit Russland. Doch hätte das Zarenreich sich das osmanische Territorium einverleibt, wäre das europäische Gleichgewicht empfindlich gestört worden. Diese Sichtweise, diese Angst vor der russischen Übermacht, beherrschte die europäische Politik das gesamte Jahrhundert hindurch. Wechselnde Allianzen der übrigen europäischen Staaten sorgten dafür, dass das alsbald zum „Kranken Mann am Bosphorus“ gewordene Osmanische Reich in seinen Kernlanden am Leben gehalten wurde.

Als das berühmte Janitscharenkorps, das seine Stellung durch die Armeereformen gefährdet sah, 1826 rebellierte, nutzte Mahmud II. die Gunst der Stunde, löste es auf und ließ seine Mitglieder umbringen. Erst jetzt konnten sich die neue osmanische Armee und damit auch der Geist der modernisierenden Reformen, gleichzeitig aber auch ein verstärkter Zentralismus, durchsetzen.

Zu spät: Von allen Seiten wurde das Reich angegriffen. Im Inneren kämpften die Griechen seit 1820 für einen selbstständigen Staat. Dies empfand die osmanische Zentralverwaltung als besonders treulos. Mit europäischer Unterstützung entstand 1832 auf einem kleinen Teil des heutigen Griechenlands mit Athen als Hauptstadt eine unabhängige Monarchie, deren Herrscherhaus man sich von den Bayern ausleihen musste. Der neu erstandene griechische Staat beflügelte von da an die Fantasie klassisch gebildeter Europäer. In ihren romantischen Vorstellungen war das antike Griechenland, die Wiege der europäischen Philosophie und Kunst, wiederauferstanden. Daher hatte ihm die volle Unterstützung der Europäer zu gelten, vor allem, wenn es um Streitigkeiten mit dem Osmanischen Reich ging. Diese westeuropäische Sichtweise hatte nach dem 1. Weltkrieg verheerende Folgen für die Griechen, wie noch zu sehen sein wird.

Russland griff auf dem Balkan und im Kaukasus an; im Mittelmeer ging die osmanisch-ägyptische Flotte in der Seeschlacht von Navarino 1827 gegen die vereinigten Flotten Englands, Frankreichs und Russlands unter. Die damit ermöglichte Besetzung von Algier durch die Franzosen, der Beginn des französischen Siedlungskolonialismus in Nordafrika und später im Nahen Osten generell, hatte Auswirkungen bis nach Hamburg. England besetzte das entfernteste Ende des Osmanischen Reichs im Süden der Arabischen Halbinsel, indem es sich 1839 Aden einverleibte.

Gleichzeitig jedoch wurde das Osmanische Reich immer weiter nach Europa integriert: 1830 fuhren die ersten türkischen Studenten zum Studium nach Paris, England lieferte militärische und industrielle Güter, Preußen begann, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, und schickte die erste Militärmission. Sie zeigte, obwohl ihr unmittelbar keine weitere folgte, lang anhaltende Wirkung und begründete den guten Ruf Preußens – und später Deutschlands – in der Türkei. Der Leiter der Militärmission, Helmuth Graf von Moltke, und seine Begleiter wirkten 5 Jahre lang in Istanbul, behielten



Abb. 14 Der Leiter der preußischen Militärmission Helmuth Graf von Moltke (1800–1891)

jedoch den Status eines preußischen Offiziers bei. Mit seinen Aufzeichnungen unter dem Titel „Briefe über Zustände und Begebenheiten in der Türkei“ aus den Jahren 1835 bis 1839, die 1841 erstmals in Berlin veröffentlicht und bis zum Ende des Jahrhunderts immer wieder aufgelegt wurden, erreichte Graf Moltke ein großes Publikum in Deutschland, dem er das Osmanische Reich nahebringen konnte.

Der Umbau der osmanischen Staats- und Gesellschaftsstruktur

Die Zeit vom Tod Sultan Mahmuds II. 1839 bis zum Dreisultansjahr 1876 wird als die eigentliche Reformzeit des Osmanischen Reichs angesehen und als Ära der Tanzimat bezeichnet: „Tanzimat-i hayriyye“, das heißt „wohlwollende Verordnungen“, nannten sich die Erlasse, die Mahmuds Söhne unter dem Einfluss mächtiger reformwilliger und westlich ausgerichteter hoher osmanischer Beamter verkündeten. Die Veränderungen wurden von der Staatsspitze aus angestoßen und dann diktiert – dies war ein Charakteristikum der neueren türkischen Geschichte, das auch für die Republikzeit weiter galt. Die neuen Verordnungen schlossen Reformen auf vielerlei Gebieten ein, in letzter Konsequenz bedeuteten sie die Umwandlung des theokratischen osmanischen Staates mit einem religiösen Rechtswesen in eine Monarchie nach westeuropäischem Muster.

Nun wurde auch das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen im Reich auf eine neue Basis gestellt. Zum ersten Mal wurde allen Bewohnern des Reichs Sicherheit der Person, des Vermögens und Schutz ihrer Ehre öffentlich zugesichert. Alle – gleich welcher Konfession – sollten gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten bekommen. Dies wiederum stellte den Anfang einer Entwicklung dar, in der Untertanen zu Bürgern, und zwar zu gleichberechtigten Bürgern eines Staates werden sollten. Noch deutlicher wurde dies in einer zweiten Sultansverordnung, dem sogenannten Rosengarten-Erlass vom Jahr 1856.

Die Gleichstellung bedeutete, auch die bis dahin davon verschonten Christen und Juden mussten Militärdienst ableisten, und das islamisch geprägte Rechtswesen musste grundlegend reformiert werden. In der Tat fing man an, westeuropäisches Recht zu übernehmen; nach dem Vorbild westlicher Staaten, vor allem Frankreichs, wurden neue Gesetzbücher geschaffen. Im Jahr 1850 trat das neue Handelsgesetzbuch, im Jahre 1858 das Strafgesetzbuch, im Jahr 1879 die Strafprozessordnung und die Zivilprozessordnung in Kraft, die eine fast wortwörtliche Übersetzung der entsprechenden französischen Gesetze waren. Aber in der Recht sprechenden Praxis herrschte Verwirrung; neben den neuen Gerichten arbeiteten die islamischen Gerichte, die Gerichte der nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften und die Konsulargerichte weiter. Denn im Privatrecht blieb das religiöse Recht der jeweiligen Religionsgruppen – ob Muslime, Christen oder Juden – bestehen. Ein weiterer Konfliktpunkt war der Militärdienst für Christen, die sich nicht darum rissen, eingezogen zu werden. Für sie war die Möglichkeit geschaffen worden, sich durch Zahlungen davon freizukaufen, was verständlicherweise wiederum die Muslime erzürnte.

Sinnbildlich für die Veränderungen war der Umzug des Sultans vom Topkapı-Serail auf der alten byzantinisch-osmanischen Stadtseite in den nach französischem Muster errichteten Dolmabahçe-Palast, weit draußen am Ufer des Bosphorus in dem Teil der Stadt, der ursprünglich nur von Nichtmuslimen und Ausländern bewohnt wurde. Der Sultan trug nun europäische Kleidung, der Palast wurde mit europäischen Möbeln ausgestattet, die Oberschicht fuhr in Kutschen und besuchte Konzerte und Opernabende in den europäischen Botschaften.

Das Bild wird jedoch nur vollständig, wenn man alle diese Reformen vor dem außenpolitischen Hintergrund des Reichs sieht: Der Sultan wurde von den europäischen Großmächten zu diesen Veränderungen gedrängt. Ihr Ziel war es, gleiche Rechte für ihre jeweiligen christlichen „Schutzbefohlenen“ zu erreichen, vor allem aber, dem Handel und Kapital ihres jeweiligen Landes die Vormachtstellung im Osmanischen Reich zu sichern. Davon später noch ausführlicher.

Sultan Abdülaziz (reg. 1861–1876), der 1861 seinem Bruder auf den Thron in Istanbul folgte, war der erste Sultan, der einen

Staatsbesuch im Ausland machte – auch das ein Zeichen dafür, dass sich das Osmanische Reich nicht mehr von Europa abschotten wollte. Anlässlich der Pariser Weltausstellung 1867 unternahm er eine Europareise, während der er auch nach Koblenz kam und eine Rheinfahrt machte. Begleitet wurde er von seinem Neffen, der dann als Sultan Abdülhamid II. sein Nachfolger wurde und auf den dieser Besuch einen nachhaltigen Eindruck gemacht haben muss. In die Regierungszeit von Abdülaziz, in der die Reformen von fähigen Staatsbeamten weitergeführt wurden, fiel zum einen der osmanische Staatsbankrott, zum anderen die Entstehung einer inner-osmanischen Opposition. Auch im Osmanischen Reich waren die Grundgedanken der Französischen Revolution nun angekommen. Vor allem Intellektuelle for-

Abb. 15 Sultan Abdülaziz (reg. 1861–1876) auf Staatsbesuch in Koblenz 1867



derten die Einhaltung individueller und bürgerlicher Rechte und mehr Mitsprache, das heißt eine demokratische Entwicklung. Es bildeten sich verschiedene politische Gruppen, die sich jedoch nur im Ausland – zu meist in Frankreich – frei äußern konnten. Sie propagierten ihre Ideen mittels Zeitungen, die sie ins Reich schmuggelten.

Im Dreisultansjahr 1876 wurde Abdülaziz abgesetzt, sein Nachfolger erwies sich als psychisch instabil, was den bereits erwähnten Abdülhamid II. auf den Thron brachte. Vielfach als despotischer Sultan oder auch „roter“ Sultan tituliert (wegen seiner Verfolgung und Ermordung von Gegnern) regierte er bis 1908 bzw. 1909, verhasst bei vielen seiner aufgeklärten Untertanen und bis heute im Urteil der türkischen Geschichte eine umstrittene Figur.

Die erste osmanische Verfassung, Absolutismus und Staatsstreich

Gleich nach seiner Thronbesteigung jedoch sah die Entwicklung sehr positiv aus, der neue Sultan stimmte nämlich einer Verfassung für das Osmanische Reich zu, der ersten Verfassung eines muslimischen Landes überhaupt. Dieses Grundgesetz machte alle Untertanen zu gleichberechtigten Osmanen und gewährte ein indirektes Wahlrecht. Ein Parlament sollte gewählt werden, in dem sich Abgeordnete aus all den vielen verschiedenen Provinzen des Reichs in Istanbul zusammensetzen sollten: aus Medina wie aus Basra, aus Jerusalem wie aus Trabzon. Die Verfassung bestimmte jedoch gleichzeitig den Sultan zum unantastbaren Hüter der Religion und zum über dem Gesetz stehenden Herrscher. Verschiedene europäische Vorbilder hatten bei der Ausarbeitung Pate gestanden, nicht zuletzt auch die preußische Verfassung. Das erste osmanische Parlament trat 1876 zusammen, seine Arbeit wurde jedoch sehr bald unterbrochen.

Ein neuerlicher russisch-türkischer Krieg und der damit verbundene absolute Notstand boten dem Sultan die Gelegenheit, die von ihm ungeliebte Verfassung außer Kraft zu setzen und wieder absolutistisch zu regieren. Die darauffolgende Zeit wird in der türkischen Geschichte die despotische Periode genannt, denn nun wurde jegliche Opposition und freie Meinungsäußerung verboten, die Untertanen wurden überwacht und bespitzelt. Sultan Abdülhamid II. war paranoid und fürchtete beständig um sein Leben. Mit seinen drakonischen Maßnahmen befand er sich jedoch in guter europäischer Gesellschaft, im Russischen Reich oder im Wilhelminischen Kaiserreich herrschte ebenfalls keine Meinungsfreiheit. Letztlich waren diese Maßnahmen jedoch das verzweifelte Bemühen eines Staatsapparates, die Zentralgewalt wiederherzustellen und den Zerfall des Reichs aufzuhalten, um zu überleben.

Wie bereits zu Anfang dieses Kapitels beschrieben, war die osmanische Gesellschaft des Kernlandes, also Istanbul und Anatoliens, nach 1770 vielen Flüchtlingswellen ausgesetzt. Nach dem russisch-türkischen Balkankrieg von 1877/78 kam es zu besonders traumatischen Ereignissen. Den Friedensbestimmungen und dem Kongress von Berlin zufolge verlor das Reich auf dem Balkan zwei Fünftel

seines Gesamtterritoriums und etwa 5 Millionen seiner Bevölkerung, davon die Hälfte Muslime. Neben Hunderttausenden Toten, nicht zuletzt in Folge von systematischen Massakern an der muslimischen Bevölkerung des Balkans, wurden 1,5 Millionen zur Flucht gezwungen und mussten dann im Kernland angesiedelt werden. Viele türkische Politiker, Intellektuelle und Künstler der frühen Republikzeit stammten aus solchen Flüchtlingsfamilien. Die Zustände wiederholten sich nach dem Balkankrieg von 1912. Gleichzeitig mit den Muslimen flohen auch viele Juden vor der antisemitischen rumänischen und russischen Politik ins Osmanische Reich.

Geschicktes Taktieren der osmanischen Diplomaten, vor allem aber die Rivalität der anderen europäischen Mächte untereinander bewirkten, dass die Regierungszeit Abdülhamids II. nach dem Friedensschluss von San Stefano im Jahr 1878 eine nach außen hin friedliche war. Im Innern des Reichs jedoch herrschte in vielen Regionen Unruhe. Die bereits erwähnte inner-osmanische Oppositionsbewegung wurde zu einem Faktor, den Abdülhamid II. so sehr fürchtete, dass er Zensur und Bespitzelung weiter verschärfte, keine öffentlichen Telefonverbindungen zuließ und die Telegrafen kontrollierte. Der despotische Sultan konnte den inneren Verfall der osmanischen Gesellschaft jedoch nicht verhindern: So verübten armenische Untergrundgruppen, die für eine nationale Unabhängigkeit der Armenier kämpften, Anschläge sowohl in Istanbul als auch in den Ostprovinzen. Die staatliche Reaktion darauf waren Militäraktionen und Massaker in armenischen Dörfern. Immer wieder flammten auch Aufstände in verschiedenen Teilen des Balkans auf, wo ebenfalls verschiedene Volksgruppen für die Loslösung vom Reich und einen unabhängigen Staat kämpften. Die europäischen Großmächte mischten sich immer öfter in die inneren Angelegenheiten des Reichs ein. Und schließlich erlitt das osmanische Selbstbewusstsein einen schweren Schlag, als die Briten 1882 Ägypten besetzten, das noch als ein Teil des Osmanischen Reichs angesehen wurde.

Der Sultan hatte den Bildungsnotstand erkannt und förderte aktiv das nicht religiöse Bildungswesen. Gleichzeitig wurde versucht, eine stärkere türkisch-osmanische, und damit auch muslimische, Identität herauszubilden. Doch in den neuen Hochschulen wurden genau die jungen Leute ausgebildet, die später gegen den Sultan rebellierten. Abdülhamid II. musste nun nicht mehr nur die Opposition

im Ausland, die unter dem Sammelbegriff „Jungtürken“ bekannt wurde, fürchten. Im Reich selbst bildeten sich geheime politische Gesellschaften. 1894 gründete sich die „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“, die dann im weiteren Verlauf das Schicksal des Osmanischen Reichs in den letzten verbliebenen Dekaden seiner Existenz bestimmen sollte. Der Begriff „Einheit“ stand für die Einheit des Reichs, die ja allorts gefährdet war und die durch eine Rückkehr zur Verfassung mit ihren Rechten und Pflichten für alle Bürger gewährleistet werden sollte. Der Begriff „Fortschritt“ stand einerseits für die Modernisierung von Staat und Gesellschaft, andererseits für die Zurückdrängung der Religion in staatlichen Angelegenheiten, zuweilen sogar für einen ausdrücklichen Anti-Islamismus. Diesen Ideen begegnet man noch weit bis in die Republikzeit der Türkei hinein: Hier haben die später formulierten ideologischen Grundsätze des sogenannten Kemalismus Mustafa Kemal Atatürks ihre Wurzeln.

In dieser Opposition fanden sich zunächst reformwillige und revolutionäre Gruppen aller Ethnien des Reichs zusammen, Armenier wie Araber, Griechen, Albaner und Türken. Nachdem 1908 der Putsch gegen das Sultansregime gelang, feierten sie gemeinsam den Anfang einer neuen Ära. Doch schon bald trennten sich unwiderruflich ihrer aller Wege – die verschiedenen Nationalismen verhinderten eine gemeinsame Politik, und das multi-ethnische, multi-religiöse Gewebe der osmanischen Gesellschaft zerfiel endgültig unter Hinterlassung unzähliger Opfer und lang anhaltender Feindschaften, die bis in die heutige Zeit zu spüren sind.

Das Osmanische Reich in der Weltwirtschaft

Hintergrund aller Reformen waren, wie schon angedeutet, die wirtschaftlichen Veränderungen, die die Welt des 19. Jahrhunderts bestimmten und auch das Osmanische Reich nicht aussparten: die industrielle Revolution, die Revolution im Transportwesen, die Eroberung und die wirtschaftliche Aufteilung der nicht europäischen Welt durch die kapitalistischen Länder.

Wie die Französische Revolution erreichte auch die industrielle Revolution das Osmanische Reich mit Verspätung und in an-



Abb. 16 Ansicht von Konstantinopel und seinem Hafen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Stahlstich von Thomas Allom

derer Ausprägung. Sie bewirkte vor allem einen sprunghaften Anstieg des internationalen Handels, was nicht nur die Wirtschaft der gesamten Region grundlegend veränderte, das Fenster zum Westen aufstieß und seine Neuerungen dem Reich zugänglich machte, sondern auch neue Abhängigkeiten schuf.

Großbritannien, dessen Flotten nach den Napoleonischen Kriegen die Meere beherrschten und die Vormachtstellung der Franzosen selbst im Mittelmeer gebrochen hatten, war der erste Handelspartner, der ein neues Handelsabkommen mit dem Osmanischen Reich abschloss. Dieses ging weit über die bereits erwähnten sogenannten Kapitulationen der früheren Jahrhunderte hinaus und sicherte britischen Kaufleuten bedeutende Privilegien wie Steuerbefreiung, Straffreiheit für Vergehen auf osmanischem Boden oder günstige Zollsätze zu. Damit erreichten die britischen Händler schnell eine Vormachtstellung im Osmanischen Reich. Britische industriell gefertigte Baumwollwaren wurden in Istanbul und Izmir an Land gebracht und überschwemmten den osmanischen Markt. In den 1830er Jahren folgten dann alle anderen westeuropäischen Staaten nach: 1839 unterzeichnete auch Hamburg ein Handels- und Freundschaftsabkommen mit dem Osmanischen Reich.

Aufgrund der politischen Machtverhältnisse wurden die Zölle zugunsten der europäischen Partner sehr niedrig ausgehandelt, das heißt, weder konnte das Osmanische Reich die dringend benötigten

Einnahmen aus den Zöllen in vollem Maße einstreichen, noch konnte es mittels einer eigenständigen Zollpolitik die Wirtschaftsentwicklung steuern oder die eigenen Produzenten schützen. So konnte sich trotz mancher Bemühungen praktisch keine osmanische Industrie entwickeln: Der Grundstein für eine ungleiche Entwicklung, bei der Fertigwaren eingeführt und Rohstoffe ausgeführt wurden und unter der noch die Republik Türkei zu leiden hatte, war damit gelegt.

Die Expansion des Handels bedeutete jedoch nicht nur mehr Waren, sondern auch mehr und intensivere Begegnungen: Seeleute und Kaufleute kamen in den osmanischen Häfen an, ließen sich vermehrt dort nieder und bereisten die ländlichen Gebiete auf der Suche sowohl nach Absatzmärkten als auch nach Produkten für den Export. Einheimische Kaufleute knüpften Kontakte ins Ausland, gingen internationale Handelspartnerschaften ein und bereisten die west- und osteuropäischen Städte.

Ermöglicht wurde das auch durch eine Revolution im Transportwesen: Seetransport war immer kostengünstiger gewesen als Transport über Land, für den Nahen Osten mit seinen extrem schlechten Überlandverbindungen galt das ganz besonders. Bis in die 1820er Jahre wurde die Seefahrt ausschließlich durch Segelschiffe getätigt. Ihre Abhängigkeit von den jahreszeitlichen Winden bedeutete jedoch auch, dass oft wochenlange Wartezeiten entstanden – Zeit, die Geld kostete. 1828 erreichte das erste britische Dampfschiff Istanbul – ein neues Zeitalter war angebrochen. Zunehmend wurden von da an Segelschiffe durch Dampfschiffe ersetzt. Erste reguläre Linienschiffe befuhren das Mittelmeer von 1835 an und ermöglichten anfangs noch nicht so sehr größere Mengen an Gütern als vielmehr sicheren und schnelleren Transport von Geld und Menschen. Mitte des 19. Jahrhunderts dann beförderten die Dampfschiffe im Mittelmeer bereits ebenso viele Güter wie die Segelschiffe. Am Ende des 19. Jahrhunderts waren die osmanischen Hafenstädte durch Einrichtung regulärer Schifffahrtslinien in unmittelbare Nähe von Westeuropa und auch Amerika gerückt.

Imperialismus und Abhängigkeit von den Großmächten

Gleichzeitig mit der Ausweitung der Handelsbeziehungen und den immer größeren Summen, um die es dabei ging, drängten die ausländischen Kaufleute auf mehr Unterstützung durch ihre jeweiligen Regierungen. Insbesondere England und Frankreich machten sich die direkte Unterstützung und Kontrolle ihres Außenhandels zu eigen. Das begann mit stärkerer Präsenz von ausländischen Konsuln und Botschaftern im Osmanischen Reich und führte zu direkter Einmischung in die handelspolitischen und finanziellen Angelegenheiten des osmanischen Staates. Dieser musste aus seiner schwachen militärischen und finanziellen Position heraus immer mehr Zugeständnisse machen: Schon in den erwähnten Handelsverträgen der 1830er Jahre wurden den Ausländern bessere Bedingungen zugestanden als den osmanischen Untertanen. Dazu gehörte auch eine vom osmanischen Staat nicht zu kontrollierende ausländische Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten untereinander; für Streitigkeiten mit osmanischen Untertanen wurden extra Gerichte eingerichtet, in denen auch Ausländer saßen, das heißt, auch hier verzichtete der osmanische Staat auf seine Oberhoheit.

Dies führte zu einem Phänomen, das das jahrhundertealte soziale Gewebe des osmanischen Vielvölkerstaats durchlöcherte: Nicht-muslimische osmanische Untertanen erwarben in zunehmender Anzahl die Schutzpatente desjenigen europäischen Landes, das sich offiziell für den Schutz der betreffenden Religionsgruppe zuständig erklärt hatte, der dieser Mensch angehörte. So stellten sich zum Beispiel orthodoxe osmanische Untertanen unter den Schutz Russlands oder Katholiken unter den Frankreichs. Dann galten für sie die günstigeren wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen wie für Russen oder Franzosen. Muslime hatten diese Möglichkeit nicht, sie hatten keine ausländische Schutzmacht. Das führte dazu, dass in den Listen der lokal ansässigen Handelshäuser, Banken und Kaufleute in den aufstrebenden Hafenstädten Beirut, Alexandria oder Izmir schon im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum noch muslimische Namen zu finden sind. Man kann sich vorstellen, dass diese Entwicklung den sozialen Frieden erheblich störte. Auch die Reformedikte, die ja allen Untertanen des Reichs gleiche Rechte verschaffen sollten, verbesserten diese Situation in keiner

Weise. Angehörige der verschiedenen christlichen Minderheiten konnten sich nun im eigenen Land quasi exterritorial verhalten und sich dem geltenden Rechtssystem und den osmanischen staatlichen Normen entziehen. Diese Tatsache war dafür verantwortlich, dass sich das Verhältnis der einzelnen Religionsgemeinschaften untereinander im Laufe des 19. Jahrhunderts so dramatisch verschlechterte und zu Misstrauen, offener Feindschaft und sogar Massakern führte.

Schon von den 1820er Jahren an wurde auf die oben beschriebene Weise das Osmanische Reich an die Weltwirtschaft angebunden. Das galt zwar beileibe nicht für alle Regionen, aber für alle Gebiete, die von einem Hafen aus erreichbar waren, wie zum Beispiel Unterägypten, die großsyrische Küste (das heißt die Küstenregion des heutigen Syriens, des Libanon und Israels), das Hinterland von Saloniki, Izmir, Istanbul oder des Schwarzmeerhafens Trabzon. Sie wurden direkt von der Weltkonjunktur für bestimmte Güter, von Weltmarktpreisen und der internationalen Verfügbarkeit von Geld und Krediten beeinflusst.

Die Nachfrage auf dem Weltmarkt bestimmte zunehmend, was die ägyptische, arabische und türkische Landbevölkerung dieser Regionen anbaute und wie der Anbau und Verkauf organisiert wurden. Besonders begehrt waren Baumwolle aus Ägypten oder aus Großsyrien, Seide aus dem heutigen Libanon, Früchte – insbesondere Trockenfrüchte und Nüsse –, Wolle und Häute aus Anatolien und Getreide aus allen zugänglichen Regionen. Dazu kamen Tabak, Opium und Färbestoffe. Dennoch fuhren viele Schiffe, die Güter nach Osten gebracht hatten, in den frühen Dekaden des 19. Jahrhunderts leer wieder zurück. Denn der nahöstliche Markt wurde mit industriell gefertigten Gütern geradezu überschwemmt, vor allem mit Baumwollstoffen jeglicher Art aus britischen Fabriken, sodass man errechnete, dass beispielsweise im Jahr 1842 auf jeden Einwohner der gesamten nahöstlichen Region im Durchschnitt etwa 4 Meter importierter Stoff kamen.

Auch vom direkten westeuropäischen Kolonialismus wurde das Reich nicht verschont: Zahlreiche osmanische Provinzen wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts von Europäern besetzt, wie die nordafrikanischen Küstenländer durch Frankreich, angefangen von Algier im Jahr 1830 und später dann Tunis, oder Südarabien, die Golf-scheichtümer und schließlich 1882 Ägypten durch Großbritannien.

Diesen Aktionen lag ausschließlich die wirtschaftliche Durchdringung und die Sicherung wirtschaftlicher Interessen der Besatzer zugrunde. Das gleiche Schicksal blieb dem Kernland des Osmanischen Reichs erspart, da sich – wie schon erwähnt – die europäischen Mächte nicht über den Kuchen einigen konnten und keine der anderen das beste Stück – Istanbul und die Meerengen – gönnte. Doch wenn das Land auch nicht direkt besetzt wurde, so gelangte es doch finanziell in die Abhängigkeit der europäischen Mächte.

Durch die Reformerlasse der Sultane hatte das Osmanische Reich versucht, der Unterlegenheit des Osmanischen Reichs auf allen Gebieten gegenzusteuern. Die Gründe dafür wurden von einigen aufgeklärten und klarsichtigen Bürokraten erkannt: die mangelnde Bildung der Bevölkerung, die ungenügenden und veralteten Anbaumethoden, die Abhängigkeiten und extremen Ungleichheiten auf dem Land, die Armut vor allem der in der Landwirtschaft produzierenden Bevölkerung, der Mangel an Industrie, die ungenügende und schlecht unterhaltene Infrastruktur und damit die Unzugänglichkeit vieler Gebiete, nicht zuletzt auch Bestechlichkeit und Korruption der Steuereinnahmer und Beamten. Doch trotz der Versuche zur Gegensteuerung konnte sich das Reich aufgrund seiner politischen Schwäche nicht mehr gegen die zerstörerischen Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Expansion wehren. Die Handelsverträge wurden immer weiter zugunsten der Europäer erneuert, der überwiegende Teil der Gewinne aus dem Handel floss in fremde Taschen.

Der osmanische Staat hatte zu wenig finanzielle Mittel, um Reformen durchzuführen. Die Armee, die ständigen Militäraktionen gegen Rebellen und die Kriege verschlangen große Summen, der osmanische Staat druckte weiter Geld, aber nun stieß er dabei an seine Grenzen. Einheimische Banken gab es nicht, selbst die Kaiserliche Osmanische Bank, die das Monopol der Geldausgabe besaß, war in Wahrheit ein britisch-französisches Finanzinstitut.

Im Jahr 1854 begann der osmanische Staat, Kredite im Ausland aufzunehmen. Bei einem realen Zinssatz von zumeist 10–12 % und dem tatsächlichen Erhalt von nur der Hälfte der aufgenommenen Summe führte dies innerhalb von 20 Jahren zum Staatsbankrott. Allerdings war dies im 19. Jahrhundert – und auch später – kein Einzelfall, damit reihte sich das Osmanische Reich in eine Schar von Staaten ein, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen

konnten. Nutznießer waren die internationalen Finanzkonsortien, die das Problem dadurch lösten, dass 1881 die sogenannte Osmanische Staatsschulden-Verwaltung eingerichtet wurde. Mithilfe ausländischer Banken, darunter auch die Deutsche Bank, überwachte eine Kommission, in der die osmanische Regierung keine Stimme hatte, die Zinszahlungen und die Rückzahlung der Schulden. Dazu wurden etliche Steuern und Monopolerlöse direkt an die Schuldenverwaltung abgeführt. Ein Teil der osmanischen Staatsfinanzen wurde also durch eine ausländisch besetzte Institution kontrolliert, auf die der Staat keinen Einfluss hatte. Diese Institution bestimmte zudem, welche ausländischen Konzessionen und Finanzprojekte gefördert wurden. Hier spielte zum ersten Mal Deutschland zusammen mit den Großmächten England und Frankreich als Kontrolleur der finanziellen ausländischen Interessen mit.

Die nachhaltige Bedeutung der Osmanischen Schuldenverwaltung lag darin, dass die dadurch so offenbar gewordene Abhängigkeit und Erniedrigung des Staates tief ins Bewusstsein der türkischen Politiker – auch der späteren in der Republikzeit – eingegraben wurde. Bei den Friedensverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg bildete die osmanische Staatsschuld eines der wichtigsten Themen: Die Republik Türkei wurde als Nachfolgestaat zu Rückzahlungen verpflichtet, die noch bis in die 1950er Jahre geleistet werden mussten.

Das Deutsche Kaiserreich und das Osmanische Reich

Transporte im Osmanischen Reich wurden, wenn sie nicht per Schiff erledigt werden konnten, fast ausschließlich auf dem Rücken von Tieren getätigt. Das Wegenetz war schlecht, viele Gebiete waren unzugänglich und unsicher, daher kostete es mehr, innerosmanisch Güter zu transportieren, als sie von Europa ins Reich zu bringen. Das bedeutete auch, dass zum Beispiel Getreide aus dem Inneren Anatoliens nicht problemlos in die großen Städte, wie zum Beispiel Istanbul, verbracht werden konnte, wo es dringend benötigt wurde, von verderblichen Gütern ganz zu schweigen. Erste Straßen, die für Karren oder Wagen passierbar waren, wurden nach 1850 angelegt, sie waren jedoch unzulänglich und verfielen rasch wieder.

Abb. 17 Das Gebäude der Botschaft des Deutschen Kaiserreichs in Istanbul, heute das Deutsche Generalkonsulat



So setzte das Osmanische Reich dort, wo keine Schifffahrt möglich war, bereits in den 1850er Jahren auf den Bau von Eisenbahnen. Hier entstand ein willkommenes Anlagegebiet für westeuropäische Banken und Firmen. Zunächst wurden vor allem im europäischen Teil des Osmanischen Reichs mehrere Strecken angelegt. Die erste Bahnlinie in Anatolien führte ins Hinterland vom Hafen Izmir, wurde mit britischem Kapital gebaut und 1866 eingeweiht. Um die Investitionen attraktiv zu machen, garantierte die osmanische Regierung eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von 6 %. Diese erste anatolische Strecke war für den osmanischen Staat dann auch erst einmal ein Zuschussgeschäft. Einen wirklichen Aufschwung nahm der Bau des Eisenbahnnetzes erst in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts. Fast alle Konzessionen sicherten sich ausländische Konzerne. Die einzige Eisenbahnlinie, die der osmanische Staat selbst baute, war die 1901 begonnene und 1908 eingeweihte Hedschas-Bahn. Sie führte von Damaskus nach Medina und sollte sowohl die Pilgerfahrt nach Mekka erleichtern, als auch die Truppenverlegung in diesen entlegenen Teil des Reichs, der immer unruhiger wurde, ermöglichen.

Der berühmte Orient-Express erreichte von Wien kommend Istanbul erstmals 1888 – die Fortsetzung dieser Strecke auf dem asiatischen Teil war Gegenstand eines deutschen Generalplans, der vorsah, die Strecke bis nach Bagdad und weiter an den Persischen Golf auszuführen. Ein deutsches Konsortium unter Federführung der Deutschen Bank erhielt den Zuschlag für den Bau. In der Planung und Ausführung der Bagdad-Bahn kam das Machtstreben des deutschen Kai-

serreichs zum Ausdruck, das zu spät auf die Weltbühne getreten war, um bei der Verteilung von Kolonien noch zum Zuge zu kommen. Es verlegte sich daher auf einen wirtschaftlichen Kolonialismus, die sogenannte „friedliche Durchdringung“. Dem Bau des Suez-Kanals durch Engländer und Franzosen und der Kontrolle der neuen kurzen Seeroute nach Indien durch Großbritannien wollte das Deutsche Reich nun eine Landroute per Eisenbahn vom Herzen Europas bis an den Persischen Golf entgegensetzen („Berlin-Bagdad“).

Ihr erster Teil, die Anatolische Eisenbahn, führte von Istanbul über Eskişehir nach Konya, mit einer Abzweigung nach Ankara. Diese Linien wurden 1892 fertiggestellt, die Verlängerung konnte jedoch nur bis an die syrische Grenze gebaut werden, weil der 1. Weltkrieg die Arbeiten unterbrach. Den deutschen Konzessionären des Bahnbaus wurde nicht nur eine garantierte Einnahme pro Kilometer beim Betrieb der Bahn zugesagt, was dazu führte, das sich die Streckenführung in unendlichen Windungen durch das Land zog, um möglichst viele Kilometer abzudecken. Sie erwarben auch die Schürfrechte an allen Bodenschätzen, die im Gebiet von 20 Kilometern beiderseits der Bahnlinie vorhanden waren. Damit wird deutlich, dass die Strecken in erster Linie nicht nach Gesichtspunkten einer wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gebaut wurden. Die Eisenbahnen erhielten ihre Bedeutung dann vor allem im 1. Weltkrieg als Transportmittel für Güter und Mannschaften, als die osmanische Armee im vergeblichen Kampf um den Fortbestand des Reichs riesige Strecken zu überbrücken hatte, um an alle Fronten zu gelangen.



Anders als sein Vorgänger reiste Sultan Abdülhamid II. aus Angst um seine persönliche Sicherheit überhaupt nicht. Er war jedoch zwei Mal Gastgeber von Kaiser Wilhelm II., der 1889 und 1898 das Osmanische Reich besuchte. Abdülhamid II war ein Bewunderer des Deutschen Reichs, zum einen weil es 1870/71 Frankreich besiegt hatte, zum anderen weil es unbelastet von Kolonien mit „Entwicklungsprojekten“ Erfolg hatte. Er war insbesondere auch ein Bewunderer

Abb 18 Der Bahnhof von Çankırı. Auch heute noch ist der deutsche Einfluss an der Architektur gut erkennbar.

Fürst Bismarcks, der Europa neu geordnet hatte. Die sprichwörtliche deutsch-türkische Freundschaft, die vor allem im 1. Weltkrieg zum Tragen kam und in der Türkei manchmal auch heute noch zitiert wird, hat in der Zeit Abdülhamids II. ihren Ursprung. Interessanterweise wurde das Deutsche Reich darüber hinaus nicht nur von der türkischen Presse äußerst positiv bedacht, sondern gleichzeitig auch von Teilen der osmanischen Opposition bewundert. Die Besuche Kaiser Wilhelms II. in der Türkei unterstützten die deutsche Charmeoffensive, die sich dann in handfesten wirtschaftlichen Erfolgen niederschlug.

Wie seine Vorgänger trieb Abdülhamid II. die Reformierung des Militärs voran. Dabei setzte er wie seine Vorgänger auch wieder auf deutsche Ausbilder und deutsche Waffen. Schon 1882 war nach einer Anfrage des Osmanischen Reichs erneut eine deutsche Militärmission unter Oberst Otto von Kähler (1830–1885) in Istanbul eingetroffen. Die deutschen Offiziere blieben in reichsdeutschen Diensten, trugen zwar osmanische Uniformen, wurden aber besser und vor allem regelmäßig bezahlt. Mehr Einfluss in der osmanischen Armee als von Kähler, der bereits 3 Jahre nach seiner Ankunft in Istanbul starb, hatte Colmar Freiherr von der Goltz (1843–1916). Ihm gelang es in den 12 Jahren seines Wirkens in der Türkei, die türkische Armee mit deutschen Waffen auszurüsten und damit der deutschen Rüstungsindustrie langjährige Aufträge zu sichern. Sein Einfluss auf eine ganze Generation junger osmanischer Offiziere als Ausbilder und Verfasser türkischer militärischer Lehrbücher war von größter Bedeutung in den folgenden Dekaden. Von der Goltz hatte auch den Austausch osmanischer Offiziersanwärter und Offiziere nach Deutschland angeregt. So hielten sich in den 1890er Jahren immer wieder Gruppen von osmanischen Offizieren zu Lehrgängen in Berlin auf. Auch Delegationen osmanischer Militärärzte bereisten Deutschland zu Fortbildungszwecken.

Gleichzeitig wirkten deutsche Ärzte an der Reformierung der Medizinischen Hochschule in Istanbul mit und Deutsche reorganisierten Polizei und Geheimdienst. Deutsche Banken waren in Istanbul und anderen wichtigen Städten präsent, ebenso deutsche Handelshäuser, insbesondere in Beirut und Izmir, deutsche Schulen und Krankenhäuser wurden in mehreren osmanischen Städten gegründet. Zum Zeitpunkt des ersten Kaiserbesuchs in Istanbul 1889

sollen nach Angaben des amerikanischen Geschäftsträgers schon 3000 Deutsche in Istanbul gelebt haben. Beim zweiten Kaiserbesuch 1898 gab es Zeitungsberichten zufolge hundertzwanzig deutsche Kontore (Handelshäuser) in Istanbul; in Pera (heute Beyoğlu) fand man deutsche Läden, Restaurants und Bierstuben und eine deutschsprachige Zeitung.

Der erste Kaiserbesuch, der von der türkischen Presse gefeiert wurde, verlieh den deutschen Bahnkonzessionsinteressen den erwünschten Nachdruck. Beim zweiten Besuch 9 Jahre später fuhr die kaiserliche Yacht nicht nur Istanbul, sondern auch Haifa an. Von dort begab sich der deutsche Kaiser mit großer Geste nach Jerusalem, wo er sich nicht nur als Freund des Sultans, sondern als Freund aller Muslime feiern ließ. Gleichzeitig bekräftigte er den Anspruch auf den Schutz der Protestanten im Osmanischen Reich und unterstützte die verschiedentlich in Palästina wirkenden Missionsgesellschaften, wie den Jerusalem-Verein, die Deutsche Orient Mission oder die Templar. Zeitgleich wurde auch die Konzession zum Bau der Bahn bis Bagdad einem deutschen Konsortium erteilt, eine Konzession für eine Telegrafenerbindung zugesagt, die Intensivierung der Handelsbeziehungen sowie Waffenlieferungen aus Deutschland beschlossen. Die Vorarbeiten dazu und die nachfolgenden ebenfalls erfolgreichen Durchführungen leistete der langjährige Botschafter Berlins im Osmanischen Reich, Freiherr Marschall von Bieberstein (1842–1912).

Hamburger Handel und Schifffahrt in Begegnung mit dem Osmanischen Reich

Da, wie schon geschildert, vor 1830 die sogenannten Barbareskenstaaten an der nordafrikanischen Küste die Schifffahrt im Mittelmeer und an der europäischen Atlantikküste unsicher gemacht hatten – 1817 kamen Barbareskenschiffe sogar bis vor die Elbmündung und kaperten zwei Hamburger, ein Lübecker und ein Oldenburger Schiff –, hatten Hamburger Schiffe wenig direkten Kontakt zum Osmanischen Reich gehabt. Sie hatten sich stattdessen auf den Atlantik- und auf den Fernhandel nach Südamerika oder Ostasien verlegt. Der

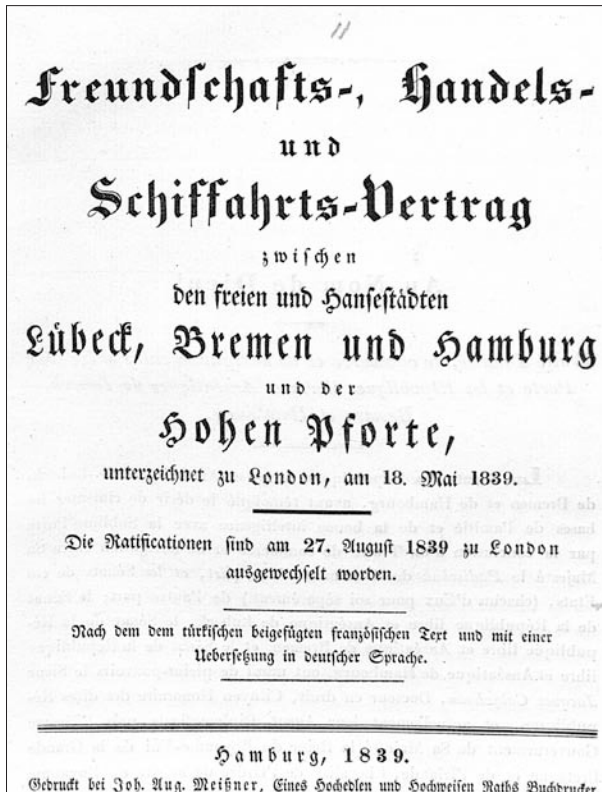
größte Teil des Handels zwischen den deutschen Gebieten und dem Nahen Osten wurde bis ins 19. Jahrhundert hinein auf dem Landweg über die Alpen und dann meist über den Hafen von Triest getätigt.

Mit der Eroberung der Stadt Algier durch die Franzosen im Jahr 1830 änderte sich dies. Die Franzosen bauten Algier und sein Umland zum Stützpunkt und zu ihrer ersten Siedlungskolonie an der nordafrikanischen Küste aus, das heißt, Franzosen ließen sich dort dauerhaft nieder, betrieben Landwirtschaft und vermarkteten ihre Produkte in Frankreich. Gleichzeitig wurden die nordafrikanischen Piraten erfolgreich bekämpft. Damit wurde die Fahrt ins Osmanische Reich wesentlich sicherer. Nun wagten sich auch Hamburger Kaufleute wieder bis an die griechische oder sogar an die kleinasiatische Küste vor.

Abb. 19 Handelsvertrag der Hansestädte mit dem Osmanischen Reich von 1839

Im Jahr 1839 schlossen die drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen einen ersten Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrag mit der „Hohen Pforte“, sozusagen dem Außenministerium

des Osmanischen Reichs, ab. Die beiden ersten Artikel lauteten:



Artikel 1

„Zwischen den Staaten und Unterthanen der Hohen Pforte und den Hanseatischen Republiken, deren Bürgern und Einwohnern soll fortan immerwährende Freundschaft bestehen.“

Artikel 2

„Es können demzufolge die Unterthanen und Bürger der Hohen contrahirenden Theile in völliger Sicherheit ihre beiderseitigen Besitzungen besuchen, daselbst ihren Handel zu Wasser und zu Lande betreiben, auch Häuser und Speicher miethen; ihre Personen werden dort jederzeit geachtet

sein und in Allem, was ihre persönlichen Vorrechte so wie das Recht zum Handels- und eigenen Geschäftsbetriebe anlangt, sollen sie gegenseitig alle diejenigen Vorzüge genießen, deren sich in den Gebieten der Hohen Contrahenten die Unterthanen und Bürger der meistbegünstigten Nationen erfreuen.“

Das heißt, die Bürger der Hansestädte und ihre Schiffe wurden vom Osmanischen Reich anerkannt und umgekehrt; im Kriegsfall wurde gegenseitig Neutralität gewahrt, die Bestimmungen des Vertrages würden dadurch nicht beeinträchtigt.

Ferner beinhaltete der Vertrag Regelungen zum Recht des freien Besuches, des freien Befahrens der Hoheitsgewässer, einheitliche Zollbestimmungen, Regelungen zur Behandlung von Rechts- und Schadensersatzfragen, das Recht auf Errichtung von Konsulaten und Vizekonsulaten an jedem gewünschten Ort im Bereich des jeweiligen Vertragspartners, aber auch die Gleichstellung in der Besteuerung, den Schutz der Person und des Eigentums und Religionsfreiheit.

Anfangs waren es wenige hanseatische Kaufleute, die mit ihren Schiffen bis nach Istanbul oder Izmir segelten, jedoch auch sie benötigten einen gewissen diplomatischen Schutz. Auf Drängen der Kaufleute, die jemanden brauchten, der sie in der fremden Stadt repräsentierte, die Privilegien sicherstellte und bei Streitigkeiten ihre rechtliche Vertretung übernahm, wurde Anfang der 1840er Jahre dem ansässigen spanischen Residenten die Wahrnehmung hanseatischer Interessen übertragen. Bald schon wurde diese Aufgabe einem eigenen hanseatischen Konsul übertragen: Der Hamburger Andreas David Mordtmann (1811–1879), ein Orientalist, wurde 1847 als Dolmetscher und Kanzlist des spanischen Gesandten beglaubigt. 1851 wurde er zum Generalkonsul der Hansestädte in Istanbul ernannt. Bis zum Jahr 1859, als dieses Amt wieder ganz aufgegeben wurde, füllte er diesen Posten aus. Mit dem Beitritt der Hansestädte zum Norddeutschen Bund fiel die Aufgabe, Handel und Schifffahrt und daher auch die konsularische Vertretung der norddeutschen Länder zu gewährleisten an den Norddeutschen Bund, die preußische Vertretung sorgte auch für die Hamburger; mit der Einigung des Deutschen Reichs 1871 wurde dann Berlin zuständig für alle konsularischen Vertretungen.

Der Generalkonsul in Istanbul stellte Dokumente und Pässe aus, Zertifikate für Waren und Gesundheitsbescheinigungen – die

immer wieder auftretenden Epidemien, vor allem Pest und Cholera, waren in den Hafenstädten sehr gefürchtet, oft mussten Schiffsbesatzungen wochenlang in Quarantäne verbringen –, er kümmerte sich um die Besatzungen bei Schiffbruch oder Krankheit und erstatete

Bericht nach Hause über die wirtschaftliche und politische Lage. Anders als ein Botschafter hatte er jedoch keine diplomatische Vertretungsbefugnis. Zusätzlich zu seinem Amt reiste Konsul Mordtmann viel in Anatolien und forschte zur osmanischen Geschichte. Seine Beobachtungen veröffentlichte er fortlaufend in deutschen Zeitschriften als „Brief aus Konstantinopel“, „Skizzen aus Kleinasien“ und nach 1859 als „Reisebriefe aus Kleinasien“.

Allerdings war der Posten wohl schlecht bezahlt: Mordtmann litt immer unter Geldmangel, gleichzeitig beschwerten sich die ihn beauftragenden Hansestädte darüber, dass er nicht gut genug repräsentiere. Mordtmann blieb auch nach der Auflösung

des hanseatischen Konsulats in Istanbul, er wurde Richter am türkischen Handelsgericht, trat zum Islam über und blieb bis zu seinem Tod in Istanbul. Sein 1852 in Istanbul geborener Sohn trat später in seine Fußstapfen und wurde deutscher Konsul in Izmir und Generalkonsul in Istanbul.

Außer dem Istanbuler Generalkonsulat gab es im Osmanischen Reich hanseatische Konsulate unter anderem in Ägypten, in Beirut und Jerusalem, auf dem Balkan, den griechischen Inseln und in Izmir (Smyrna), zeitweise sogar auch an der anatolischen Südküste in Mersin/Tarsus. Es waren meist keine gebürtigen Hanseaten, die diese Konsulate leiteten – die Konsuln in Izmir waren nacheinander



Abb. 20 Plakat der Deutschen Levante-Linie

zum Beispiel ein Österreicher, ein Schweizer und ein weiterer Schweizer mit englischer Staatsangehörigkeit.

Das erste Konsulat des Osmanischen Reichs in Hamburg wurde am 3. Mai 1844 eingerichtet. Wie dies auch heute noch so üblich ist, waren die Konsuln in Hamburg Honorarkonsuln. Hamburger Kaufleute sahen es als Ehre und als Förderung ihrer eigenen Geschäfte an, Konsul eines Handelspartnerlandes zu werden und die Ausgaben dafür aus eigener Tasche zu bestreiten. Der erste Generalkonsul des Osmanischen Reichs war Joachim van Zeller, ein in Hamburg lebender holländischer Kaufmann, der bis zu seinem Tod 1863 die konsularischen Aufgaben wahrnahm. Von 1865–67 erfüllte diese Aufgabe der Hamburger Friedrich Eduard Gorrison, bis dann auch hier der Norddeutsche Bund diese Repräsentanz übernahm. Nach der Reichsgründung war dann das Konsulat in Hamburg dem jeweiligen türkischen Botschafter in Berlin unterstellt.

Die Zahl der hanseatischen Schiffe, die Istanbul anfuhr, war im Vergleich zu den großen Handelspartnern des Osmanischen Reichs wie England, Frankreich und Österreich natürlich gering. Lange Jahre erwies sich der Hamburger Levantehandel als nicht besonders erfolgreich, ein Grund unter mehreren anderen war dabei, dass Hamburgs Handel eng mit dem Englands verzahnt war und die englischen Schiffe und Kaufleute mit ihrer starken Position den Orienthandel beherrschten. Im Jahr 1847 legten im Osmanischen Reich nur sieben hamburgische Schiffe an, 4 Jahre später waren es aber immerhin schon einhundertsiebzehn, darunter bereits einige Dampfschiffe. Neben ihren Waren, den Kaufleuten und Angestellten der Handelshäuser brachten sie auch immer wieder Handwerker an Bord mit, die im Osmanischen Reich ihr Glück versuchen wollten.

Erst 1881 wurde die Linienschiffahrt ins östliche Mittelmeer aufgenommen. Die Hamburger Schiffsmakler Gläfcke und Hennings gründeten die „Orient-Linie“, die Malta, Izmir und Istanbul als Liniendienst anfuhr und sogar bis zum Hafen Batum am Schwarzen Meer reichte. Die Firma A. C. Freitas bot nach 1882 einen Liniendienst nach Izmir an. 1889 wurde in Hamburg von einem Konsortium Hamburger Reeder und Kaufleute und mit der Unterstützung der Deutschen Bank die später so erfolgreiche „Deutsche Levante-Linie“ gegründet. Sie betrieb eine regelmäßige Dampfschiffahrtsverbindung von Hamburg zu den Häfen der Levante und des Schwar-

zen Meers. Das heute noch so bezeichnete Levante-Haus in der Mönckebergstraße, 1912 gebaut, beherbergte über viele Jahre hinweg diese Reederei.

Zunächst jedoch war dem Unternehmen nicht der durchschlagende Erfolg beschieden: Auf ihrer Rückfahrt fuhren die Schiffe oft unausgelastet, da das Osmanische Reich für sie nicht genügend Exportprodukte bot. Häufig zwangen Epidemien wie die Cholera sowohl in Hamburg (vor allem die schreckliche Epidemie im Jahr 1892) als auch im Nahen Osten Schiffe und Besatzung zu langen Quarantänezeiten in den Häfen – Zeiten, in denen sie untätig festlagen und die den Eigner Geld kosteten. Im Jahr 1890/91 sind für die Deutsche Levante-Linie vierundzwanzig Fahrten in den Orient mit vier Dampfern verzeichnet, gut 10 Jahre später (1902) waren es bereits über hundert Fahrten mit sechsundzwanzig Dampfern.

Die Konzessionen für den Bau der anatolischen Bahnen nach 1888 brachten der Transportschifffahrt – insbesondere der Levante-Linie – und dem Hamburger Hafen einen enormen Schub: Nun musste das Material für den Bahnbau in die verschiedenen Teile des Osmanischen Reichs geliefert werden. Die deutschen Planer und Ingenieure der Bagdad- und der Hedschas-Bahn sowie die kreditgebenden deutschen Banken sorgten schon dafür, dass deutsches Material verwendet wurde und die heimische Wirtschaft damit Aufträge erhielt. Zur gleichen Zeit sind auch Waffenlieferungen vom Hamburger Hafen aus in das Osmanische Reich verzeichnet.

Der Handel zwischen Hamburg und dem Osmanischen Reich wuchs in den Jahren von 1889 bis 1898 von 641 000 Mark auf 10 405 000 Mark im Export in das Osmanische Reich; in der gleichen Zeit erhöhten sich die Importe aus dem Osmanischen Reich von 5 542 000 Mark auf 13 264 000 Mark. Zahlreiche Hamburger Kaufleute und Reeder erhielten vom Sultan den Mecidiye- oder den Osmaniye-Orden verliehen, so auch die Direktoren der HAPAG und der Deutschen Levante-Linie.

Um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert waren dann bereits über zwanzig hamburgische Dampfer im regelmäßigen Einsatz und versuchten, mit den Schiffen der Großmächte mitzuhalten. Dazu kamen Expressdampfer, die in 15 Tagen bis Istanbul fuhren und mit ihrer Schnelligkeit dem Handel auf dem Landweg über die Alpen und über die adriatischen Häfen Konkurrenz zu machen versuchten.

Sie beförderten nun auch regelmäßig Passagiere: Das Reisen in den Orient wurde für eine gewisse Schicht von abenteuerlustigen und bildungshungrigen Menschen modern und auch erschwinglich – der Pauschaltourismus war geboren.

Für diejenigen, die sich das Reisen nicht leisten konnten, schufen die sogenannten „Völkerschauen“ Abhilfe. Bei Carl Hagenbeck, erst an der Reeperbahn und dann in seinem Tierpark in Stellingen, konnte man von 1874 an in verschiedenen zeitlich begrenzten Schauen „Eingeborene“ aus unterschiedlichen Erdteilen bestaunen. Darunter waren zwar keine Türken – diese waren wohl nicht exotisch genug –, wohl aber Angehörige von Turkvölkern aus Zentralasien, Berber und Ägypter. Reisende Shows oder Ausstellungen erfüllten den gleichen Zweck, so gab es im Jahr 1890 auf dem Heiliggeistfeld eine große Ägypten-Ausstellung zu sehen, bei der mit „echten“ Orientalen in Landstracht und den dazugehörenden Gerätschaften Szenen aus dem Orient dargestellt wurden. 1912 konnte man dann auch bei Hagenbeck in Stellingen die Schau „Am Nil“ mit Beduinen bestaunen.

3 Die zweite Verfassungsperiode, der **1. Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen**

Nicht von ungefähr kam es im Jahr 1908 zum Umsturz. Das Jahr davor war der Höhepunkt einer weltweiten Wirtschaftskrise gewesen, die sich im Osmanischen Reich zusätzlich als Nahrungsmittelkrise auswirkte. Die bereits beschriebenen sozialen Spannungen im Reich bildeten zusammen mit den wirtschaftlichen Problemen eine explosive Mischung, es kam zu Aufständen, Streiks und Demonstrationen.

Durchgeführt wurde der politische Umsturz durch Aktivisten der „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ auf dem Balkan, die zum größten Teil Angehörige des Militärs waren. Der Sultan wurde gezwungen, die Verfassung von 1876 wieder einzusetzen. Deshalb wird dieses Ereignis in der türkischen Geschichtsschreibung als Verfassungsverkündung und die darauffolgende historische Periode als Zweite Verfassungsperiode bezeichnet.

Im Westen wurde dieser Umsturz als „Jungtürkische Revolution“ bekannt, was jedoch nicht ganz zutreffend ist. Weder waren die eigentlichen „Jungtürken“ die treibende Kraft, noch war es eine Revolution. Vielmehr war dies ein – relativ unblutiger – Putsch von Teilen des Militärs nach einem Muster, das sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in vielen Gebieten des Nahen Ostens wiederholte: Junge, gut ausgebildete Offiziere der unteren Ränge, die von ihrer sozialen Herkunft her nicht der herrschenden Schicht angehörten und sich daher zurückgesetzt empfanden, hatten sich der Modernisierung verschrieben, fühlten sich für ihr Land verantwortlich und wandten sich gegen den verkrusteten traditionellen Machtapparat. Ähnliches geschah 1952 in Ägypten, 1958 im Irak, 1969 in Libyen.

Die osmanische Verfassung wurde am 14. Juli 1908 in Istanbul wieder in Kraft gesetzt, und es wurden Wahlen abgehalten, ohne dass jedoch breite Bevölkerungsschichten an diesen Ereignissen beteiligt waren – auch diesmal wieder wurden Reformen von oben bestimmt. Mit der Bildung einer neuen Regierung endete erst einmal der Putsch. Das Machtzentrum verlagerte sich zwar weg vom Sultanspalast zu den oberen Bürokratierängen, Sultan Abdülhamid II. blieb jedoch auf dem Thron, und natürlich wurden auch die Beamten nicht alle ausgetauscht. Die Mitglieder der immer noch geheimen „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ (die im Westen ungenau oft als „Jungtürken“ bezeichnet wurden) blieben weiterhin im Hintergrund und versuchten von dort aus, die Fäden zu ziehen.

Doch der Sultan, die islamischen Konservativen und die beiseite gedrängten traditionellen Offiziere ruhten nicht. 1909 wurde ein Gegenputsch versucht, um die Regierung abzusetzen und das Parlament aufzulösen. Durch den Einmarsch der Provinzarmeen in Istanbul wurde er niedergeschlagen. Nun wurde Sultan Abdülhamid abgesetzt und nach Saloniki verbannt, den Thron bestieg ein schwacher Monarch, Mehmed V. (reg. 1909–1918).

Obwohl die Zweite Verfassungsperiode nur 10 Jahre dauerte und bereits 1918 mit dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs zu Ende ging, war sie für die Entwicklung der Türkei von überragender Bedeutung. In dieser Zeit wurden die Grundlagen gelegt für die wirtschaftliche, die soziale und die ideologische Reformpolitik der modernen Türkei. Vieles, was später unter dem Namen „Kemalismus“, das heißt von Kemal Atatürk verfügten Reformen, bekannt wurde, wurde bereits in diesen Jahren vor dem 1. Weltkrieg auf den Weg gebracht: Zunächst wurden die Vorgaben der Verfassung von 1876 umgesetzt, die Presse- und Meinungsfreiheit wurde garantiert, ebenso das Recht, Parteien und Vereine zu gründen. Die neue Regierung erkannte auch, wie wichtig eine Wirtschaftspolitik zugunsten der heimischen Wirtschaft war und versuchte Maßnahmen einzuführen, um die Abhängigkeit des Reichs auf wirtschaftlichem, finanziellem und handelspolitischem Gebiet zu verringern.

Aber die anfängliche Überschwänglichkeit der Bevölkerung für die neue Zeit wich schnell der Ernüchterung: Das Reich war politisch und militärisch schwach, und diese Schwäche wurde sowohl von den europäischen Großmächten als auch von den unmittelbaren Nachbarstaaten ausgenutzt, die ihr Territorium und ihren Einfluss vergrößern wollten. Österreich-Ungarn verleibte sich das von ihm bereits kontrollierte Bosnien-Herzegowina ein. Italien besetzte in Nordafrika die Provinzen Tripolis und Benghazi, das heutige Libyen. Aufstände im Jemen und auf dem Balkan in Albanien gegen die osmanische Oberhoheit zwangen das Reich dazu, diese Provinzen aufzugeben. Das russische Reich vergrößerte seinen Einfluss in Serbien und Bulgarien und drängte mit seiner Expansionspolitik in Richtung Mittelmeer. Im Jahr 1912 brach der erste Balkankrieg aus, als Montenegro, Griechenland, Serbien, Bulgarien (mit der Unterstützung Russlands im Hintergrund) dem Osmanischen Reich den Krieg erklärten. In diesem Krieg verlor das Reich dann alle seine verbliebenen europäischen Provinzen. Im kurz darauf folgenden zweiten Balkankrieg konnte es lediglich seine alte Hauptstadt Edirne und einen Teil Thraziens bis zu der Grenze, die auch heute noch gilt, zurückerobern. Dieser Krieg ging dann nahtlos in den 1. Weltkrieg über, an den sich wiederum der sogenannte Befreiungskrieg anschloss. Das heißt, die türkische Bevölkerung lebte von 1912 bis 1922 im fortwährenden Kriegszustand. Diese Kriege forderten Opfer nicht nur unter den Soldaten, sondern

auch unter der Zivilbevölkerung, unzählige Flüchtlinge strömten vom Balkan wieder nach Istanbul und nach Anatolien. Die Abertausende von Soldaten an der Front fehlten mit ihrer Arbeitskraft in der Landwirtschaft. Die Kriege verschlangen Unsummen an Geld, das auch noch geliehenes Geld war, das teuer zurückgezahlt werden musste. Nicht zuletzt erlebte die Bevölkerung den immer weiteren Verlust von Gebieten als schmerzhafteste Verstümmelung ihres Heimatlandes.

Der Ausnahmezustand durch den permanenten Kriegszustand führte auch dazu, dass die aufkeimende parlamentarische Demokratie keine Chance hatte – die „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ begann, mit harter Hand zu regieren. Einige starke Politiker übernahmen nach 1913 die Regierungsgewalt, unter ihnen der berühmt-berüchtigte Enver Pascha (1881–1918; der Zusatz Pascha bedeutete nichts anderes als General) als Kriegsminister und Talat (1874–1921) als Innenminister (später auch als Großwesir). Da die multi-ethnische Einheit des Reichs unaufhaltsam zerfiel, setzten die Machthaber nun verstärkt auf den türkischen Bevölkerungsteil, den sie als einzigen als loyal ansahen. Als Gegenpol zu einem albanischen, einem griechischen, einem bulgarischen, einem armenischen oder einem arabischen Nationalismus wurde ein türkischer Nationalismus propagiert. Die türkische Sprache wurde als Verkehrssprache zur Pflicht gemacht, die Ausbildung junger Türken gefördert, türkische Kaufleute wurden bevorzugt und griechische, wo das möglich war, diskriminiert. Der Einfluss des Islams wurde zurückgedrängt, vor allem durch weitere Reformen im Rechtswesen, durch staatliche Kontrollen der Religionsschulen und der religiösen Stiftungen, die einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellten.

Das Osmanische Reich im Weltkrieg

Im Jahr 1913 kam eine weitere deutsche Militärmission in Istanbul an: Unter der Führung von General Otto Liman von Sanders (1855–1929) wurden über die Jahre bis 1918 zwischen vierzig und siebzig deutsche Militärberater verschiedenen militärischen Stellen zugeteilt. Der Einfluss des Deutschen Reichs auf die osmanische Führungselite, aus der bereits viele durch deutsche Ausbilder geprägt worden waren,

wurde dadurch noch verstärkt, obwohl gleichzeitig britische Marineoffiziere die osmanische Flotte betreuten und die Franzosen die Gendarmerie schulten.

Liman von Sanders, der als Reformers der Armee das Amt des Generalinspektors der türkischen Armee angetreten hatte, wurde vom Krieg überrascht. Da die Türkei zum Verbündeten Deutschlands im Krieg wurde, blieb er im Land und wurde als Befehlshaber verschiedener türkischer Truppenteile aktiv in die Kämpfe einbezogen. Bis zur Niederlage und dem Waffenstillstand kämpfte er erst an den Dardanellen, dann in Ostanatolien, in Syrien und Palästina. Seine Erinnerungen an diese Zeit publizierte er unmittelbar nach seiner Rückkehr in Berlin unter dem Titel „Fünf Jahre Türkei“ – er macht darin jedoch deutlich, dass er so kurz nach dem Krieg durchaus nicht offen über die Geschehnisse und vor allem die Hintergründe berichten konnte oder wollte.

Die Geschichte des Osmanischen Reichs im 1. Weltkrieg und vor allem die Umstände des Kriegseintritts an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns (und Bulgariens) werden immer noch kontrovers beurteilt. Das Bündnis mit den späteren Kriegsverlierern wurde vor allem in der türkischen Geschichtsschreibung allein der verantwortungslosen Politik der Unionisten, insbesondere Enver und Talat, angelastet. Es ist richtig, dass es einen Alleingang dieser osmanischen Minister gab und die Entscheidung im Kabinett heftig umstritten war. Die außenpolitische Situation des Osmanischen



Abb. 21 Postkarte, die die Verbündeten zeigt: Kaiser Wilhelm II., Mehmed V. und Kaiser Franz-Josef

Reichs am Vorabend des Kriegs war jedoch bereits so verfahren, dass das Reich auf der Verliererseite gestanden hätte, wie immer sich die Regierung verhalten hätte: 1914 waren nämlich die Teilungspläne für den Nahen Osten in London, Paris und St. Petersburg bereits gezeichnet. Eine neutrale Haltung im Krieg hätte das Reich nicht vor der Aufteilung bewahrt. Russland bereitete sich vor, die Meerengen und Istanbul – sein Ziel seit über 100 Jahren – zu übernehmen. Bündnisgesuche der osmanischen Regierung an die Adresse Englands und Frankreichs wurden von diesen abgelehnt. Übrig blieben nur die Mittelmächte und damit verbunden die Hoffnung, wenigstens einen Teil der verloren gegangenen Gebiete auf dem Balkan für das Osmanische Reich zurückzuholen. So wurde am 2. August 1914 der Bündnisvertrag mit Deutschland unterschrieben, einen Tag, nachdem Deutschland Russland den Krieg erklärt hatte.

Das Osmanische Reich verfügte nur über eine unzureichend trainierte und armselig ausgestattete Armee, die ja bereits den Balkankrieg verloren hatte. Liman von Sanders beschreibt anschaulich den Zustand der Soldaten kurz vor dem Ausbruch des Krieges:

„Ich hatte in Tschorlu Truppen der 8. Division besichtigt, die sich in einem geradezu traurigen Zustand befanden. Die Offiziere hatten seit sechs bis acht Monaten kein Gehalt bekommen und mussten mit ihren Familien aus der Mannschaftsmenage leben. Die Mannschaften hatten seit Jahr und Tag keine Löhnung gesehen, waren schlecht ernährt und in ganz abgerissene Uniformen gekleidet. Von der mir gestellten Ehrenkompagnie am Bahnhof Tschorlu hatte ein großer Teil der Leute zerrissene Stiefel oder Schuhe, ein anderer Teil war barfuß. Der Divisionskommandeur hatte mir erklärt, dass er irgendwelche größere Truppenübungen unmöglich machen könne, weil die Leute viel zu schwach wären und mit einer derartigen Fußbekleidung nicht marschieren könnten. Ich teilte Enver diesen Befund schriftlich mit und ersuchte ihn um Abstellung. ...

Um mich zu täuschen, wurden nun andere Wege gewählt. Den Truppen, die ich inspizieren wollte, wurde vorher durch den Generalintendanten beschleunigt neue Bekleidung zugesandt, welche sie aber nach meiner Abreise wieder zurückschicken mussten. ... Es wurden aber nicht nur die Kleidungsstücke verschickt, sondern auch Menschen wurden für die Besichtigungen getauscht. Die Kranken, Schwächlichen und schlecht Ausgebildeten wurden versteckt, damit

der deutsche General nur nichts Hässliches und Unangenehmes, worüber er Klagen führen könnte, zu sehen bekam.“

*Otto Liman von Sanders:
Fünf Jahre Türkei, S. 19 f.*

Das Osmanische Reich wurde alsbald von allen Seiten angegriffen: Die Westalliierten versuchten mehrmals erfolglos, an den Dardanellen, dem Einfallstor zu Istanbul, zu landen, gaben jedoch nach 2 Jahren schließlich auf. Andernorts wurden die osmanischen Truppen überall geschlagen. Russland drang von Osten her tief in anatolisches Gebiet vor und rieb die dort kämpfenden osmanischen Truppen auf, bei einem zweiten Angriff im Jahr darauf (1916) wurden weite Teile des osmanischen Gebiets besetzt. Allein die Oktoberrevolution, der damit verbundene vorzeitige Abzug der russischen Truppen und ein separater Friedensvertrag mit Russland, der auch die Rückgabe der im Krieg von 1878 besetzten ostanatolischen Gebiete verfügte, retteten die Türkei an ihrer Ostseite.

Großbritannien und Frankreich bekämpften das Reich von Süden und Südosten her. Ägypten war gleich nach Ausbruch des Krieges zu einem britischen Protektorat, das heißt zu einem Teil des britischen Imperiums, erklärt worden. Die britische Armee rückte im Zweistromland (dem heutigen Irak) von Süden her vor, besetzte erst Basra, dann Bagdad und konnte von den osmanischen Truppen nicht davon abgehalten werden, das gesamte wegen der bereits bekannten Erdölquellen äußerst wichtige Gebiet bis Mosul zu besetzen. Die arabischen Völker des Reichs wurden mit Versprechungen, ein unabhängiges arabisches Königreich zuzulassen, von den Engländern zum Aufstand gegen die Osmanen ermutigt. Sie wurden jedoch getäuscht: England und Frankreich hatten bereits den größten Teil der arabischen Gebiete, nämlich Großsyrien und Mesopotamien, unter sich aufgeteilt und Palästina der zionistischen Bewegung als „Jüdische Nationale Heimstätte“ zugesagt.

In den Jahren des 1. Weltkriegs wurden also die Konflikte angelegt, die das gesamte 20. Jahrhundert beherrschen sollten und die auch heute noch ungelöst sind – allen voran der Konflikt um Palästina



Abb. 22 Otto Liman von Sanders und Mustafa Kemal Atatürk im Jahr 1918

und Israel. Weitere Ursachen für den Nahostkonflikt waren die von den Siegermächten willkürlich gezogenen Grenzen und die künstliche Bildung von arabischen Staaten, die sich als undemokratisch und instabil erwiesen, sowie Versprechungen der Siegermächte an Griechen, Kurden und Armenier nach dem Ende des Krieges, die nicht eingehalten wurden.

Die sogenannte „Armenische Frage“ ist ein Thema, das auch heute noch präsent ist und in einigen europäischen Ländern den Widerstand gegen die Aufnahme der Türkei in die EU mitbestimmt. Die Schwierigkeit, das Problem kurz darzustellen, liegt vor allem darin, dass die historischen Ereignisse von den zwei beteiligten Seiten ganz unterschiedlich gesehen werden. Eine „objektive“ Beschreibung und erst recht eine Bewertung scheinen kaum möglich zu sein. Dazu kommt, ähnlich wie beim Problem Palästina-Israel, dass die Hintergründe des Konflikts, die in diesem Fall zur Vertreibung und Ermordung von Hunderttausenden von Armeniern führten, oft außer Acht gelassen werden.

An dieser Stelle kann nur eine ganz kurze Zusammenfassung der Ereignisse stehen, die notwendigerweise vereinfachend sein muss.

Die Armenier Anatoliens wurden einerseits Opfer der Kriege zwischen dem Osmanischen Reich und Russland und andererseits des gescheiterten Versuchs der letzten osmanischen Regierungen, das multi-ethnische Großreich zu erhalten. Die Ursprünge des Konflikts reichen weit in die Geschichte des 19. Jahrhunderts zurück. Vom Zerfall der sozialen Ordnung im Reich, vor allem, was das Zusammenleben der verschiedenen Religionen und der verschiedenen Völker betrifft, ist hier ja schon die Rede gewesen. Die armenische Bevölkerung wurde zusätzlich Opfer sowohl ihrer eigenen revolutionären Parteien und Gruppen, die auch vor Anschlägen nicht Halt machten, als auch der Intrigen und Versprechungen der zaristischen russischen Propaganda, die auf diese Weise versuchte, den Osten des Osmanischen Reichs zu destabilisieren.

Im Jahr 1915, als die russische Armee auf dem Vormarsch war, kam es zu einem Aufstand – oder Widerstand – der armenischen Bevölkerung der Stadt Van. Dies war der Anlass – oder der Vorwand – dazu, Ostanatolien, vielleicht sogar ganz Anatolien „frei“ von Armeniern zu machen. Spezielle osmanische Geheimdiensttruppen waren mit dieser schmutzigen Aufgabe beauftragt. Neben der gezielten

Ermordung bedeutete auch die Deportation nach Süden, in die syrische Wüste, unter den Kriegsbedingungen, bei Hunger, Krankheiten und Unterversorgung, für Hunderttausende von Menschen den Tod. Dass es jedoch keineswegs nur um die Entfernung der armenischen Bevölkerung aus dem unmittelbaren Kriegsschauplatz ging, wird daraus ersichtlich, dass auch aus vielen westanatolischen Städten Armenier deportiert wurden. So berichtete zum Beispiel der Hamburger Robert Blohm, der sich im Herbst 1915 zu Verhandlungen über ein deutsch-osmanisches Werftenprojekt in Izmit aufhielt, dass der armenische Teil der Stadt niedergebrannt worden sei und die armenischen Bewohner vertrieben worden seien (Hamburgisches Staatsarchiv, Blohm und Voss, 621-1, 1126).

Bereits einige Jahre zuvor, während des letzten Balkankrieges, hatte es Vertreibungen von Tausenden von griechischstämmigen osmanischen Bürgern aus den westanatolischen Küstenstädten gegeben, die ebenfalls als potenzielle Verräter angesehen wurden. Solche Vertreibungen wiederholten sich auch während des 1. Weltkrieges. Die unionistischen Regierungen verfolgten das Ziel, die gesamte christliche Bevölkerung Anatoliens zu vertreiben.

Zur Untersuchung der „Vertreibung und Ermordung“ von Armeniern wurden nach dem Krieg auf Druck der Westalliierten türkische Kriegsgerichte eingesetzt, die auch Schuldige fanden und zur Rechenschaft zogen. Zum damaligen Zeitpunkt wurde in der Türkei noch offen über diese Geschehnisse gesprochen. In der Republikzeit dann wurde das gesamte Armenierproblem totgeschwiegen – nicht zuletzt wohl auch, weil bedeutende türkische Politiker der Republikzeit daran beteiligt waren. Gleichermäßen darin verstrickt waren auch deutsche Offiziere in der Türkei, die nah am Ort des Geschehens waren und denen man zumindest Unterlassung – wenn nicht mehr – vorwerfen muss, sowie deutsche Stellen, zum Beispiel das Auswärtige Amt, die durchaus informiert waren und die Deportationen jedoch als kriegsbedingte Notwendigkeit abtaten.

Die Weigerung, diesen Teil der eigenen Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, hat der Türkei international sehr geschadet. Besonders erbittert ist der Streit darüber, ob die Vertreibung und Ermordung Hunderttausender Armenier als Völkermord zu werten ist – wogegen sich die Türkei aufs Heftigste wehrt. Im Jahr 2005 hat der Deutsche Bundestag die Türkei in einer Resolution dazu aufgefordert, sich ihrer

Vergangenheit in dieser Frage zu stellen, objektive Forschung zuzulassen und Menschen nicht weiter zu verfolgen, die sich des Themas Völkermord an den Armeniern annehmen. Denn auch heute noch gibt es Prozesse wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ gegen Personen, die öffentlich vom Völkermord an den Armeniern sprechen.

In den letzten Jahren jedoch ist das Thema quasi auf Umwegen in der türkischen Gesellschaft wiederaufgetaucht: Die Nachkommen von zum Islam konvertierten oder von Muslimen versteckten und dann türkisierten Armeniern begannen, ihre Familiengeschichte zu erforschen und literarisch zu verarbeiten, und konfrontierten ihre Mitbürger mit diesem historischen Unrecht (zum Beispiel Fethiye Cetin: „Anneannem“). Jedoch zeigte die Ermordung des engagierten Journalisten armenischer Herkunft Hrant Dink – im Januar 2007 in Istanbul durch einen nationalistischen Jugendlichen, der wahrscheinlich im Auftrag einer ultra-nationalistischen Organisation handelte –, zu welchen Ausbrüchen die nicht aufgearbeiteten, ja geleugneten Traumata der jüngeren türkischen Geschichte in Bezug auf ethnische und religiöse, insbesondere auf christliche Minderheiten in Teilen der türkischen Gesellschaft führen können.

Ende eines Großreichs und der griechisch-türkische Konflikt

Im Jahr 1918 wurde das Osmanische Reich an allen Fronten entscheidend geschlagen, ein neuer Sultan, Mehmed VI. (reg. 1918– 1922) kam nach dem Tode seines Bruders auf den Thron, ein noch schwächerer Herrscher und, wie sich herausstellte, der letzte des Reichs. Das Osmanische Reich war am Ende und kapitulierte noch vor dem Ende des Krieges in Europa. Am 30. Oktober 1918 schloss es auf der Insel Mudros den Waffenstillstand. Darin wurde festgelegt, dass Istanbul die Meerengen öffnen und alle deutschen Militärs ausweisen musste. Die Siegermächte machten sich sogleich bereit, Istanbul und die Meerengen zu besetzen. Enver, Talat und andere wichtige Männer der „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ flohen nach Westeuropa und entzogen sich so der politischen Verantwortung, vor allem auch der juristischen Verantwortung für die Ermordung und Deportation

der Armenier. Enver reiste über Berlin weiter nach Moskau und in die muslimischen Gebiete Russlands, wo er sich revolutionären Gruppen anschloss, um wieder in der Türkei die Macht zu übernehmen. Bei Gefechten gegen sowjetische Truppen kam er dort um. Andere prominente Angehörige der letzten osmanischen Regierung wurden in den Folgejahren Opfer von Attentaten, mit denen Armenier das Unrecht an ihren Landsleuten rächen wollten. So wurde Talat im März 1921 auf offener Straße in Berlin von einem Armenier erschossen.

Eine unmittelbare Folge der Nachkriegspolitik der Siegermächte war der türkisch-griechische Konflikt, der unendliches Leid auch über Tausende von unbeteiligten muslimisch-türkischen Bewohnern Griechenlands und griechisch-orthodoxen Bewohnern Anatoliens brachte. Auch dieser Konflikt wirkt bis in die heutige Zeit nach, so sehr sich beide Staaten um bessere Beziehungen bemühten, da sie seit vielen Jahrzehnten Partner in der NATO sind und Partner in der Europäischen Union werden sollen.

Die Griechen waren ja die erste Nation gewesen, die einen selbstständigen Staat aus dem Osmanischen Reich heraus erkämpfte. Schon zur Zeit der Staatsgründung 1829 trat Großbritannien als Schutzmacht auf. Die Abhängigkeit Griechenlands von den europäischen Großmächten sollte auch weiter bestehen bleiben. Diese sorgten auch dafür, dass der neue hellenische Staat nicht, wie von den griechischen Nationalisten propagiert, eine Republik, sondern vielmehr eine Monarchie wurde, mit einem bayerischen Prinzen auf dem griechischen Königsthron. Griechenland war anfangs ein sehr kleiner Staat, der weitaus größte Teil der Griechen lebte jenseits seiner Grenzen im Osmanischen Reich, in Saloniki (das erst nach dem Balkankrieg 1913 an Griechenland fiel), in Istanbul und Westanatolien oder im ägyptischen Alexandria.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam in Griechenland die Idee auf, es solle seine verlorene Größe wiedererlangen und das Territorium des klassischen Griechenlands, also das westliche Kleinasien mit Istanbul, zurückerobern. Das Verhältnis von muslimischer und griechisch-orthodoxer Bevölkerung verschlechterte sich laufend. Wie schon erwähnt, wurden in Anatolien seit den Balkankriegen auch die Griechen – nicht zuletzt wegen dieser Ansprüche – von den Unionisten als mögliche Verräter angesehen, diskriminiert und teilweise schon zur Auswanderung gezwungen. Die hereinströmenden muslimischen

Flüchtlinge vom Balkan, die mit großen Ressentiments kamen und irgendwo in Anatolien angesiedelt werden mussten, taten ein Übriges.

Der eigentliche Konflikt wurde jedoch durch die Politik der europäischen Großmächte ausgelöst: Im Winter 1915/16 wurde die Landkarte des Nahen Ostens aufgeteilt. Wie bereits erwähnt, sollte Russland die Meerengen bekommen, dazu die ostanatolischen Provinzen, Großbritannien und Frankreich teilten den Fruchtbaren Halbmond (also Syrien, Libanon, Palästina und Irak) unter sich auf, dazu sollte Frankreich den Südosten Anatoliens erhalten. Im Süden und Südwesten Anatoliens wurden Italien Gebiete zugesagt. Gleichzeitig wurde Griechenland „äußerst bedeutungsvolle territoriale Kompensation an der Küste Kleinasiens“ versprochen, wenn es auf Seiten der Alliierten in den Krieg einträte. Anatolien war gar nicht groß genug, um alle diese Gebietsansprüche befriedigen zu können – ganz abgesehen davon, dass seine Bevölkerung dabei vollständig übergegangen wurde.

Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands jedoch stellte sich heraus, dass insbesondere Großbritannien noch gar keine durchdachte Politik für die Nachkriegsordnung im Nahen Osten besaß. Da zudem das Russische Reich nach der Oktoberrevolution als Partner ausgefallen war, übernahm England den wichtigsten strategischen Punkt: die Sicherung der Meerengen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer. Gleich darauf landete Italien im März 1919 Truppen in Antalya und sicherte so seinen Anspruch auf das ihm versprochene Territorium. Das zwang die anderen europäischen Partner zum Handeln: Eine stark pro-griechische und anti-türkische Stimmung unter den britischen Entscheidungsträgern führte dazu, dass Griechenland von den Westalliierten ermuntert wurde, das westliche Kleinasien zu besetzen. Die Besetzung der Stadt Izmir am 15. Mai 1919 war der Beginn eines fatalen Stellvertreterkrieges – das heißt, Griechenland führte stellvertretend für die Großmächte Krieg gegen die Türkei. Dieser Stellvertreterkrieg führte zu dem, was die Griechen „die Katastrophe“ nennen, nämlich dem Exodus aller Griechen aus Anatolien.

Für die türkische Seite war die Besetzung durch Griechenland der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die bereits vielerorts in Anatolien verstreut bestehenden bewaffneten Widerstandsgruppen gegen die Aufteilung der Heimat begannen sich zusammenzuschließen. Der Landung der Griechen in Izmir setzt die türkische

Geschichtsschreibung die Landung Mustafa Kemals (der spätere Atatürk, 1881–1938) in Samsun am 19. Mai 1919 entgegen, damit beginnt offiziell „der Befreiungskrieg“. Mustafa Kemal und einige andere hohe Militärs in Anatolien setzten sich von der Marionettenregierung in Istanbul ab, organisierten die Widerstandsgruppen nicht nur strategisch, sondern auch politisch, und formulierten auf sogenannten Kongressen ihre Forderungen für eine souveräne Türkei. Diese unabdingbaren Forderungen der Nationalisten zum Fortbestand des Staates wurden zusammengefasst im sogenannten „Nationalen Pakt“.

Die britische Besatzungsmacht löste das Osmanische Parlament in Istanbul auf – daraufhin eröffneten die Nationalisten in Ankara feierlich ihr eigenes Parlament: die Große Türkische Nationalversammlung. Mustafa Kemal (Atatürk) sagte später rückblickend, am Tage der Besetzung Istanbuls und des osmanischen Parlaments durch britische Truppen, also am 16. März 1920, habe das Osmanische Reich aufgehört zu existieren. Bis zur offiziellen Gründung der neuen türkischen Republik am 29. Oktober 1923 vergingen aber noch mehr als 2 Jahre, denn dazwischen lag der sogenannte Nationale Befreiungskrieg der Türken. Zusätzliches Öl auf das Feuer der Nationalisten unter Atatürk war die Unterzeichnung eines durch die Siegermächte diktierten Friedensvertrags, den die Sultansregierung im August 1920 in Sèvres bei Paris unterschrieb. Damit unterzeichnete sie ihr eigenes Todesurteil.

Im Vertrag von Sèvres wurden die bereits erwähnten Einflusszonen Großbritanniens und Frankreichs im Zweistromland, in Arabien und Großsyrien festgeschrieben, Griechenland wurde der größte Teil Ostthakiens und das Hinterland von Izmir zugesichert, das italienische Gebiet sollte sich von Bursa bis Mersin ausdehnen, die Armenier sollten in Ostanatolien einen eigenen Staat erhalten. Auch den Kurden wurde ein autonomes Gebiet zugesagt, das sich allerdings mit dem französischen und dem armenischen überschneidet; ein weites Gebiet rechts und links der Meerengen sollte entmilitarisiert werden. Dem Osmanischen Reich sollte damit lediglich ein Stückchen von Nordwestanatolien mit Istanbul bleiben.



Abb. 23 Die türkische Delegation bei den Friedensverhandlungen von Lausanne

Der Vertrag von Sèvres wurde von den Nationalisten in Ankara sofort abgelehnt. Sie bereiteten sich zur Gegenwehr vor. Die nächsten beiden Jahre standen im Zeichen eines verzweifelten Kampfes der anatolischen Bevölkerung um ihr Heimatland und des aussichtslosen, inzwischen von allen Großmächten einschließlich England verlassenen Kampfes der griechischen Truppen auf anatischem Gebiet. Der Krieg endete mit dem Rückzug der griechischen Armee aus Kleinasien, Izmir wurde von den türkischen Nationalisten zurückerobert und die ansässige griechische Bevölkerung buchstäblich ins und auf das Meer getrieben. Insgesamt mussten fast 1 Million griechisch-orthodoxe Anatolier als Flüchtlinge sofort oder im anschließend ausgehandelten Bevölkerungsaustausch die Türkei verlassen.

Die siegreichen Nationalisten erzwangen am 22. Oktober 1922 einen Waffenstillstand mit den Briten, nun aber unter umgekehrten Vorzeichen. Endlich war der 1. Weltkrieg im Nahen Osten beendet. Es kam zu erneuten Friedensverhandlungen, diesmal in Lausanne, und diesmal saßen die Türken als gleichberechtigte Partner mit am Tisch. Der im Sommer 1923 ausgehandelte und unterschriebene Vertrag wurde und wird in der Türkei als großer Erfolg gefeiert. Dies ist gerechtfertigt, vergleicht man ihn mit dem Friedensvertrag von Sèvres. Bei genauerer Betrachtung jedoch waren wieder andere die wahren Sieger: Die Großmächte, insbesondere Großbritannien, konnten ihre Position im Nahen Osten weiter stärken.

Die Meerengen wurden internationaler Kontrolle unterstellt, die arabischen Gebiete waren unwiderruflich verloren, der Status der von Kurden, Türken und Arabern bewohnten Provinz Mosul, interessant vor allem wegen ihres Ölreichtums, wurde noch nicht geklärt (1925 wurde sie vom Völkerbund dem britischen Mandatsgebiet Irak zugeteilt). Auf wirtschaftlichem Gebiet schrieb der Vertrag einige bedeutende Nachteile für die Türkei fest. Der entscheidende Gewinn für die Türkei war, dass sie als einziger wirklich souveräner Staat aus dem zerfallenen Osmanischen Reich hervorging. Der Vertrag von Lausanne sah ferner den sogenannten Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei vor, lediglich die griechisch-orthodoxe Bevölkerung Istanbuls und die muslimische Bevölkerung Westthrakiens wurden davon ausgenommen. Das bedeutete die entschädigungslose Entwurzelung von Hunderttausenden

von Familien, in deren Verlauf zum Beispiel auch nur türkisch sprechende griechisch-orthodoxe Christen nach Griechenland verfrachtet wurden, wo sie nicht gerade begeistert aufgenommen wurden, und nur griechisch sprechende Muslime nach Anatolien kamen.

Die Türkei und Griechenland bemühten sich sehr schnell auf offizieller Ebene um bessere Nachbarschaft. 1930 wurde ein erster griechisch-türkischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet, beide Länder arbeiteten daran, gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen über alte Feindschaften zu stellen. So ganz ist dies immer noch nicht gelungen. Nicht zuletzt hat der in den 1950er Jahren ausgebrochene Zypernkonflikt das Klima zwischen den beiden Staaten bis in die heutige Zeit vergiftet.

Hanseatisch-türkische Begegnungen in Handel und Schifffahrt

Die Periode der Zweiten Verfassung unter der Regierung der „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ in Istanbul war eine Zeit besonders intensiven Austausches mit Deutschland und auch mit der Hansestadt Hamburg.

Das türkische Generalkonsulat in Hamburg war nun mit einem türkischen Generalkonsul und keinem Hamburger Kaufmann als Honorarkonsul mehr besetzt, was bereits darauf hinweist, dass es nicht mehr nur um hamburgische Kaufleute und ihre Interessen ging, sondern auch darum, in der Hansestadt ansässige osmanische Staatsbürger zu vertreten. Welche Rechte und Pflichten die osmanischen Bürger in der Stadt hatten, ergibt sich aus der Antwort einer Senatskommission an den Konsul vom 2. August 1910:

„Die Behandlung türkischer Untertanen innerhalb des Hamburger Staatsgebietes weicht in keiner Beziehung von der anderer Ausländer ab. Sie sind nach dem anliegenden Hamburgischen Gesetz vom 6. Mai 1891, betreffend das Einwohner-Meldewesen, verpflichtet, bei ihrer Anmeldung sich durch Vorlage eines Reisepasses oder eines besonderen, ihre Eigenschaft als türkische Staatsangehörige bescheinigenden Attestes des hiesigen Kaiserlich Türkischen Konsulats über ihre Person und ihre Familienverhältnisse auszuweisen. Die Erlaubnis zum Aufenthalt im Hamburgischen Staatsgebiet ist an die Bedingung geknüpft, daß die tür-

kischen Untertanen in der Lage bleiben, sich und ihre Familienangehörigen in einwandfreier Weise zu ernähren, daß sie nicht gegen die deutschen Strafgesetze verstoßen oder gar schon Strafen erlitten haben, welche ihre Gemeingefährlichkeit dartun, und daß sie überhaupt als Ausländer nicht lästig fallen.“

*Hamburgisches Staatsarchiv, Senatskommission für die
Reichs- und Auswärtigen Angelegenheiten 132-1 I, 195*

Aus den spärlichen noch erhaltenen Ausländerakten ist zu ersehen, dass in den Kriegsjahren fast dreihundert osmanische Staatsbürger verschiedenster Herkunft in Hamburg registriert waren, viele davon Kaufleute, aber auch Handwerker, Artisten und Tänzerinnen, Musiker und Ärzte.

Im Jahr 1918 trat Hikmet Nazim Bey als neuer Generalkonsul sein Amt in Hamburg an – allerdings nur für sehr kurze Zeit. Er ist insofern erwähnenswert, als er der Vater Nazim Hikmets war, des vielleicht herausragendsten Dichters der Türkei (1902–1963). Der junge Nazim reiste jedoch nicht mit nach Hamburg.

Die deutsch-türkischen Beziehungen wurden durch einzelne Persönlichkeiten besonders befördert. So bemühte sich der äußerst türkeifreundliche Journalist Dr. Ernst Jäckh (1875–1959), der fest an den Reformwillen und die Zukunft der Türkei glaubte, sehr darum, Deutschland dem Osmanischen Reich näher zu bringen und damit die durch den deutschen Kaiser angestoßene Freundschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen und eine eventuelle politische Bündnispartnerschaft voranzubringen. Auf sein Betreiben hin konnte eine fünfzigköpfige osmanische Delegation 1911 Deutschland bereisen. Darunter waren neben Abgeordneten, Militärangehörigen und Staatsbeamten auch Journalisten – man hatte ihre Bedeutung für eine positive Propaganda im Ausland bereits erkannt. Der einmonatige Aufenthalt der Studienreisegruppe wurde vom deutschen Außenministerium wohlwollend unterstützt und von dem deutschen Banken-Konsortium, das die Türkei-Anleihen vergeben hatte, finanziert. Nach der Besichtigung der Kieler Werften und einer Rundfahrt durch den Kriegshafen Kiel besuchte die Gruppe auch Hamburg. Hier standen ein Rundgang über die Werft von Blohm und Voss auf dem Programm, ein Besuch bei Hagenbeck, die Besichtigung des gerade neu eröffneten Elbtunnels und ein Festmahl, veranstaltet von der Handelskammer. Am nächsten Tag ging es nach Helgoland mit der Deutschen Levante-Linie.

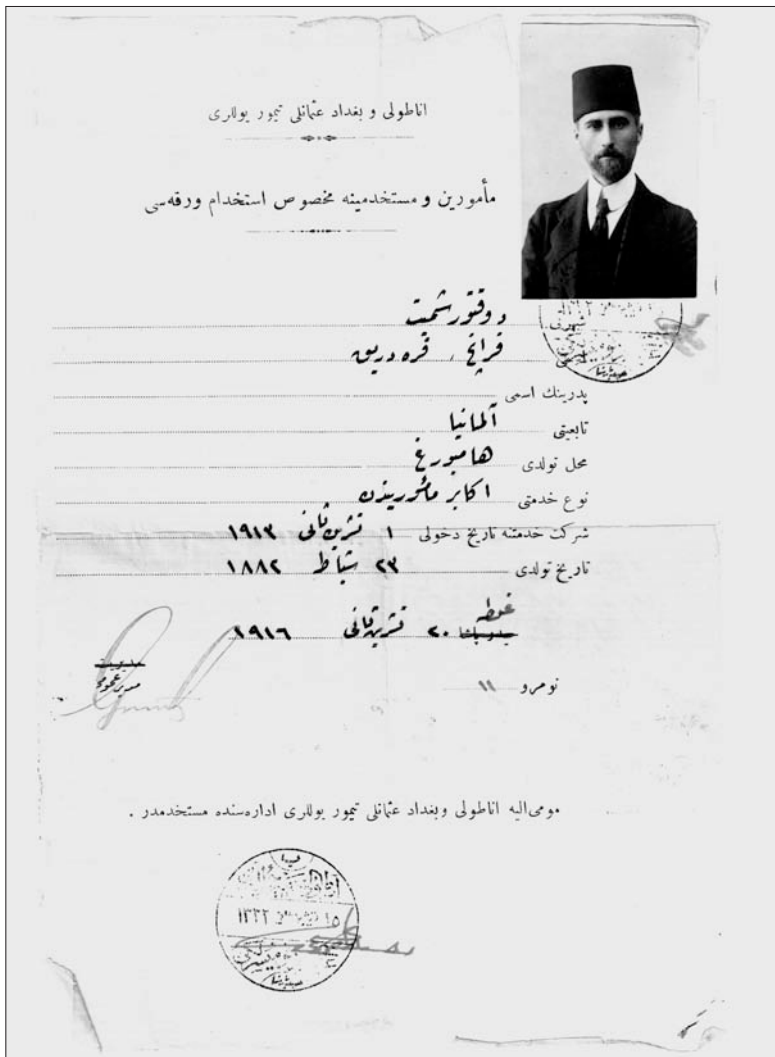


Abb. 24 Ausweis des Hamburgers Franz Schmidt-Dumont, der seit 1913 Syndikus der Anatolischen und Bagdadbahn war (im Ausweis hier steht „Direktor“), ausgestellt 1916.

Handel und Schifffahrt zwischen Hamburg und dem Osmanischen Reich erlebten in den Jahren unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg ihren größten Aufschwung. Insbesondere die Schwarzmeerküste war für hanseatische Transportschiffe interessant und gewinnbringend. Aus dem Hafen Trapezunt (heute Trabzon), wo Hamburger Firmen eigene Kontore unterhielten, importierte insbesondere die Deutsche Levante-Linie Früchte und Nüsse direkt nach Hamburg. Die 1905 gegründete und 100 Jahre später immer noch im gleichen Handel tätige Hamburger Firma Pisani und Rickertsen zum Beispiel importierte

neben Nüssen und Mandeln auch Trockenfrüchte und Gewürze und unterhielt mehrere eigene Haselnussbrechereien in den türkischen Schwarzmeerhäfen Giresun, Trabzon und Ordu.

Umso tiefer war der Fall nach Ausbruch des Krieges: drei- undsechzig Dampfer der Orientschiffahrt gingen dabei verloren, sie wurden konfisziert, versenkt oder mussten anderweitig abgeschrieben werden. Man kann sich vorstellen, welchen Verlust das für Hamburg und seine Wirtschaft bedeutete.

Besondere Beziehungen zum Osmanischen Reich in jenen Jahren hatte die Hamburgische Werft Blohm und Voss. Sie war seit der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert in der Türkei durch die Firma Walter Berghaus vertreten. Die 1877 gegründete Werft war in den Jahren unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg eine der größten Werften der Welt und besaß das weltgrößte Trockendock. Es war für die Türkei also durchaus auch prestigeträchtig, bei den Hamburgern ihre Kriegsschiffe bauen zu lassen, obwohl im osmanischen Kabinett und in der osmanischen Marine eine starke englandfreundliche Lobby dem entgegenzuarbeiten versuchte.

Blohm und Voss war auch die Werft, die den Panzerkreuzer „Goeben“ gebaut hatte, der mit Ausbruch des 1. Weltkriegs traurige Berühmtheit erlangte: Unter seinem türkischen Namen „Yavuz Sultan Selim“ und mit pro forma in türkische Dienste übernommenem deutschem Kommandeur und deutscher Besatzung bombardierte das Kriegsschiff den russischen Hafen Odessa und löste damit den Kriegszustand für das Osmanische Reich aus. Das Schiff wurde dann im Krieg stark beschädigt. Nach 1924, als die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei offiziell wieder zugelassen waren, verhandelte man über die Reparatur des Schiffes in der Heimatwerft, allerdings wohl mit negativem Ausgang. Das Schiff blieb noch bis 1950 das Flaggschiff der türkischen Marine.

Zusätzlich zur Lieferung von Kriegsschiffen verhandelte Blohm und Voss auf Betreiben der osmanischen Regierung in den ersten Kriegsjahren darüber, im Golf von Izmit eine große Werft zu bauen. Als dieses Projekt nicht so recht vorankam, favorisierte man den Bau einer kleineren Werft auf einem Gelände am Goldenen Horn in Istanbul. Hier sollten vorrangig die im Krieg beschädigten türkischen Kriegsschiffe repariert werden. Zu diesem Zweck wurde 1916 die Deutsch-Osmanische Werften-Gesellschaft gegründet, ein

Konsortium von Werften aus Hamburg, Kiel, Bremen, Stettin und Danzig; Herrmann Blohm wurde der Geschäftsführer. Ein Kooperationsvertrag mit der Krupp AG in Essen sah vor, dass die Stahlpanzerung von Schiffen für die Türkei ausschließlich von Krupp vorgenommen werden sollte. Die Verhandlungen, die in enger Absprache mit der deutschen Regierung geführt wurden, zogen sich jedoch hin, auch weil das Osmanische Reich als nicht zahlungsfähig angesehen wurde. Außerdem wollte der – englandfreundliche – türkische Marineminister dem deutschen Konsortium kein Gelände in Istanbul abtreten, sondern bestand auf türkischer Oberhoheit.

Gleichzeitig wurde ein Vertrag über die Errichtung eines Schwimmdocks in Istanbul durch Blohm und Voss geschlossen.

Das unrühmliche Ende des Weltkriegs für beide Parteien und das vom Versailler Vertrag verfügte Ausfuhrverbot für deutsches Waffen- und Kriegsmaterial unterbrachen diese Projekte und ließen sie schließlich gänzlich scheitern.

Begegnungen in Bildung und Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft gab es enge Kontakte und Zusammenarbeit. Deutsche Professoren leiteten zum Beispiel um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert das osmanische Lehrkrankenhaus von Gülhane (im europäischen Teil Istanbuls) und reorganisierten das medizinische Unterrichtswesen in der Türkei. Im Jahr 1915 wurden zwanzig deutsche Professoren auf neu eingerichtete Lehrstühle an der (alten) Universität Istanbul berufen.

Bereits im Jahr 1910 stellte der Orientalist Martin Hartmann, der am Institut für Orientalische Sprachen in Berlin lehrte, Überlegungen für die Gründung einer Ost-Universität an, die irgendwo im Osmanischen Reich angesiedelt sein sollte. Der Geograf und Publizist Hugo Grothe dachte 2 Jahre später konkret an eine deutsch-türkische Hochschule, die ähnlich dem amerikanischen Robert-College in Istanbul zur Ausbildung junger Türken beitragen sollte. Mit der Niederlage Deutschlands nach dem Weltkrieg verliefen diese Überlegungen im Sande. Erst neunzig Jahre später sollte dieser Gedanke wiederaufgenommen werden. Das Projekt einer deutschen Univer-

sität in Istanbul ist jedoch noch immer nicht über das Planungsstadium hinausgekommen.

Eine Besonderheit jener Jahre war die Ausbildung von jungen Türken in Deutschland, die von der „Deutsch-Türkischen Vereinigung“ organisiert wurde. Gründer dieser Gesellschaft waren in Deutschland der oben erwähnte Journalist Ernst Jäckh sowie in der Türkei Enver Pascha. Die Vereinigung sollte den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch beider Länder anregen und fördern. In diesem Sinne ermöglichte sie es Hunderten von türkischen Schülern und Lehrlingen, zur Ausbildung nach Deutschland zu kommen, wo sie in Familien untergebracht wurden. Ein echter Schüleraustausch war dies nicht, denn es fuhren im Gegenzug keine deutschen Jugendlichen in die Türkei – man war wohl in Deutschland nicht der Meinung, dass sie dort etwas lernen könnten.

Im selben Jahr war eine Deutsche Kulturkommission eingerichtet worden, die in engem Kontakt mit dem osmanischen Bildungsministerium ebenfalls junge Türken nach Deutschland holte, vor allem zur Ausbildung im Handwerk. Insgesamt waren 1918 etwa 1500 junge Türken in Deutschland, einige von ihnen auch in Hamburg. Beispielsweise ist für das Jahr 1917 der 15-jährige Schüler Edip Kemal verzeichnet, der in St. Georg die Oberrealschule besuchte.

Die im Gegenzug in der Türkei gegründete „Türkisch-Deutsche Vereinigung“ kümmerte sich um die Vermittlung deutscher Beamter in türkische Ministerien. Ein anderes Projekt blieb unvollendet: Die „Türkisch-Deutsche Vereinigung“ in Istanbul und die „Deutsch-Türkische Vereinigung“ in Berlin planten, aus privaten Mitteln ein „Haus der Freundschaft“ in Istanbul zu errichten. Die türkische Regierung stellte ein Grundstück in bester Lage Istanbuls zur Verfügung, für den Bau dieses sozusagen als multifunktionelles Kulturzentrum geplanten Gebäudes wurden die namhaftesten deutschen Architekten zu einem Wettbewerb eingeladen. 1917 wurde der Grundstein gelegt, kurz darauf wurde es noch vom deutschen Kaiser besichtigt – mit dem Kriegsende jedoch wurde das Projekt abgebrochen und verschwand völlig von der Bildfläche.

4 Die erste Türkische Republik

Der neue türkische Nationalstaat gründete sich auf einem Territorium, das der „Nationale Pakt“ bereits 1919 als unverzichtbares türkisches Heimatland festgelegt hatte und das nach dem Befreiungskampf im Vertrag von Lausanne auch international anerkannt wurde. Die 3 Jahre des Kampfes gegen die Besetzung (1919–1922), an dem insbesondere auch die Zivilbevölkerung Anatoliens, einschließlich der Frauen, beteiligt war, sind im türkischen kollektiven Gedächtnis immer noch gegenwärtig: Praktisch jede Familie hat Vorfahren, die daran teilgenommen haben oder dabei sogar ihr Leben ließen. Daher wird diese Periode der türkischen Geschichte besonders idealisiert und ist noch keineswegs einer kritischen Betrachtung zugänglich. Einen Eindruck davon bekommt, wer sich die relativ neue permanente Ausstellung zum Befreiungskrieg ansieht, die in einem der Seitenflügel des Atatürk-Mausoleums eingerichtet wurde. Hier wird eine für westeuropäische Augen und Ohren höchst befremdliche Verherrlichung der blutigen Geschehnisse dargestellt.

Besonders eindrücklich – und auch emotional und heroisierend – hat Nazım Hikmet (1902–1963), ein Dichter, der wegen seiner kommunistischen Ansichten in der Türkei lange Zeit verfolgt war, die Leiden und die Mühsal der Zivilbevölkerung in dem Gedicht mit dem Titel „Der Monat August 1922 ...“ zum Ausdruck gebracht:

*Ayın altında kağnılar gidiyordu.
Kağnılar gidiyordu Akşehir üstünden Afyon'a doğru.
Toprak öyle bitip tükenmez,
dağlar öyle uzakta,
sanki gidenler hiçbir zaman
hiçbir menzile erişmeyecekti. ...*

*Gece aydınlık ve sıcak
Ve kağnılarda tahta yataklarında
Koyu mavi humbaralar çırılçplaktı.
Ve kadınlar*

*Birbirlerinden gizliyerek
Bakıyorlardı ayın altında
Geçmiş kafilerden kalan öküz ve tekerlek ölülerine.*

*Im Mondenlicht gehen die Ochsenkarren dahin
Die Ochsenkarren an Akşehir vorbei nach Afyon
Das Land zieht sich hin und hört nicht auf
Die Berge sind so weit
Als ob die Gehenden niemals
Irgendeine Siedlung erreichen würden. ...
Die Nacht ist hell und warm
Und auf den hölzernen Betten der Ochsenkarren
Nackt die dunkelblauen Granaten.
Und die Frauen
Schauen verstohlen
Unter dem Mondlicht
Auf die toten Ochsen und die Räder, übrig geblieben von
den vorangegangenen Trecks.*

(Eigene Übersetzung)

Dieser tiefe Einschnitt im Leben der türkischen Bevölkerung kann als Erklärung für viele politische Entscheidungen und Haltungen bis zum heutigen Tag herangezogen werden. Die extreme Empfindlichkeit der Türkei, wenn es um Autonomie- oder gar Abspaltungstendenzen geht, wie zum Beispiel der kurdischen Gebiete, oder um Unrecht an der türkischen Bevölkerung, wie das zum Beispiel im Falle der türkisch-zypriotischen Bevölkerung empfunden wird, ist auf diese historische Erfahrung zurückzuführen. Kein Zentimeter türkischen Bodens, der mit so vielen Menschenopfern zurückerobert wurde, soll je wieder besetzt oder preisgegeben werden. Deutsche, die wegen der Erfahrungen des Nationalsozialismus oft ein gebrochenes Verhältnis zu ihrer Geschichte haben, können diese enge Bindung der Menschen der Türkei an ihre neuere Geschichte nur schwer nachvollziehen.

Erst nach der offiziellen internationalen Anerkennung der Türkei mit dem Friedensvertrag von Lausanne wurde am 29. Oktober 1923 die Republik verkündet, ein Tag, der alljährlich gefeiert wird. Mustafa Kemal (Atatürk) wurde zum ersten Präsidenten des Landes gewählt. Am selben Tag verließen die letzten Besatzungstruppen das Land. Der osmanische Sultan war schon ein Jahr zuvor ins Exil gegangen, als das Sultanat abgeschafft wurde. Der allerletzte Repräsentant des Hauses Osman, Abdülmecid II, war nun nur noch Kalif – lediglich der Inhaber eines Ehrentitels ohne Macht. Eine gewisse

Zeit brauchte man ihn noch, er sollte der Türkei das Wohlwollen der Muslime in der Welt, das sie dringend benötigte, erhalten.

Im April 1924 fühlte sich die republikanische Regierung dann stark genug, auch auf das Kalifat zu verzichten.

Die neue Republik gab sich eine demokratische Verfassung, in der die Souveränität ausschließlich dem Volk zustand, die Gewaltenteilung festgelegt war, der Präsident aus der Mitte des Parlaments gewählt wurde und dann den Ministerpräsidenten ernannte. In der Verfassung sind auch die den Bürgern zugestandenen weitgehenden „Grundrechte der Türken“ niedergelegt, dabei wird als „Türke“ jeder Einwohner der Türkei ohne Ansehen der Religion und Rasse definiert. Der dazu propagierte türkische Nationalismus diente vor allem dem Ziel der Einheit der Nation und der Sicherstellung des sozialen Friedens. Noch bis heute beginnen Schulkinder den Tag mit einem Ausspruch Atatürks: „Glücklich ist, wer sagen kann, ich bin ein Türke“. Nach Jahrzehnten der Uneinigkeit und der inneren Kämpfe sollte eine harmonische Gesellschaft geschaffen werden, die alle Einwohner des Landes umfasste. Dieser von oben verordnete Nationalismus wurde jedoch nicht von allen Bevölkerungsgruppen akzeptiert, insbesondere nicht von den Kurden. Zudem wurde er im Laufe der Jahre von den sunnitischen Türken immer mehr als ausschließlich für sie gedacht interpretiert, was den alevitischen Bevölkerungsteil ausgrenzte.

Mustafa Kemal Atatürk und der „Kemalismus“

Die erste Republik wurde geprägt von einer Gruppe von Männern um Mustafa Kemal Atatürk, die sich in der Pflicht sahen, radikale soziale und wirtschaftliche Reformen von oben im Land durchzusetzen, wenn nötig auch gegen den Willen der Bevölkerung. Die Mitglieder dieser Gruppe stammten fast alle aus dem Militär, sie hatten die neuen Militärschulen durchlaufen und bildeten ein verzweigtes Netzwerk. Sie hatten alle im 1. Weltkrieg und dann siegreich im Befreiungskrieg gekämpft. Zumeist kamen sie aus einfacheren Verhältnissen, stammten also nicht aus den alten Istanbuler Familien, waren nicht sehr religiös geprägt und zur Zeit der Republikgründung

Abb. 25 Ankara
in den 1920er Jah-
ren



etwa vierzig Jahre alt. Dieser Gruppe, die dann die Republik Türkei vollständig nach ihren Vorstellungen prägte, wurde nach ihrem Führer Kemal Atatürk der Name „Kemalisten“ gegeben. Dementsprechend wurde die Ideologie, die sie der Türkei verordneten, „Kemalismus“ genannt.

Wer war Mustafa Kemal, später mit dem Nachnamen Atatürk? Er wurde 1881 in Saloniki, das damals noch dem Osmanischen Reich angehörte, in einer Familie eines kleinen Beamten geboren, der früh starb. Mustafa Kemal besuchte die militärische Mittelschule und dann die Militäarakademie in Istanbul, wo er auch französisch lernte. Er hatte Verbindungen zu den Unionisten, wurde aber nicht in ihren inneren Zirkel aufgenommen, was ihm nach dem 1. Weltkrieg natürlich zugute kam, da er durch ihr Scheitern nicht vorbelastet war. Seinen ersten Kriegseinsatz hatte er in Libyen im Krieg gegen die italienischen Besatzungstruppen, danach war er Militärattaché in Bulgarien und in Berlin. Sein Einsatz im Weltkrieg war zunächst an den hart umkämpften Dardanellen als Adjutant des deutschen Generals Liman von Sanders. Mustafa Kemals außergewöhnlicher Erfolg dort begründete seinen Ruhm und seine Bekanntheit. Seine späteren Einsätze im Kaukasus und in Syrien waren dagegen im Wesentlichen erfolglos.

Nach seiner überzeugenden Arbeit bei der Zusammenführung der Widerstandsgruppen und der Gründung des ersten Parlaments in Ankara wurde er für die Dauer der Entscheidungsschlachten

im Befreiungskampf mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, die er bis zum Sieg über die Griechen innehatte. Er wurde 1923 zum ersten Präsidenten der Türkei gewählt und 1927, 1931 und 1935 wiedergewählt. Atatürk besaß nicht nur einen starken Willen, Durchsetzungs- und Überzeugungskraft, sondern auch ungewöhnliches Charisma. In der Notsituation der Türkei war er der richtige Mann am richtigen Ort. Atatürks wird als „Vater der Türken“ und als Held auch heute noch in der Türkei verehrt, eine Verehrung, die auch fast 70 Jahre nach seinem Tod weder Kritik noch Scherz oder Satire zulässt. Das ist für Deutsche schwer begreiflich, sollte aber vor dem historischen Hintergrund akzeptiert werden. Inzwischen kann man zwar auch in der Türkei selbst kritische Stimmen zu Atatürk und seiner Ideologie hören, auch sein Privatleben ist nicht mehr absolut tabu, Ausländern jedoch wird diese Kritik nicht zugestanden.

Atatürks engster Vertrauter war Ismet İnönü (1884–1973), dessen Vater ebenfalls ein osmanischer Beamter war und aus Ostanatolien stammte; seine Mutter stammte aus einer Flüchtlingsfamilie vom Balkan. Auch er besuchte Militärschulen und schloss die Militärakademie ab. Seinen ersten Einsatz hatte er bei der Niederwerfung von Aufständen im Jemen. Im Befreiungskampf war er Kommandeur der Westfront und gewann die entscheidenden Schlachten, eine davon bei İnönü, daher sein Name. Er wurde zum unverzichtbaren Mitarbeiter Atatürks, dessen Sprachrohr bei den Waffenstillstandsverhandlungen und vor allem in Lausanne. İnönü war viele Jahre hindurch Ministerpräsident. Vom Charakter her ganz verschieden von Atatürk begnügte er sich zu dessen Lebzeiten immer mit der zweiten Rolle. Erst nach Atatürks Tod 1938 folgte er ihm als Präsident nach, ein Amt, das er bis zu seiner Abwahl 1950 ausfüllte. Er blieb Parteivorsitzender der Republikanischen Volkspartei bis 1972, fungierte nach dem Putsch von 1960 noch einmal als Ministerpräsident und nahm in seinem letzten Lebensjahr einen Sitz im Senat ein.

Die Prinzipien der kemalistischen Ideologie lassen sich unter sechs Punkten zusammenfassen, die als die sogenannten sechs Pfeile

Abb. 26 Mustafa Kemal Atatürk und Ismet İnönü, 1922



zum Symbol der Republikanischen Volkspartei, der Regierungspartei, gehörten und später in der Verfassung festgeschrieben wurden. Es sind dies:

1. **Republikanismus** – betont den Bruch mit der Vergangenheit des Osmanischen Reichs und bestimmt die Volkssouveränität zur Grundlage des Staats.
2. **Nationalismus** – die Einheit der türkischen Nation ist oberstes Gebot; wie schon erwähnt, wendet sich dieses Prinzip insbesondere gegen alle abspalterischen Tendenzen. Dieses Prinzip war jedoch auch die Grundlage dafür, die Existenz von Minderheiten in der Türkei, und damit verbunden ihr Recht auf eigene Sprache, Religion und Kultur, zu verschleiern oder zu leugnen.
3. **Populismus** – besagt, dass alle Bewohner der Türkei gleich sind und gleichermaßen an der Herrschaft des Volkes teilnehmen sollen, dass es keine Klassen oder Rassen gibt, sondern alle zusammen eine Volksgemeinschaft bilden.
4. **Reformismus** – oder auch Revolutionismus (das türkische Wort *inkilapçılık* kann beides bedeuten). Damit wird festgelegt, dass es eine permanente und nicht aufzugebende Reformbewegung geben müsse, damit das Ziel, einen westlichen modernen Staat aufzubauen, erreicht wird und kein Zurück zu alten Zuständen mehr möglich ist. Von den Türken selbst wird die Umbruchphase vor und nach der Republikgründung als türkische Revolution bezeichnet.
5. **Laizismus** – die türkische Variante des Säkularismus. Damit wird die Entflechtung von Staat und Islam festgeschrieben. Dies muss vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Einheit von Islam und osmanischem Staat gesehen werden. Anders als im Säkularismus wurden nicht Kirche und Staat getrennt, vielmehr wurden die religiösen Institutionen staatlicher Aufsicht unterstellt. Dieser Grundsatz wird auch heute noch immer wieder sehr kontrovers diskutiert, insbesondere seit die sich als islamisch begreifende Partei AKP an der Macht ist. Ursprünglich wurde in der türkischen Verfassung festgelegt, dass der Islam die Religion des türkischen Staates sei. Dieser Artikel wurde jedoch bereits 1928 gestrichen. Damit ist die Türkei der einzige

Staat mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung, der den Islam nicht in der Verfassung führt.

6. **Etatismus** – Als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre auch auf die Türkei eine völlig neue Wirtschaftspolitik vonnöten machte, wurde dieses Prinzip den Grundsätzen zugefügt. Es besagt, dass der Staat selbst die Initiative in wichtigen Wirtschaftssektoren übernimmt, Wirtschaftsentwicklungspläne aufstellt und selbst verwirklicht.

Diese sechs Punkte bilden also die Grundlage für die Umgestaltung der Türkei in ein modernes westliches Staatswesen. Alle Gebiete der türkischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren betroffen, und dieser Prozess ist bis heute noch keineswegs abgeschlossen. Hier seien beispielhaft einige wichtige Reformen kurz erwähnt, die die Türkei bis heute entscheidend geprägt haben:

Das gesamte Rechtssystem, das noch auf dem islamischen Rechtswesen beruhte, wurde verwestlicht, aus verschiedenen europäischen Staaten wurden Gesetzbücher direkt übernommen, teilweise auch an die türkischen Verhältnisse angepasst. So wurde 1926 das Schweizerische Zivilgesetzbuch eingeführt, und damit auch die Zivilehe. Die Frauen in der Türkei wurden jedoch nicht nur rechtlich, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet weitgehend gleichgestellt, Anfang der 1930er Jahre erhielten sie auch das Wahlrecht. Inzwischen gelten durch immer wieder erfolgte zusätzliche Gesetzesreformen für türkische Frauen die gleichen Rechte wie für westeuropäische Frauen. Allerdings wurde, anders als bei der sogenannten Hutreform für die Männer, unter Atatürk die islamische Kleidung der Frauen, vor allem das Tragen des Kopftuchs, nicht verboten, sondern eine westliche Kleidung wurde lediglich immer wieder angemahnt. Das Bildungswesen wurde auf allen Ebenen ausgebaut, was natürlich auch den Mädchen und Frauen zugute kam. Erstmals wurde auch für Erwachsenenbildung, vor allem auf den Dörfern, gesorgt. 1933 wurde die alte Hochschule, die stark religiös geprägt war, aufgelöst und an ihrer Stelle moderne Universitäten in Istanbul und in Ankara gegründet.

Im Zuge der Betonung des türkischen Nationalismus wurde eine Sprach- und Schriftreform durchgeführt. Die Sprache sollte von den



Abb. 27 Atatürk selbst unterrichtet das neue Alphabet

vielen arabischen und persischen Lehnwörtern befreit und diese durch türkische Wörter ersetzt werden – teilweise waren hierzu Neuschöpfungen oder Anleihen aus anderen Türkssprachen vonnöten. Dieser Prozess erstreckte sich mit immer neuen Anläufen auf das gesamte 20. Jahrhundert, sodass sich die türkische Sprache fortlaufend verändert hat. Osmanisch-türkisch wurde mit arabischen Schriftzeichen geschrieben. Um auch hier den Bruch mit der Vergangenheit sichtbar zu machen, wurde 1928 die lateinische Schrift mit einigen Sonderzeichen eingeführt. Nachkommende Generationen konnten also ältere Bücher und Texte, soweit sie nicht ins „moderne Türkisch“ in Schrift und Sprache übertragen wurden, nicht mehr lesen.

Viele Reformen hatten zum Ziel, den Islam aus dem öffentlichen Leben zurückzudrängen, die Türkei an die westliche Zivilisation, wie man das nannte, anzupassen, sie zu modernisieren und zu einem Teil Europas zu machen. Zur Kontrolle der islamischen Institutionen wurde auf höchster Ebene ein Religionsamt geschaffen, die „Präsidenschaft für Religiöse Angelegenheiten“, die sich staatlicherseits bis heute um die Belange der Religion kümmert. Was anfänglich ein Zuwachs an säkularer Kontrolle der islamischen Organisationen bedeutete, hat sich im Lauf der Jahrzehnte ins Gegenteil verkehrt. Der türkische Staat bestimmt über die Religion seiner Bürger – übrigens auch der in Deutschland lebenden Türken –, und darunter wird ausschließlich die sunnitische Ausrichtung des Islams in Ausbildung und Lehre verstanden. Der jeweilige Amtsinhaber, der direkt dem Ministerpräsidenten angegliedert ist, stellt sich – weit davon entfernt, ein ziviler Beamter in einem säkularen Staat zu sein – immer mehr wie ein hoher Mufti dar.

Die Modernisierung war auch das vorderste Ziel der türkischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre. Das Land war ein Agrarland, die Landwirtschaft und die davon abhängigen Menschen litten vielfältig unter den Folgen der vorangegangenen Kriegsjahre. Die Landwirtschaft musste also neu organisiert und gefördert werden – dies allerdings ge-

lang den Kemalisten nicht durchgehend. Banken, Industrie und Infrastruktur mussten erst aufgebaut werden – in Ermangelung privaten Kapitals unternahm dies größtenteils der Staat.

Die überaus schwache Stellung der Türkei in der Weltwirtschaft wurde insbesondere während der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre deutlich. Ihre spürbaren Folgen, wie der Verfall der Preise für Agrarprodukte, von deren Exporten die Türkei lebte, der Mangel an Krediten und die Entwertung der Währung, forderte die türkischen Politiker und Wirtschaftsplaner zu neuen Wegen heraus. Zugleich bestand aber auch immer die Gefahr, dass das Land, das sich gerade von den Kapitulationen und der internationalen Schuldenkommission befreit hatte, in neue Abhängigkeiten von den westlichen Industriestaaten geraten würde.

Die Weltwirtschaftskrise bedeutete auch die Lockerung der Verbindungen der Türkei zum Weltmarkt. Nun bestand für das Land eine Chance, mit großer finanzieller Anstrengung einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen. Dies versuchte es unter dem oben bereits erwähnten Prinzip des Etatismus. 5-Jahres-Wirtschaftsentwicklungspläne sahen insbesondere den Aufbau einer einheimischen Konsumgüterindustrie (wie Zucker, Mehl, Baumwollwaren und Zement) vor, aber auch ganz neu den Aufbau einer Schwerindustrie. Zwar waren an der Erstellung des ersten Plans sowjetische Wirtschaftsfachleute beteiligt, die türkische Wirtschaftspolitik verstand sich jedoch nicht als sozialistische Planwirtschaft, sondern im Gegenteil als Förderer der kapitalistischen Entwicklung des Landes. Der Etatismus war, im Rahmen der 1930er Jahre betrachtet, eine er-



Abb. 28 Das erste türkische Parlamentsgebäude, heute ein Museum

folgreiche Politik, er konnte jedoch in der darauffolgenden Zeit nicht überdauern. Gleichzeitig schloss die Türkei, als die Devisen aufgrund der Weltwirtschaftskrise knapp wurden, besondere Handelsabkommen, die eine direkte Verrechnung Ware gegen Ware erlaubten. Insbesondere Deutschland stieg in diese Art des Außenhandels mit ein. Das führte dazu, dass Deutschland, dem in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg nicht einmal Beziehungen zur Türkei erlaubt waren, Mitte der 30er Jahre bereits wieder der wichtigste Handelspartner der Türkei war. Im Jahr 1936 zum Beispiel kamen 45% der türkischen Importe aus Deutschland, und 51% der türkischen Exporte gingen dorthin.

Kritisch betrachtet war die türkische Republik bis zu Atatürks Tod 1938 und auch noch darüber hinaus eine wohlwollende Diktatur mit demokratischen Zügen – man hat sie auch „Erziehungsdiktatur“ genannt, da das Volk wie von einem strengen Vater zu etwas Besseren gebracht werden sollte und keine Widerrede geduldet wurde. Es wurde deutlich, dass die Kemalisten alle Reformen von oben herab bestimmten, jedoch fühlten sie sich dem Gemeinwohl und vor allem der Entwicklung ihres Landes verpflichtet. Sie argumentierten, ohne staatliche Verordnungen und vor allem ohne die strikte Kontrolle bei der Einhaltung hätten die Gegner der Republik und der Demokratie und äußere Feinde die Türkei zerstört. Das ist wahrscheinlich richtig. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass auf diese Weise alle abweichenden politischen Meinungen unterdrückt wurden, in den 20er Jahren mehrere Gegner des Regimes ohne ordentliche Gerichtsverfahren verbannt und sogar hingerichtet wurden und der immer wieder auftretende Widerstand von Kurden mit Gewalt beendet wurde.

Die Ära İnönü, der 2. Weltkrieg und der Beginn der Mehrparteiendemokratie

Als Atatürk 1938 im Herbst starb, waren die dunklen Kriegswolken über Europa bereits aufgezogen. Der Übergang vom charismatischen ersten Präsidenten Atatürk zum zweiten Präsidenten İsmet İnönü

verlief entgegen allen Befürchtungen reibungslos und ohne innenpolitische Kämpfe. Dies war vor allem einem Mann zu verdanken, der seine eigenen politischen Ambitionen für einige Jahre zurückstellte: Ministerpräsident Celal Bayar (1883–1986). Inönüs Präsidentschaft – er wurde 1939, 1943 und 1946 wiedergewählt – ging in die Geschichtsbücher als die Jahre des „Nationalen Chefs“ ein. Er verstand

es durch geschicktes außenpolitisches Taktieren und innenpolitisches Balancieren vor allem, die Türkei aus dem 2. Weltkrieg herauszuhalten. Zwar waren die Auswirkungen des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich auch in der Türkei zu spüren, denn die Bevölkerung verarmte zusehends, jedoch blieben dem Land auf diese Weise Verluste an Menschenleben und Zerstörungen erspart. Die noch kurz vor dem Ende erfolgte Kriegserklärung an Deutschland sicherte der Türkei einen Platz in den Vereinten Nationen. Damit erwarb sie ein Mitspracherecht im Kreis der Staaten, die über die Nachkriegsordnung bestimmten.

Sofort nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurden sowohl außen- als auch innenpolitisch neue Weichen in Ankara gestellt. Außenpolitisch war die Türkei unter starken Druck der Sowjetunion geraten, die den Vertrag über die Meerengen von 1936 revidieren wollte und auch Grenzkorrekturen an der gemeinsamen Ostgrenze beanspruchte. Die Türkei fühlte sich dadurch bedroht und wandte sich hilfeschend dem Sieger des 2. Weltkriegs, den USA, zu. Innenpolitisch standen die Zeichen auf Sturm: Inönüs autoritärer Führungsstil wurde offen abgelehnt. Die Opposition hatte nur abgewartet, bis die Tage des kriegsbedingten nationalen Notstands vorbei waren. Nun wurde die insgesamt inkompetente Wirtschaftspolitik der Regierung bloßgestellt, die zudem die nicht-türkischen Minderheiten diskriminiert hatte, und die landesweite Einschränkung von Bürgerrechten angeprangert.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Türkei – abgesehen von einem kurzlebigen Experiment in den frühen 30er Jahren – kam es nun zur Gründung einer Oppositionspartei. Die neue Partei wollte die Einparteienherrschaft der Republikanischen Volkspartei durch-



Abb. 29 Die drei ersten Präsidenten der Republik Türkei auf einem Foto vereint (v. l.): Mustafa Kemal Atatürk, İsmet İnönü und Celal Bayar

Abb. 30 In der ländlichen Türkei kann man auch heute noch solchen Szenen begegnen.



brechen und schrieb sich mehr Demokratie und wirtschaftlichen Liberalismus auf die Fahnen. Nicht zuletzt in Anlehnung an ihr Vorbild in den USA nannte sie sich Demokratische Partei (DP). Anfänglich hatte es die neue Partei sehr schwer, sich zu behaupten. Da es noch keine demokratische Streitkultur im Lande gab, war die Unterstützung einer anderen als der Staatspartei (die ja zudem die Partei des verehrten Staatsgründers Atatürk war) gleichbedeutend mit Vaterlandsverrat.

1950 stellten sich die beiden Parteien den Wählern, und das für die Republikanische Volkspartei und ihren Chef İnönü Udenkbare geschah: Die Demokratische Partei gewann die Mehrheit der Parlamentssitze. Als das neue Parlament im Mai 1950 zusammentrat, wählte es Celal Bayar zum 3. Präsidenten der Republik. Dieser wiederum ernannte den relativ jungen, aber psychisch instabilen Grundbesitzersohn Adnan Menderes (1899–1961) zum Ministerpräsidenten. Im Vorfeld dieser entscheidenden Wahl war zum ersten Mal die Landbevölkerung mobilisiert worden, zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei waren ihre Situation und die Entwicklung der ländlichen Gebiete Wahlkampfthemen gewesen. Die Demokratische Partei stützte sich zwar auf die Grundbesitzer und die ländlichen Honoratioren, und sie profitierte von den wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten, die auf dem Land vorherrschten, gleichzeitig aber vermittelte sie der einfachen Bevölkerung das Gefühl, selbst entscheiden zu können.

Aufstieg und Fall der Demokratischen Partei

Das Jahrzehnt der 1950er Jahre, in dem die Demokratische Partei regierte, war eine Periode großer Hoffnungen, die bitter enttäuscht wurden. Gute Ausgangsbedingungen, wie reiche Ernten und eine positive wirtschaftliche Entwicklung, brachten anfangs Erfolge. Bald aber schon schlug die Politik der Regierung um in eine unverantwortliche Wirtschaftspolitik und eine autoritäre Innenpolitik, die schließlich zum tiefen Fall führten: Das betraf nicht nur die Politiker der Demokratischen Partei, sondern auch die demokratische Entwicklung des Landes.

Die Vereinigten Staaten waren nach dem 2. Weltkrieg das alleinige Vorbild für türkische Politiker. Bayar versprach zu seinem Amtsantritt sogar, seine Regierung und er würden die Türkei zu einem kleinen Amerika machen. Damit spielte er auf das amerikanische Wohlstandsmodell an. Der Ministerpräsident versprach dazu, es würde bald in jedem Dorf einen Millionär geben. Tatsächlich ließ sich die Entwicklung zu Beginn der 50er Jahre so gut an, dass auch heute noch in der Türkei, vor allem auf dem Land, von den goldenen 50er Jahren gesprochen wird.

Die Landwirtschaft – vor allem im Westen der Türkei – wurde in großem Stil ausgeweitet und mechanisiert, Straßen wurden gebaut, Fabriken eröffnet, die Einkommen der Bevölkerung stiegen. Wo sie konnte, nahm die DP-Regierung Regelungen der Vorgänger-Regierung zurück und kehrte deren Politik um. Sie liberalisierte die Wirtschaft, nahm Anleihen im Ausland auf und entfernte die Anhänger der Republikanischen Volkspartei aus allen Ämtern. Gleichzeitig hob die DP-Regierung auch die strengen Vorschriften zur Trennung von Staat und Islam auf, zum Beispiel wurde in den Schulen der Religionsunterricht wieder zugelassen. Das wurde vor allem von der Landbevölkerung, die den Laizismus in allen seinen Auswirkungen nie wirklich akzeptiert hatte, begeistert aufgenommen und sicherte der DP Stimmen.

Die außenpolitische Ausrichtung des Landes auf die USA hin wurde von der Regierung Bayar-Menderes weiter gefestigt und bestimmte die nächsten Jahrzehnte. Die USA bezogen die Türkei in den Marshall-Plan zum Wiederaufbau nach dem Krieg ein, was ihr viel Geld bescherte. Im Korea-Krieg schickte die Regierung türkische Truppen,

um an Amerikas Seite zu kämpfen. Das war ein geschickter Schachzug, der die lange ersehnte Aufnahme der Türkei in die NATO zumindest beschleunigte. In der Ära des Kalten Krieges setzte die DP-Regierung alles auf die Karte USA – als Belohnung brachte ihr das Militärhilfe von fast 2 Milliarden Dollar in den 1950er Jahren ein. Sie machte sich auch ganz die Strategie der westlichen Mächte für den Nahen Osten zu eigen und trat 1955 dem sogenannten Bagdad-Pakt zur Absicherung der westlichen Interessen in der Region bei. Im letzten Jahr ihrer Amtszeit (1959) stellte die DP-Regierung dann den Antrag auf Assoziierung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläuferin der EU.

Bei den Wahlen 1954 und 1957 wurde die Demokratische Partei wiedergewählt, jedoch jeweils mit sinkendem Stimmenanteil. Bei letzterer Wahl wurde bereits von Wahlbetrug gesprochen – fest steht zumindest, dass die Regierungspartei den Oppositionsparteien nicht die gleichen Chancen im Wahlkampf eingeräumt hatte.

Die Wende, die den Stern der DP zum Sinken brachte, war jedoch bereits im Jahr 1955 eingetreten. Die Folgen der verantwortungslosen Wirtschaftspolitik der DP traten so offen zutage, dass die Weltbank vor weiterer Schuldenaufnahme warnte und die USA sich weigerten, weiter Kredite zu geben. Die türkische Handelsbilanz verschlechterte sich, Importe wurden knapp, und die Menschen mussten sogar um Dinge des alltäglichen Lebens wie Tee und Kaffee anstehen.

Am 6. September 1955 brachen gleichzeitig in drei türkischen Großstädten Unruhen aus, deren Ursprung bis heute nicht ganz aufgeklärt worden ist. Gezielt wurden an diesem und am folgenden Tag vor allem in Istanbul Geschäfte, Wohnungen und Kirchen der griechischen, aber auch anderer religiöser Minderheiten verwüstet, dreizehn Menschen starben. Es gilt inzwischen als sicher, dass Teile der Demokratischen Partei zusammen mit Spezialeinheiten des Militärs diese Ausschreitungen gezielt provoziert und organisiert hatten. Sie standen im Zusammenhang mit der problematischen Situation auf Zypern. Diese Ausschreitungen kosteten die Türkei viel Sympathie im Ausland und hatten zerstörerische Auswirkungen auf die innere Sicherheit: Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, einer in der Reihe von vielen während der DP-Regierung und der folgenden Jahrzehnte. In der Folgezeit verließen die meisten der noch in Istanbul und der Westtürkei ansässigen griechisch-orthodoxen Bewohner die Türkei.

Der psychisch labile und unberechenbare Ministerpräsident Menderes und Präsident Bayar waren dadurch politisch schwer beschädigt und sollten sich davon auch nicht mehr erholen.

Das Klima zwischen Regierung und Opposition war bereits vergiftet, zusätzlich schränkte die DP-Regierung die Grundrechte, wie zum Beispiel die Pressefreiheit, immer weiter ein. Die restliche Regierungszeit bis 1960 verbrachte die DP in ständigem innenpolitischen Streit mit der Republikanischen Volkspartei und mit der Verfügung immer drastischerer Maßnahmen gegen die Opposition, die Presse und die Universitäten. Allerdings muss man bedenken, dass ein Mehrparteiensystem, in dem die politischen Gegner friedlich miteinander um Einfluss ringen und ihre Positionen darlegen, in der Türkei noch keine Tradition hatte. Sowohl die Oppositionsparteien als auch die Presse trugen viel dazu bei, die Lage zu polarisieren und zu verschärfen. Im Ergebnis war die Bevölkerung tief gespalten, in Anhänger und Gegner der DP-Regierung. Das ging sogar so weit, dass auf den Dörfern die Anhänger der beiden großen Parteien unterschiedliche Teehäuser aufsuchten.

Im Frühjahr 1960 spitzten sich die innenpolitischen Probleme so weit zu, dass es nicht nur zu Demonstrationen von Studenten, sondern erstmalig auch von Kadetten der Militärakademie kam. Das war ein überdeutliches Zeichen dafür, dass bestimmte Kreise des Militärs sich berufen fühlten, in die Politik einzugreifen. Als die Bevölkerung der Türkei im Morgengrauen des 27. Mai 1960 aus dem Radio erfuhr, dass das Militär die Macht übernommen hatte, sah es so aus, als sei das Experiment der Mehrparteiendemokratie in der Türkei gescheitert. Die erste Republik war am Ende.

Das Zypernproblem

Die erwähnten anti-griechischen Ausschreitungen in türkischen Großstädten vom 6. und 7. September 1955 standen im Zusammenhang mit dem Streit zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei um die Zukunft der Insel Zypern.

Die Türkei hatte 1924 im Friedensvertrag von Lausanne auf die ehemals osmanische Insel Zypern verzichtet, die inzwischen

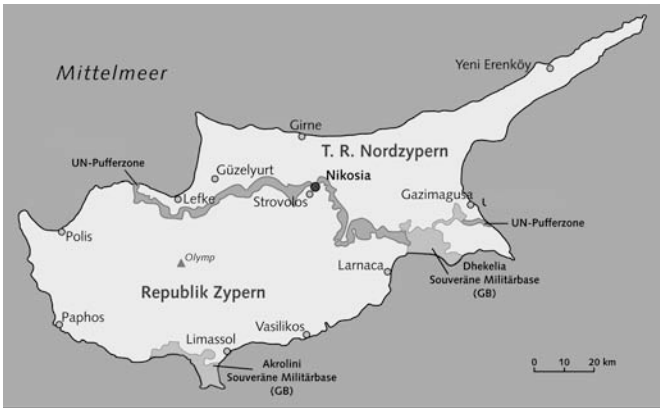


Abb. 31 Die geteilte Insel Zypern

nannte Enosis, kam für die Türkei und die türkische Bevölkerung der Insel jedoch nicht infrage. Als sich abzuzeichnen begann, dass Großbritannien sich von Zypern zurückziehen würde, wurden die Forderungen, die gesamte Insel an Griechenland anzuschließen, lauter und von Anschlägen begleitet. Vom Sommer 1955 an wurde der zukünftige Status der Insel Zypern zum Beginn eines Dauerproblems im östlichen Mittelmeer.

1959 wurde die Insel unabhängig mit einer Verfassung, die ausdrücklich die Rechte und die politische Vertretung der türkischen Minderheit sicherte. Großbritannien, Griechenland und die Türkei wurden als Garantiemächte für die Einhaltung des Status der Insel bestimmt. Für ein paar Jahre funktionierte die multiethnische Republik Zypern unter ihrem Präsidenten Erzbischof Makarios, bis 1963 erneut ein Bürgerkrieg ausbrach.

Die Zypernfrage blieb bis heute ungeklärt, nicht zuletzt wegen der zwischenzeitlich erfolgten Teilung und Besetzung der Insel durch das türkische Militär als Antwort auf einen Putsch der griechischen Militärjunta gegen die zypriotische Regierung im Jahr 1974. Das Zypernproblem belastet bis heute das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten Griechenland und Türkei, umso mehr, als der griechische Teil der Insel in der Zwischenzeit Mitglied der EU geworden ist.

unter britischer Verwaltung stand. Auf Zypern lebten seit mehreren Hundert Jahren Griechen und Türken zusammen, oft in gemischten Dörfern. Schon in den 1940er Jahren meldeten griechische Zyprioten den Anspruch an, die Insel zu einem Teil Griechenlands werden zu lassen. Ein solcher Anschluss, die so-

Deutschland, Hamburg und die neue Republik Türkei

Durch den Friedensvertrag von Versailles war Deutschland gezwungen, die Kontakte zu seinem ehemaligen Verbündeten zu unterbrechen, alle vorher geschlossenen Verträge wurden aufgehoben, die Forderungen Deutschlands gegen die Türkei wurden auf die Alliierten übertragen – das betraf nicht geringe Summen an Krediten aus der Zeit vor und während des Krieges. Die Türkei wiederum konnte erst nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lausanne 1924 wieder ihre eigene Außenpolitik gestalten. Sie war jedoch sehr interessiert an der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland. Auf ihr Betreiben hin konnte bereits am 3. März 1924 ein deutsch-türkischer Freundschaftsvertrag abgeschlossen werden. Der Austausch von Botschaftern folgte kurz danach. Der deutsche Botschafter Rudolf Nadolny (1873–1953) war einer der ersten ausländischen Diplomaten, der in die neue Hauptstadt Ankara zog. Bereits 1924 wurde ein großes Grundstück auf dem Weg nach Çankaya für den zukünftigen Botschaftsbau erworben. Im selben Jahr wurde vom Hamburger Hafen aus ein Holzfertighaus in die Türkei verschifft, das dann das erste Botschaftsgebäude darstellte.

Die Wirtschaftsbeziehungen waren schon ein Jahr zuvor wieder geknüpft worden: 1923 wurde in Frankfurt die erste deutsch-türkische Handelskammer gegründet. So lag dann auch das Hauptgewicht der deutsch-türkischen Beziehungen in den 1920er Jahren auf dem wirtschaftlichen Bereich. Die Türkei war jedoch vorsichtig und wollte sich nicht wie ihr Vorgängerstaat in wirtschaftliche Abhängigkeiten begeben.

Erst 1927 wurden die schon erwähnten Kapitulationen aufgehoben, nun konnte die Türkei in ihrem eigenen Land frei agieren, Zölle festsetzen und Handelsverträge frei gestalten. Deutschland war dann das erste Land, das einen Handelsvertrag auf der Basis der Meistbegünstigung mit der Türkei abschloss. Damit wurde eine Handelspartnerschaft begründet, die – wie schon erwähnt – durch die Störungen der Weltwirtschaft eher begünstigt als beeinträchtigt wurde



Abb. 32 Der Bau des neuen deutschen Botschaftsgebäudes in Ankara 1928

und Deutschland bereits 1932 wieder zum wichtigsten Handelspartner der Türkei machte.

Die beim Einzug der britischen Besatzer 1919 ausgewiesenen Deutschen kehrten nach 1923 nach und nach wieder nach Istanbul zurück. Deutsches Eigentum wurde zurückgegeben, die deutschen Schulen wiedereröffnet, Kirchen, Vereinsräume der deutschen Vereine, wie der „Teutonia“, und Krankenhäuser zurückgegeben. Deutsche traten als Berater in den türkischen Staatsdienst ein und wirkten bei der Reformierung der Landwirtschaft mit.

Die schon im Osmanischen Reich tätigen deutschen Banken öffneten wieder und finanzierten, wie schon zuvor, den durch den Krieg unterbrochenen Eisenbahnausbau. Die neue türkische Regierung setzte beim Ausbau der Infrastruktur und der Wirtschaftsentwicklung Anatoliens ganz auf das Schienennetz, jedoch mit dem Unterschied, dass die Bahnen in türkisches Eigentum überführt und die vorherigen Besitzer entschädigt wurden. Deutsche Firmen übernahmen wieder den Bahnbau und die Lieferung von Material, die deutschen Schifffahrtslinien, die Levante-Linie und die Orient-Linie, waren alsbald wieder aktiv. Öffentliche Arbeiten in den Großstädten der Türkei wurden an deutsche Firmen vergeben, die Firma Junkers errichtete eine Flugzeugfabrik in Anatolien, andere Fabriken folgten. Die Werft Blohm und Voss baute wie bereits vor dem 1. Weltkrieg wieder Schiffe für die Türkei – eins davon hatte besondere Bedeutung: 1931 lief bei Blohm und Voss die Yacht „Savarona“ vom Stapel, die Atatürk als Rückzugs- und Erholungsort benutzte. Später war sie dann türkisches Staatsschiff, und gegen Ende ihrer Dienstzeit wurde sie als Marine-Schulschiff benutzt.

Deutsche Experten berieten die türkische Regierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Insbesondere wurde in den 1920er Jahren in Ankara eine Landwirtschaftshochschule von deutschen Professoren gegründet, die dort auch jahrelang unterrichteten. Aus der Reichswehr zwangsentlassene Offiziere unterrichteten an der Kriegsakademie in Istanbul und waren in der türkischen Marine tätig. Die Stadtplanung für die neue Hauptstadt Ankara, die in ganz kurzer Zeit von einem ärmlichen Provinznest mit ein paar Tausend Einwohnern zur repräsentativen Großstadt wuchs, wurde dem deutschen Hochschulprofessor Herrmann Jansen übertragen. Viele öffentliche Gebäude

in Ankara wurden von deutschen und österreichischen Architekten errichtet, die vom Bauhaus-Stil beeinflusst waren.

Vor dem Weltkrieg hatte die Zeitung „Der Osmanische Lloyd“ die deutsche Gemeinde in Istanbul mit Nachrichten versorgt. 1926 gründete der Hamburger Franz Frederik Schmidt-Dumont, der bereits vor dem 1. Weltkrieg als Syndikus der Generaldirektion der Anatolischen und Bagdad-Bahn in Istanbul gearbeitet hatte, gut Türkisch und Arabisch sprach und nun wieder in die Türkei zurückkehrte, mithilfe der deutschen Botschaft die Zeitung „Türkische Post“. Bis in die 1940er Jahre hinein versorgte er die deutschsprachige Gemeinde und interessierte Wirtschaftskreise mit Informationen. Zusätzlich zur Herausgabe dieser Zeitung übernahm er auch die Vertretung von Wolffs Telegraphen Büro. Nach 1933 stand er dann im Dienst des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda – entsprechend entwickelte sich die „Türkische Post“ zu einem Nazi-Propagandablatt – und er war zusätzlich als „Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros“ zuständig für den gesamten Nahen Osten. Von 1938 an war er Presseattaché in Ankara, Bagdad, Teheran und Beirut, bis er 1942 nach Berlin versetzt wurde.

Das nationalsozialistische Deutschland hatte sich durch seine aggressive und geschickte Wirtschaftspolitik die Türkei abhängig gemacht. Ihr Exportüberschuss mit Deutschland war in den späten 1930er Jahren so groß, dass er nicht getilgt werden konnte, bzw. Deutschland sich weigerte, entsprechende Gegenlieferungen zu leisten. Deutschland bezog vor allem Chrom und landwirtschaftliche Produkte aus der Türkei – Güter, die im nun heraufziehenden 2. Weltkrieg immer wichtiger wurden. Mit allen Mitteln versuchte Deutschland daher, die Türkei, den alten Bundesgenossen von 1914, wieder auf seine Seite zu ziehen.

Der deutsche Botschafter in Ankara, der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen (1879–1969), wurde in dieser Hinsicht besonders aktiv. Seine Entsendung war ein guter Schachzug: Von Papen hatte bereits im 1. Weltkrieg in der Türkei als Stabsoffizier gedient und genoss hohes Ansehen im Land. Er versuchte eigenmächtig, in der Türkei Politik zu machen. Hilfreich dafür war, dass ihm große Summen für Propaganda (und für „Zuwendungen an einzelne in Frage kommende Persönlichkeiten aus Kreisen der Presse und Abgeordneten“, wie das Reichsaußenministerium schrieb) in der Türkei

zur Verfügung gestellt wurden. (Akten der Deutschen Auswärtigen Politik, Serie E IV Nr. 265)

Trotz eines Bündnisvertrages, den die Türkei mit England eingegangen war, gelang es von Papen 1941, die Türkei zum Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit Deutschland zu bewegen, was der Türkei international Kritik einbrachte. Die ersten deutschen Erfolge im Angriffskrieg gegen die Sowjetunion blendeten viele türkische Politiker und Militärs. Sie setzten auf einen deutschen Sieg über die Sowjetunion, den alten türkischen Erzfeind, und wollten sich nun enger verbünden. Nur der äußerst kritischen und distanzierten Haltung Präsident İnönü ist es zu verdanken, dass es dazu nicht kam. İnönü hielt eisern an der Neutralität der Türkei fest. Erst das Desaster von Stalingrad ließ auch die deutschfreundlichen türkischen Politiker von ihrer Linie abrücken. Unter dem Druck der Alliierten brach die Türkei schließlich im Sommer 1944 die Beziehungen zum Deutschen Reich ab und erklärte ihm noch im Februar 1945 den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt wurden dann die in der Türkei lebenden Deutschen, die keine ausgebürgerten Emigranten waren, in Inneranatolien interniert.

Abb. 33 Cornelius Bischoff und seine Familie in Tarabya



Der Hamburger Cornelius Bischoff, dessen Eltern 1939 mit ihm in die Türkei emigrierten, erlebte diese Zeit als Jugendlicher.

Seine Erinnerungen an die „Verbannung“ nach Çorum, die für ihn gute gewesen sind, da er vollständig in der türkischen Gesellschaft integriert war, hat er 1991 in einem Dokumentarfilm dargestellt. Cornelius Bischoff hat dann in späteren Jahren als Freund Yaşar Kemal dessen Werke ins Deutsche übersetzt – eine Aufgabe, die nur jemand leisten konnte, der in der türkischen wie in der deut-

schen Gesellschaft und Sprache gleichermaßen zu Hause war und ist.

Hamburger Türkei-Schifffahrt

Der 1. Weltkrieg hatte den Aufwärtstrend der über den Hafen Hamburg abgewickelten Handels- und Personen-Schifffahrt unterbrochen: Durch die britische Seeblockade im Mittelmeer wurde die Handels-schifffahrt nachhaltig gestört. Von den dreiundsechzig Schiffen der deutschen Linienschifffahrt ging über die Hälfte verloren, die meisten davon wurden von den Kriegsgegnern beschlagnahmt. Nach dem Krieg erholte sich die Deutsche Levante-Linie, die nun organisatorisch in der Hapag aufging, nur langsam. Erst 1922 war es deutschen Schiffen wieder erlaubt, den Bosphorus zu durchfahren, ohne jedoch in Istanbul oder Izmir anlanden zu dürfen – dies war erst nach der Republikgründung der Türkei 1923 wieder gestattet. In den 30er Jahren kam ein weiterer Anbieter dazu: die „Deutsche Orient-Linie GmbH“ der Reederei H. Schuldt.

Der 2. Weltkrieg brachte eine noch größere Unterbrechung der Türkei-Schifffahrt mit sich als der vorhergegangene. Erst 1949 konnten einzelne hanseatische Schiffe wieder das östliche Mittelmeer und die Schwarzmeerküste anfahren. Inzwischen bevorzugte die türkische Politik jedoch landeseigene Schiffe, insbesondere die der staatlichen Türkischen Schifffahrtsgesellschaft. Der Handel mit dem östlichen Mittelmeer verlor daher insgesamt für die deutsche Schifffahrt an Bedeutung. 1956 ging ein Kapitel hamburgischer Orientschifffahrt zu Ende, als die Deutsche Levante-Linie aufhörte zu existieren und in der Reederei Hamburg-Süd aufging.

Deutsche Emigration in die Türkei

Fast noch bedeutungsvoller für das Bild Deutschlands in der Türkei als die „Waffenbrüderschaft“ im 1. Weltkrieg war die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler und Künstler in den 1930er Jahren. „Exil und Bildungshilfe“ (Horst Widmann) ist dieses deutsch-türkische Kapitel so treffend beschrieben worden. Zwei völlig unterschiedliche Geschehnisse in den beiden Ländern konnten zum Nutzen aller zusammengebracht werden. 1933 wurde die alte türkische Hochschule in Istanbul, die noch mit dem religiös geprägten osmanischen Erbe



Abb. 34 Walter Ruben (geb. 1899 in Hamburg, gest. 1982 in Ost-Berlin), emigrierte 1935 in die Türkei, wo er an der Universität Ankara den Fachbereich Indologie aufbaute. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1950 wurde er Professor für Indologie an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

zu kämpfen hatte, aufgelöst und eine neue Universität nach modernem Standard gegründet. Für die neuen wissenschaftlichen Methoden fehlte jedoch das geeignete Lehrpersonal. Ein Schweizer Professor war berufen worden, um den Aufbau der Universität zu entwickeln und zu leiten.

Zur gleichen Zeit wurden durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im April 1933 in Deutschland alle Universitätslehrer entlassen, die politisch oder „rassisch“ nicht genehm waren, das betraf natürlich vor allem jüdische Wissenschaftler. Mehr als sechshundert Wissenschaftler wurden so ausgeschlossen, viele gingen sofort ins Exil, zumeist in die USA. Ein Kontakt zwischen dem

Reformer der türkischen Universitäten, Albert Malche und der „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ ermöglichte es nun, für die arbeitslosen Professoren und Assistenten in der Türkei Arbeitsverträge zu bekommen.

Drei Jahre später bestand das Lehrpersonal der Universität Istanbul zu zwei Dritteln aus deutschen Exilanten. Gleichzeitig wurden auch Fakultäten in Ankara gegründet: Insgesamt waren achtzig deutsche Professoren in der Türkei tätig, dazu kamen über hundert wissenschaftliche Angestellte, Dozenten, Assistenten und Bibliothekare. Unter ihnen waren auch einige, die keine politischen Emigranten waren. Nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 stießen österreichische und tschechische Wissenschaftler dazu.

Besonderen Einfluss hatten die deutschen und deutschsprachigen Emigranten in den Fächern Philosophie, Medizin, Wirtschaftswissenschaft und Jura. Die Reformen im Rechtswesen, die der neue türkische Staat mit Nachdruck betrieb, machten natürlich eine vollständige Neuordnung der juristischen Fakultät und der Lehre notwendig. Nachhaltig einflussreich auf diesem Gebiet bis heute war Ernst Hirsch (1902–1985), der von 1933 bis 1952 in der Türkei lehrte und nach seiner Rückkehr nach Deutschland Rektor der Freien Universität Berlin war. Ein anderer besonders einflussreicher Emigrant war der Politikwissenschaftler Ernst Reuter (1889–1953), der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, der in Ankara lehrte und als Regierungsberater für das Wirtschaftsministerium wirkte.

Aus Hamburg emigrierte 1934 der Chemiker Fritz Arndt (1885–1969), der bereits 1915 für drei Jahre in Istanbul gelehrt hatte, in die Türkei. Er wurde Direktor des Chemischen Instituts der Universität Istanbul und blieb dort, bis er 1955 wieder nach Hamburg zurückkehrte. 1938 emigrierte der Hamburger Zoologe Curt Kosswig (1903–1982) nach Istanbul und lehrte dort bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland ebenfalls im Jahr 1955. Nach seiner Emeritierung kehrte er in die Türkei zurück, und zwar nach Erzurum, und lehrte dort an der Universität bis zu seinem Tode 1982.

Auch der Einfluss von Architekten aus dem deutschsprachigen Raum ist bis heute in den Städten der Türkei nicht zu übersehen. Dazu trugen nicht nur der bereits erwähnte Stadtplaner Jansen und die Architekten Bruno Taut und Clemens Holzmeister bei, sondern zum Beispiel auch Gustav Oelsner (1879–1956), der bis 1933 Stadtbaurat in Altona war und in Istanbul das Straßen- und Verkehrskonzept für die wachsende Wirtschaftsmetropole erarbeitete.

Anders als es manchmal dargestellt wird, war dies jedoch nicht ein Gnadentat der Türkei, um vor allem jüdische Verfolgte zu retten. Vielmehr wurden ausdrücklich nur hoch qualifizierte Wissenschaftler berufen. Sie bekamen befristete Arbeitsverträge, denn sie sollten lediglich den türkischen Nachwuchs ausbilden und diesem dann wieder ihre Stellen überlassen. Andere Emigranten hatten es schwer, eine Aufenthaltserlaubnis und Arbeit in der Türkei zu bekommen.

So dankbar alle Emigranten dem türkischen Staat waren, dass sie in dieser schweren Zeit dort arbeiten konnten, so waren die Gefühle doch oft auch zwiespältig. Viele konnten sich nicht anpassen – sie beherrschten ja auch zumeist die Sprache nicht, und es war für ältere Herrschaften nicht leicht, Türkisch zu lernen –, und sobald sich die Möglichkeit bot, migrierten viele weiter, zumeist in die USA. Vor allem jüdische Wissenschaftler verließen die Türkei jedoch auch wieder, weil sie sich nach dem Ausbruch des 2. Weltkriegs auch dort nicht mehr sicher fühlten. Zu dieser Zeit war die Situation der deutschsprachigen politischen und vor allem der jüdischen Emigranten sehr viel schwieriger geworden, da die deutsche Botschaft, wie schon erwähnt, kräftig Propaganda machte, die in verschiedenen politischen und militärischen Kreisen in der Türkei auf fruchtbaren Boden fiel. Die ansässige deutsche Gemeinde in Istanbul, und ihre

verschiedenen Klubs, wie die „Teutonia“, die „Alemannia“ und der „Deutsche Ausflugsverein“, wurden von den Nazis vereinnahmt, ebenso die deutsche Schule.

Nur etwa zehn der wissenschaftlichen Emigranten ließen sich in der Türkei einbürgern (was auch nicht so einfach war), und nach dem Krieg kehrten die anderen meist so schnell wie möglich wieder nach Deutschland zurück.

Unbestritten ist jedoch, dass die deutschen Emigranten Einfluss auf eine ganze Generation von Wissenschaftlern in der Türkei hatten, der weit über ihre eigentlich in der Türkei verbrachte Zeit hinausreichte. Erst nach den 1970er Jahren wurde dieser Einfluss durch die allgemeine Amerikanisierung des Hochschulwesens, die auch die Türkei erfasste, verwischt.

Deutsch-türkische Beziehungen in der Nachkriegszeit

Die Ausgangsbedingungen der türkisch-deutschen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg ähnelten denen nach dem 1. Weltkrieg in vieler Hinsicht. Wieder waren die Beziehungen für einige Zeit unterbrochen, wieder wurde in der Türkei alles deutsche Eigentum für einige Zeit eingefroren und vom Staat übernommen. Und wieder waren die Wirtschaftsbeziehungen die ersten, die wiederaufgenommen wurden, noch bevor die politische Lage geklärt war. Bereits 1946 wurde wieder Handel getrieben – allerdings nur mit den drei Westzonen. 1948 wurde erneut ein Handelsabkommen geschlossen, noch bevor die Bundesrepublik gegründet wurde. Die BRD wurde dann sofort von der Türkei anerkannt, die Gründung der DDR jedoch ignoriert. Die Beziehungen zur BRD wurden wiederaufgenommen, und alles war wie vor dem Krieg. In kurzer Zeit war die BRD wieder der wichtigste Außenhandelspartner der Türkei.

Im Zeitalter des Kalten Krieges betonte nun die westdeutsche Politik die Bedeutung der Türkei und die Notwendigkeit, sie politisch zu unterstützen, um sie vor kommunistischem Einfluss zu bewahren. Bundeskanzler Adenauer war höchstpersönlich ein Verfechter dieser politischen Linie. Zum Ausdruck kam dies nicht zuletzt durch seine

Mitgliedschaft in der „Deutsch-Türkischen Gesellschaft“, die 1953 in Bonn durch Fritz Baade, einen ehemaligen Türkei-Emigranten, gegründet wurde. Diese Gesellschaft, die heute noch in Bonn existiert, hatte über viele Jahrzehnte auch einen Ableger in Hamburg.

Im Herbst 1955 wurde in Ankara das Deutsche Kulturinstitut gegründet, in dem seither Tausende von Türken Deutsch gelernt und Vorträge gehört haben. Durch das Kulturabkommen zwischen den beiden Ländern 2 Jahre später konnten Professoren im Austausch in beiden Ländern forschen und lehren und viele Studenten Stipendien bekommen. Nun funktionierte im Gegensatz zu den Jahren Anfang des 20. Jahrhunderts ein wirklicher Austausch: Nicht nur türkische Studenten und Studentinnen kamen in großer Zahl nach Deutschland, auch Deutsche studierten in der Türkei. Auf diese Weise konnte zum Beispiel die Verfasserin dieser Zeilen in den 1970er Jahren mit einem Stipendium der türkischen Regierung ein Jahr an der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geografie in Ankara studieren und sich dadurch mit dem Gegenstand ihrer Forschungen unmittelbar vertraut machen.

Die schon beschriebenen Wirtschaftsprobleme der Türkei in den 1950er Jahren belasteten jedoch auch das deutsch-türkische Verhältnis. Bundeskanzler Adenauer, der die Türkei immer als Bollwerk gegen die Sowjetunion ansah, der auch die Unterstützung des NATO-Mitglieds Türkei bei der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO sehr geschätzt hatte, kümmerte sich persönlich um Finanzhilfe für das Land und machte Hilfszusagen in Form deutscher Kredite – sogar am Deutschen Bundestag vorbei. Als Anfang der 1960er Jahre dann ein internationales Konsortium für Türkei-Hilfe gegründet wurde, übernahm die Bundesrepublik auf Drängen der USA die führende Rolle – die Türkei wurde sozusagen dem Aufgabenbereich der Deutschen zugeteilt.

Die Bundesrepublik befürwortete auch aus politischen Gründen den Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläuferin der EU, den die DP-Regierung, wie bereits erwähnt, im letzten Jahr ihrer Regierung, 1959, stellte. Das Abkommen trat dann 1964 in Kraft. Dieses – gerade heute besonders aktuelle – Thema wird in dem Kapitel „Die Türkei und die Europäische Union“ noch ausführlicher behandelt.

5 Die zweite türkische Republik 1960–1980

Am 27. Mai 1960 übernahm eine Gruppe jüngerer Offiziere, die mit dem Fortgang der politischen Entwicklung und der zunehmenden Repression der Regierung unzufrieden waren, in einem unblutigen Putsch die Macht. Dieses Ereignis wird ganz unterschiedlich bewertet: Die Putschisten selbst nannten es eine Revolution (darin klingt die „Revolution“ Atatürks an, auf die sich die Beteiligten bezogen). Kritische politische Beobachter im Westen wie auch in der Türkei selbst sahen die Rolle des Militärs weniger positiv. Immerhin wurde gegen eine demokratisch legitimierte Regierung geputscht, die Verfassung außer Kraft gesetzt und der Demokratisierungsprozess unterbrochen. Vor allem aber wurde ein Präzedenzfall geschaffen: Nach dem 27. Mai 1960 mischte sich das Militär immer wieder indirekt oder auch direkt in die Politik ein, das politische System beruhte auf Jahre hinaus auf der unsicheren Balance zwischen Zivilregierung und Militär. Letztlich gilt das bis heute.

Die Stellung des Militärs in der Türkei

Die türkischen Armeeingehörigsten sahen sich selbst nicht als Bürger in Uniform, sondern vielmehr als Hüter der Verfassung und als Garant des Staates. Von Atatürk selbst war die Armee als Garantin der Revolution eingesetzt worden, sie sollte vor allem die Einhaltung der sechs Grundprinzipien sicherstellen. Aber nicht nur dies: Das hoch politisierte türkische Militär empfand ein Überlegenheitsgefühl gegenüber der zivilen Bevölkerung und sah sich selbst als erste Kraft im Staate. Solange die Präsidenten und viele Mitglieder von Regierung und Parlament selbst aus dem Militär stammten, wie dies in der Zeit Atatürks und İnönüs der Fall war, gab es keine Konflikte, sondern eine enge Verständigung zwischen Politik und Militär.

Mit dem Regierungsantritt der DP änderte sich das, da deren politische Führer keine militärische Vergangenheit hatten und in Anerkennung der machtpolitischen Gegebenheiten auch keine Kontakte ins Militär hinein pflegen wollten. Das hieß jedoch auch, dass der

Einfluss des Militärs auf die Politik in den 1950er Jahren zurückgedrängt wurde. Das Militär verstand sich als enger Verbündeter der ebenfalls von der Macht ausgeschlossenen Republikanischen Volkspartei und deren Vorsitzenden İnönü. Als die Maßnahmen, die die Menderes-Regierung Ende 1959 eingeleitet hatte, immer bedrohlicher für die Volkspartei wurden, nahmen junge Offiziere der mittleren Ränge dies zum Anlass, einzugreifen. Daneben gab es jedoch noch eine Menge anderer Beweggründe für den Putsch, die in der Struktur des Militärs selbst lagen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass bereits seit 1954 in Militärkreisen Putschgedanken herumgespukt hatten.

Der Putsch von 1960 war von langer Hand vorbereitet worden. Verbündete fanden die Offiziere in weiten Teilen der Presse und in den Universitäten, beides Institutionen, die von der Regierung Menderes in ihren Freiheiten beschnitten wurden. Nach der Machtübernahme jedoch zeigte sich, dass die Planungen unausgegoren und die weiteren Ziele unter den Putschisten umstritten waren. Zunächst wurde ein „Komitee der Nationalen Einheit“ gebildet, und eine Militärregierung unter General Cemal Gürsel (1885–1966) übernahm die Tagesgeschäfte. Die führenden Persönlichkeiten sowie alle Abgeordneten der DP wurden eingesperrt, jegliche Parteitätigkeiten untersagt, der Ausnahmezustand wurde ausgerufen. Bereits am Tage nach dem Putsch wurde eine Gruppe von Universitätsprofessoren versammelt, die den Putsch für rechtmäßig erklärten und die eine neue Verfassung ausarbeiten sollten. Im Juli 1961 wurde diese der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt.

Die neue Verfassung war vor allem bestrebt, die Schwachpunkte der ersten Verfassung von 1924 zu vermeiden. Die neue Verfassung führte unter anderem ein Zweikammernparlament ein – neben die Große Nationalversammlung trat nun noch ein Senat –, sie sah die Einrichtung eines Verfassungsgerichts vor und gewährte sehr weitgehende bürgerliche Freiheiten.

Die Volksabstimmung über die neue Verfassung war die erste Volksbefragung seit dem Mai 1960 und kann als Gradmesser für die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit dem Putsch und der von der Armee eingesetzten Regierung İnönü gelten: Die neue Verfassung erhielt fast 40% ablehnende Stimmen.

Diese Ablehnung des Militärs und seiner Vorgehensweise kostete wohl letztlich den ehemaligen Ministerpräsidenten Menderes

und zwei weitere Mitglieder seiner Regierung das Leben: Allen Verantwortlichen aus der DP-Zeit wurde nämlich vor einem eigens gebildeten Militärgericht der Prozess gemacht, die Anklage lautete unter anderem auf Landesverrat und Verfassungsbruch. Im September 1961 – also 3 Monate nach der Abstimmung über die Verfassung – wurden die Urteile verkündet, die vier Todesurteile einschlossen. Drei davon wurden gleich am nächsten Tag vollstreckt, darunter war der ehemalige Ministerpräsident Menderes. Die Todesstrafe für den abgesetzten Präsidenten Bayar wurde aufgrund seines hohen Alters in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Die Urteile und vor allem ihre Vollstreckung spalteten die Nation, an den Maßnahmen der Militärregierung durfte jedoch keine Kritik geäußert werden.

Inzwischen wird auch in Militärkreisen eingesehen, dass die Hinrichtungen ein politischer Fehler waren. Erst in den 1980er Jahren, nach der Rückkehr zu einer Zivilregierung nach einem erneuten Militärputsch im Jahr 1980 wurden Menderes und Bayar rehabilitiert. Der damalige Präsident Özal ließ für die sterblichen Überreste von Menderes ein Mausoleum in Istanbul errichten. Inzwischen ist auch der Flughafen seiner Heimatstadt Izmir nach dem Hingerichteten benannt.

Rückkehr zur Zivilregierung in den 1960er Jahren

Die ersten freien Wahlen im Herbst 1961, die die Rückkehr zur Zivilregierung besiegelten, erbrachten einen relativen Sieg für die Republikanische Volkspartei unter İnönü, zeigten jedoch auch das Ausmaß der Ablehnung im Land: Die Nachfolgeparteien der verbotenen DP errangen zusammen über 1 Million Stimmen mehr. İnönü hatte daraufhin auch Mühe, eine Regierung zu bilden. Die tatsächliche politische Macht verblieb jedoch beim Militär. General Gürsel wurde zum Präsidenten gewählt. Ihm stand der neu gegründete Nationale Sicherheitsrat zur Seite, der mehrheitlich von der obersten Militärspitze besetzt war. Weit davon entfernt, nur beratender Natur zu sein, erstreckte sich der direkte Einfluss des Nationalen Sicherheitsrates bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts.

Insgesamt waren die 1960er Jahre eine instabile und unruhige Zeit für die türkische Politik und für ihre Gesellschaft. Koalitionsregierungen wechselten sich in schneller Folge ab, die allesamt keine klare politische Linie verfolgten und sich wegen der immer drohenden Einmischung des Militärs auch nicht durchsetzen konnten. Die Studentenunruhen aus den Hauptstädten Westeuropas schwappten auch auf die Türkei über, linkes und kommunistisches Gedankengut konnte erstmals frei im Land verbreitet werden, es bildeten sich verschiedene linksextreme Gruppen. Gleichzeitig formierten sich ultra-nationalistische Gruppen, die Gewalt gegen Andersdenkende auf die Straße, in die Schulen und Hochschulen trugen.

Die Entwicklungen, die unter der Demokratischen Partei direkt oder indirekt gefördert worden waren, traten nun offen zutage. Die konservativen Religiösen waren ermutigt worden und dehnten ihre Aktivitäten, die auch Gewalt nicht ausschlossen, auf breite Bevölkerungsgruppen aus. Die Mittelschicht, die von der Wirtschaftspolitik der DP-Regierung gestärkt worden war, forderte mehr Einfluss gegenüber der Bürokratie – diese wiederum, eng mit dem Militär verbunden, suchte ihren Status zu verteidigen. Die Intellektuellen, die den Militärputsch ursprünglich unterstützt hatten, waren schnell desillusioniert, ein Teil, vor allem die Jüngeren, radikalisierte sich nach westeuropäischem Muster. Die sozialen Probleme der Türkei, vor allem der ländlichen Türkei, wurden immer drängender: Die Entwicklung und Mechanisierung der Landwirtschaft, die vor allem mittlere und große Grundbesitzer stärkte, war der Auslöser für eine Landflucht großen Ausmaßes. In den 1960er Jahren verließen Abertausende von Dorfbewohnern ihre kargen Ländereien. Sie drängten vor allem in die Großstädte, wo sie auf Arbeitssuche gingen. An den Rändern der Städte ließen sie sich in den sogenannten „Gecekondus“ nieder, wörtlich den „Über-Nacht-Gebauten“ – Siedlungen ohne Wasser, Strom oder Straßen. Dennoch waren diese Siedlungen keine Slums. Vor allem waren sie sozial eng geknüpfte Netzwerke, die meist Menschen aus derselben Herkunftsgegend beherbergten. Für viele waren sie – weit davon entfernt, Endstation zu sein – nur Durchgangsstation zur Weitermigration oder zum sozialen Aufstieg. Im Laufe der Zeit wurden immer wieder ganze Gecekondu-Viertel teilweise staatlich anerkannt, indem sie Strom und Abwasserleitungen bekamen oder Straßen und Buslinien dorthin geführt wurden; manche wurden ganz legalisiert.



Abb. 35 Ansicht eines Gecekondu

Aus diesen Vierteln rekrutierte sich das Fußvolk für die radikalen Gruppen; von hier stammten aber auch viele derjenigen, die sich nach 1961 zur Arbeitsvermittlung in Westeuropa registrieren ließen.

Die türkische Innenpolitik konnte auf diese wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht entsprechend reagieren, weil es keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse gab und nur mit wechselnden Koalitionen regiert werden konnte. Die Volkspartei unter İnönü war in den Augen derjenigen, die ihr die Mitschuld am Putsch und der Verurteilung der DP-Politiker gaben, diskreditiert. Als Nachfolgepartei der DP etablierte sich schnell die Gerechtigkeitspartei, deren Vorsitz 1964 ein junger Ingenieur aus der ländlichen Türkei übernahm, dessen wechselhafte politische Karriere trotz zweier weiterer Militärputsche bis in das neue Jahrtausend hinein überdauerte: Süleyman Demirel (geb. 1924). Im Jahr 1965 wurde er erstmals zum Ministerpräsidenten gewählt und blieb es bis 1971. Er sah sich als Nachfolger der Politiker der Demokratischen Partei und verfolgte eine rechtsliberale Wirtschaftspolitik, konnte jedoch religiös-nationalistische Extreme sowohl in seiner Partei als auch außerhalb nicht eindämmen. Unterdessen trug die rechtsextreme Partei des enttäuschten Putschisten Alparslan Türkeş mit ihren Jugendorganisationen, den berüchtigten Grauen Wölfen, Gewalt gegen Andersdenkende in die Straßen und Bildungseinrichtungen.

Gegen Ende der 1960er Jahre herrschte in der Türkei ein politisches Klima der Diffamierung der Gegner, der Angst und Gewalt, das die Lage am Ende der 50er Jahre weit in den Schatten stellte. Kein Tag verging ohne Bombenanschläge, Überfälle auf Schüler und Studenten, Unruhen an den Universitäten und das brutale Eingreifen der Polizei. Es kam zu Bombenanschlägen gegen amerikanische Einrichtungen, und eine ultralinke Gruppe entführte vier US-amerikanische Offiziere, die durch die Vermittlung des greisen İsmet İnönü wieder freigelassen wurden.

Verdeckter Militärputsch und erneute Gewalt in den 1970er Jahren

In dieser Situation griff erneut das Militär ein, dieses Mal allerdings verdeckt mit einem als Memorandum getarnten Ultimatum, das Süleyman Demirel zwang zurückzutreten. Wieder wurde der Ausnahmezustand verhängt, 2 Jahre lang verbrachte das Land im Wartestand mit wechselnden Regierungen, die von parteilosen Ministerpräsidenten von Militärs Gnaden mehr verwaltet als geführt wurden. Die politische Gewalt auf den Straßen wurde dadurch jedoch keineswegs eingedämmt: Als im Mai 1971 der israelische Generalkonsul in Istanbul entführt und ermordet wurde, brach eine Gewalt- und Verhaftungswelle über das Land ein.

1973 wurden endlich wieder freie Wahlen abgehalten. Ein neuer, jüngerer Hoffnungsträger, Bülent Ecevit (1925–2006), der die Republikanische Volkspartei auf sozialdemokratische Linie gebracht hatte, erhielt die relative Mehrheit. Das löste einen großen Hoffnungsschub im ganzen Land aus. Doch die Hoffnung erfüllte sich nicht. Ecevit musste mit der islamistischen Nationalen Heilspartei eine Koalition eingehen, die bereits ein Jahr später wieder zerbrach. Die 1970er Jahre waren – ebenso wie die 1950er Jahre von Bayar und İnönü – geprägt durch die persönliche politische Rivalität zwischen Demirel und Ecevit, die verhinderte, dass eine Bündelung der Kräfte der Mitte gegen die extremen Parteien zustande kam.

Die Situation der späten 1960er Jahre wiederholte sich, jedoch weitaus radikaler und gewalttätiger. Extreme politische Orga-

nisationen der Linken wie der Rechten bekämpften einander offen mit Gewalt und terrorisierten die Gesellschaft, vor allem junge Menschen. Studentenheime und Treffpunkte wurden überfallen, Schulen und Universitäten konnten keinen geregelten Unterricht mehr bieten,



Abb. 36 Bülent Ecevit spricht auf einer politischer Kundgebung auf dem Taksim-Platz in Istanbul, 1977

und wenn, dann nur unter Polizeischutz. Die Jugendorganisation der extremen nationalistischen Partei, die sogenannten Grauen Wölfe, verfolgten und ermordeten nicht nur einzelne politisch Andersdenkende, sondern veranstalteten auch ausgesprochene Pogrome, zum Beispiel gegen Aleviten. Die Islamisten bekamen Aufwind durch die Revolution im Iran, ihre politischen Ziele zu verfolgen. 1978 gründete der Student Abdullah Öcalan die neo-marxistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die im Südosten der Türkei die Gründung eines eigenen sozialistischen Kurdenstaats zum Ziel hatte. Von da an sollten auch die Kurdengebiete nicht mehr zur Ruhe kommen. Im Jahr 1979 fielen

1200 bis 1500 Menschen politischen Morden zum Opfer. Die Spirale der Gewalt auf der Straße veranlasste viele junge Intellektuelle – gut ausgebildete junge Menschen, die die Türkei dringend zur Entwicklung des Landes gebraucht hätte –, das Land zu verlassen.

Die Zivilregierungen waren hilflos oder sogar selbst in die Konflikte verstrickt, die politische Lage schien ausweglos. Als am 12. September 1980 das Militär unter General Kenan Evren (geb. 1917) erneut putschte, die Verfassung und das gesamte Parteiensystem außer Kraft setzte, nahmen viele Menschen in der Türkei – teilweise sogar kritische Demokratieführer – dies mit Erleichterung auf, da die tägliche Gewalt auf den Straßen damit ein Ende hatte.

Die Außenpolitik in der Zweiten Republik

Auch außenpolitisch war die Zeit von 1960 bis 1980 keine einfache Zeit für die Türkei. Ihr Verhältnis zu den USA, das zur Zeit des Militärputsches von 1960 sehr gut gewesen war, verschlechterte sich schnell. Wie erwähnt, hatten sich die türkischen Regierungen im sogenannten Kalten Krieg dem Sicherheitssystem der USA für den Nahen Osten angeschlossen. Die USA unterhielten mehrere Militärbä-

sen in der Türkei, die quasi exterritorial waren. USA-kritisches und sozialistisches Gedankengut fand vor allem unter den Intellektuellen viele Anhänger in der Türkei. Letztlich war es jedoch die ungelöste Frage der Zukunft der Insel Zypern, die die Beziehungen zu den USA belastete und die Türkei in eine schwierige und fast unlösbare außenpolitische Rolle drängte. Wie und mit welcher Staatsform sollte die griechische und die türkische Bevölkerung der Insel zusammenleben und wer würde die Unabhängigkeit der Insel garantieren? Einerseits wurde die Türkei von den USA gewarnt, sich nicht auf Zypern einzumischen, andererseits erwartete die zyprisch-türkische Bevölkerung von ihr Schutz gegen die Angriffe der zyprisch-griechischen Armee und die Übergriffe der griechischen Inselbewohner.

1974 kam es zum Eklat: Nach einem Militärputsch in Griechenland wurde auf Zypern ein Staatstreich organisiert, der den Anschluss der Insel an Griechenland wahrscheinlich machte. In dieser Situation griff die türkische Armee ein, als einer der Garantestaaten für die Insel sah sie sich dazu berechtigt. Die Insel wurde geteilt, es kam zu Vertreibungen und Flucht, bis sich die türkischen Zyperer im Norden und die griechischen Zyperer im Süden der Insel, getrennt durch eine undurchdringliche Teilungslinie, wiederfanden. Bis heute ist das Problem nicht gelöst und belastet nicht nur das Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland, sondern auch die Position der Türkei als EU-Beitrittskandidat. Ein weiterer Streitpunkt mit Griechenland waren und sind die Hoheitsrechte im Mittelmeer, vor allem im Umkreis der zu Griechenland gehörenden Inseln, die direkt vor der türkischen Küste liegen. Dabei geht es um strategische Ansprüche ebenso wie um den Besitz von möglichen Bodenschätzen im Meeresboden.

Die USA hatten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ermutigt, die Türkei mit in ihren Kreis einzubeziehen; diese Linie war von Bundeskanzler Adenauer auch ausdrücklich vertreten worden. So kam es 4 Jahre nach der Antragstellung zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das dann 1964 in Kraft trat. Damit wurde der Türkei die Vollmitgliedschaft in der EWG in Aussicht gestellt. Erst als Ende der 1970er Jahre die schlechtere Konjunktur in der Bundesrepublik zu Arbeitslosigkeit in großem Stil führte, begann die deutsche Politik zurückzurudern, da mit der Aufnahme in die Gemeinschaft ja auch

die Freizügigkeit der Arbeitskräfte eingeschlossen war und die Bundesrepublik die Masseneinwanderung von türkischen Arbeitskräften befürchtete.

In den 1960er Jahren wurde die Türkei von der Bundesrepublik finanziell und wirtschaftlich massiv unterstützt. Dies geschah nicht zuletzt, um die aktiven Bemühungen der Sowjetunion um die Türkei ins Leere laufen zu lassen. Trotz der europäischen Wirtschaftshilfe, zu der auch Kredite der USA und von einem eigens errichteten Türkiefonds der OECD dazukamen, änderte sich an den vielfachen grundsätzlichen Problemen der türkischen Wirtschaft nichts, vielmehr wurde sie damit zusätzlich noch durch hohe Zinszahlungen belastet.

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsprobleme

Die türkischen Regierungen nach dem Militärputsch von 1960 machten eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik. Die DP hatte vor allem auf eine Liberalisierung gesetzt, nun wurde ausdrücklich wieder an die Wirtschaftspolitik der 30er Jahre angeknüpft. Der Staat griff ein, wo die private Wirtschaft sich nicht engagieren wollte oder konnte. Erster Ausdruck hierfür war die Gründung eines Staatlichen Planungsinstituts, das beim Ministerpräsidenten angesiedelt wurde, und die Erarbeitung von 5-Jahres-Entwicklungsplänen. Die Türkei wandte sich wieder der Importsubstitution zu, diesmal jedoch nicht nur für Konsumgüter, sondern auch für langlebige Güter. Sozial gesehen war diese Politik bis etwa Mitte der 1970er Jahre ein Erfolg, die Einkommen stiegen, die Landwirtschaft profitierte und die Lebensbedingungen verbesserten sich. Die Industrialisierung blieb jedoch auf den Westen der Türkei beschränkt, das Gefälle zwischen Ost- und Westanatolien wurde immer größer. Gleichzeitig zog diese Politik ein enormes Außenhandelsdefizit nach sich, da die Türkei immer mehr importierte, ihre Exporte jedoch nicht steigern konnte. Die Erfolge auf dem heimischen Markt wurden also mit einer zunehmenden Abhängigkeit von außen bezahlt – und mit einer zunehmenden Verschuldung. Das Defizit konnte durch von der EWG gewährte Darlehen und Beihilfen nur teilweise gedeckt werden.

Eine gewisse Linderung der defizitären Außenhandelsbilanz sowie der großen Arbeitslosigkeit auf dem Land und in den Städten ergab sich durch die Abwanderung von türkischen Männern und Frauen nach Europa, nachdem 1961 das Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften mit der EWG unterzeichnet worden war. In den darauffolgenden Jahren gingen Hunderttausende Türken nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland, aber auch in die arabischen Ölstaaten, um dort zu arbeiten. Sie überwiesen einen großen Teil ihrer Einkommen in die Heimat, wo sie dadurch nicht nur ihre Familien, sondern auch die Entwicklung der Türkei insgesamt unterstützten. Nach 1974 jedoch fielen diese Summen deutlich geringer aus. Viele der Migranten hatten sich mit ihren Familien im Gastland niedergelassen und konnten daher auch nicht mehr so viel zur Seite legen. Wegen der hohen Inflation in der Türkei legten sie zudem ihr Geld lieber im Ausland an.

Besonders betroffen wurde die Türkei von der Ölkrise in den 1970er Jahren. Das Land war extrem abhängig von importierter Energie, da es selbst weder über Öl noch nennenswerte andere Energiequellen verfügt. Die Ölimporte mussten zudem in Dollar bezahlen werden – beim schnellen Verfall der türkischen Lira gegenüber dem Dollar war dies für die Türkei ruinös. Da sich die Schulden auf türmten, verfügte die Regierung Importbeschränkungen, das betraf auch Öl. Gegen Ende der 1970er Jahre wurde die Türkei daher von einer Energiekrise heimgesucht – nicht nur die Industrie konnte nicht mehr zuverlässig versorgt werden, auch in den Haushalten wurde täglich stundenweise der Strom abgestellt. Da auch Güter des täglichen Lebens knapp wurden, waren viele Geschäfte ruiniert, und es entwickelte sich ein Schwarzmarkt.

Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) um neue Kredite verliefen äußerst zäh, da der IMF harte Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft forderte, die die türkischen Koalitionsregierungen der 1970er Jahre, die ohnehin ja schon durch die politische Gewalt auf den Straßen geschwächt waren, nicht erfüllen wollten. Unter Ministerpräsident Süleyman Demirel wurde Ende 1979 der Wirtschaftsfachmann Turgut Özal (1927–1993) damit beauftragt, die Forderungen des IMF umzusetzen, damit die Türkei die dringend benötigten ausländischen Kredite erhalten konnte. Wirtschaftlich begannen die Reformen zu greifen, sozial und politisch

waren sie ein Misserfolg, da sie schmerzhaft Einschränkungen für die Bevölkerung mit sich brachten, gegen die sich die Gewerkschaften und die politischen Oppositionsgruppen wehrten. Das Land war nun fast unregierbar geworden.

Das Militär hatte schon Ende 1979 den Politikern ein verdecktes Ultimatum, ähnlich wie im Jahr 1971, gestellt. Als sich daraufhin aber in seinem Sinne nichts änderte und die Unfähigkeit der Regierung wie der Opposition, die politische wie die wirtschaftliche Lage in den Griff zu bekommen, überdeutlich wurde, übernahm die Armee – diesmal jedoch die oberste Armeeführung selbst – am 12. September 1980 zum wiederholten Male die Macht.

Der Militärputsch hatte auch direkte Auswirkungen auf Hamburg, die in dem Abschnitt zur Migration aus der Türkei noch ausführlich dargestellt werden.

Abb. 37 Fatih-Brücke über den Bosphorus, die Europa und Asien verbindet.



6 Die Türkei nach dem Putsch von 1980 bis heute

Zwei Faktoren boten dem Militär im Jahre 1980 die Rechtfertigung, die Demokratie auszusetzen, erneut die Macht zu übernehmen und, vor allem, sie länger als vorher zu behalten: die katastrophale Lage der inneren Sicherheit des Landes und das Kurdenproblem. In den Augen der Hüter der atatürkschen Revolution war das Land von innen und außen bedroht: Das politische System war durch Extremisten von beiden Enden des politischen Spektrums zerstört worden. Das laizistische System war durch die zunehmende Re-Islamisierung, vor allem des Bildungssektors, unterhöhlt. Und durch die kurdischen Autonomiebestrebungen sahen sie die Unantastbarkeit des türkischen Heimatlandes bedroht.

Der Putsch von 1980 war viel radikaler als der 20 Jahre zuvor: Alle Macht wurde danach in den Händen des Militärs konzentriert, das heißt in den Händen der militärischen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrats. Zwar wurde gleich eine neue Regierung ernannt, sie war jedoch nur der ausführende Arm des Nationalen Sicherheitsrats und seines Vorsitzenden, General Kenan Evren.

Nach dem Putsch wurden nicht nur Regierung und Parlament aufgelöst, sondern auch alle Parteien und Vereine verboten, darunter auch die Gewerkschaften. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Nicht nur die Politiker der alten Garde bekamen allesamt Berufs- und Betätigungsverbot, sondern auch viele Wissenschaftler, Gewerkschafter und Journalisten. Wieder, wie schon 1960, wurde die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Auftrag gegeben – dieses Mal mit direkter aktiver Beteiligung des Militärs. Der Geist der neuen Verfassung stand ganz im Gegensatz zu dem der Zweiten Verfassung von 1961: Nun wurde alle Macht in der Exekutive konzentriert, vor allem im Amt des Präsidenten und im Nationalen Sicherheitsrat. Die bürgerlichen Freiheiten wurden durch viele Vorgaben eingeschränkt. Schulen und Universitäten wurden von einem eigens dafür gegründeten Rat streng überwacht, von geistiger Freiheit konnte keine Rede mehr sein. In diesem repressiven politischen Klima der folgenden Jahre verließen viele Intellektuelle und politisch engagierte, vor allem links eingestellte Men-

schen die Türkei in Richtung USA und Europa. Eine ganze Generation hochgebildeter und kritischer Menschen, die die Türkei zur Lösung ihrer Probleme dringend gebraucht hätte, wanderte aus, viele für immer. Einige von ihnen ließen sich auch in Hamburg nieder.

Ende 1982 wurde die neue – die dritte – Verfassung der Republik Türkei zur Volksabstimmung gestellt. Damit verknüpft war die Wahl General Evrens zum Präsidenten für eine Amtszeit von 7 Jahren. Beides wurde angenommen. Erst im darauffolgenden Jahr waren wieder Parlamentswahlen erlaubt. Die Parteien, die sich zur Wahl stellen konnten, wurden jedoch genauestens ausgewählt. Von fünfzehn Parteien, die sich bewarben, wurden nur drei neue Parteien überhaupt zugelassen. Unter ihnen war die „Mutterlandspartei“ die einzige nicht direkt vom Militär unterstützte und auch nicht mit dem Militär in Verbindung gebrachte Partei. Sie gewann überraschend und eindeutig die Wahl und errang aufgrund des Wahlgesetzes sogar die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Ihr Vorsitzender war Turgut Özal. Er war eine Mischung aus Technokrat und liberalem Wirtschaftsfachmann, hatte jedoch auch starke islamische Verbindungen, sowohl persönlich als über seine Familie. Er stammte aus der Provinz und war ein Selfmademan, ganz ähnlich wie Präsident Celal Bayar in den 1950er Jahren und der spätere Präsident Süleyman Demirel.

Das Land hatte vor allem anderen mit enormen Wirtschaftsproblemen zu kämpfen, das heißt, jede Regierung wurde daran gemessen, wie und ob sie die wirtschaftliche Lage der Türkei verbessern konnte. Özal verfolgte einen Kurs der vollständigen wirtschaftlichen Liberalisierung, wie er vom Internationalen Währungsfonds 1980 gefordert worden war. Durch eine rigorose Geldpolitik, die Förderung der Exportwirtschaft, vor allem der Industrieexporte, und die Liberalisierung der Importe waren diese Wirtschaftsmaßnahmen von Erfolg gekrönt: Die Inflation verringerte sich zunächst, die Wirtschaft erholte sich etwas, die Exporte mehr als verdreifachten sich in den 1980er Jahren. Ausländisches Kapital wurde willkommen geheißen und floss in stetigem und vorher nie gekanntem Ausmaß in die Türkei. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung wuchs an, aber auch die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich immer weiter. Vor allem profitierten einige wenige große einheimische Konzerne von dieser Wirtschaftsförderung. Die Konzentration der Wirtschaftskraft in wenigen Händen – nicht zuletzt auch in Händen der aktiven Politiker –

nahm, ebenso wie die Korruption, bemerkenswerte Ausmaße an. Dazu hatte das Land bereits ab der Mitte der 1980er Jahre wieder unter einer galoppierenden Inflation zu leiden, die jährlich über 70 % betrug. Die Staatsschulden verdoppelten sich innerhalb weniger Jahre und erreichten im Jahr 1989 41 Milliarden Dollar.



Abb. 38 Da die Inflation galoppierte, mussten immer mehr Nullen auf die Geldscheine gedruckt werden. Hier ein 20-Millionen-Lira-Schein aus den 1990er Jahren

Obwohl sich das Militär als Hüter des Laizismus, also der Trennung von Religion und Staat, sah und noch sieht, oder vielleicht gerade weil es sich so stark einmischt, breiteten sich die sichtbaren Formen des Islam in der türkischen Gesellschaft immer weiter aus. Es ist nicht richtig, von einer Re-Islamisierung zu sprechen, denn die Mehrheit der Türken war immer religiös, durfte dies aber nicht so offen ausdrücken. Lediglich eine kleine gebildete Mittel- und Oberschicht war streng kemalistisch-laizistisch erzogen und besuchte die Moschee höchstens anlässlich eines Totengebets. Im repressiven Klima der letzten Jahrzehnte jedoch nahm die islamische und islamistische Gegenbewegung besonderen Aufschwung. Nicht nur islamische Parteien – die sich immer wieder neu unter anderem Namen gründeten, da sie wiederholt verboten wurden – hatten Zulauf. Auch religiöses Schrifttum ist inzwischen weit verbreitet, die Gebetszeiten und das religiöse Fasten einmal im Jahr im Fastenmonat werden auch in den Großstädten und auch an hochmodernen Arbeitsplätzen von immer mehr Menschen beachtet, demonstrativ durchgeführt und manchmal auch gewaltsam eingefordert. In den Geschäften sind islamisch korrekte Kleidungsstücke dekoriert, es gibt mehrere religiöse Fernsehsender, und die islamischen Bildungseinrichtungen haben großen Zulauf.

Trotz des Verbots, in staatlichen Einrichtungen ein Kopftuch zu tragen, kann man im Stadtbild immer mehr Frauen mit islamischer Kleidung und Kopfbedeckung (türban) sehen. Dieser „Türban“ ist nicht mehr nur ein Kopftuch im herkömmlichen Sinne, wie man dies lange Zeit nur an den anatolischen Bäuerinnen oder den Bewohnerinnen der einfachen Stadtviertel gesehen hat. Der „Türban“ wird kunstvoll in verschiedenartigen Verschlingungen um den Kopf und

die Schultern drapiert und ist weniger traditionelles Kleidungsstück als religiös-politische Aussage. Dazu wird ein bodenlanger Mantel getragen – oft in modischem Schnitt und vielfach auch aus Jeansstoff. Diese islamische Bekleidungsweise kann Verschiedenes bedeuten: Sie kann ein politisches Statement sein und weist die Trägerin als Anhängerin einer der religiösen Parteien aus. Sie kann ferner bedeuten, dass sie sich offen zum Islam bekennen will oder dass sie einem religiösen „Orden“ angehört. Für wieder andere Frauen bedeutet die islamische Kleidung, dass sie sich in ihrem Schutz in die immer noch stark von Männern dominierte Geschäfts- und Berufswelt wagen und dort selbstbewusst behaupten können. Es ist nicht eindeutig zu bestimmen, ob die islamische Kopfbedeckung, wie ihre Gegner behaupten, ein Zeichen der Unterdrückung der Frau ist. Es lässt sich ja nicht unterscheiden, ob die Trägerin bewusst und freiwillig die islamische Kleidung trägt oder ob sie von ihrer Familie oder ihrem Ehemann zum Tragen der islamischen Kleidung gezwungen wurde. Nach wie vor ist auch in der Türkei selbst das Tragen des islamischen Kopftuchs in seiner Bedeutung und in seinen Folgen höchst umstritten.

Vor allem das islamische Schulwesen entwickelte sich nach 1980 zu einer Parallelinstitution im säkularen Staat. Die religiösen Schulen sowie die für die Ausbildung von Predigern zuständigen Institute wurden aufgewertet zu eigenen Oberschulen bzw. Hochschulen. Neben diesem staatlichen religiösen Bildungswesen verbreitete sich auch ein islamisches Privatschulsystem. Islamische „Orden“ oder Bruderschaften und ihre modernen Versionen, islamische Gemeinschaften wie die Nurcus, werben vor allem junge Leute an und finden viele Anhänger. Sie sind so erfolgreich, weil sie insbesondere für arme junge Menschen die Lücken im staatlichen System schließen. Zwar gibt es ein kostenloses staatliches Schul- und Universitätssystem, doch lassen die Bedingungen in den staatlichen Schulen zu wünschen übrig. Wer das Geld hat, schickt sein Kind auf eine der vielen teuren Privatschulen und dann auf eine private Universität oder ins Ausland. Vor allem in den ländlichen Gebieten Mittel- und Ostanatoliens ist es nach wie vor eine Frage des Geldes, ob eine weiterführende Schule, oft auch als Internat, besucht werden kann und wie man sich auf die äußerst strenge Prüfung für die staatlichen Universitäten vorbereiten kann. Hier bieten die islamischen Gemeinschaften mit ihren Bildungsstätten vielerlei Hilfen.

Die von konservativen Politikern wie auch Turgut Özal propagierte sogenannte Türkisch-Islamische Synthese, die Islam und türkischen Nationalismus verbinden wollte und sozusagen einen Gegenentwurf zum Kemalismus darstellte, tat ein Übriges, um den Islam in der türkischen Gesellschaft und auf der politischen Ebene wieder sichtbarer und gesellschaftsfähig zu machen. Immer wieder wehrte sich das Militär gegen diese von ihm als schleichende Islamisierung angesehene Entwicklung: Auch nach dem Putsch selbst schritt es mehrfach ein, um Gesetze zu stoppen oder aber zu erzwingen, wie zum Beispiel das Verbot des islamischen Kopftuchs oder neue Bestimmungen im Erziehungswesen, die darauf abzielten, den Vormarsch der religiösen Schulen zu stoppen.

Eine Volksbefragung 1987 erbrachte mit knapper Mehrheit die Zustimmung der Bevölkerung dazu, dass sich die gebannten Politiker aus der Zeit vor dem Putsch wieder betätigen durften. Als sich dann auch gleich die alten Parteien (unter neuem Namen) mit den bekannten Politikern wieder formierten, zersplitterte sich die Parteienpolitik sofort wieder, die Probleme der Regierbarkeit begannen aufs Neue. Es kam zu wechselnden Koalitionen, in denen auch die Nationalisten und die Ultra-Religiösen, jeweils unter verschiedenen Namen, mitwirkten.

Özals Partei gewann zwar noch die Wahlen von 1987, allerdings nur noch aufgrund von veränderten Wahlbedingungen. Zum Ende der 1980er Jahre hin begann Özals Stern zu sinken.



Abb. 39 Blick auf das Banken-
viertel des Istan-
buler Stadtteils
Levent

Als Kenan Evrens Präsidentschaftszeit zu Ende ging, ergriff Özal die Gelegenheit und ließ sich 1989 zum Präsidenten wählen – nach Celal Bayar wurde er damit erst der zweite Präsident der Republik, der nicht aus dem Militär stammte.

Nach seinem verfrühten Tod 1993 folgte ihm Süleyman Demirel nach, der damit seine lange politische Karriere krönte. Die von ihm geführte Koalitionsregierung übernahm daraufhin mit Tansu Ciller zum ersten Mal eine Frau als Ministerpräsidentin. Allerdings hat sie nur einen unrühmlichen bleibenden Eindruck hinterlassen – den gegen sie gerichteten Korruptionsvorwürfen wurde jedoch nie abschließend nachgegangen. Im Jahr 2000 wurde Demirel vom Präsidenten des türkischen Verfassungsgerichts, Ahmed Sezer, einem ganz linientreuen Kemalisten, im Präsidentenamt abgelöst.

Zwischen 1989 und 1999 gab es zehn verschiedene Regierungen mit wechselnden Koalitionen, von Stabilität für das Land konnte man also nicht sprechen. Erst der fünften Regierung Ecevit gelang es, annähernd eine ganze Legislaturperiode (von Mai 1999 bis November 2002) durchzuhalten. Generell hatte die Bevölkerung das Vertrauen in die Politik verloren. In den 1990er Jahren schlich sich zusammen mit der wirtschaftlichen Stagnation bzw. Verschlechterung für weite Teile der Bevölkerung eine gewisse Resignation in der Türkei ein. Dazu trug auch bei, dass in dem vorherrschenden sehr liberalen Wirtschaftssystem nicht nur Banken und Konzerne einerseits hohe Gewinne einstrichen, andererseits mehrere Finanzblasen zerplatzten und Finanzinstitute bankrott gingen und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander ging, sondern dass sich auch fast alle Politiker ganz offensichtlich im Amt bereicherten, ohne dafür gerade stehen zu müssen.

Die Konflikte um die Situation der Kurden

Eine große Belastung für die türkische Gesellschaft und für die Demokratie im Land ist der immer noch ungelöste Konflikt um die große kurdische Minderheit.

Der neue türkische Staat gründete sich 1923 auf der ideologischen Basis der Einheit von Volk und Territorium. Zu dieser Ideo-

logie passte es nicht, dass es mehrere Minderheiten im Land gab und gibt, die ethnisch gesehen keine Türken sind. Insbesondere von der größten dieser Minderheiten, den Kurden, befürchtete die Staatsmacht, sie könnte einen Teil des türkischen Staatsterritoriums für sich reklamieren. Denn wie schon beschrieben waren die Hoffnungen der Kurden auf einen eigenen Staat oder wenigstens auf Autonomie bei den Friedensverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg enttäuscht worden – das politische Ziel jedoch lebte weiter fort.

Da die Existenz von Kurden als einer nicht-türkischen Minderheit geleugnet wurde, wurden nie verlässliche Statistiken zur kurdischen Bevölkerung erstellt. Die Schätzungen zu ihrem zahlenmäßigen Anteil schwanken zwischen einem Fünftel und einem Siebtel der Gesamtbevölkerung der Türkei. Das bedeutet also, es handelt sich um mindestens 10 Millionen Menschen. (Manche Schätzungen sprechen von 15 Millionen.) Das ist etwa die Hälfte der gesamten kurdischen Bevölkerung, die auf weitere Länder wie Syrien, den Irak, Iran und Armenien verteilt ist. In der Türkei leben die Kurden, deren Siedlungsgebiet ursprünglich der Osten und Südosten ist, inzwischen in allen Teilen des Landes verstreut. Nicht zuletzt die große Armut im Osten und die wiederholten repressiven Maßnahmen während der gesamten Republikzeit haben viele von ihnen in die großen Städte getrieben. Dort finden viele in Gecekondu-Vierteln wieder zusammen, denn häufig ziehen die Menschen aus den gleichen ostanatolischen Dörfern wieder zusammen in die gleichen Stadtviertel. Viele von ihnen sprechen schon nicht mehr kurdisch – auch dies ist natürlich ein Ergebnis der staatlichen Politik, die in den Schulen nur die türkische Sprache zulässt und zeitweise sogar den privaten Gebrauch des Kurdischen bzw. der kurdischen Sprachen (denn neben Kurmanci wird auch Zazaki gesprochen, beides indo-europäische Sprachen, die nicht mit dem Türkischen verwandt sind), unter Strafe stellte.

Die gesamte Republikzeit über hat es immer wieder Proteste und Aufstände in den von Kurden bewohnten Gebieten gegeben, die verschiedene unmittelbare Anlässe hatten – nicht zuletzt wehrte sich die noch stark feudal organisierte kurdische Gesellschaft immer wieder gegen ihre Zerstörung durch die Modernisierung. Insbesondere aber die nationalistische Politik der Regierung, die ganz bewusst nicht-türkische Landesteile türkifizieren wollte, indem sie Umsied-

lungsaktionen nach dem Muster des Bevölkerungsaustausches mit Griechenland im eigenen Land begann, rief den Widerstand der Kurden hervor. Der letzte große Kurdenaufstand in der Ersten Republik war der Aufstand von Dersim in den Jahren 1937–38, in der heutigen Region Tunceli. Bei Kämpfen mit der türkischen Armee wurden Tausende Bewohner getötet, mehrere Zehntausend Kurden wurden danach zwangsweise in andere Landesteile umgesiedelt.

In den 1960er Jahren gründeten kurdische Intellektuelle Bewegungen, die sich für politische und kulturelle Rechte der Kurden einsetzten. Nachdem diese keine Erfolge erzielen konnten, veränderte sich die kurdische Autonomiebewegung in dem insgesamt radikalisierten politischen Umfeld der Türkei der 1960er und 1970er Jahre. Die Proteste im Osten des Landes bekamen eine neue Qualität, als Ende der 1970er Jahre die linksgerichtete und nationalistische PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) den bewaffneten Kampf gegen die türkische Staatsmacht in die Dörfer trug. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die Repression von Seiten der türkischen Staatsmacht so stark, dass sich die Untergrundorganisation unter dem Führer der PKK, Abdullah Öcalan, in Syrien niederließ. Dort trainierte er in Camps seine Kämpfer, und von dort aus organisierte er den Guerillakampf in der Türkei. Die Finanzierungsquellen der PKK fanden sich unter den kurdischen Migranten in Westeuropa, aber auch im Drogen- und Waffenhandel.

Der türkische Staat unter den Generälen reagierte darauf mit extremer Härte, die vor allem die Zivilbevölkerung traf. Die gesamte Ostregion wurde zum Kriegsgebiet gegen die PKK erklärt, in dem die Bevölkerung keine Chance hatte, sich dem zu entziehen. Nicht nur das türkische Militär, sondern auch die PKK verfolgte und ermordete ihrerseits Kurden, die ihr die Unterstützung verweigerten. Der Krieg kostete viele Tausende von Menschen das Leben und spaltete die türkische Gesellschaft immer weiter. Auch Zehntausende von syrischen Christen sowie Yeziden flohen seither aus ihren im Kampfgebiet liegenden historischen Siedlungsgebieten, die meisten von ihnen nach Deutschland. Lokale kurdische Probleme fanden kein Gehör in Ankara: Kurdische Parlamentsabgeordnete wurden diskriminiert und verhaftet, bei Wahlen gelang es einer kurdischen Partei nicht, die nach 1983 festgesetzte 10-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament zu überwinden. Erst Anfang der 1990er

Jahre ließ Präsident Özal zu, dass Kurdisch privat gesprochen werden durfte. Im Rahmen der Beitrittsbemühungen der Türkei zur EU wurden nach 2003 in begrenztem Maße kurdische Radio- und Fernsehsendungen und privater Sprachunterricht erlaubt – von kultureller Autonomie ist das aber auch noch weit entfernt.

Auch nach der weitgehenden Zerschlagung der PKK durch die Armee und der spektakulären Entführung und Festnahme Öcalans in Kenia 1999 durch den türkischen Geheimdienst kam es nicht wirklich zu einer Wende in der türkischen Kurdenpolitik. Öcalan wurde der Prozess gemacht, und er wurde zum Tode verurteilt, die Todesstrafe wurde jedoch nicht vollzogen. Lange sah es so aus, als sei damit der kurdische Guerillakampf im Osten zu Ende, doch gerade in letzter Zeit ist er wiederaufgeflammt. Zusätzlich hat die ungeklärte politische Situation im Irak nach dem amerikanischen Einmarsch die türkische Staatsmacht in höchstem Maße alarmiert, da sie befürchtet, an ihrer Ostgrenze werde ein eigener kurdischer Staat entstehen.

Der türkische Staatspräsident und die AKP-Regierung hatten im Juli 2009 eine „kurdische Öffnung“ angekündigt, die aufgrund des massiven Widerstands dagegen schnell in eine „demokratische Öffnung“ umgemünzt wurde. Die Regierung, die bereits Anfang 2009 einen kurdischsprachigen staatlichen Fernsehsender eingerichtet hatte, plant auch, die Zwangstürkisierung von Tausenden von kurdischen Ortsnamen zurückzunehmen und die Liberalisierung in Bezug auf die kurdische Sprache auszuweiten. Der nach wie vor größte Widerstand gegen jegliche Zugeständnisse an die Kurden kommt aus Teilen der türkischen Gesellschaft, die den Ultra-Nationalisten oder den strengen Atatürkisten in Gestalt der Republikanischen Volkspartei nahestehen. Insbesondere das türkische Militär, das sich auch in dieser Hinsicht als Hüter des Atatürkschen Erbes sieht, lehnt weitergehende politische Zugeständnisse an die Kurden ab. Einen Rückschlag erlebten die vorsichtigen Schritte hin zu einer Normalisierung im Dezember 2009: Die pro-kurdische Partei DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft), die seit 2007 einundzwanzig Abgeordnete im Parlament in Ankara stellte, wurde durch einen Beschluss des türkischen Verfassungsgerichts verboten, ihre führenden Mitglieder mit einem Politikverbot für 5 Jahre belegt. Es ist zu befürchten, dass dieses Urteil die Spannungen im Osten der Türkei wieder anheizen könnte.

Letztendlich wird nur eine bedingungslose Zulassung kurdischer Repräsentanz im Parlament, vor allem aber eine verstärkte staatliche Anstrengung, die ostanatolischen „vergessenen“ Gebiete an der Wirtschaftsentwicklung teilhaben zu lassen, um die Armut zu überwinden, sowie eine weitgehende kulturelle Autonomie den Konflikt lösen können.

Neue Entwicklungen nach 2002

Die Zersplitterung der türkischen Parteienlandschaft hatte ein Ende, als bei den vorgezogenen Wahlen von 2002 eine neue Partei überraschend die für türkische Verhältnisse große Mehrheit von 34 % und damit die absolute Mehrheit der Parlamentssitze errang. Erstmals seit vielen Jahren war nun keine Koalitionsbildung mehr nötig. Die siegreiche Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, abgekürzt AKP) war im Jahr zuvor aus einer Abspaltung der unter verschiedenen Namen immer wieder verbotenen und dann neu gegründeten islamischen religiösen Partei hervorgegangen. Im Türkischen kann man die Abkürzung AK-Parti auch als „helle“ oder „weiße“ Partei verstehen, eine willkommene zusätzliche Bedeutung.

Gründer der AKP war unter anderen Recep Tayyip Erdoğan (geb. 1954), der ehemalige Bürgermeister von Istanbul. Er kam aus einfachen Verhältnissen, hatte eine religiöse Schule absolviert und war bereits als Jugendlicher in die Jugendorganisation der Islamischen Partei eingetreten. In den 1990er Jahren hatte er als Bürgermeister sehr erfolgreich die wuchernde Metropole Istanbul verwaltet. Erdoğan wurde wegen einer früheren Verurteilung aus politisch-religiösen Gründen zur Wahl im Jahr 2002 nicht zugelassen. Das heißt, die erste Regierungsbildung nach dem Wahlsieg der AKP musste ohne ihn erfolgen. Erst 2003, nach einer Verfassungsänderung, konnte er einen Parlamentssitz einnehmen und nach einer Regierungsumbildung Ministerpräsident werden.

Die Stärke der AKP ist ihre Verankerung an der Basis: Unzählige Freiwillige, unter ihnen auch viele Frauen, gehen von Tür zu Tür, um die Menschen direkt anzusprechen. Die Partei hat eine breite Basis, vor allem unter der ländlichen und unter der ärmeren

Stadtbevölkerung. Seit der Demokratischen Partei der 1950er Jahre ist sie die erste wirkliche Volkspartei. Sie ist islamisch und konservativ ausgerichtet, legt andererseits jedoch ihren Schwerpunkt auf Bildung, Gesundheit, Rechtsreformen und eine progressive Wirtschaftsentwicklung, die allen zugutekommen soll. Nicht zu vernachlässigen sind aber auch die Wahlgeschenke, die die AKP macht. Dies sind nicht nur die neuen Moscheen, die allorten gebaut werden, sondern das ist auch ganz wörtlich zu verstehen: An die Wähler werden Geschenkpakete verteilt.

Von ihren Gegnern auf dem rechten politischen Spektrum wird die AKP entweder als zu wenig nationalistisch oder aber als zu wenig konservativ-islamisch angesehen. Die Kemalisten wiederum bekämpfen sie mit allen Mitteln, da sie sie für eine verkappte islamistische Partei nach fundamentalistischem Muster halten. Vor allem die laizistische, ganz streng dem Atatürkismus verpflichtete obere Mittelschicht – und vor allem das Militär – sieht Erdoğan und seine Partei als Wolf im Schafspelz, der die Institutionen unterwandern will, um endlich einen islamischen Staat aus der Türkei zu machen.

Sichtbarster Ausdruck dieser Spaltung der Gesellschaft ist die Kopftuchfrage. Das islamische Kopftuch wurde damit zum politischen Symbol – für die einen steht es für die drohende rückwärtsge wandte Islamisierung, für die anderen symbolisiert es die Freiheit, die persönliche Religiosität auszudrücken. Noch immer wacht das Militär über die Einhaltung der Prinzipien Atatürks: Nicht zuletzt deshalb trat die das islamische Kopftuch tragende Ehefrau Erdoğan's in der letzten Legislaturperiode wenig in Erscheinung.

Die Regierung Erdoğan hat sich intensiv um eine Aufnahme in die EU beworben und dafür erstaunlich viele Reformen auf den Weg gebracht – radikale Reformen auf dem Weg zur Demokratisierung der türkischen Gesellschaft und des türkischen Rechtswesens, wie sie keine Regierung zuvor je unternommen hat. Dennoch bleiben noch viele Bereiche, in denen die Türkei – vor allem in der Praxis – noch weit davon entfernt ist, demokratischem und freiheitlichem Standard zu genügen. Auch außenpolitisch hat die AKP-Regierung einen eng an Europa ausgerichteten Kurs gefahren, gleichzeitig jedoch auch die nachbarschaftliche und die islamische Komponente berücksichtigt. Nicht zuletzt mit ihrer Weigerung, die USA beim

Abb. 38 Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül und seine Frau Hayrünnisa. Sie ist die erste Präsidentengattin in der Geschichte der Republik Türkei, die islamische Kleidung trägt, was in der Türkei sehr umstritten ist.



Angriff auf den Irak zu unterstützen, hat sie einen deutlichen Akzent gesetzt. Dies wird von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

Die Präsidentschaftswahl im Jahr 2007, vor der lange nicht klar war, ob sich Erdoğan selbst als Kandidat bewerben würde, hat das Land wieder tief gespalten. Inzwischen muss man vermuten, dass die alte Elite, und damit auch das Militär, weniger um die Bewahrung der kemalistischen Errungenschaften besorgt ist als um die Erhaltung der eigenen Pfründe. Die vorgezogenen Neuwahlen vom Mai 2007 haben der AKP wieder die Parlamentsmehrheit beschert. Die Hälfte der türkischen Wähler ist mit der Richtung der Regierungspolitik einverstanden. Erstmals ist nun auch eine kurdische Partei im Parlament vertreten. Bei der darauffolgenden Präsidentschaftswahl, die als Testfall galt, setzte sich dann ebenfalls der Kandidat der AKP, Abdullah Gül (geb. 1950), durch.

Unter der neuen AKP-Regierung wurde das Kopftuchverbot für Studentinnen an den Universitäten erneut zum Streitfall. Befürworter des Kopftuchs führen an, auch Frauen mit Kopftuch müssten das Menschenrecht auf Bildung ausüben können. Demgegenüber fürchten die Studentinnen, die sich nicht verhüllen, sie würden dann einem allgemeinen Druck, auch Kopftuch zu tragen, ausgesetzt sein. Der Streit um das Kopftuch von Studentinnen lenkt jedoch von der viel entscheidenderen Tatsache ab, dass 60 % der Mädchen und Frauen in der Türkei nach wie vor weder Zugang zu Bildung noch zu Arbeit haben. Ein Versuch der AKP-Regierung, das Kopftuchverbot aufzuheben, wurde vom türkischen Verfassungsgericht zurückgewiesen. Anschließend an diese Entscheidung ließ das türkische Verfassungsgericht den im März 2008 gestellten Antrag des Generalstaatsanwalts auf Verbot der AKP wegen verfassungswidrigen anti-laizistischen Verhaltens zu. Im Juli 2008 wurde dieser Antrag abgelehnt, die Partei allerdings wegen ihrer „anti-laizistischen Umtriebe“ verwarnt und mit einer hohen Geldstrafe belegt.

Seit vielen Jahren bereits werden in der türkischen Öffentlichkeit Verschwörungen gegen Staat, Gesellschaft und Minderheiten thematisiert. Es geht dabei um das vermutete Vorhandensein des „tiefen Staates“. So wird ein Netzwerk aus Gruppen innerhalb des Staats-, Polizei- und Militärapparats bezeichnet, die in unheilvoller Allianz unabhängig von demokratischer Kontrolle agieren, die Politik beeinflussen, schmutzige Geschäfte machen und unliebsame Gegner

ermorden sollen. Diese Vermutungen sind wohl nicht ohne Substanz, jedoch gibt es keine gesicherten Erkenntnisse zum Ausmaß dieses Netzwerks. Dazu muss man bedenken, dass in der türkischen Öffentlichkeit zu jeder Zeit Verschwörungstheorien jeglicher Natur kursierten und von den populären Medien ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts mit Inbrunst verbreitet wurden und werden.

Unklar ist, ob damit auch eine Aktion in Zusammenhang steht, in deren Verlauf seit Sommer 2007 ein angeblicher Geheimbund namens „Ergenekon“ aufgedeckt wurde. (Der Name „Ergenekon“ bezieht sich auf einen Gründungsmythos der Türken, als die Urtürken sich in einem Tal gleichen Namens im Altaigebirge vor den sie verfolgenden Chinesen versteckt haben sollen.)

Waffenfunde an verschiedenen Orten der Türkei haben zur Verhaftung von verschiedensten Personen in mehreren Wellen geführt, darunter ultra-nationalistische ehemalige hohe Militärs, Anwälte und Journalisten, aber auch Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, Universitätsrektoren und Regierungskritiker. Ihnen werden Umsturzversuche, die Ermordung von prominenten Intellektuellen wie dem armenischen Publizisten Hrant Dink und christlichen Priestern, Verschwörung zur Ermordung unter anderem von Nobelpreisträger Orhan Pamuk, anderen prominenten Intellektuellen und kurdischen Politikern, illegaler Waffenbesitz, die Aufwiegelung der Bevölkerung zu bewaffnetem Widerstand und einiges mehr zur Last gelegt. Die Existenz von ultra-nationalistischen Kreisen und ihr Widerstand gegen Regierung und Staatsgewalt sind unbestritten. Inzwischen kommen jedoch Zweifel an den Zusammenhängen auf, nachdem es immer neue Verhaftungen gegeben hat, die vor allem Kritiker der regierenden AKP-Partei betrafen, unter ihnen mehrere Universitätsrektoren. Die ersten Anklagen wurden im Sommer 2008 erhoben, der zweite Prozess, begonnen im Frühjahr 2009, erweiterte die Anschuldigungen auf Verbindungen der Angeklagten zur PKK, zu Linksextremisten und zur Hizbullah. Allein die Erweiterung der Anklagen auf fast beliebig viele verschiedene politische und weltanschauliche Gruppen lässt Zweifel an den Zusammenhängen aufkommen. Ob die voraussehenden langwierigen Prozesse Klarheit bringen werden, bleibt abzuwarten. Auf dem Prüfstand stehen dabei vor allem die weitere demokratische Entwicklung und die Unabhängigkeit der türkischen Gerichtsbarkeit.

Auch von islamistischen Terroranschlägen blieb die Türkei nicht verschont: Im Jahr 2003 gab es zwei Anschläge mit vielen Opfern vor zwei Synagogen in Istanbul und einige Zeit später vor dem britischen Generalkonsulat und einer britisch-internationalen Bank, ebenfalls in Istanbul. Die Taten wurden von türkischen Mitgliedern von Al-Qaida ausgeführt und führten auch in der Türkei zu erhöhter Alarmbereitschaft, was den extremistisch islamischen Terrorismus angeht.

Die inzwischen auf fast 80 Millionen Einwohner angewachsene Bevölkerung der Türkei ist politisch tief gespalten und hat nach wie vor mit großen wirtschaftlichen Problemen und vor allem großen Ungleichgewichten zu kämpfen. Nach wie vor sind die Einkommen sehr ungleich verteilt: Fast die Hälfte aller Einkommen gehen an das obere Fünftel der Bevölkerung in der Einkommensskala. Am anderen Ende der Skala erhält das Fünftel der Bevölkerung, das am wenigsten verdient, insgesamt lediglich 6 % aller Einkommen. Die Arbeitslosigkeit, vor allem die verdeckte Arbeitslosigkeit, ist hoch. Immer noch haben nicht alle Türken, vor allem nicht alle Türkinnen, den Zugang zu Schulbildung. Zwischen Stadt und Land klafft eine große Bildungs- und Wohlstandslücke, zwischen dem Westen und dem Osten der Türkei herrscht ebenfalls ein großes Gefälle. Je weiter östlich man in Anatolien kommt, desto weniger Einkommen, desto weniger Chancen auf Bildung, Arbeit und Wohlstand hat die Bevölkerung. Auch die Infrastruktur lässt, je weiter man in den Osten kommt, immer mehr zu wünschen übrig, während der Westen und der Süden mit mehreren Großflughäfen international angebunden sind und nicht nur Autobahnen, sondern nun bald auch ein ICE Ankara mit Istanbul und anderen wichtigen Städten verbinden wird.

Nach wie vor ist Deutschland einer der wichtigsten Handelspartner für die Türkei. Bei den Exporten in die Türkei steht es mit weitem Abstand an der Spitze, bei den Importen türkischer Waren wird es neuerdings nur von Russland überflügelt.

Ausblick

Insgesamt hat sich der westliche Teil der Türkei, besonders die Stadtbevölkerung, in den letzten Jahren rasant verändert. Oftmals kommt

es einem so vor, als habe insbesondere die Metropole Istanbul den Rest des Landes – und auch den Großteil der Migranten in Westeuropa – in seiner modernen Entwicklung weit hinter sich gelassen. Es ist nicht zu übersehen, dass vor allem bei der oberen Mittelschicht und der Oberschicht, und noch deutlicher bei der jungen Generation, eine Amerikanisierung des Lebensstils zu verzeichnen ist. Dies sollte den Europäern, von denen sich die Türken vor allem in der Frage des EU-Beitritts oft im Stich gelassen und unfair behandelt fühlten, eigentlich zu denken geben. Die rasante Anpassung an die globale Welt westlicher Prägung, die vor allem in Istanbul spürbar ist, hat jedoch gleichzeitig den konservativen und vor allem auch den unterprivilegierten Teil der Bevölkerung zurückgelassen und macht ihm sicherlich auch Angst. Das heißt, dass sich die immer schon bestehenden Unterschiede in der türkischen Gesellschaft keineswegs verringert haben, im Gegenteil – die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen modern und traditionell, zwischen Ost- und Westanatolien ist so tief wie eh und je.

Das Ergebnis ist ein Land voller Widersprüche und Gegensätze, ein Land, in dem keine einfachen Erklärungen greifen, in dem keine Schwarz-Weiß-Regel aufgestellt werden kann, in dem für jedes gefundene Erklärungsmuster gleichzeitig auch das Gegenteil gelten kann. Die widersprüchlichen Signale, die die türkischen Politiker aller Parteien in den letzten Jahren aussandten, haben nicht zu einem besseren Verständnis der Türkei im Ausland beigetragen.

Im Zeitalter der Rohstoffverknappung und der zu erwartenden Verteilungskämpfe kommt der Türkei wieder eine besondere strategische Rolle zu: Als Endpunkt sowohl der bestehenden als auch der geplanten neuen Erdöl- und Gaspipelines aus dem Nahen Osten und aus Zentralasien ist sie ein äußerst wichtiger Partner Westeuropas. Dazu ist sie das Bindeglied zu den islamischen Staaten und den turksprachigen Staaten Zentralasiens. Diese Mittlerrolle hat auch die Regierung Erdoğan immer wieder eingenommen. Fraglich ist, ob diese Bedeutung der Türkei in Westeuropa auch immer so wahrgenommen wird. Die Europäische Gemeinschaft bekäme durch den Beitritt der Türkei ein Mitglied, das in vielerlei Hinsicht für die Zukunft der Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Kapitel 2

Die Türkei und die

Amke Dietert

Europäische Union

Die Geschichte der Beitrittsbemühungen

Bereits 1959 beantragte die Staatsführung der Türkischen Republik eine Assoziierung an die damalige, aus ihren sechs Gründungsmitgliedern bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Verhandlungen wurden knapp 4 Jahre später, am 12. September 1963, mit dem Assoziationsabkommen zwischen der Türkei und der EWG abgeschlossen. Dieses sogenannte „Ankara-Abkommen“ trat wie geplant am 1. Dezember 1964 in Kraft. In Artikel 28 des Abkommens ist – wie auch in der Präambel – eine deutliche Beitrittsperspektive enthalten:

„Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitrittes der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“

Das Abkommen sah in Artikel 2–5 drei konkrete Phasen der Annäherung vor:

- eine „Vorbereitungsphase“ von 5 Jahren
- eine „Übergangsphase“ von maximal 12 Jahren mit Etablierung der Zollunion am Ende dieser Phase
- eine „Schlussphase“ zur Erreichung der Vollmitgliedschaft der Türkei.

Bei Ratifizierung des Abkommens am 12. September 1963 stand für führende EWG-Politiker fest, dass die Türkei ein Teil Europas war.

„Die Türkei gehört zu Europa. Das ist der tiefste Sinn dieses Vorgangs: Er ist, in denkbar zeitgemäßester Form, die Bestätigung einer Wahrheit, die mehr ist als ein abgekürzter Ausdruck einer geografischen Aussage oder einer geschichtlichen Feststellung, die für einige Jahrhunderte Gültigkeit hat.“

So der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein (CDU), in seiner Rede anlässlich der Ratifizierung.

Auf der Grundlage des Ankara-Abkommens wurden zwar in den Folgejahren diverse weitere Vereinbarungen getroffen, der geplante Annäherungsprozess ging aber nur sehr schleppend voran. Das lag zum großen Teil auch daran, dass das Thema der europäischen Integration in der Türkei lange Zeit nicht mit Priorität auf der Tagesordnung stand, da das Land schwere wirtschaftliche und innenpolitische Krisen zu bewältigen hatte. Insbesondere an die vorgesehenen administrativen und ökonomischen Strukturanpassungen war unter diesen Bedingungen nicht zu denken gewesen. Dennoch kündigte die türkische Regierung im Februar 1980 an, einen Beitrittsantrag an die Europäische Gemeinschaft stellen zu wollen. Zu dieser Zeit wurde allerdings in Europa die Beitrittsperspektive der Türkei deutlich skeptischer gesehen als in den 1960er Jahren. Vor allem Deutschland fürchtete einen ungebremsten Zuzug von Menschen aus der Türkei, wenn diese aufgrund der Freizügigkeitsbestimmung innerhalb der EG das Recht auf Arbeitsaufnahme und Niederlassung erhalten würden. Nach dem Militärputsch vom September 1980 wurden die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei aus politischen Gründen eingefroren und 1982 das Ankara-Abkommen formell ausgesetzt.

Im Jahre 1987 stellte die türkische Regierung unter Ministerpräsident Turgut Özal einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG. Ministerpräsident Özal wollte der europäischen Öffentlichkeit eine westlich orientierte, demokratische und moderne Türkei präsentieren. Zwar wurde 1988 das Ankara-Abkommen wieder in Kraft gesetzt, aber die EG lehnte im Dezember 1989 den türkischen Antrag faktisch ab – Verhandlungen darüber wurden ohne Angabe eines Datums zurückgestellt. Gleichzeitig schlug die EG aber Maßnahmen vor, die es der Türkei – ohne Verzicht auf das Endziel des Beitrittes – ermöglichen würden, die Assoziierung mit der Gemeinschaft enger zu gestalten. Die Verhandlungen führten Ende 1995 zum Abschluss

einer Zollunion zwischen der Türkei und dem seit 1993 in Europäische Union (EU) umbenannten Bündnis.

Nachdem der Europäische Rat, das Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedstaaten, 1997 in Luxemburg bekräftigt hatte, dass die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union infrage kommt, nicht aber – zur Enttäuschung der türkischen Seite – der Türkei einen offiziellen Kandidatenstatus verlieh, wurden unter deutscher EU-Präsidentschaft auf dem EU-Gipfel in Köln im Juni 1999 die Weichen für den Kandidatenstatus der Türkei gestellt. Auf dem Europäischen Rat von Helsinki im Dezember desselben Jahres wurde er förmlich festgeschrieben.

Die Bedingungen für den Beitritt

Dass die Türkei als Beitrittskandidat akzeptiert wurde, bedeutete nicht, dass die Beitrittsverhandlungen sofort aufgenommen wurden.

Auf seiner Sitzung am 21. und 22. Juni 1993 in Kopenhagen hatte der Europäische Rat Bedingungen festgelegt, die Staaten, die der EU beitreten wollen, erfüllen müssen. Diese sogenannten Kopenhagener Kriterien sind in drei Kategorien unterteilt:

- stabile Institutionen, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten garantieren (politische Kriterien)
- eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten (wirtschaftliche Kriterien)
- die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft, das heißt, das gesamte Recht der EU, zu übernehmen und das Einverständnis mit den Zielen der politischen Union sowie mit denen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Kriterien der ersten Gruppe, also eine demokratische Regierungsform und die Wahrung der Menschenrechte, müssen schon vor Beginn der Beitrittsverhandlungen erfüllt sein, die anderen erst bis zum Datum des tatsächlichen Beitritts.

Auf der Ratssitzung im Dezember 1999 wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Vorbereitung des Beitritts der Türkei beschlossen, ebenso wie auch für andere Beitrittskandidaten:

- In einem Dokument über die Beitrittspartnerschaft wurden politische und wirtschaftliche Ziele und ein Zeitplan für deren Umsetzung festgelegt
- Die EU-Kommission erhielt die Aufgabe, die Umsetzung der Verpflichtungen aus der Beitrittspartnerschaft zu kontrollieren und jährliche Fortschrittsberichte vorzulegen
- Aufbau einer Finanzhilfe für die Türkei zur Vorbereitung ihres Beitritts
- Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für die Türkei an Gemeinschaftsprogrammen der EU.

Darüber hinaus forderte der Europäische Rat in Helsinki politische Lösungen für die griechisch-türkischen Grenzstreitigkeiten in der Ägäis und das Zypernproblem.

Knapp anderthalb Jahre später, am 8. März 2001, verabschiedete der Europäische Rat seinen Beschluss über die Beitrittspartnerschaft mit der Türkei. In diesem Papier wurden die „Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik“ formuliert.

Zu den politischen Kriterien, die vor Beginn von Beitrittsverhandlungen zu erfüllen waren, zählten vor allem Forderungen aus dem Bereich der Menschenrechte: Maßnahmen gegen die weitverbreitete Anwendung der Folter, die Abschaffung der Todesstrafe, die Gewährung kultureller Rechte für die ethnischen Minderheiten sowie die Schulung von Polizeibeamten und Juristen über menschenrechtliche Prinzipien und rechtsstaatliche Verfahren. Großen Wert legte die EU auch auf eine Einschränkung der politischen Macht des Militärs.

Über Kopenhagen nach Brüssel

Mit der offiziellen Anerkennung der Türkei als EU-Beitrittskandidat auf gleicher Stufe mit den übrigen Beitrittskandidaten auf dem Gip-

feltreffen des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1999 in Helsinki wurde in der Türkei ein beachtlicher politischer Reformprozess in Gang gesetzt.

Als Antwort auf das Dokument zur Beitrittspartnerschaft verabschiedete das türkische Kabinett am 20. März 2001 ein „Nationales Programm für die Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstandes“. Einleitend heißt es darin:

„Die türkische Regierung wird 2001 die fortlaufende Arbeit an politischen, administrativen und rechtlichen Reformen beschleunigen und ihre Gesetzgebungsvorschläge der Großen Türkischen Nationalversammlung vorlegen. Das Ziel ist es, die Bestimmungen der Verfassung und der übrigen Gesetze auf Basis der internationalen Verpflichtung der Türkei und der EU-Standards weiterzuentwickeln und die Freiheit zu fördern, zusätzliche Garantien für ein höheres Maß an partizipatorischer Demokratie zu schaffen sowie das Gleichgewicht von Macht und Kompetenzen unter den staatlichen Organen und die Herrschaft des Rechts zu stärken.“

Für die zu dieser Zeit (1999–2002) amtierende Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit war es allerdings äußerst schwierig, Einigkeit über konkrete Reformschritte zu erzielen. Während die konservativ-liberale „Mutterlandspartei“ (ANAP) unter ihrem Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz, der innerhalb der Regierung für die Beziehungen zur EU zuständig war, im Interesse des EU-Beitritts zu ernsthaften Reformen bereit war, beharrten die in nationalistisch-kemalistischen Traditionen verhaftete „Demokratische Linkspartei“ (DSP) von Ministerpräsident Ecevit und noch stärker die rechts-nationalistische „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Devlet Bahçeli auf ihrem autoritären Staatsverständnis und ihren Vorstellungen von der Wahrung der nationalen Sicherheit.

Der Kritik an Verurteilungen und Inhaftierungen von Menschen aufgrund friedlicher politischer Meinungsäußerungen versuchte die türkische Regierung im Dezember 2000 nach einem auch schon in den Jahren zuvor praktizierten Muster den Wind aus den Segeln zu nehmen: Es wurde ein Gesetz über bedingte Strafaussetzungen und -reduzierungen erlassen, die gesetzlichen Grundlagen für die Bestrafung von Meinungsäußerungen wurden jedoch nicht angetastet.

Im Nationalen Programm wurde als erster Schritt eine Reform der Verfassung angekündigt, die im Oktober 2001 mit der Änderung zahlreicher Verfassungsartikel umgesetzt wurde. Zwischen Februar 2002 und August 2004 wurden insgesamt acht „Harmonisierungspakete“ verabschiedet, mit denen Gesetze verändert oder neue Verordnungen erlassen wurden:

Die Todesstrafe wurde im August 2002 zunächst außerhalb von Kriegszeiten oder Zeiten unmittelbarer Kriegsgefahr und im Januar 2004 schließlich vollständig abgeschafft.

Zur Bekämpfung der Folter wurde schrittweise eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen ergriffen. Eine wichtige Schutzmaßnahme war die Verkürzung der Polizeihaft und das Recht auf sofortigen Zugang zu einem Anwalt nach einer Festnahme. In einem völlig neuen Strafgesetzbuch, das im Jahr 2005 in Kraft trat, wurde der Tatbestand der Folter klarer und umfassender definiert als zuvor und die Strafen für Folterer erhöht. In der Praxis hat sich zwar die Zahl der Folterfälle reduziert, sie bewegt sich aber noch immer in inakzeptablen Größenordnungen. Gründe dafür sind fehlende Kontrollmechanismen, eine mangelhafte strafrechtliche Verfolgung von Folterern und ein höchst problematisches Selbstverständnis der Polizei, die sich eher der Durchsetzung der Staatsmacht als demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien verpflichtet fühlt.

Gesetzliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit wurden zwar erheblich gelockert, aber nicht vollständig aufgehoben. Strafbestimmungen, die seit Jahren sowohl von Menschenrechtsorganisationen in- und außerhalb der Türkei sowie europäischen Institutionen kritisiert wurden, sind auch in dem neuen Strafgesetzbuch unverändert enthalten. Ein Beispiel dafür ist ein Artikel, der die „Verunglimpfung des Türkentums, der Republik, der Großen Nationalversammlung, der ideellen Persönlichkeit der Regierung, der Ministerien, der Streitkräfte und Sicherheitskräfte des Staates sowie der Justiz“ unter Strafe stellt. Auf der Grundlage dieses Artikels werden immer wieder Menschen für kritische Meinungsäußerungen bestraft, zum Beispiel wurden türkische Menschenrechtler wegen „Beleidigung der Sicherheitskräfte“ verurteilt, weil sie die Praxis der Folter angeprangert hatten.

Das 3. Harmonisierungspaket vom August 2002 brachte eine Lockerung in der restriktiven Politik des türkischen Staates gegen-

über Minderheiten. Radio- und Fernsehsendern wurde die Erlaubnis erteilt, Sendungen in „Sprachen und Dialekten, die von türkischen Staatsbürgern traditionell in ihrem täglichen Leben gesprochen werden“ (diese Formulierung wird in offiziellen türkischen Dokumenten verwendet, um die Bezeichnung „Kurdisch“ zu vermeiden), auszustrahlen, und diese Sprachen dürfen seitdem in privaten Sprachkursen unterrichtet werden. Beide Bestimmungen sind aber mit erheblichen Einschränkungen verbunden und wurden sehr zögerlich umgesetzt. Letztlich wurden Verbote gelockert, nicht jedoch umfassende kulturelle Freiheit gewährt. In der Frage der Rechtsstellung der Kurden hat sich seit 2009 eine neue Dynamik entwickelt. Am 1. Januar 2009 wurde ein kurdischsprachiger Kanal im staatlichen türkischen Fernsehen eröffnet, und ab der zweiten Jahreshälfte wurden weitere Schritte in Richtung auf eine „demokratische Öffnung“ diskutiert. Parallel dazu bestehen jedoch zahlreiche restriktive Gesetze – zum Beispiel Einschränkungen für den Gebrauch der kurdischen Sprache – fort. Auch die christlichen Minderheiten leiden weiterhin unter Beschränkungen ihrer kulturellen und religiösen Freiheiten sowie unter einem unklaren Rechtsstatus. Gegen das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel bei Midyat wurden Prozesse eröffnet, da es sich angeblich unrechtmäßig Land angeeignet habe – obwohl dieses Land als Besitz des Klosters registriert ist und der türkische Staat seit 1938 dafür Steuern erhebt. In einem weiteren Prozess geht es um den Vorwurf, in dem Kloster würden Kinder in der aramäischen Sprache unterrichtet. Ein Kritikpunkt, der immer wieder auch in den EU-Berichten auftaucht, sind Behinderungen bei der Ausbildung von Priestern, insbesondere die Auseinandersetzungen um eine Wiedereröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Heybeliada (griechisch: Chalki) bei Istanbul.

Ein wichtiger Bestandteil des Reformprozesses war die Verbesserung der Rechtsstellung der Frauen. Die Gleichberechtigung der Ehepartner in der Familie wurde in der Verfassung verankert und der Staat verpflichtet, für die praktische Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter zu sorgen. Das neue Strafrecht enthält wichtige Verbesserungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, die türkische Frauenorganisationen seit langem gefordert hatten. Während im alten Recht nur Vergewaltigung in einer sehr engen Definition strafbar war, ist jetzt Vergewaltigung im Einklang mit der

Definition in internationalen Konventionen definiert, und auch andere Formen sexueller Übergriffe oder Belästigungen sind erstmals unter Strafe gestellt. Die Bestimmung, dass ein Vergewaltiger straffrei ausgehen kann, wenn er das Opfer heiratet, wurde ersatzlos gestrichen. Für Morde an Ehepartnern und engen Verwandten sowie sogenannte „Ehrenmorde“ sind verschärfte Strafen vorgesehen. Auch die Vergewaltigung in der Ehe ist jetzt strafbar – eine Schutzbestimmung für Frauen, die in Deutschland nur kurze Zeit vorher nach langen Diskussionen durchgesetzt wurde.

Die EU-Kommission erklärte in ihrem Bericht vom 6. Oktober 2004, die Türkei habe die Kopenhagener Kriterien zumindest auf der gesetzlichen Ebene erfüllt. Bezüglich der Wahrung der Menschenrechte in der Praxis wurden zwar Fortschritte im Vergleich zu den Vorjahren, aber nach wie vor gravierende Mängel festgestellt. Trotzdem empfahl die Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, allerdings unter der Auflage, dass der Fortgang der politischen Reformen weiter überwacht wird. Der Europäische Rat folgte dieser Empfehlung auf seiner Sitzung im Dezember 2004.

Abb. 41 „Wir haben es geschafft!“ In den Schlagzeilen der türkischen Zeitungen wird gejubelt, als im Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen formal aufgenommen werden.

Schwierige Diskussionen gab es gleich in der Anfangsphase der Beitrittsverhandlungen um die Haltung der Türkei zu der Republik Zypern – das heißt dem griechischen Teil der geteilten Insel –, die seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU ist. Die türkische Regierung war nicht bereit, gemeinsame Handelsprotokolle auf die Republik Zypern anzuwenden, da sie darin eine indirekte Anerkennung dieses Staates sieht. Hintergrund sind die politischen Auseinandersetzungen um die – nur von der Türkei anerkannte – „Türkische Republik Nordzypern“. Kurz vor dem EU-Beitritt der Republik Zypern wurde in beiden Teilen Zyperns ein Referendum über einen UN-Plan zur Vereinigung der Insel abgehalten. Während die Zypern-Türken dem Plan mit großer

Mehrheit zustimmten, wurde er auf griechischer Seite abgelehnt. Dass die Republik Zypern dennoch mit der Aufnahme in die EU „belohnt“ wurde, während der türkische Teil weiter international isoliert ist, wird von den Türken als krasse Ungerechtigkeit empfunden.



Die Debatte über den Beitritt der Türkei in Deutschland

Eigentlich waren die Weichen auf der EU-Ratssitzung in Helsinki 1999 gestellt worden: Die Türkei bekam den begehrten Beitrittskandidatenstatus verliehen, und für die nächste Zukunft sollte es um die Frage gehen, ob die Türkische Republik innerhalb einer gewissen Zeitspanne die Kopenhagener Kriterien erfüllt oder nicht.

Doch genau zu dieser Zeit begann in Deutschland eine allgemeine, Leitartikel und Feuilletons beherrschende Grundsatzdiskussion: Gehört die Türkei denn überhaupt zu Europa? Ist die türkische Gesellschaft von ihrer Geschichte und Religion her nicht grundsätzlich anders strukturiert als europäische Gesellschaften? Zerstört sie nicht im Beitrittsfall durch ihr radikales Anderssein die europäische Identität?

Gewiss ist die Türkei „anders“. „Anders“ aber als was? Auch zwischen den Ländern der „alten“ Europäischen Union bestehen erhebliche kulturelle Unterschiede. Die viel beschworene europäische Identität ist kein fest definierter Zustand, sondern ein Prozess. Inhalte und Akzente verschieben sich – nicht nur, weil die politische Union immer größer wird.

Als zentrales Argument wird oft der kulturelle Gegensatz zwischen dem „christlichen Abendland“ und der „islamischen Türkei“ hervorgehoben. Sicherlich sind die meisten europäischen Länder durch eine christliche Tradition geprägt, ebenso wie die Türkei durch eine islamische. Die Werte von Demokratie, individueller Freiheit und Menschenrechten, die heute als ideelle Basis der EU gelten, wurden aber gerade erst durch die Emanzipation vom Machtanspruch der Kirche – oft gegen deren erbitterten Widerstand – durchgesetzt. Auch die Türkei ist ein säkularer Staat mit demokratischen Institutionen. Bei der Verwirklichung einer gelebten Demokratie mit allen dazugehörigen Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger gibt es zwar noch erhebliche Defizite. Diese sind aber in einem autoritären Staatsverständnis begründet, das seine Wurzeln in einem nationalistischen Gedankengut hat, das von europäischen Ideen des 19. Jahrhunderts geprägt ist und nicht vom Islam.

Auch Europas christlich-abendländische Traditionen sind nicht als solche die Grundlage jenes Europa, das als EU im Entstehen ist. Wichtig ist die Ausbildung der Institutionen und Werte, auf denen

die EU beruht und die sich in einem längeren Prozess entwickelt haben. Veränderungsprozesse auf diese hin sind auch Angehörigen anderer Kulturen und Religionen möglich. Am Ende ist relevant, ob die Werte von Demokratie und Menschenrechte geteilt und ob die grundlegenden politischen, rechtlichen und institutionellen Strukturen akzeptiert werden.

Ängste werden auch mit dem Hinweis geweckt, die Türkei würde im Falle eines Beitritts in kurzer Zeit zum einwohnerstärksten EU-Mitgliedsland werden. Damit würde sie ein sehr starkes politisches Gewicht erhalten. Außerdem wird die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass der EU-Beitritt der Türkei zu einer Massenmigration aus der Türkei in die westeuropäischen Staaten, insbesondere nach Deutschland, führen könnte – obwohl sich die Türkei bereit erklärt hat, bei einem Beitritt zunächst auf das Recht auf Freizügigkeit für ihre Bürger zu verzichten. Befürworter des Beitritts halten dem entgegen, dass sich die Wirtschaft in der Türkei sehr dynamisch entwickelt und dass gerade der Beitrittsprozess zu einer Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Standards führen würde, sodass die Motivation für eine Arbeitsmigration aus der Türkei entfallen würde.

Erwartungen an die EU in der Türkei

Richtig begonnen haben die Diskussionen über die EU in der Türkei erst mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Zollunion 1995. Bis dahin wurde das Thema als eines von mehreren außenpolitischen Themen angesehen, das in der öffentlichen Debatte kaum von Bedeutung war. Als im Herbst 1999 der Türkei der Status eines Beitritts-Kandidaten zugesprochen wurde, erreichten die Diskussionen auch den letzten Winkel des Landes.

Die türkische Bevölkerung ist aber nur unzureichend über die Bedeutung der EU informiert, und jeder verbindet aufgrund unterschiedlicher Erwartungen seine eigenen Hoffnungen mit einer EU-Mitgliedschaft: Die Regierung glaubt, dass mit einem Beitritt zur EU die Sicherheit der Türkei garantiert und der türkische Staat zu einer einflussreicheren Macht wird, die Vertreter der Wirtschaft erwarten eine Belebung der Wirtschaft und einen Zufluss ausländischen Kapi-

tals, die Arbeitslosen Arbeit und die Armen mehr Wohlstand, diejenigen, deren Rechte eingeschränkt sind, hoffen auf mehr Freiheit.

Als 1963 zwischen der Türkei und der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), in der Türkei verbreitet als „Gemeinsamer Markt“ bezeichnet, das Abkommen von Ankara unterzeichnet wurde, war die Zahl derjenigen, die den Beitritt in die Union anstrebten, ziemlich klein: einige Politiker und einige Diplomaten des türkischen Außenministeriums.

Die damals einflussreiche linke „Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP) vermutete hinter den Beitrittsbestrebungen zu dem Gemeinsamen Markt das Ziel, die Ausbeutung auf eine neue Weise fortzusetzen. Die pantürkistische „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) behauptete, der Gemeinsame Markt werde zu einem Ausverkauf der Türkei führen, da Ausländern die Möglichkeit erhalten würden, in der Türkei unbegrenzt Grundstücke zu erwerben. Necmettin Erbakan, der Führer der islamistischen „Partei des Nationalen Heils“ (MSP), sah die EWG in einem Widerspruch zur türkischen Nation und befürchtete, ihr Ziel sei es, die türkische Nation in der westlichen Kultur aufzulösen.

Aber heute hat sich das Bild grundlegend verändert. In den letzten Jahren waren sich über die Parteigrenzen hinweg jeweils Regierung und Opposition einig in dem Ziel der EU-Mitgliedschaft. Bis auf einige marginale marxistische Gruppen ist inzwischen die gesamte Linke für den EU-Beitritt. Selbst die MHP, die 1999 ihren Wahlkampf mit dem Versprechen geführt hatte, für die Hinrichtung des kurz zuvor verhafteten PKK-Führers Abdullah Öcalan zu sorgen, unterschrieb anschließend als Koalitionspartner ein Regierungsprotokoll, in dem mit Rücksicht auf die Beziehungen zur EU der Verzicht auf die Hinrichtung Öcalans erklärt wurde.

Auch in islamisch orientierten Kreisen hat es einen grundlegenden Einstellungswandel gegeben. Viele von denen, die bis vor Kurzem die EU als „christlichen Klub“ bezeichnet hatten, zählen heute zu den Unterstützern des EU-Beitritts. Der islamistische Politiker Necmettin Erbakan, der 1995 anlässlich der Unterzeichnung des Protokolls über die Zollunion gesagt hatte: „Diesen ‚Zollunion-Fetzen‘ werden wir zerreißen und auf den Müll werfen. Wir werden es nicht zulassen, dass dieses Land zu einer Kolonie der Ungläubigen gemacht wird“, führte die westorientierte Politik fort, als er 1996

Ministerpräsident wurde. Sein politischer Ziehsohn, der heutige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, hat seinerseits die bisher umfassendsten Reformen im Interesse eines EU-Beitritts eingeleitet.

Die kemalistisch-nationalistische Opposition stellt sich heute jedoch oft gegen Reformen, die im Hinblick auf den EU-Beitritt von der Regierungsmehrheit im Parlament beschlossen werden. Sie unterstellt der AKP-Regierung, sie wolle mit Unterstützung Europas den Einfluss des Militärs zurückdrängen, um eine islamische Umgestaltung der Gesellschaft durchsetzen zu können.

Eine tief verwurzelte Vorstellung unter Konservativen und Nationalisten in der Türkei ist es, dass die Türkei nur von Feinden umgeben sei, die das Land schwächen, spalten und vernichten wollen. Dieser Vorwurf wird von den entsprechenden Kreisen auch gegen die EU erhoben. Als Beleg dafür wird die EU-Forderung nach einer Beschränkung der politischen Rolle des Militärs und auch nach der Wahrung der Menschenrechte genommen. Im Sommer 2005 gab es zum Beispiel eine offensichtlich vom Militär initiierte Kampagne in der türkischen Presse, in welcher der Regierung vorgeworfen wurde, mit den von der EU geforderten Gesetzesreformen habe sie die Sicherheitskräfte an einem effektiven Kampf gegen den Terrorismus gehindert. Kurz darauf wurden die Antiterrorgesetze verschärft.

In der gesamten türkischen Gesellschaft haben in den letzten Jahren nationalistische Strömungen an Boden gewonnen, was auch die Begeisterung für die EU gedämpft hat. An Umfragen zu diesem Thema kann man ablesen, dass seit 2004 die Zahl der EU-Befürworter in der Türkei deutlich abgenommen hat. Sagten im Jahre 2004 noch 9 % der Befragten, dass die Mitgliedschaft schlecht sei, waren es im Jahre 2005 schon 20 %. Im Frühjahr 2005 waren die Befürworter eines Beitritts mit 44 % erstmals in der Minderheit, in der letzten Erhebung vom Frühjahr 2008 war ihr Anteil auf 42 % gesunken.

Sicherlich sind viele Fragen, die im Rahmen der Beitrittsverhandlungen konkret diskutiert werden (Zypern, Kurdenfrage, Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit etc.), in der türkischen Öffentlichkeit sehr kontrovers und können bei einem Teil der Menschen zu einer Abkehr von der EU führen, da sie nicht zu Änderungen bereit sind. Hinzu kommt der verbreitete Eindruck, die EU wolle die Türkei sowieso nicht aufnehmen und die Kritik an undemokratischen Zuständen und Menschenrechtsverletzungen werde nur als Vorwand

genommen. Viele Politiker und andere Akteure in der Türkei nutzen diese Kontroversen aber auch als Propagandainstrument und zur Betonung des türkischen Nationalismus.

Obwohl die Begeisterung für die EU abgenommen hat, ist der Beitritt für weite Schichten der Türkei immer noch ein wichtiges Ziel. Der Wahlsieg der Partei mit der deutlichsten EU-Vision, der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP), bei den Wahlen vom 22. Juli 2007 mit 46,7 % der Stimmen kann auch als ein Zeichen für den in der Bevölkerung vorhandenen Wunsch nach einer EU Mitgliedschaft interpretiert werden.

Um die Pflichten zu erfüllen, die sich aus der angestrebten Mitgliedschaft in der EU ergeben, muss die Türkei bis zum Jahre 2013 jährlich ca. zweihundert Gesetze verabschieden und an die sechshundert Richtlinien herausgeben. Vor der Verabschiedung des jährlichen Fortschrittsberichts im November 2007 verlangte die EU von der Türkei, dass sie sich in vier Punkten bewege: dem Artikel 301 des Strafgesetzbuches, der gesetzlichen Regelung zu Stiftungen von Minderheiten, dem Amt einer Ombudsperson und den Befugnissen des Rechnungshofs. Am Rechnungshof sollen die militärischen Ausgaben durch Zivilisten kontrolliert werden. Forderungen nach Anerkennung von Zypern und das Öffnen der Häfen für zyprische Schiffe werden erneut auf die Tagesordnung kommen. Gleiches gilt für die Kurdenfrage und die politische Rolle des Militärs. Für die AKP-Regierung hängt das politische Überleben von weiteren Erfolgen auf dem Weg in die EU ab. Mit ihrem klaren EU-Kurs hat sie Wählerstimmen weit über ihre klassische konservativ-islamische Klientel gewonnen – bis hin zu Wirtschaftsvertretern und links-liberalen ehemaligen Sozialdemokraten, die sich von dem nationalistischen Kurs der führenden sozialdemokratischen Partei abgesetzt haben. Der Beitrittsprozess wird aber noch viele kontroverse Diskussionen und Machtkämpfe mit sich bringen.

Kapitel 3

Einwanderung aus

Amke Dietert

der Türkei nach Hamburg

1 Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland leben über 2 Millionen türkische Staatsangehörige, in Hamburg knapp 60 000. Die Zahl der Einwanderer aus der Türkei insgesamt ist allerdings höher, da viele von ihnen inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben und damit in den Statistiken nicht mehr gesondert erfasst werden. Insgesamt leben in Hamburg rund 90 000 Menschen mit familiärer Herkunft aus der Türkei. Die in den 1960er Jahren eingereisten Arbeitsmigranten der 1. Generation sind inzwischen im Rentenalter, heute hier aufwachsende Kinder gehören bereits der 3. oder sogar 4. Zuwanderergeneration an. Für sie ist Deutschland das Heimatland, die Türkei kennen sie meist nur noch von Ferienreisen. Auch die soziale Position der Einwanderer hat sich im Laufe der Jahrzehnte deutlich verändert. Zwar haben Kinder aus türkeistämmigen Migrantenfamilien in Schule und Beruf noch immer schlechtere Startchancen, dennoch haben viele erfolgreich eine Ausbildung oder ein Studium

abgeschlossen und entsprechende berufliche Positionen erreicht, führen eigene Betriebe oder engagieren sich in der Politik.

Trotzdem werden die Einwanderer in Deutschland von vielen noch immer nicht als ein normaler Teil der Gesellschaft betrachtet. Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre – seitdem sich herausgestellt hat, dass ein großer Teil der ehemals angeworbenen Arbeitsmigranten und ihre Nachkommen sich dauerhaft in Deutschland niederlassen werden – wird über das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft kontrovers diskutiert. Eines der zentralen Themen in der politischen Diskussion ist, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Dabei kann es jedoch nicht um die Frage gehen, ob eine Einwanderung nach Deutschland stattgefunden hat – das kann niemand ernsthaft bestreiten –, sondern darum, ob Deutschland sich als ein Einwanderungsland versteht und die entsprechenden rechtlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen daraus zieht. Durch die Bevölkerungsentwicklung und den schon jetzt in einigen Bereichen festgestellten Mangel an ausgebildeten Fachkräften wird sich diese Frage eventuell in Zukunft von allein entscheiden. Bisher wird jedoch in der Politik der Begriff „Einwanderung“ vermieden. Das Gesetzespaket, durch das zum 1. Januar 2005 das Ausländerrecht reformiert worden ist, heißt daher auch „Zuwanderungsgesetz“ oder – in der vollständigen Bezeichnung – „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“.

Während in anderen europäischen Staaten, zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien aufgrund ihrer ausgeprägteren kolonialen Vergangenheit, die Einwanderung aus anderen Ländern eine sehr viel längere Tradition hat, wird in Deutschland von vielen Menschen Einwanderung als Gefahr empfunden, als Bedrohung der eigenen Identität, oft formuliert als Angst vor „Überfremdung“. Diese Angst besteht besonders in Bezug auf Zuwanderer aus der Türkei, die aufgrund ihrer Lebensweise und ihrer Religion als besonders „fremd“ empfunden werden.

Auch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Deutschland erheblich schwieriger als in vielen Nachbarstaaten. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird im Grundsatz ethnisch definiert, Ausnahmen von diesem Prinzip wurden erst nach und nach zugelassen: Mit dem Ausländergesetz von 1990 erhielten in Deutschland ansässige Ausländer nach 15 Jahren Aufenthalt einen Rechtsanspruch

auf Einbürgerung, junge Ausländer nach einem Aufenthalt von 8 Jahren. Außerdem sieht das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht keine doppelte (oder mehrfache) Staatsangehörigkeit vor. Nur Kinder aus binationalen Ehen haben das Recht auf die Staatsangehörigkeit beider Elternteile. Seit dem 1. Januar 2000 können in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit neben der ihrer Eltern bekommen, müssen sich aber nach Erreichen der Volljährigkeit für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Im Rahmen der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde auch die Frist für den Einbürgerungsanspruch von 15 auf 8 Jahre herabgesetzt.

Türkische Verbände in Deutschland fordern seit langem das Recht auf eine doppelte Staatsangehörigkeit für alle Zuwanderer, die in Deutschland seit mehreren Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben. Gerade Einwanderer aus der Türkei scheuen oft davor zurück, ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufzugeben – teilweise, weil sie um Besitzrechte in der Türkei fürchten, teilweise aber auch aufgrund emotionaler Bindungen. Viele würden die Aufgabe der Staatsangehörigkeit als einen Verrat an ihrer Heimat empfinden, sie fühlen sich beiden Ländern zugehörig und wollen sich nicht für das eine oder das andere entscheiden müssen. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft würde ihnen eine gesicherte Lebensplanung ermöglichen, ihnen gleiche Rechte geben, und sie könnten die Politik des Landes, in dem sie leben, mitbestimmen. Während in Deutschland ansässige Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten zumindest an Kommunalwahlen teilnehmen können, haben Einwanderer aus der Türkei nicht einmal diese Möglichkeit der politischen Teilhabe.

Das Wahlrecht auf der Ebene der Städte und Gemeinden für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer war schon lange als ein erster Schritt zur rechtlichen Gleichstellung gefordert worden. In Hamburg hat sich unter anderem das „Bündnis Türkischer Einwanderer“ (TGB) mit Nachdruck dafür eingesetzt. Dass ein erheblicher Teil der Wohnbevölkerung von der politischen Mitwirkung völlig ausgeschlossen ist, wurde nicht nur als Diskriminierung kritisiert, sondern auch als Demokratiedefizit der Bundesrepublik Deutschland insgesamt betrachtet, weil dieser Zustand dazu führt, dass sich die Interessenstruktur in den Vertretungskörperschaften verzerrt widerspiegelt.

Am 1. Februar 1989 beschloss die Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD, FDP und GAL die Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts. In Hamburg betraf dies allerdings nur die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, weil die Hamburgische Bürgerschaft nicht nur Stadtverordnetenversammlung, sondern auch Landesparlament ist. Außer in Hamburg wurde das Kommunalwahlrecht für Ausländer 1989 auch in Schleswig-Holstein und in der DDR eingeführt. Die – demokratisch gewählte – Volkskammer der damals noch bestehenden DDR bekräftigte diese Entscheidung im Mai 1990.

Auf Initiative der CDU, die die „Volkssouveränität“ der deutschen Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt sah, hat das Bundesverfassungsgericht 1990 die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Schleswig-Holstein und Hamburg als verfassungswidrig abgelehnt. Die Regelung in der damaligen DDR wurde damit nach dem Einigungsvertrag ebenfalls gegenstandslos. Das Demokratiedefizit durch den Ausschluss der dauerhaft in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung vom Wahlrecht sah zwar auch das Verfassungsgericht, als verfassungskonformen Lösungsweg regte es jedoch Erleichterungen bei der Einbürgerung an.

Die Unsicherheit über den gesellschaftlichen Status der Zuwanderer drückt sich auch in den sprachlichen Bezeichnungen aus: Zur Zeit der ersten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte Ende der 1950er Jahre wurde der Begriff „Gastarbeiter“ geprägt, da zunächst von einer vorübergehenden Beschäftigung in der Bundesrepublik ausgegangen wurde. Diese Bezeichnung wurde zwar auch noch verwendet, nachdem sich längst herausgestellt hatte, dass ein großer Teil der Arbeitsmigranten sich auf Dauer in Deutschland niederlassen würde, ist aber inzwischen weitgehend aus dem Sprachgebrauch verschwunden. Allgemein üblich ist jedoch noch immer die Bezeichnung „Ausländer“ als Rechtsbegriff für Menschen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Bezeichnung wird jedoch von Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben oder hier geboren und aufgewachsen sind, als diffamierend und ausgrenzend empfunden. Der Begriff weist aber auch auf ein zentrales Problem im täglichen Leben hin: Es handelt sich um Menschen, die weniger Rechte haben. Soziologen verwenden für Umsiedlungsbewegungen von Bevölkerungsgruppen den Begriff „Migration“, der von dem lateinischen „migrare“ für „wandern“ oder „auswandern“ abgeleitet ist. Aber diese

Bezeichnung ist – wie auch die ebenso gebräuchlichen deutschen Alternativen „Einwanderer“ oder „Zuwanderer“ – nur für den Personenkreis ganz korrekt, der tatsächlich selbst eingewandert ist, nicht aber für in Deutschland geborene Menschen ausländischer Herkunft. Für Letztere hat sich in der wissenschaftlichen Literatur und im politischen Diskurs der Ausdruck Menschen mit „Migrationshintergrund“ oder „Migrationsgeschichte“ eingebürgert. Diese zwar korrekten, aber für den Alltagsgebrauch etwas sperrigen Begriffe können sowohl Deutsche mit Vorfahren ausländischer Herkunft bezeichnen als auch hier ansässige Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit. Der Hamburger Politiker und Sozialwissenschaftler Hakki Keskin plädiert für die Bezeichnung „kulturelle Minderheiten“. Damit könnte allerdings der Eindruck entstehen, es handele sich um kulturell fest voneinander abgegrenzte Personengruppen – der in der Realität stattfindende Prozess der gegenseitigen kulturellen Beeinflussung kommt dabei jedenfalls etwas zu kurz.

Die deutsche Tradition des Abstammungsprinzips als Grundlage für die Staatsangehörigkeit führt dazu, dass eingebürgerte Deutsche in der Gesellschaft oft nicht als „richtige“ Deutsche anerkannt werden. Oft hört man – selbst in Bezug auf Abgeordnete in deutschen Parlamenten – die Bezeichnung „Türken mit deutschem Pass“. Diese Haltung führt bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit, zu einem gespaltenen Verhältnis zu Deutschland. Hakki Keskin beschreibt diese Situation in seinem Buch „Deutschland als neue Heimat“ folgendermaßen:

„Dieses ambivalente Verhältnis zu Deutschland dürfte, so glaube ich, vor allem damit zusammenhängen, dass Deutschland für viele der Eingewanderten und ihre Nachkommen die neue Heimat sein sollte, aber faktisch und rechtlich nicht sein will. Genau das stört das Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den kulturellen Minderheiten. ... Warum also tut sich Deutschland, tun sich die Deutschen so schwer damit, Nichtdeutschen selbst nach Jahrzehnten ein Heimatgefühl zu vermitteln?“

Auch in dem hier folgenden Text konnten die beschriebenen begrifflichen Schwierigkeiten nicht gelöst werden – und das ist nicht das einzige Problem, das eine sprachliche Differenzierung erfordert: Die Zuwanderer aus der Türkei sind nicht alle ethnisch Türken,

etwa ein Viertel von ihnen sind Kurden, andere gehören kleineren ethnischen Minderheiten an. Man könnte es sich einfach machen und – wie es in offiziellen Statistiken auch geschieht – alle türkischen Staatsbürger als Türken bezeichnen. Da jedoch in der türkischen Staatspolitik die Existenz von Minderheiten jahrzehntelang geleugnet wurde und auch heute noch Rechte von Minderheiten, wie zum Beispiel der Gebrauch anderer Muttersprachen, nur sehr eingeschränkt zugestanden werden und teilweise mühsam erkämpft werden müssen, legen Angehörige anderer Volksgruppen aus der Türkei oft großen Wert darauf, nicht auch noch in Deutschland als „Türken“ vereinnahmt zu werden. Es wurde daher versucht, diesem Bedürfnis so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

2 Geschichte von Migration und Integration

Die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei in Hamburg

Der Wiederaufbau Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und der seit Mitte der 1950er Jahre einsetzende wirtschaftliche Aufschwung führte zu einem schnell wachsenden Bedarf an Arbeitskräften, der auch durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gedeckt wurde. 1955 wurde mit Italien der erste Anwerbevertrag abgeschlossen. Zunächst sollten Arbeitskräfte für den Bau und Saisonarbeiter für die Landwirtschaft gewonnen werden, kurze Zeit später wurden aber auch verstärkt Arbeiter in der Industrie benötigt und die Anwerbung von Arbeitskräften weitete sich auf weitere südeuropäische und nord-

afrikanische Länder aus. 1961 wurde ein erster Anwerbevertrag mit der Türkei geschlossen; in Istanbul wurde ein Vertretungsbüro eingerichtet, in dem Bewerber für eine Arbeit in Deutschland auf ihre gesundheitliche Eignung überprüft und anschließend an Betriebe vermittelt wurden. Für viele der vermittelten Arbeiter war der Wechsel nach Deutschland bereits der zweite Migrationsschritt: Sie waren aufgrund der sinkenden Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft zu verdienen, bereits aus den ländlichen Gebieten der Türkei in die Großstädte gezogen. Unter den türkischen Arbeitsmigranten waren allerdings nicht nur ehemalige Landarbeiter mit geringem Bildungsniveau, auch Lehrer oder Beamte bemühten sich um eine Arbeit in Deutschland, da ihr Gehalt in der Türkei so niedrig war, dass sie ihre Familien davon nicht ernähren konnten.

Im Jahr 1961 waren bereits über sechshundert Arbeitskräfte aus der Türkei in Hamburg tätig. Bis 1967 stieg diese Zahl auf etwa 7500 an, und auch während der ersten Wirtschaftsrezession 1967/68 war bei den Türken – im Gegensatz zu Arbeitern anderer Nationalitäten – nur ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen. Anfang der 1970er Jahre gab es wieder eine Phase verstärkter Arbeitskräfteanwerbung, und die Zahl der Arbeiter aus der Türkei stieg 1971 auf über 17 000 an. Die meisten von ihnen waren im Bereich der Eisen- und Metallverarbeitung, in Hamburg zum Beispiel in den Schiffswerften tätig.

Nach den ursprünglichen Plänen sollten die ausländischen Arbeiter nur für einen Zeitraum von wenigen Jahren kommen und sich nicht in Deutschland niederlassen. Für den Fall eines längerfristigen Bedarfs sollte das Prinzip der Rotation gelten: Ausländische Arbeitskräfte sollten nach einigen Jahren in ihre Heimat zurückkehren und durch neue ersetzt werden. Aufgrund dieses Verständnisses wurde der Begriff „Gastarbeiter“ geprägt: Die Arbeitskräfte wurden als „Gäste“ betrachtet, die sich vorübergehend in Deutschland aufhielten. Über eine Integration in die deutsche Gesellschaft, Spracherwerb und die Schulbildung ausländischer Kinder machte man sich damals noch keine Gedanken.

Gegen die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei bestanden in Deutschland deutlich mehr Vorbehalte als gegenüber den Verträgen mit den anderen – meist südeuropäischen – Ländern; die Türken wurden als „fremder“ empfunden als die übrigen „Gastarbeiter“. Der Aufenthalt der türkischen Arbeiter wurde mit der Be-

gründung, es dürfe keine Dauerbeschäftigung und keine Einwanderung von Türken nach Deutschland geben, auf 2 Jahre begrenzt, und ein Familiennachzug wurde zunächst ausgeschlossen. Medizinische Untersuchungen der Ausreisewilligen aus der Türkei wurden mit dem „seuchenhygienischen“ Schutz der deutschen Bevölkerung begründet. In der Neufassung des Abkommens mit der Türkei vom 30. September 1964 wurde die spezifische Diskriminierung türkischer Arbeitsmigranten jedoch aufgehoben, vor allem, weil dies im Interesse der deutschen Wirtschaft lag.

Bei der Anwerbung ausländischer Arbeiter ging es auch darum, ein gewisses Überangebot an Arbeitskräften zur Verfügung zu haben, sodass der Druck auf die Lohnentwicklung reduziert gehalten werden konnte. Es gab daher durchaus auch Anwerbung parallel zu Arbeitslosigkeit auf dem inländischen Arbeitsmarkt. Daher kam zu Zeiten wirtschaftlicher Rezessionen immer wieder der Vorwurf auf, die ausländischen Arbeiter würden den Deutschen „die Arbeitsplätze wegnehmen“.

Eine angespannte wirtschaftliche Lage, verbunden mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, führte 1973 zu einer Beendigung der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Von diesem Anwerbestopp gab es zwar Ausnahmen für bestimmte Branchen, aber im Wesentlichen war seit 1973 die Migration aus der Türkei nach Deutschland nur noch im Rahmen des Familiennachzugs möglich.

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte anderer Nationalitäten war mit Beginn der Wirtschaftsrezession und insbesondere seit dem Anwerbestopp zurückgegangen. Dies lag auch daran, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung in den südeuropäischen Ländern den Rückkehrern eine bessere Perspektive bot als ein Verbleib in Deutschland, wo sie zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der Zuwanderer aus der Türkei trotz Anwerbestopp weiter an. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Türkei hatte sich nicht entspannt – im Gegenteil: Durch Verluste von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum sowie wirtschaftliche und politische Krisen war eine Rückkehr in die Türkei nur für wenige eine realisierbare Perspektive. Der Anwerbestopp setzte die in Deutschland lebenden Arbeiter aus der Türkei unter Entscheidungsdruck: Wenn sie zurückkehren würden, um auszuloten, welche Perspektiven sie in der Türkei hätten, wäre ihnen der Rückweg versperrt. Viele entschlossen

sich daher zum endgültigen Bleiben und holten auch bisher in der Türkei gebliebene Ehepartner und Kinder nach.

Die Lebenssituation von Migranten aus der Türkei in Hamburg

Neu angeworbene ausländische Arbeitskräfte, die in großen Betrieben arbeiteten, wurden zunächst überwiegend in von den Arbeitgebern eingerichteten Wohnheimen oder Barackensiedlungen untergebracht. In Hamburg wurde zum Beispiel für die Arbeiter der Sitas-Werft 1967 eine Barackensiedlung in Hamburg-Neuenfelde gebaut, die unter dem Namen „Klein Istanbul“ bekannt wurde. Genau genommen handelte es sich dabei um drei Wohngebiete, die Barackensiedlungen „Klein Istanbul“ und „Klein Ankara“ sowie ein Viertel mit von der Werft angemieteten Wohnblocks, genannt „Klein Izmir“. Von den etwa siebenhundertfünfzig türkischen Männern, die zu Zeiten guter Beschäftigungslage bei der Sitas-Werft arbeiteten, lebten etwa fünfhundert in „Klein Istanbul“ oder den beiden anderen Siedlungen. Die Baracken waren zunächst für einzelne Männer vorgesehen, als Familienangehörige nachkamen, wurden Wohneinheiten zusammengelegt. Es entstand ein eigener Mikrokosmos, in dem es enge Kontakte und gegenseitige Hilfe untereinander gab, aber auch Konflikte zwischen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsregionen in der Türkei. Kontakte zur deutschen Gesellschaft gab es kaum, nur von den Bauern in der Umgebung wurden Eier, Obst und Gemüse gekauft. Fahrten in die Hamburger Innenstadt waren schon eine größere Unternehmung, die nur am Wochenende möglich war. Die Kinder gingen zwar in Cranz oder Neuenfelde in die Schule, für die Erwachsenen gab es aber kein ausreichendes Angebot an Deutschkursen. Die Frauen hatten kaum Arbeitsmöglichkeiten, sie waren entweder Hausfrauen oder gingen putzen. Endgültig aufgelöst wurde die letzte dieser Siedlungen, „Klein Istanbul“, im Jahr 2006. Von vielen ehemaligen Bewohnern wurde der Abriss – trotz der eingeschränkten Verhältnisse, unter denen sie dort gelebt haben – als Verlust einer Art Heimat wahrgenommen. Noch heute gibt es in Neuenfelde einen Verein „Klein Istanbul“ mit Gemeinschaftsräumen, einer Moschee und einem Laden, wo sich ehe-



Abb. 42 Buchcover aus dem Rowohlt-Verlag

malige Bewohner der Siedlungen und ihre Kinder regelmäßig treffen.

Das Leben in „Klein Istanbul“ wurde in dem 1975 erschienenen Jugendbuch „Wir sind doch nicht vom Mond“ von Ruth Herrmann geschildert. Darin wurde der Versuch unternommen, deutschen Kindern und Jugendlichen die Lebenswelt ihrer türkischen Mitschülerinnen und Mitschüler und die anderen Wertvorstellungen in türkischen Familien nahezubringen.

Ein künstlerisches Denkmal setzte der kurdische Regisseur Yüksel Yavuz „Klein Istanbul“ 1995 mit seinem Film „Mein Vater, Gastarbeiter“. Darin erzählt er die Geschichte seines Vaters, der 1968 nach Deutschland gekommen war und von 1969 bis 1984 in der Sitas-Werft gearbeitet und in „Klein Istanbul“ gelebt hatte. Mit Eintritt in das Rentenalter ist er in seine Heimat zurückgekehrt, die Verbindung zu Hamburg besteht aber durch den Kontakt zu seinen hier lebenden Kindern und Enkelkindern weiter fort. Der Film beschreibt nicht nur die Lebensbedingungen in Hamburg, sondern auch die schwierige Situation der in der Türkei zurückgebliebenen Familie.

Auch andere größere Hamburger Betriebe richteten Barackenlager für ihre ausländischen Arbeiter ein. Dort lebten die – meist allein



Abb. 43 : „Klein-Istanbul“ heute

eingereisten Männer – oft jahrelang in Zimmern mit mehreren Personen, manchmal sogar ohne Kochgelegenheit, sodass sie sich nicht einmal einen Tee kochen konnten.

Der zunehmende Familiennachzug seit Mitte der 1970er Jahre führte dazu, dass immer mehr Arbeitsmigranten ihre von den Betrieben bereitgestellten Behelfswohnungen verließen und Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt suchten. Dabei bildeten sich Wohnviertel mit ei-

nem hohen Anteil türkischer Bevölkerung heraus, wie zum Beispiel Teile von Altona und Harburg, Teile von Hamburg-Mitte, wie das Karolinenviertel oder Billbrook, sowie Wilhelmsburg und die Veddel. Türkische Familien suchten einerseits billige Wohnungen, da sie möglichst viel Geld für die Absicherung einer möglichen Rückkehr in die Heimat sparen wollten. Andererseits lehnten Vermieter in „besseren“ Wohnvierteln oft türkische Mieter ab, sodass ihnen keine andere Wahl blieb, als Wohnungen in unattraktiven Gegenden oder Sanierungsgebieten anzumieten. Insgesamt gestaltete sich die Wohnungssuche für die Arbeitsmigranten aus der Türkei sehr schwierig, sodass der Familiennachzug dadurch zusätzlich zu den gesetzlichen Hürden weiter erschwert wurde.

Die hier aufgewachsenen Kinder und Enkel der ersten Zuwanderergeneration stellen sich allerdings ganz überwiegend auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ein. Sie sparen nicht mehr für den Aufbau einer Existenz in der Türkei, sondern investieren ihr Einkommen in die Gestaltung ihres Lebens in Deutschland – in den Erwerb von Konsumgütern, teilweise auch Wohneigentum oder in einen eigenen Betrieb. Die Konzentration von türkischen und auch Einwanderern aus anderen Ländern in bestimmten Stadtvierteln besteht aber weiterhin. In einigen Hamburger Stadtgebieten sind dabei durch eine Mischung mit Deutschen, die anderen Lebensweisen gegenüber aufgeschlossen sind, lebendige und kulturell vielfältige



Abb. 44 Türkische Migranten in Wilhelmsburg



Abb. 45 Türki-
scher Gemüseladen
in Ottensen

Viertel entstanden, wie in Altona oder in Teilen von Hamburg-Mitte. Aus anderen Stadtteilen, die als weniger attraktiv gelten, sind viele Deutsche weggezogen, und es ist ein vorrangig türkisch geprägtes Leben entstanden. Die damit verbundenen engen sozialen Bindungen in der Nachbarschaft können zwar für die dort lebenden Menschen durchaus positiv sein, es besteht aber die Ge-

fahr eines Rückzugs auf die eigene nationale Gemeinschaft, die einer Integration im Wege steht. Nachgezogene Ehepartner und Kinder haben unter diesen Bedingungen schlechte Chancen, die deutsche Sprache zu erlernen. Damit wird die soziale Isolation – vor allem der Frauen – verfestigt. Bei den Kindern macht sich die mangelhafte sprachliche Entwicklung in schlechteren Schulabschlüssen bemerkbar.

Auch in Hamburg sind Menschen ausländischer Herkunft noch immer in vielen Bereichen benachteiligt. Das gilt in besonderem Maße für Zuwanderer aus der Türkei, die 23 % der Ausländer und eingebürgerten „Neu-Deutschen“ stellen. Die Arbeitslosigkeit ist unter ausländischen Staatsangehörigen mehr als doppelt so hoch wie unter Deutschen, Jugendliche mit Migrationshintergrund finden schwerer einen Ausbildungsplatz. Das liegt auch daran, dass sie bei den Schulabgängern ohne Abschluss überrepräsentiert sind und sehr viel seltener einen Realschulabschluss oder das Abitur schaffen.

Kinder türkischer Eltern in Hamburger Schulen

Da die deutsche Politik und Gesellschaft in der Anfangsphase der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte davon ausgingen, dass diese nach ein paar Jahren in ihre Heimat zurückkehren würden, machte man sich zunächst keine Gedanken darüber, wie diese Menschen einen Platz in der deutschen Gesellschaft finden könnten. Anders als in anderen westeuropäischen Staaten gab es in der Bundesrepublik

kein ausreichendes, für alle zugängliches Angebot an Sprachkursen, und auch die Schulen waren auf die Kinder ausländischer Herkunft, die seit Anfang der 1970er Jahre vermehrt eingeschult wurden, nicht vorbereitet. Im Schuljahr 1973/74 gab es insgesamt 7500 Schülerinnen und Schüler ausländischer Eltern in Hamburg – mehr als das Vierfache im Vergleich zu 1968. Ein Drittel der ausländischen Kinder waren türkischer Herkunft, bis zum Schuljahr 1981/82 stieg der Anteil der Schulkinder türkischer Herkunft mit über 11 000 auf die Hälfte aller ausländischen Schülerinnen und Schüler an. Dadurch, dass inzwischen viele türkische Familien die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, ist die Zahl der Schüler mit türkischem Pass wieder gesunken, im Schuljahr 2007/08 lag sie bei etwa 9300. Im Jahr 2005 lebten in Hamburg etwa 120 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund. Obwohl der allergrößte Teil von ihnen in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, haben sich ihre Chancen in der Schule noch nicht denen deutscher Schüler angeglichen. Etwa 60 % der türkischen Schülerinnen und Schüler besuchen nach der Grundschule entweder die Hauptschule oder Förderschulen, während sie auf Realschulen und Gymnasien im Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anteil unterrepräsentiert sind. Hier macht sich auch bemerkbar, dass die Erfolgchancen im deutschen Schulsystem stark davon abhängen, welchen Bildungsstand die Eltern haben und ob sie ihren Kindern bei den Anforderungen der Schule helfen können.

Konzepte zur Sprachförderung und schulischen Eingliederung mussten in den 1970er Jahren sehr kurzfristig entwickelt werden, da man feststellte, dass die Lehrkräfte ohne spezielle Fortbildung und geeignete Rahmenbedingungen nicht in der Lage waren, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse angemessen zu fördern. In Stadtteilen mit einer hohen Konzentration türkischer Familien wurden „Nationale Vorbereitungsklassen“ eingerichtet, in denen die Kinder neben intensivem Deutschunterricht auch Sprach- und Fachunterricht in Türkisch erhielten. Die türkischen Lehrkräfte wurden überwiegend vom türkischen Generalkonsulat vermittelt, teilweise wurden aber auch Lehrerinnen und Lehrer angestellt, die als Arbeitsmigranten nach Deutschland gekommen waren, in der Türkei aber eine Lehrerausbildung absolviert hatten und dort bereits als Lehrer tätig gewesen sind.

Da anfangs noch erwartet wurde, dass die türkischen – und anderen ausländischen – Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren wür-

den und die meisten dies auch selbst planen, dient der muttersprachliche Unterricht zunächst vorrangig dem Ziel, die Kinder auch auf eine mögliche Rückkehr vorzubereiten. In der Sprachlehrforschung setzte sich aber immer mehr die Erkenntnis durch, dass die fundierte Kenntnis der Muttersprache und ihrer grammatischen Strukturen eine wichtige Voraussetzung für das Erlernen weiterer Sprachen ist. Gerade bei türkischen Jugendlichen ist oft zu beobachten, dass sie weder Deutsch noch Türkisch richtig beherrschen, man spricht diesbezüglich von „Analphabeten in zwei Sprachen“.

In Hamburg hat daher der muttersprachliche Unterricht an den Schulen weiterhin einen hohen Stellenwert. An den Grundschulen steht er mit 3–5 Wochenstunden auf dem Lehrplan, in der Sekundarstufe 1 kann Türkisch anstelle einer anderen Fremdsprache gewählt werden. Nach längeren politischen Auseinandersetzungen gibt es inzwischen in Hamburg auch die Möglichkeit, am Nachmittag muttersprachlichen Unterricht in Kurdisch zu besuchen. An vielen Hamburger Schulen wird Türkischunterricht für alle, also auch für deutsche Schülerinnen und Schüler, als Wahlfach angeboten.

Im Jahr 2000 wurden im Rahmen eines Modellversuchs bilinguale Grundschulklassen eingerichtet – zunächst für Italienisch, Portugiesisch und Spanisch und seit dem Schuljahr 2002/3 auch zwei Klassen mit Unterricht auf Deutsch und Türkisch. An der Rudolf-Ross-Gesamtschule in der Hamburger Neustadt wird der bilinguale Zweig auch in der Sekundarstufe I fortgesetzt.

Nicht nur im Bereich des Sprachunterrichts spielen die Schulen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Kenntnissen über andere Kulturen und für die Normalisierung des Zusammenlebens kulturell unterschiedlicher Gruppen. Hamburger Schulklassen führen interkulturelle Projekte durch, wie zum Beispiel ein Theaterprojekt am Gymnasium Kirchdorf-Wilhelmsburg, das 2007 mit der „Hamburger Tulpe“ der Körberstiftung ausgezeichnet wurde, oder unternehmen Klassenreisen in die Türkei, die unter anderem auch mit Projektmitteln des „Deutsch-türkischen Dialogs“ der Körberstiftung gefördert wurden. In den Hamburger Lehrplänen wurde die interkulturelle Erziehung als verbindliches Bildungsziel verankert.

Schulpartnerschaften von Hamburger Schulen gibt es zwar in großer Zahl mit vielen Ländern, mit der Türkei aber trotz der täglichen Kontakte mit Mitschülern türkischer Herkunft bisher nur

eine. Das Harburger Lessing-Gymnasium pflegt bereits seit 1989 einen Austausch mit einem deutschsprachigen Anadolu Lisesi im Istanbul Stadtteil Kartal. Die türkischen Anadolu-Gymnasien wurden als zweisprachige Schulen eingerichtet, in denen auch der Fachunterricht zum Teil in einer Fremdsprache erteilt wird – am häufigsten Englisch, aber auch Deutsch oder Französisch. (Heute wird dieses Prinzip nicht mehr immer durchgehalten). Das Kartal Anadolu Lisesi stellt ein Drittel der Schulplätze ohne Schulgebühren für Kinder aus Rückkehrerfamilien aus Deutschland zur Verfügung. Hamburger Schülerinnen und Schüler, die an dem Austauschprogramm teilnehmen, besuchen in Istanbul den normalen Schulunterricht. Von türkischer Seite kommen Schülerinnen und Schüler nach Hamburg, die nicht vorher in Deutschland waren, damit sie die Lebenserfahrungen ihrer Mitschüler aus Rückkehrerfamilien nachvollziehen können und ihre Deutschkenntnisse in Deutschland ausprobieren und vervollkommen können.

Konflikte und Lösungsbemühungen

Ausländerfeindlichkeit und Gegenreaktionen

Die „Gastarbeiter“, insbesondere diejenigen aus der Türkei, hatten in großen Teilen der deutschen Bevölkerung nie ein gutes Ansehen. Nachdem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Zahl der Arbeitsmigranten zurückging, diejenige der Zuwanderer aus der Türkei durch Familiennachzug und Geburten aber weiter anstieg, kam immer mehr offene Feindschaft auf. In den frühen 1980er Jahren kamen

zwei Entwicklungen zusammen und verschärften die gesellschaftlichen Spannungen: Die Politik der Bundesregierung zielte darauf, die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer, speziell derjenigen, die aus der Türkei stammten, wesentlich zu senken. Auf der anderen Seite stieg nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 die Zahl der politischen Flüchtlinge aus der Türkei sprunghaft an. Als Reaktion darauf wurde das Asylrecht verschärft und die Altersgrenze für den Nachzug von Kindern nicht deutscher Staatsangehöriger von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Besonderes Aufsehen erregte ein Pamphlet von elf Professoren, das am 17. Juni 1981 unter der Bezeichnung „Heidelberger Manifest“ veröffentlicht wurde. Vorurteile, die unter konservativ und rechts eingestellten Deutschen weit verbreitet waren, wurden hier in ein scheinbar wissenschaftliches Gewand gekleidet:

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. ... Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Welt.“

Ein Wortführer der Verfasser des Manifests, Theodor Schmidt-Kaler, hatte schon vorher in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 30. September 1980 das Feindbild präzise bestimmt: „Unser Problem sind nicht die Gastarbeiter schlechthin, sondern ihr asiatischer Anteil.“ (Gemeint waren in erster Linie die Türken.)

Die Ansichten dieser Professoren waren nicht nur in Teilen der deutschen Bevölkerung verbreitet, sondern fanden in den 1980er Jahren auch Eingang in die Regierungspolitik. So hieß es 1988 in der Begründung zu einem Entwurf für ein „Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts“ des damals von Friedrich Zimmermann (CSU) geleiteten Bundesinnenministeriums:

„Eine fortlaufende, nur von der jeweiligen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktlage abhängige Zuwanderung von Ausländern würde die Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändern. Sie bedeutete den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird. ... Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und

nach zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln, das auf Dauer mit den entsprechenden Minderheitenproblemen belastet wäre. Schon im Interesse der Bewahrung des inneren Friedens, vornehmlich aber im nationalen Interesse muss einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz begegnet werden.“

In diesem Klima wuchs auch in Hamburg die Feindschaft gegen die „Ausländer“. Rechtsextremisten fühlten sich von der gesellschaftlichen Stimmung ermutigt, die „Probleme“ auf ihre Weise zu lösen. Vor allem den Menschen aus der Türkei schlug immer mehr Ablehnung und teilweise sogar Gewalt entgegen.

Aus Protest gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit verbrannte sich 1982 die 25-jährige Türkin Semra Ertan Bilir in Hamburg-St. Pauli. Ihr zu Gedenken schuf der Komponist Enjott Schneider ein Kammermusikwerk mit dem Namen „Semra Ertan“. Dem subjektiven Empfinden der jungen Frau entsprachen auch statistische Daten: Im November 1978 waren noch 39% der Deutschen der Meinung, die Ausländer sollten in ihre Heimatländer zurückkehren, 2 Monate vor Semra Ertans Tod waren es bereits 68%.

Am 21. Dezember 1985 wurde Ramazan Avcı, ein 26 Jahre alter Türke, in Hamburg bei einem Überfall von Skinheads tödlich verletzt. Bereits im Juli desselben Jahres war der 29-jährige Mehmet Kaymakçı, ebenfalls von drei Skinheads, in Hamburg mit einer zentnerschweren Gehwegplatte erschlagen worden. Nach ihrer Verhaftung gestanden sie die Tat und meinten lakonisch: „Wir wollten den Türken fertigmachen.“

Nach dem Tod von Ramazan Avcı wurde unter Beteiligung Hakkı Keskins, des späteren Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), ein Komitee gebildet, das Protestaktionen organisieren sollte. Darin waren Vertreter sehr unterschiedlicher politischer und religiöser Kräfte vereint.

Nachdem am 31. Dezember 1985 eine Trauerdemonstration mit einem Autokonvoi den Sarg von Ramazan Avcı zum Hamburger

Abb. 46 Gedicht von Semra Ertan



Abb. 47 Ramazan Avcı

Flughafen begleitet hatte, fand am 12. Januar 1986 eine große Protestdemonstration statt, an der rund 15 000 Menschen teilnahmen, zum einem großen Teil Türken und Kurden. Hakkı Keskin, einer der Redner auf der Kundgebung, sagte:

„Die Entwicklung der letzten Jahre und Monate ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die durchaus logische Folge einer ‚Ausländer-Halbierungspolitik‘. ... Eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Ausländerpolitik kann nicht mehr vom Verständnis ausgehen, wir, die Ausländer seien hier provisorisch. Sie muss vielmehr uns, die Einwanderer, als einen festen Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptieren. Sie muss den Einwanderern die Wege zur Gleichstellung, und zwar zur praktizierten Gleichstellung, in allen Bereichen frei machen.“

Wie die Redner auf der Protestkundgebung bereits befürchtet hatten, wurden im Juli 1986 fünf der Täter, die Ramazan Avcı zu Tode geprügelt hatten, nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags und damit zu einer entsprechend niedrigeren Strafe verurteilt, weil die Richter keine ausländerfeindlichen Motive für die Tat feststellen konnten.

Alle Redner zogen eine direkte Verbindung zwischen der Politik der damaligen Regierung, die ausdrücklich das Ziel verfolgte, die Zahl vor allem der Türken in der Bundesrepublik zu vermindern, und den rassistischen Morden in Hamburg und an anderen Orten.

Im Januar und im Februar 1986 diskutierte das aus Anlass des Mordes an Ramazan Avcı entstandene Bündnis türkischer Vereine und Organisationen, das heißt die Vertreter der an den Protestaktionen beteiligten Kräfte, über weitere gemeinsame Ziele und Perspektiven. Zunächst schien man sich einig zu sein, dass es um Einwandererrechte gehe, um das Niederlassungsrecht in der BRD, um den Kampf gegen den Rassismus. Die Politik der Türkei sollte innerhalb des Bündnisses keine Rolle spielen, sodass jede Vereinigung von Menschen aus der Türkei am Bündnis teilnehmen könne – außer Faschisten, da diese selbst Rassisten seien.

Einige Zeit nach der Ramazan-Avcı-Demonstration hatten türkische Jugendliche bei einer tätlichen Auseinandersetzung mit Skinheads zwei stadtbekannte rassistische Schläger verletzt und waren deswegen in Untersuchungshaft genommen worden. Bürgermeister von Dohnanyi hatte sich nach diesem Vorfall zum ersten Mal überhaupt in türkischer Sprache an die Öffentlichkeit gewandt und die „rivalisierenden Gruppen“ aufgefordert, Frieden zu schließen.

In einer anschließenden Debatte in der Hamburger Bürgerschaft am 29. Januar 1986 kritisierte Kurt Edler, Abgeordneter der Grün-Alternativen-Liste (GAL), das Verhalten von Politik und Polizei:

„Während beim Skinhead-Mord an Ramazan Avci ein politischer Hintergrund geaugnet wurde, wurde in diesem Fall die Fachdirektion 7, die politische Abteilung der Kriminalpolizei, tätig. ... Die Polizei hat jahrelang die Skinhead-übergriffe nicht nur geduldet, sondern durch Einschüchterung der ausländischen Jugendlichen und pflichtwidrige Passivität gegenüber den Skinheads indirekt gefördert. ... Wir – die Grün-Alternative Liste – sind gegen Racheaktionen, das haben wir schon mehrmals betont, und wir wiederholen es hier noch einmal. Wir wünschen uns sehr, dass es keine weiteren Opfer an Leib und Leben gibt. Aber das ändert nichts daran, dass die Realität so ist, dass den betroffenen Ausländern nichts anderes übrig bleibt als organisierte Selbstverteidigung als eine ganz traurige verzweifelte Lösung, weil sie von Ihnen politisch und durch die staatlichen Organe im Stich gelassen worden sind.“

Auch innerhalb des Protestbündnisses gab es Streit in dieser Frage. Darüber hinaus gingen die Auseinandersetzungen um eine Umwandlung des ursprünglich basisdemokratischen Bündnisses in eine feste Organisation und die damit notwendige politische Positionierung des Bündnisses. Der entscheidende Punkt, der letztlich zur endgültigen Spaltung führte, war, dass führende türkische Vertreter auf der Bezeichnung „Bündnis türkischer Einwanderer“ bestanden. Kurdische Mitglieder konnten sich damit nicht identifizieren und empfanden es als bewusste Ausgrenzung, dass ihr Namensvorschlag „Bündnis der Einwanderer aus der Türkei“ abgelehnt wurde. Später wurde das „Bündnis türkischer Einwanderer – Hamburg“ (TGB) in „Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung“ (TGH) umbenannt. Sie wirkte maßgeblich bei der Gründung der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“ (TGD) Ende 1995 mit.

Hamburg als Zufluchtsort für Flüchtlinge aus der Türkei und Zentrum der exilpolitischen Bewegung

Die Türkei durchlebte – wie bereits dargestellt – seit den 1960er Jahren zahlreiche wirtschaftliche und politische Krisen. Gewerkschaften

und linke Organisationen forderten gerechtere soziale Verhältnisse – in einem Land, in dem zu dieser Zeit jegliche „kommunistische Propaganda“ gesetzlich unter Strafe stand, eine Provokation. Rechtsnationalistische Kreise bildeten bewaffnete Milizen, die sich mit teilweise ebenfalls zur Gewalt greifenden Linken erbittert bekämpften. In den späten 1970er Jahren führten diese gewaltsamen Auseinandersetzungen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit Hunderten von Todesopfern. Im September 1980 putschte das türkische Militär. Es folgte eine massive Verfolgungswelle, vor allem gegen Menschen, die irgendwie links eingestellt waren – seien es Gewerkschafter, Journalisten, Intellektuelle oder Angehörige bewaffneter Organisationen –, sowie gegen Kurden.

Schon die politischen Auseinandersetzungen in den späten 1970er Jahren hatten viele Menschen zur Flucht aus der Türkei veranlasst. Nach dem Militärputsch führten politische Verfolgung, Massenverhaftungen und die weitverbreitete und systematische Anwendung der Folter zu einem deutlichen Anstieg der Zahl politischer Flüchtlinge. Besonders die Kurden hatten unter den Folgen des Putsches zu leiden.

Viele der vor allem links orientierten politischen Flüchtlinge, die nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 oder schon einige Zeit vorher aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren, organisierten sich in Vereinen, die sich mit den politischen Verhältnissen in der Türkei befassten. Der Schock durch den blutigen Putsch warf Fragen nach der politischen Verantwortung und nach neuen Handlungsperspektiven auf, was zu scharfen Auseinandersetzungen führte. Gleichzeitig war aber angesichts des gemeinsamen Schicksals durchaus ein Bemühen um Solidarität und Zusammenarbeit vorhanden. Das galt insbesondere bei der Abwehr der Angriffe der in Deutschland ebenfalls vereinsmäßig organisierten türkischen Faschisten („Graue Wölfe“), die den Bürgerkrieg gegen die Linken in Deutschland fortsetzen wollten.

Es entstand ein Bündnis aus verschiedenen linken Organisationen mit der Bezeichnung „Vereinigte Widerstandsfront gegen den Faschismus“. Probleme entstanden jedoch bald mit der sehr autoritär strukturierten kurdischen PKK. Die PKK-Führung hatte 1984 auch im europäischen Ausland damit begonnen, Kritiker aus den eigenen Reihen als „Verräter“ zu bezichtigen und zu ermorden. Nahezu

alle anderen kurdischen und links orientierten türkischen Organisationen kritisierten dieses Vorgehen öffentlich. Die PKK ging daraufhin dazu über, auch Vertreter anderer Organisationen in aller Offenheit mit Mord zu bedrohen. Auf die Worte folgten Taten. Am 25. Februar 1986 wurde Kürşat Timuroğlu, selbst ein Kurde und führender Vertreter der Organisation „Devrimci İşçi“ („Revolutionäre Arbeiter“), in Hamburg-St. Georg erschossen.

Dieses Ereignis löste nicht nur unter den links orientierten Türken und Kurden in Europa, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit Bestürzung aus. Auch die Türkei- und Kurdistan-Solidaritätsbewegung, die sich nach dem Militärputsch von 1980 in der BRD entwickelt hatte, war von den Konflikten betroffen. Sie spaltete sich in einen Teil, der die Gewaltmethoden der PKK gegen Kritiker – Kürşat Timuroğlu war nicht das einzige Opfer dieser Vorgehensweise – scharf verurteilte und fortan jede Unterstützung dieser Organisation ablehnte, und einen anderen Teil, der nicht bereit war, die PKK für die Morde verantwortlich zu machen.

Der Mörder von Kürşat Timuroğlu konnte schließlich ermittelt werden. Im September 2000 wurde er an einem kroatischen Grenzübergang festgenommen und im März 2001 nach Deutschland ausgeliefert. Am 7. November 2001 begann in Hamburg der Mordprozess vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht. 16 Jahre nach der Tat – am 2. Januar 2002 – wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt.

Trotz dieses tragischen Vorfalls und der dahinterstehenden Auseinandersetzung mit einer politischen Organisation gab es gerade in Hamburg ein großes Maß an Solidarisierung mit den in der Türkei verfolgten Kurden. 1987 wurde ein „Kurdistan Solidaritätskomitee“ gegründet, dem sowohl Deutsche angehörten als auch Kurdinnen und Kurden aus allen Staaten, auf die das kurdische Siedlungsgebiet aufgeteilt ist. Seine Ziele und selbst gesetzten Aufgaben waren die Informationsvermittlung über die aktuelle Situation und die kurdische Geschichte, Sprache und Kultur. Das Komitee veröffentlichte vor allem Informationen über die Verfolgung der Kurden in der Türkei und im Irak, wo sich die Lage der Kurden Ende der 1980er Jahre mit den Anfal-Operationen und dem Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja dramatisch zugespitzt hatte.

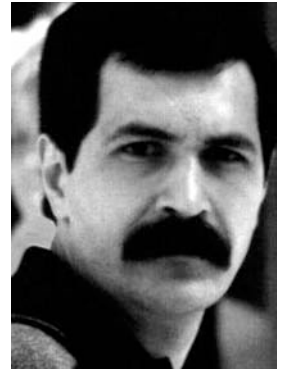


Abb. 48 Kürşat Timuroğlu

Bezogen auf die Situation in Deutschland und speziell in Hamburg setzte das Komitee sich für kurdische Flüchtlinge ein und forderte die Anerkennung der Kurden als eigenständige nationale Minderheit. Eine daraus resultierende Forderung war die Einführung eines kurdischen muttersprachlichen Unterrichts. Bis zu der – erst sehr viel später erreichten – Einführung dieses Unterrichts konnten kurdische Schülerinnen und Schüler aus der Türkei nur den türkischen Unterricht besuchen, was die Kurden als Fortsetzung ihrer kulturellen Unterdrückung auch in Deutschland empfanden. Ein ähnliches Problem gab es für Eltern, die ihren Kindern kurdische Vornamen geben wollten. Die deutschen Einwohnerbehörden akzeptierten diese Namen nicht, da sie sich bei der Zulassung von Namen an Listen hielten, die sie von den türkischen Konsulaten erhielten. Kurdische Namen waren dort natürlich nicht enthalten. Auch dieses Problem konnte erst nach jahrelanger Informationsarbeit gelöst werden.

Neue Debatten um Jugendgewalt

In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte wurde die Besorgnis um ausländerfeindliche Gewalt von Seiten rechtsgerichteter Deutscher zurückgedrängt zugunsten einer Diskussion über Gewalt von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Ein brutaler Angriff von zwei jungen Männern – einer türkischer und einer griechischer Herkunft – im Dezember 2007 auf einen Rentner in der U-Bahn in München löste eine gesellschaftliche und politische Debatte aus, in der – auch vor dem Hintergrund von Wahlkämpfen – schärfere Strafen für jugendliche Gewalttäter und die schnelle Abschiebung straffälliger Jugendlicher ausländischer Staatsangehörigkeit gefordert wurden.

Eine Diskussion darüber, wie derartige Gewalttaten verhindert werden können, ist berechtigt und notwendig. Problematisch ist es jedoch, dass in der öffentlichen Wahrnehmung Jugendliche ausländischer Herkunft als potenzielle Gewalttäter stigmatisiert werden und ein normales Zusammenleben damit zusätzlich erschwert wird. Kriminologische Analysen kommen zwar zu dem Ergebnis, dass der Anteil von Migranten unter Jugendlichen, die Gewaltver-



Abb. 49 Leman Stehn, Trainerin für „Gewaltfreie Kommunikation“

brechen begangen haben, nicht höher ist als der deutscher Jugendlicher, wenn man Gruppen mit ähnlichen sozialen Bedingungen miteinander vergleicht: Unter Jugendlichen, die keinen Schulabschluss erreicht, keine Lehrstelle gefunden und entsprechend eine sehr negative soziale Perspektive haben, gibt es keinen Unterschied in der Häufigkeit von Straftaten zwischen deutschen Jugendlichen und solchen mit Migrationshintergrund. Diese Erkenntnisse werden zwar auch veröffentlicht, ändern aber wenig an fest gefügten Vorurteilen.

Über Hintergründe der Probleme von fehlender sozialen Anpassung und Gewaltbereitschaft haben wir mit Leman Stehn, einer pädagogischen Trainerin für „Gewaltfreie Kommunikation und Transkulturalität“, gesprochen. Frau Stehn ist türkischer Herkunft und hat ihre Kindheit und Jugend teils in Deutschland und teils in der Türkei verbracht:

„Ich bin 1991 wieder nach Deutschland gekommen, zur Fortsetzung meines in der Türkei begonnenen Gesangstudiums an der Musikhochschule Lübeck. Zur Finanzierung meines Studiums habe ich in Deutschkursen für Ausländer unterrichtet. Damals gab es eine Eskalation rassistischer Übergriffe – die Brandanschläge in Mölln und Solingen, bei denen Angehörige türkischer Familien getötet wurden, die Angriffe in Rostock-Lichtenhagen und dann auch ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lübeck. Das hat mich dazu gebracht, mich stärker in der Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen zu engagieren – ich arbeitete mit in einem ‚Bündnis gegen Rechts‘ und machte eine Ausbildung zur Sozialberaterin.

Seit 2000 habe ich in verschiedenen Sozialberatungsstellen in Hamburg gearbeitet und wurde auch oft als Referentin zu interkulturellen Themen eingeladen. Ein zentraler Bereich meiner Arbeit war immer das Thema Gewalt: Traumatisierung von Flüchtlingen durch Gewalt im Krieg oder durch Folter, familiäre Gewalt, rassistische Gewalt in Deutschland und auch Gewalt junger Migranten aufgrund angestauter Aggressionen. Vor allem an den beiden letzten Punkten setzt meine Arbeit für eine zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung an, da es hier um Gewalt geht, die aus Aggressionen entsteht und die mit pädagogischer und psychologischer Arbeit verhindert werden kann.

Grundvoraussetzung für eine solche Arbeit ist es, die Gründe für Aggressionen aufzudecken und den betroffenen Personen ihre eigenen Bedürfnisse bewusst zu machen. Wenn Jugendliche aggressiv sind, haben

sie ja das Bedürfnis, etwas zu verändern, sich gegen etwas zu wehren. Wenn ihnen bewusst wird, was ihnen fehlt und was sie eigentlich erreichen wollen, können sie lernen, ihre Energien konstruktiv zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Wenn in der deutschen Gesellschaft die Forderung erhoben wird, jugendliche Gewalttäter härter zu bestrafen, ist das zwar aus der Sicht von Menschen, die sich bedroht fühlen, verständlich, aber es ist kein Beitrag zu einer Lösung. Wer für sich keine Chance sieht, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, wird nicht von einer höheren Strafandrohung dazu gebracht, seine Aggressionen im Zaum zu halten. Und die Chancen für eine positive Eingliederung in die Gesellschaft sind sicher nach 10 Jahren Haft auch nicht größer als nach 5 Jahren.

Die Diskussion um schärfere gesetzliche Bestimmungen zur Abschiebung straffälliger Jugendlicher verstärkt gerade eine meiner Meinung nach zentrale Ursache für Aggressionen: Menschen ausländischer Herkunft wird deutlich gemacht, dass sie nicht die gleichen Rechte haben, dass sie zu der Gesellschaft, in der sie aufgewachsen sind, als nicht zugehörig betrachtet werden. Das Gefühl, nicht dazuzugehören, wird Menschen mit Migrationshintergrund immer wieder vermittelt – auch denjenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben und Kindern, die ja keine andere Umwelt kennen, zu der sie sich zugehörig fühlen könnten.

Mir fällt dazu eine Situation ein, die ein Sohn meines Cousins in Schleswig-Holstein in der Grundschule erlebt hat: Am Anfang des neuen Schuljahrs kam die Lehrerin in die Klasse und fragte die Kinder: ‚Wie viele von Euch sind Deutsche?‘ Mein Neffe und auch andere Kinder ausländischer Herkunft meldeten sich, da sie die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Die Lehrerin sagte darauf: ‚Nein, ich meine richtige Deutsche!‘

Jeder Mensch hat das Bedürfnis nach Anerkennung, nach Wertschätzung seiner Person. Wenn Menschen, weil sie oder ihre Eltern oder Großeltern eine andere Herkunft haben, weniger Rechte haben, ihre Identität ständig infrage gestellt und ihnen die Wertschätzung verweigert wird, kann das dazu führen, dass sie die Regeln der Gesellschaft, die sie eben nicht als zugehörig betrachtet, nicht akzeptieren und auch kein Gefühl für die Würde anderer entwickeln. Damit will ich Thesen, dass ausländische Jugendliche gewalttätiger sind als Deutsche, nicht kritiklos übernehmen, aber das Bewusstsein, weniger Rechte zu haben und als nicht dazugehörig betrachtet zu werden, fördert auf jeden Fall die Entstehung von Aggressionen, die eben auch in Gewalt münden können.“

Initiativen zur Förderung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Türken

Die Hamburger Körber-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Dialog und das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschland und der Türkei, zwischen Deutschen und Türken – gleichgültig, ob sie Deutschland leben oder in der Türkei – zu fördern. Erster Anstoß dazu war 1988 ein Geschichtswettbewerb des damaligen Bundespräsidenten zum Thema „Geschichte von Fremden in Deutschland“, für den die Körber-Stiftung die Trägerschaft übernommen hatte.

Nach den Brandanschlägen von Rechtsextremisten im Mölln und Solingen 1992 und 1993 beschloss die Körber-Stiftung einen deutsch-türkischen Dialog auf verschiedenen Ebenen ins Leben zu rufen. Es begann mit einem Programm zur Förderung von Klassenreisen, aus dem sich ein deutsch-türkischer Jugendaustausch entwickelt hat. Sowohl Schulklassen als auch Jugendinitiativen konnten eine finanzielle Förderung für ihre Projektideen beantragen. Gefördert wurden auch Besuche der türkischen Projektpartner, deren Familien eine Reise nach Deutschland sonst oft nicht hätten finanzieren könnten.

In den Jahren 1994–1997 fanden vier Sommerakademien mit deutschen und türkischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern statt, daraus erwachsen gemeinsame Forschungsprojekte, die von der Körber-Stiftung mit jährlich 50 000 Euro unterstützt wurden.

Immer mehr der seit den 1960er Jahren nach Hamburg gekommenen türkischen Zuwanderer sind inzwischen alt geworden und verbringen auch ihren Lebensabend in Hamburg. Diese Menschen sind oft isoliert, da ihre Kinder sich nicht so um sie kümmern können, wie es der türkischen Familientradition entspricht – sie sind mit Beruf und eigener Familie ausgelastet. Eine wichtige Einrichtung ist daher die von der Körber-Stiftung geförderte Altenbegegnungsstätte für Migranten in Hamburg-Bergedorf.

Zu den Kernstücken des deutsch-türkischen Dialogs zählten Tagungen zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Fragen, zu denen Fachleute aus Deutschland und der Türkei mit ganz unterschiedlichem beruflichen und politischen Hintergrund auf das Tagungshotel auf dem Petersberg bei Bonn eingeladen wurden.



Da im Laufe der Zeit – vor allem in Hinblick auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union – das Angebot an derartigen Programmen von verschiedenen Institutionen erheblich zugenommen hat, hat die Körper-Stiftung dieses spezifische Türkei-Programm jedoch im Jahr 2006 eingestellt, um ihre internationale Arbeit insgesamt zu erweitern.



Ein Bestandteil des Türkei-Programms wurde jedoch aufrechterhalten, der erstmals im Jahr 2000 vergebene Preis „Hamburger Tulpe für deutsch-türkischen Gemeinsinn“. Ausgezeichnet werden mit diesem Preis deutsch-türkische Projekte, die in vorbildlicher Weise für ein besseres Miteinander von Einheimischen und aus der Türkei zugewanderten Hamburgerinnen und Hamburgern beitragen. Mit einem Preisgeld, dessen Höhe von der Zahl der jeweils ausgewählten Projekte abhängt, wird die Fortsetzung der Projekte unterstützt.

Mit der Preisverleihung im Hamburger Rathaus werden die Projekte öffentlich vorgestellt und damit auch andere

Abb. 50, 51
Preisverleihung der „Hamburger Tulpe“ 2008.
Ansprache des Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Berndt Röder und die Preisträger, Eltern und Kinder aus dem Projekt „Switch“

Initiativen ermutigt. Ausgezeichnet wurden bisher Projekte aus ganz unterschiedlichen Bereichen, von der „Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer“ über integrative Sportprojekte, einen Kochkurs und eine Initiative zur Leseförderung für Kinder sowie zwei Theaterprojekte: das Gymnasium Kirchdorf-Wilhelmsburg für ihr Stück „Meri, Paul, der Fremde und ich“ und eine Theatergruppe aus Mitgliedern der Islamischen Gemeinde Schnelsen-Eidelstedt und der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Eidelstedt, die gemeinsam Lessings „Nathan der Weise“ aufgeführt haben. Preisträger 2008 war die Kulturbrücke Hamburg mit ihrem Projekt Switch, einer kostenlosen Kinderweltreise, die zweimal jährlich in den Ferien stattfindet. In Vierergruppen verbringen 9- bis 14-Jährige jeweils einen Tag in Gastfamilien und sind gemeinsam mit ihren Eltern Gastgeber für die anderen Kinder der Gruppe. Switch wendet sich an Kinder

aller Nationalitäten, den Schwerpunkt bilden deutsche und türkische Hamburger. Die Kinder können so die Erfahrung machen, dass es die selbstverständlichste Sache der Welt ist, wenn nicht alle Kulturen gleich sind, und dass „anders sein“ nichts Schlechtes ist.

Die Hamburger Volkshochschule bietet nicht nur seit vielen Jahren Türkischkurse an, sondern ist auch der größte Anbieter für Deutsch als Fremdsprache. Daneben hat sie Veranstaltungen zu Gesellschaft und Kunst anderer Kulturen und spezielle Projekte für Migranten im Programm. Besonders deutlich wurde dies mit dem Projekt „Dialog statt ‚Kampf der Kulturen‘“ im Herbst 2006 unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters. Für dieses Projekt wurde in Hamburgs Bussen und U-Bahnen mit Spots und dem Slogan „Hamburgs schnellster Sprachkurs Deutsch-Türkisch“ geworben. Türkisch, die Türkei und türkische Hamburger waren dadurch überall präsent, was nicht nur positive Reaktionen hervorrief, aber die Auseinandersetzung mit dem Thema sehr beflügelte. Es wurden unter anderem Veranstaltungen zum türkischen Leben, zu religiösen Festen, Literatur, Musik und Theater angeboten. Mit dieser Aktion gelang der Volkshochschule eine intensive Vernetzung sowohl mit Vereinen und Vertretern türkischer Migranten als auch mit vielen kulturellen Organisationen der Stadt, wie Theatern, Bücherhallen oder auch der Universität. Sowohl die deutschen als auch die türkischen Medien berichteten darüber. Nun hofft man bei der Volkshochschule, dass die daraus erwachsenen neuen Kontakte künftigen Programmen zugute kommen.

Der Hamburger Senat hat im Dezember 2006 ein Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern beschlossen. Die Maßnahmen darin reichen von einer Verbesserung der Sprachförderung bei Vorschulkindern, einer Verankerung der interkulturellen Erziehung in der Schule bis zu Angeboten für ältere Migranten. Durch eine Erhöhung des Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst sollen sowohl die Berufschancen von Menschen mit Migrationsgeschichte als auch deren Anerkennung in der Gesellschaft gefördert werden. Die interkulturelle Kompetenz soll dabei als Pluspunkt bei der Bewerberauswahl gelten. Spezielle Angebote gibt es für ältere Migranten und Frauen, die Schutz vor familiärer Gewalt suchen.

Abb. 52 Das Projekt „Dialog statt ‚Kampf der Kulturen‘“ der Hamburger Volkshochschule auf dem Titelblatt des Magazins des Deutschen Volkshochschulverbandes



4 Religiöse Wurzeln

Die Zuwanderer aus der Türkei werden in Deutschland vor allem als Muslime wahrgenommen. Das ist für die Mehrheit richtig, es wird jedoch oft übersehen, dass es in der Türkei auch Angehörige zahlreicher anderer Religionsgemeinschaften gibt und dass sich die religiöse und ethnische Vielfalt der Türkei unter den hier lebenden Menschen widerspiegelt. Neben im Folgenden vorgestellten Glaubensgemeinschaften gibt es noch eine ganze Reihe kleiner religiöser Gruppen, die jedoch in Hamburg zumindest nicht mit einem aktiven Gemeindeleben vertreten sind. Dazu zählen kleinere Zweige der ostchristlichen Kirchen und die Yeziden. Die yezidische Religion hat – ähnlich wie das Alevitentum – Einflüsse aus verschiedenen Religionen aufgenommen und sich daraus zu einer eigenständigen Glaubenslehre entwickelt. Wesentlichen Einfluss auf die yezidische Religion hatten der Zoroastrismus und andere altpersische Religionen, aber auch das Christentum und der Islam. Die yezidische Religion ist ausschließlich bei einer Minderheit unter den Kurden vertreten, vorwiegend in der Türkei und im Nordirak. Für die Ausübung ihrer Religion ist das Zusammenleben in der Glaubensgemeinschaft von essenzieller Bedeutung. Daher haben sich die Yeziden, die in den 1980er und 1990er Jahren in größerer Zahl aufgrund religiöser und politischer Verfolgung aus der Türkei geflohen waren, auch in Deutschland an bestimmten Orten konzentriert angesiedelt. Im norddeutschen Raum gibt es vor allem in Celle eine große yezidische Gemeinde.

Islamische Gemeinden

Es gibt in Hamburg derzeit über vierzig islamische Gemeinden, davon sechszwanzig von Muslimen aus der Türkei, darunter eine Moschee, die von Kurden aus der Türkei gegründet wurde. Der älteste Moscheeverein wurde 1970 gegründet, als Versammlungsort und Gebetsraum diente ein Keller am Hansaplatz in St. Georg. Zu religiösen Feiertagen mietete der Verein einen Saal an, um Platz für alle Menschen zu haben, die am Gottesdienst teilnehmen wollten.

Neben der räumlichen Enge war auch die von Prostitution, Alkohol- und Drogenkonsum geprägte Umgebung am Hansaplatz für die gläubigen Muslime schwer zu ertragen. Der Verein sammelte daher jahrelang Geld und kaufte schließlich 1977 das ehemalige „Hammonia-Bad“ an der Böckmannstraße, ebenfalls in St. Georg. Die Vereinsmitglieder bauten das Haus in Eigenarbeit zur Moschee um, und so entstand mit der noch heute bestehenden „Merkez Cami“ (Zentralmoschee) die erste „richtige“ sunnitische Moschee in Hamburg – vorher gab es bereits die schiitische Moschee der iranischen Gemeinde an der Außenalster in Uhlenhorst. Die Moschee in St. Georg wurde zunächst von Sunniten aller Nationalitäten genutzt, wird aber heute – nachdem die Muslime aus anderen Ländern nach und nach eigene Moscheen gegründet haben – überwiegend von Muslimen aus der Türkei besucht. Daneben gibt es inzwischen in diversen Hamburger Stadtteilen weitere Moscheen von türkischen Gemeinden – meist eher bescheidene Gebäude mit Gebets-, Unterrichts- und Gemeinderäumen. 1991 erhielt die „Merkez Cami“ einen Anbau mit Kuppel und Minaretten, sodass sie auch von ihrer Architektur her als Moschee zu erkennen ist.

Die meisten Zuwanderer aus der Türkei gehören dem sunnitischen Islam an, nicht alle jedoch praktizieren ihren Glauben aktiv. Über die Anzahl der Muslime aus der Türkei in Hamburg gibt es keine verlässlichen Zahlen, da die Angabe des religiösen Bekenntnisses gegenüber den Behörden freiwillig ist. In Schätzungen wird oft davon ausgegangen, dass etwa 95 % der Türken Muslime seien, dabei werden aber die Aleviten als Muslime mitgezählt, was – wie unter näher ausgeführt wird – umstritten ist. Nach Schätzung von Ahmet Yazıcı, Mitglied des Gemeindevorstands der „Merkez Cami“ in St. Georg, beteiligen sich in Hamburg und Umgebung 30–35 000 Menschen aktiv am religiösen Leben der türkisch-sunnitischen Gemeinden. Die Zentrums-moschee wird wöchentlich von etwa 5000 Gläubigen besucht.

Der islamische Glaube wird von vielen Deutschen und – wie die Debatte um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zeigt – auch Bürgerinnen und Bürgern anderer westeuropäischer Staaten als ein Merkmal empfunden, das ihnen die Türken „fremd“ und nicht anpassungsfähig an die europäische Kultur erscheinen lässt. Es mag paradox erscheinen, aber die christlichen Kirchen und dort engagierte Menschen sind oft eher bereit, Muslime in ihrer religiösen Identität

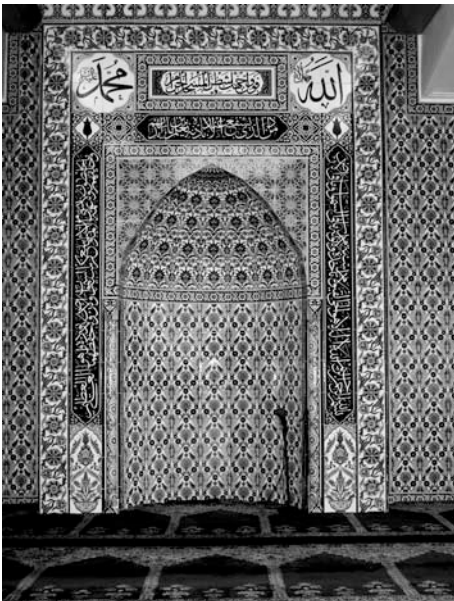
anzuerkennen und sich mit ihrem Glauben ernsthaft auseinander zu setzen als solche, die nicht religiös gebunden sind oder in größerer Distanz zu ihrer Religion leben.

Parteien aus dem extrem rechten Lager schüren Ängste vor einer „Islamisierung“ Deutschlands, und der Bau von Moscheen ruft oft erbitterte Proteste hervor. Ein Allgemeinplatz in der öffentlichen Debatte ist der Vorwurf an den Islam, er sei fortschrittsfeindlich und mit den Werten von Demokratie und Menschenrechten nicht zu vereinbaren. Begründet wird dies vor allem mit den in islamischen Gesellschaften weit verbreiteten konservativen Familienstrukturen, die insbesondere die Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit von Frauen stark einschränken. Seit den Anschlägen der al-Qa'ida am 11. September 2001 in den USA wittern viele hinter jedem Muslim einen potenziellen Terroristen oder zumindest einen religiösen Fanatiker. Ali Özgür Özdil vom „Islamischen Wissenschafts- und Bildungsinstitut“ in Hamburg stellt dazu lakonisch fest: „Islamfeindlichkeit ist salonfähig geworden“.

Es ist hier nicht möglich, auf alle Aspekte dieser Debatte einzugehen. Hervorgehoben werden soll jedoch, dass es nicht nur im Islam, sondern unter den Anhängern jeder Religion Menschen gibt, die sehr konservativen Glaubensrichtungen anhängen, sich in-

tolerant gegenüber Andersgläubigen verhalten oder sich sogar für Gewalt, die angeblich im Namen einer Religion ausgeübt wird, instrumentalisieren lassen. Türkische Muslime sind es aus ihrer Heimat gewohnt, ihre Religion in einem säkularen Staat zu leben und treten in ihrer großen Mehrheit nicht für ein religiös bestimmtes politisches System ein. Andererseits wurde in verschiedenen Untersuchungen festgestellt, dass gerade Türken in Deutschland verstärkt dazu neigen, sich auf ihre religiösen Werte zu besinnen. Viele von ihnen stammen ursprünglich aus ländlichen Gebieten, in denen die Religion eine stärkere Rolle im täglichen Leben spielt als in den Städten. Eine weitere Erklärung ist, dass sie auf diese Weise in einer fremden und oft als feindselig

Abb. 53, 54
Innenansicht der
Zentrumsmoschee
in St. Georg, und
die Ansicht von
der Straße her



erlebten Umwelt ihre eigene Identität bewahren wollen. Der Islam betont die individuelle Würde des Menschen; auch das kann ein innerer Schutz sein, wenn man sich in seiner Umgebung und am Arbeitsplatz in einer untergeordneten Position befindet und sich oft auch verachtet fühlt.

Die Moscheen spielen daher über die Religionsausübung hinaus auch eine wichtige soziale Rolle. Sie bieten Jugendarbeit und Treffpunkte für Frauen und sind für Muslime ein Ort, an den sie sich bei Konflikten in allen Lebenslagen wenden können. Diese Funktion der Moscheen kann auch von zwei Seiten gesehen werden: Viele Deutsche und auch Türkinnen und Türken, die sich eher an der deutschen Lebensweise orientieren, kritisieren die Herausbildung einer Parallelgesellschaft, die durch den Einfluss der Moscheen verstärkt wird. Ahmet Yazıcı vom Vorstand der Zentrumsmoschee stimmt der Einschätzung zu, dass es teilweise Parallelgesellschaften gibt, sieht in den Aktivitäten der Moscheen aber nicht die Ursache dafür, sondern gerade einen Weg, die gesellschaftliche Trennung zu überwinden: „Wir als Muslime in Deutschland haben uns entschieden, hier zu leben, und wollen auch ein Teil dieser Gesellschaft sein. Es gibt Menschen, die in die Moschee kommen, um ihre Religion zu praktizieren, sozial und beruflich aber vollständig in Deutschland integriert sind. Es kommen aber auch Menschen zu uns, die den Weg in die deutsche Gesellschaft – aus welchen Gründen auch immer – nicht gefunden haben. Diese Menschen brauchen einen Ort, an dem sie soziale Kontakte und Rat und Hilfe finden, an dem sie mit ihrer Identität und ihrem Glauben angenommen werden. Indem wir ihnen diesen Halt bieten, können wir auch viel eher als andere Institutionen zur Überwindung traditioneller Denkstrukturen beitragen, die ein Hindernis für die Integration darstellen. Wir reden mit Männern, die ihre Frauen oder Kinder schlagen, und erklären den Menschen, dass es im Islam nicht erlaubt ist, eine Frau zu töten, weil sie angeblich die Ehre der Familie verletzt hat. Wir fördern auch die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Mitglieder unserer Hochschulgrup-



pe betreuen in einem ‚Geschwisterprojekt‘ jüngere Schüler oder Auszubildende, um sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen.“

Eine ihrer Aufgaben sieht die Zentrumsmoschee auch in der Kulturvermittlung. Sie bietet Informationsveranstaltungen an für Schulen, Sozialpädagogen, Behördenmitarbeiter, Polizisten und andere interessierte Gruppen. Jährlich wird die Moschee von etwa 8000 Nichtmuslimen besucht, ein großer Teil darunter deutsche Schulklassen.

Aleviten

Etwa 20 % der Menschen in der Türkei sind Aleviten. Die alevitische Religion ist sowohl unter Türken als auch unter Kurden vertreten. Die Bezeichnung „Alevit“ wird – nach der vorherrschenden Interpretation – von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammad, abgeleitet. Von den Schiiten wird er als rechtmäßiger direkter Nachfolger Mohammads in der Führung der islamischen Gemeinschaft betrachtet und besonders verehrt. Daher werden auch die Aleviten oft dem schiitischen Zweig des Islam zugeordnet. Außer der Verehrung von Ali gibt es jedoch kaum Gemeinsamkeiten in Glaubensinhalten und Lebensweise zwischen Schiiten und Aleviten. Auch die Ableitung des Namens ist umstritten, er wird teilweise auch auf die altsemitische Bezeichnung „Al“ für „Gott“ zurückgeführt. Die alevitische Religion mit ihren unterschiedlichen Ausprägungen ist aus dem Zusammentreffen verschiedener religiöser Traditionen entstanden und hat neben dem schiitischen Islam und dem Sufismus auch alttürkisch-schamanistische, christliche und vorislamische persische Glaubenselemente aufgenommen. Es ist daher – auch unter den Aleviten selbst – umstritten, ob es sich bei dem Alevitentum um eine islamische Glaubensrichtung oder um eine völlig eigenständige Religion handelt. Unter der sunnitischen Mehrheit in der Türkei sind Vorurteile gegen Aleviten noch immer weit verbreitet, und es ist mehrfach – bis in die 1990er Jahre hinein – zu gewaltsamen Verfolgungen von Aleviten gekommen. Für viel Aufsehen auch in Deutschland hatte ein Brandanschlag am 2. Juli 1993 auf ein Hotel in Sivas in Zentralanatolien geführt, bei dem siebenunddreißig Menschen ums Leben kamen. In dem Hotel fand ein Kongress statt, zu dem

viele bekannte alevitische Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler nach Sivas gekommen waren.

Vom türkischen Staat werden die Aleviten zwar heute nicht mehr aufgrund ihres Glaubens verfolgt, die staatliche Religionsbehörde, die den Bau von Moscheen, die Gehälter der Imame und sonstigen Angestellten im Religionsbereich und die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses finanziert und beaufsichtigt, fördert jedoch ausschließlich den sunnitischen Islam. Die Aleviten beklagen sich – ebenso wie die christlichen Minderheiten – darüber, dass ihre Steuergelder zwar zur Finanzierung der Religionsbehörde beitragen, die Bedürfnisse ihrer Glaubenspflege aus deren Etat jedoch nicht finanziert werden. Im Oktober 2007 haben alevitische Eltern vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Recht durchgesetzt, ihre Kinder von dem obligatorischen, sunnitisch ausgerichteten Religionsunterricht an staatlichen Schulen befreien zu lassen.

Aufgrund staatlicher und gesellschaftlicher Repressionen hatten die Aleviten in der Zeit des Osmanischen Reichs ihre Religion weitgehend im Geheimen ausgeübt. Das Zurückdrängen der Religion und das Verbot religiöser Orden nach Gründung der Türkischen Republik unter Atatürk hatte zwar auch die Schließung der alevitischen Orden zur Folge, dennoch begrüßten die Aleviten Atatürks Politik der Säkularisierung, da dadurch der Einfluss des sunnitischen Islams reduziert wurde und sie sich durch diesen weniger unter Druck gesetzt fühlten.

Erst seit Ende der 1960er Jahre traten Aleviten als Künstler sowie mit Zeitungen und Kulturvereinen in der türkischen Gesellschaft in Erscheinung. Versuche, eine Partei zu etablieren, die die Interessen der Aleviten vertreten sollte, stellten sich jedoch als sehr kurzlebig heraus.

Von der sich Ende der 1970er Jahre zuspitzenden politischen Gewalt in der Türkei waren die Aleviten in besonderem Maße betroffen: Aufgrund ihrer Geschichte als unterdrückte Minderheit und der liberaleren Ausrichtung ihrer Religion waren sie stark in den linken Organisatio-

Abb. 55 Alevitische Tanzgruppe bei einem Cem



nen vertreten und galten bei rechts-nationalistischen Aktivisten pauschal als links und damit verdächtig. Vor diesem Hintergrund kam es im Dezember 1978 in Mara und im Mai 1980 in Çorum zu Pogromen, die sich hauptsächlich gegen Aleviten richteten und zahlreiche Todesopfer forderten.

Sowohl unter den Arbeitsmigranten der 1960er und 1970er Jahre als auch unter den politischen Flüchtlingen vor und nach 1980 gab es zahlreiche Aleviten. Viele von ihnen engagieren sich entweder in politischen Organisationen oder in alevitischen Vereinen, die meist nach wichtigen Persönlichkeiten der alevitischen Tradition, wie zum Beispiel Haci Bektaş Veli oder Pir Sultan Abdal, benannt waren. In Hamburg wurde Ende 1988 erstmals eine Vereinigung gegründet, die die Bezeichnung „alevitisch“ in ihrem Namen trug, die „Alevitische Kulturgruppe Hamburg“. Diese Organisation gab eine Zeitschrift mit dem Namen Alevi Bildirgesi (Alevitisches Informationsblatt) heraus und veranstaltete im Oktober 1989 eine Alevitische Kulturwoche, auf der die alevitische Kultur und Religion in deutscher und türkischer Sprache vorgestellt wurde. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde erstmals in Deutschland die traditionelle religiöse Zeremonie der Aleviten, das „Cem“, durchgeführt.

Aus der „Alevitischen Kulturgruppe“ ging 1990 das „Alevitische Kulturzentrum“ hervor, dem nach der Gründung in Hamburg Organisationen unter dem gleichen Namen in mehreren anderen deutschen Städten folgten, die sich später sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zu einer Föderation zusammenschlossen.

In Hamburg leben heute etwa 30 000 Aleviten, und es gibt zwei alevitische Vereine, das „Alevitische Kulturzentrum Hamburg“ mit etwa dreihundert Mitgliedern und den etwas kleineren „Kulturverein der Anatolischen Aleviten in Hamburg“ (HAAK-Bir). Beide Vereine vertreten die Interessen der Aleviten gegenüber den Behörden und organisieren religiöse und kulturelle Veranstaltungen. Sie planen den Bau eines Cem-Hauses, um religiöse Zeremonien regelmäßiger als bisher abhalten zu können und auch geeignete Räume für die Gestaltung von Hochzeiten, Trauerfeiern und religiösen Feiern nach ihren eigenen Traditionen zu haben.

Christen aus der Türkei

Auf dem Gebiet der heutigen Türkei entstanden in der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts nach Christi mit die ältesten christlichen Kirchen überhaupt. Heute noch bestehende Glaubensgemeinschaften, die auf diese Wurzeln zurückgehen, sind die Armenier und die syrischen Christen, die aufgrund von Migration oder Flucht aus der Türkei auch in Hamburg mit eigenständigen Gemeinden und kulturellen Vereinigungen vertreten sind. Istanbul ist auch heute noch Sitz des ökumenischen Patriarchen, des geistlichen Oberhauptes aller orthodoxen Christen.

Die **syrischen Christen** – die Bezeichnung „syrisch“ stammt aus dem 1. Jahrhundert nach Christi und hat nichts mit dem heutigen Staat Syrien zu tun – gehören überwiegend der syrisch-orthodoxen Kirche an, daneben gibt es noch kleinere Konfessionen wie die Chaldäer und die syrisch-katholische Kirche. In der Türkei werden sie als „Süryani“ bezeichnet, sie selbst nennen sich in syrischer Sprache „Suryoye“. Ihr angestammtes Siedlungsgebiet in der Türkei ist der sogenannte Tur Abdin (Berg der Gottesknechte), eine Hügellandschaft, die sich im Südosten der Türkei von Mardin entlang der Grenze zu Syrien nach Osten ausdehnt. Dort gibt es sechs noch bewohnte Klöster, und bis in die 1980er Jahre hinein gab es in der Region viele ausschließlich von syrisch-orthodoxen Christen bewohnte Dörfer. Syrische Christen leben außer in der Türkei auch in fast allen anderen Staaten des Nahen Ostens und sprechen eine eigene Sprache, das Toroyo. Die Sprache ihrer religiösen Texte, die auch heute noch in den Gottesdiensten verwendet wird, ist Aramäisch, die Sprache, die auch Jesus Christus gesprochen haben soll.

In den 1980er Jahren geriet die kleine Minderheit der syrisch-orthodoxen Christen in ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet zunehmend unter Vertreibungsdruck. Diskriminierung und Verfolgung von Christen hat in der Türkei – wie bereits an anderer Stelle ausgeführt – eine lange Tradition. In der genannten Periode spitzte sich die Lage der Menschen in den christlichen Dörfern aufgrund der bewaffneten Auseinander-

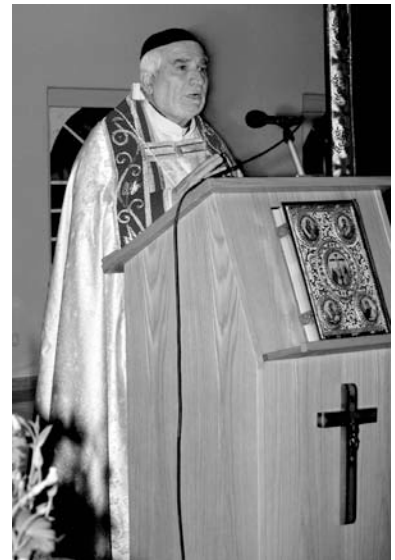


Abb. 56 Predigt in der syrisch-orthodoxen Kirche in Neugraben



Abb. 57 Trauung
in der syrisch-orthodoxen Kirche
in Neugraben

setzungen zwischen der PKK und den türkischen Streitkräften dramatisch zu. Sie wurden von der kurdischen PKK unter Druck gesetzt, sie zu unterstützen, zum Beispiel durch Versorgung ihrer Kämpfer mit Lebensmitteln. Wenn sie sich dem widersetzen, mussten sie Racheaktionen der PKK fürchten, wenn sie die geforderte Unterstützung gaben, hatte das Sanktionen von staatlicher Seite zur Folge. Eine zusätzliche Bedrohung ging von den sogenannten Dorfschützern aus, vom Staat als Milizen eingesetzte und bezahlte kurdische Dorfbewohner, die bewaffnet wurden und den Auftrag hatten, eine Unterstützung der PKK aus den Dörfern zu verhindern. Diese setzten ihre Machtposition auch ein, um private Interessen durchzusetzen und sich Land anzueignen. Die Christen waren als Minderheit in einer schwachen Position und damit bevorzugte Opfer derartiger Machenschaften. Morde, Entführungen und der Druck von allen Seiten haben dazu geführt, dass die meisten syrischen Christen aus dem Tur Abdin geflohen sind.

In Hamburg und der näheren Umgebung leben etwa 2500 syrisch-orthodoxe Christen. Größere Gemeinden mit eigenen Kirchen gibt es in Harburg und Neugraben, außerdem existiert eine Gemeinde in Billstedt, die eine evangelische Kirche für ihre Gottesdienste mitnutzt. In Neugraben hat die syrisch-orthodoxe Gemeinde ein ehemaliges Behindertenheim zu einer Kirche mit angeschlossenen Gemeinderäumen ausgebaut. Dort werden – neben den Gottesdiensten – auch Trauerfeiern, Taufen, Hochzeiten und kulturelle Veranstaltungen abgehalten.

Nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 zog mit David Erkalp (CDU) erstmals ein syrischer Christ in die Hamburger Bürgerschaft ein.

Armenische Studenten und Arbeitsmigranten aus der Türkei gründeten bereits 1965 den „Armenischen Kulturverein zu Hamburg“. Anfangs

waren in dem Verein überwiegend Armenier aus der Türkei aktiv, die Zusammensetzung hat sich jedoch im Laufe der Jahre geändert: Nach der „islamischen Revolution“ 1979 flohen viele Armenier aus dem Iran, Unruhen im Nahen Osten führten zur Flucht von Armeniern aus Syrien und dem Libanon. Die Mehrheit des heute etwa zweihundert Mitglieder zählenden Vereins stellen inzwischen jedoch Armenier aus der Republik Armenien und anderen Gebieten des Kaukasus, die aufgrund der Konflikte um neue Staatsgründungen nach dem Zerfall der Sowjetunion seit den 1990er Jahren ihre Heimat verlassen haben.

Der „Armenische Kulturverein“ und der aus ihm hervorgegangene „Armenische Jugendverband Kilikia“ bieten den 4000–5000 Armeniern in Hamburg kulturelle Veranstaltungen, wie Konzerte und Literaturabende, sie haben eine Tanzgruppe, eine Theatergruppe und einen Kirchenchor. Zu den regelmäßigen Aktivitäten gehören armenischer Sprachunterricht, Diskussionsrunden und Jugendtreffs. Derzeit gibt es in Hamburg keinen armenisch-orthodoxen Priester. Gottesdienste können nur zu wichtigen religiösen Festtagen, wie zum Beispiel Ostern, mit einem Priester aus Berlin veranstaltet werden. Die armenische Gemeinde ist dann zu Gast in der evangelischen St. Gertrud Kirche in Hamburg-Uhlenhorst.

Die armenische Gemeinschaft in Hamburg begeht den 24. April, den Jahrestag des Beginns der Armeniervernichtung im Osmanischen Reich 1915, regelmäßig mit Gedenkveranstaltungen. Gerade Armenier aus der Türkei scheuen sich nach den Worten des Vereinsvorsitzenden Suren Petrosyan jedoch oft, auf derartigen Veranstaltungen aufzutreten, da sie Repressionen gegen Verwandte in der Türkei fürchten. Jüngere Armenier, deren Eltern aus der Türkei emigriert sind, engagieren sich, so Suren Petrosyan, der selbst aus der Republik Armenien stammt, nur selten in der armenischen Gemeinschaft. Er führt das darauf zurück, dass ihre Eltern aus der Türkei die

Abb. 58 Gedenkveranstaltung am 24. April 2008 im armenischen Verein in Hamburg mit dem David-Quartett



Gewohnheit mitgebracht haben, ihre armenische Identität nicht öffentlich zu zeigen, um sich nicht Anfeindungen auszusetzen. Sie haben daher auch die armenische Sprache nicht gepflegt und ihren Kindern nicht vermittelt. Petrosyan erzählte von einer beklemmenden Situation, zu der dieses Verstecken führen konnte: Ein türkischer Arbeitskollege brüstete sich gegenüber einem Armenier, sein Onkel habe während der Todesmärsche der Armenier von seiner Kompanie die meisten Armenier getötet – ohne allerdings zu wissen, dass sein Gesprächspartner Armenier war.

Der interkonfessionelle Religionsunterricht in Hamburg

In Deutschland gibt es seit vielen Jahren Diskussionen darüber, wie ein islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen eingerichtet werden kann. Schwierigkeiten macht vor allem die Frage, wer für die Konzeption und Durchführung eines solchen Unterrichts verantwortlich sein soll, da es in Deutschland Muslime aus vielen verschiedenen Ländern mit verschiedenen Glaubensausrichtungen gibt. In Hamburg wurde seit 1995 am Pädagogisch-Theologischen Institut der Universität gemeinsam mit Christen, Muslimen, Juden und Buddhisten ein Konzept für einen interkonfessionellen Religionsunterricht entwickelt. Religionslehrerinnen und -lehrern werden Fortbildungen angeboten und Materialien zur Verfügung gestellt, mit deren Hilfe sie Informationen über die verschiedenen Religionen vermitteln können. In Themenblöcken, in denen es unter anderem um das Zusammenleben mit verschiedenen Religionen und Kulturen und die Frage nach dem Sinn des Lebens in den unterschiedlichen Religionen geht, sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich gemacht und das gegenseitige Verständnis gefördert werden.

Die wissenschaftliche Forschung zu den verschiedenen Religionen und die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für einen interkonfessionellen Religionsunterricht sollen aber noch weiterentwickelt werden. An der Universität Hamburg wurde daher Anfang 2006 ein interdisziplinäres Zentrum „Weltreligionen im Dialog“ gegründet, und für die Zukunft wird die Einrichtung einer „Akademie der Weltreligionen“ angestrebt.

5 Beitrag der türkischen Migranten zum kulturellen Leben Hamburgs

Die Türkei bzw. das Osmanische Reich oder allgemeiner gesprochen der „Orient“ hat bereits seit dem Mittelalter die Fantasie der Menschen in Europa beschäftigt und auch die Kunst und Kultur befruchtet. Spuren dieser Einflüsse in der Vergangenheit lassen sich auch in den Hamburger Museen finden. In den letzten Jahrzehnten hat auch die Migration aus der Türkei nach Deutschland ihren Niederschlag in der deutschen Kulturlandschaft gefunden, vor allem in den Bereichen Literatur, Film und Theater. Im Folgenden soll der Beitrag von Menschen aus der Türkei in verschiedenen Bereichen des kulturellen Lebens in Hamburg dargestellt werden. Vollständigkeit war dabei nicht möglich, und die Auswahl der genannten Personen beruht nicht auf einer Wertung im Vergleich zu anderen, die hier nicht aufgeführt werden konnten.

Interkulturelle Literatur

Die literarische Verarbeitung der Migrationserfahrung begann Mitte der 1960er Jahre zunächst mit Werken in türkischer Sprache, die sich mit den sozialen und sprachlichen Problemen der ersten „Gastarbeiter“ aus der Türkei in Deutschland befassten.

Als erstes Werk der sogenannten Migrationsliteratur gilt der Erzählungsband „Almanya Almanya“ („Deutschland, Deutschland“) des türkischen Autors Nevzat Üstün, der im Dezember 1965 in der Türkei erschien. Die Titelerzählung Almanya, Almanya erschien 1969 in der Anthologie Die Pforte des Glücks auch in deutscher Sprache. Obwohl Nevzat Üstün selbst nicht Migrant war, spielte er mit seinen Erzählungen eine Vorreiterrolle für die deutsch-türkische Literatur.

Einer der bekanntesten Autoren der frühen Migrationsliteratur ist der 1939 in Istanbul geborene Aras Ören. Der Schriftsteller und Schauspieler Aras Ören lebt seit 1969 in Berlin. In seinen frühen Beiträgen zur Migrationsliteratur, „Was will Niyazi in der Naunyn-

straße“ (1973), „Der kurze Traum aus Kağıthane“ (1974) und „Deutschland. Ein türkisches Märchen“ (1978) erzählt Ören von Menschen, „die mit nichts anderem als einem Plastikkoffer in der Hand in einem fremden Land ankommen“. Er befasst sich mit den Themen Fremdheit, Identität, Sprachlosigkeit und der offen bis subtilen Herabsetzung der Frauen in einer männlichen Kultur und war der erste Autor aus der Türkei, der in deutscher Sprache schrieb.

Weitere Autoren der Migrationsliteratur, die sich schon in der Türkei als Schriftsteller einen Namen gemacht hatten, waren Fakir Baykurt und Dursun Akçam. Fakir Baykurt wurde an einem türkischen Dorfinstitut als Pädagoge ausgebildet und arbeitete an mehreren Orten der türkischen Provinz als Lehrer. Das Dorfleben stand auch im Mittelpunkt seiner sozialkritischen Erzählungen. An diesen realistisch-sozialkritischen Schreibstil knüpfte er auch nach seiner Übersiedlung nach Deutschland im Jahre 1979 an.

Auch Dursun Akçam kam aus der Tradition der Dorfinstitute. Als zweiter Vorsitzender der Lehrgewerkschaft TÖS wurde er nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Nach Aufhebung seiner Strafe hatte er große Schwierigkeiten, in seinen Beruf als Lehrer zurückzukehren, und gab später die regierungskritische Zeitung „Demokrat“ heraus. Nach dem Militärputsch von 1980 musste er aus der Türkei fliehen und lebte 11 Jahre lang in Hamburg. Eines seiner bekanntesten schriftstellerischen Werke im Exil war der 1982 auf Deutsch und Türkisch erschienene Erzählungsband „Deutsches Heim – Glück allein“, eine Sammlung von Erlebnisberichten türkischer „Gastarbeiter“ in Deutschland. Wie insgesamt in der frühen „Gastarbeiterliteratur“ überwiegt hier ein sehr düsteres Bild von Deutschland, den harten Arbeitsbedingungen, der sozialen Kälte in der Gesellschaft und den als abweisend und überheblich empfundenen Deutschen. Besonders deutlich wird dies in dem Bericht des Arbeiters Sürmeli Şivan, der durch gesundheitsschädliche Fabrikarbeit zum Invaliden wurde:



Abb. 59
Dursun Akçam

„Wie kannst du da fragen, wie ich die Deutschen sehe? Ich sehe sie pech-schwarz, die Bosse und ihre Handlanger, die Chefs, sehe ich als düstere Henker. Auf meinem amtlichen Attest stand ‚gesund‘, als ich in den schwarzen Zug von Sirkeci nach Deutschland stieg. ... Es sind jetzt genau 13 Jahre, dass ich in Deutschland bin. Du siehst ja, ich bin wie ein Schrottauto, alles an mir ist

durchlöchert. Ich sehe nichts, höre nichts, kann nicht gehen, kann das Brennen meiner Lungen nicht durch tiefe Atemzüge abkühlen, kriege keine Luft. Ich war ein Mann der Berge, die mit den Wolken spielen und die Sonne küssen. In 3000 Metern Höhe hütete ich auf dem Berg Hano die Schafe. In Deutschland bin ich anderthalbtausend Meter unter die Erde gegangen. Von verschneiten Bergen in die Kohlengruben. Schon damals verdunkelte sich meine Welt, gab es für mich keinen Unterschied von Tag und Nacht mehr.“

Die Reportagen von Dursun Akçam sind typische Beispiele für die frühe Migrationsliteratur, auch „Gastarbeiterliteratur“ genannt. Kennzeichnend für sie sind Geschichten aus dem persönlichen Erleben ohne großen künstlerischen Anspruch. Die Texte sind oft im Rahmen von organisierten Schreibprojekten entstanden, wie zum Beispiel dem Projekt „Literatur der Arbeitswelt“. Fakir Baykurt und Dursun Akçam schrieben auf Türkisch, viele ihrer Werke liegen aber in deutschen Übersetzungen vor.

Eine andere literarische Richtung vertritt die 1942 in Urfa, im Südosten der Türkei, geborene Aysel Özakin. In ihren seit 1973 in der Türkei veröffentlichten Erzählungen und Romanen thematisiert sie vor allem die Situation der Frauen in der türkischen Gesellschaft. Dabei geht es ihr weniger um die Unterdrückung der Frauen in den traditionellen und ländlichen Strukturen der Türkei, sondern um die von ihr selbst erlebten Be-



Abb. 60
Aysel Özakin

schränkungen, denen Frauen auch in städtischen, intellektuellen Milieus unterliegen. Damit unterscheidet sie sich im Prinzip kaum von der Frauenliteratur, die zur gleichen Zeit auch in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern entstand. Nach dem Militärputsch von 1980 musste Aysel Özakin aus politischen Gründen aus der Türkei fliehen und lebte in den 1980er Jahren in Berlin und in Hamburg, wo sie 1984 Stadtschreiberin von Altona war. In dieser Zeit entstand der Gedichtband „Du bist willkommen“, in dem sie ihre Gefühle im erzwungenen Exil schildert – vor allem das Gefühl, eben gerade nicht willkommen zu sein. Ihr Leben in Altona beschreibt Aysel Özakin in dem folgenden Gedicht:

*Anzeige
Vom Fenster vorbeifahrende Züge
Verwischen meine Zeile
Wenn ich frühmorgens eine Tür
Zum Träumen öffnen will.
Die massiven Fabrikmauern
Bedrohen mich.
Poesie ist wie eine Kinderstimme in mir
Die heranwachsen möchte
In mir eine Stimme
Sie braucht Stille
Und das Echo.
Ich wohne in Diebsteich
Zwischen mächtigen Schornsteinen
Exil ist Industrie
Wenn es keinen Platz mehr gibt
Für Kinderstimme, für Poesie
Wird jeder heimatlos
Wenn unser Herz mit dem Rhythmus
Der Maschine klopft
Und uns nichts mehr überrascht.
Ich gebe eine Anzeige auf:
„Suche eine Wohnung,
die mich überraschen kann
mit ihrem Blick
zur Elbe oder zu Freunden“*

Ab Mitte der 1980er Jahre treten jüngere Autorinnen und Autoren in Erscheinung, die bereits in Deutschland aufgewachsen oder geboren sind. Sie schreiben meist auf Deutsch, und Deutschland ist für sie nicht mehr die „Fremde“, sondern das selbstverständliche Lebensumfeld. Problematisiert wird zwar, dass sie von den meisten Deutschen noch immer nicht als Teil der deutschen Gesellschaft anerkannt werden, aber an die Stelle der überwiegend negativen Darstellung Deutschlands und einer Verklärung der Türkei in der sogenannten „Gastarbeiterliteratur“ tritt eine Auseinandersetzung mit den positiven und negativen Seiten beider Länder und den aus den Unterschieden erwachsenden Konflikten und zwischenmenschlichen Missverständnissen.

Diese jüngere Autorengeneration lässt sich nicht als eine Gruppe unter einem Etikett zusammenfassen – ihre Arbeiten sind in Form und Inhalt sehr unterschiedlich. Die Werke einiger Schriftsteller türkischer oder kurdischer Herkunft sind zu einem Bestandteil der neuen deutschen Literatur geworden. Einer der bekanntesten dieser Autoren, Feridun Zaimoğlu, hat mehrere bedeutende deutsche Literaturpreise gewonnen. In seinem Erzählungsband „Zwölf Gramm Glück“ beschreibt er das Leben von Menschen im Hamburger Schanzenviertel. Er hat eine sehr individuelle Sprache entwickelt, und die von ihm dargestellten Menschen leben in einer kalten, perspektivlosen Umwelt, der sie sich oft mit eigener Gefühlskälte angepasst haben. Ihre ethnische Herkunft ist dabei nebensächlich, was auch dem Selbstverständnis und literarischen Anspruch von Feridun Zaimoğlu entspricht. Sowohl Feridun Zaimoğlu als auch andere Autoren, wie zum Beispiel der in Bremen lebende Osman Engin, karikieren auch gängige Klischees über Deutsche und Türken, wobei auch Verhaltensweisen türkischer Einwanderer aufs Korn genommen werden, die von einem Beharren auf alten Mustern zeugen und der gesellschaftlichen Realität in Deutschland nicht angemessen sind.

Die eigenständige Rolle einer neuen deutsch-türkischen Identität in Gesellschaft und in der Literatur heben auch die Herausgeber der 2005 erschienenen Erzählungssammlung „Was lebst Du?“ hervor. Der Untertitel dieses Bandes heißt: Jung, deutsch, türkisch – Geschichten aus Almanya. Vertreten sind darin junge türkischstämmigen Autoren und Autorinnen, die teilweise auch in Hamburg leben. Ihr Selbstverständnis wird im Vorwort wie folgt beschrieben:

„Wir sind unter anderem türkisch. Niemand in diesem Buch will sich aufs Türkischstämmigsein reduzieren lassen. Wir wollen uns umgekehrt aber auch nicht abgrenzen, sondern einfach nur unsere weite deutsch-türkische Lebenswelt bewahren und zugleich für Neugierige öffnen. Wir sind die Brückengeneration, der die Türkei meist schon etwas fremd ist – und Deutschland nicht immer selbstverständlich. Unsere Eltern sind ‚türkischer‘ als wir, unsere Kinder und Kindeskin- der werden ‚deutscher‘ sein. Schon die Sprache zeigt allerdings, wie skurril es ist, Herkunft oder Nationalität zu steigern: deutsch, deutscher, am deutschesten ...“



Abb. 61 Feridun Zaimoğlu als Laudator auf der Preisverleihung der „Hamburger Tulpe im Jahr 2000

Multikulturelles Theater – ein Baustein für die Integration

Theatergruppen sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der kulturellen Aktivitäten von Migranten aus allen Ländern, seien es Migranten aus der Türkei, aus dem Iran, aus Lateinamerika oder aus afrikanischen Ländern. Mit dem Theaterspiel wird die eigene Kultur gepflegt und an die nachwachsenden Generationen weitergegeben, es bietet die Möglichkeit, eigene Erfahrungen aufzuarbeiten und sich als kulturelle Gruppe dem deutschen Publikum vorzustellen. Auch unter Migranten aus der Türkei gibt es seit langem Laientheatergruppen, oft angeschlossen an Migrantentreffpunkte oder von exilpolitischen Vereinen organisiert. Auf eine fast zwanzigjährige Geschichte blickt das „Türkische Theater Hamburg“ zurück, das seit 1989 Stücke in türkischer Sprache aufführt.

Abb. 62, 63
Szene aus einem
Stück des MUT (l.);
Feier nach der Pre-
miere



Einen eher multikulturellen Ansatz verfolgt das Theaterprojekt, das sich den Namen „MUT“ gegeben hat. Der Name steht einerseits für „Multikulturelles Theater“, andererseits will es eben auch Mut zum Theaterspielen machen. Gründer und Regisseur des MUT-Theaters ist Mahmut Canbay, ein Kurde aus Malatya, der schon als Jugendlicher mit seinen Geschwistern eine Laienspielgruppe aufgebaut hatte. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde er aus politischen Gründen verhaftet und floh Mitte der 1980er Jahre nach Hamburg. Sein erstes Theaterprojekt in Hamburg, gegründet 1987 im

Kulturladen Susannenstraße, brach durch den Tod eines Gründungsmitglieds schnell wieder zusammen, Mahmut Canbay gab aber nicht auf. Er baute Theatergruppen an verschiedenen Hamburger Jugendzentren auf und machte eine zweijährige Ausbildung für Theaterpädagogik und Regie am Theaterpädagogischen Zentrum in Köln. Andere Mitglieder des Teams absolvierten Schauspielausbildungen, sodass jetzt Theaterstücke in professioneller Qualität auf die Bühne gebracht werden.

Über die Entwicklung seines Theaters sagt Mahmut Canbay:

„In der Anfangszeit haben wir ‚Betroffenheits-Theater‘ gemacht – wir haben eigene traumatische Erfahrungen mit Gefängnis, Folter und der schwierigen Situation im Exil aufgearbeitet. Das war für unsere eigene psychische Entwicklung wichtig, war aber ein Hindernis für die Entwicklung des Theaters. Auch heute noch haftet uns das Klischee des ‚Migrantentheaters‘ an, obwohl wir uns zu einer professionellen Theatergruppe entwickelt haben und auch künstlerisch ernst genommen werden wollen.“

Filmregisseure aus der Türkei in Hamburg

Das Filmfest Hamburg des Jahres 2007 hatte den Themenfokus „Migration – Filme aus Koffern“. In der Ankündigung hieß es dazu:

„Der Fokus Migration zeigt internationale Spiel- und Dokumentarfilme, die das Thema ‚Migration‘ aus wechselnden Perspektiven beleuchten: Reise, Mobilität, Bewegung, Transiträume, Exil, Flucht und Ausweisung lassen Rückschlüsse auf unser Selbstbild und unsere Fremdbilder zu. Diese Filme kommen aus Koffern!“

Hamburg ist jedoch seit vielen Jahren auch ein Zentrum der Filmproduktion von jungen Regisseurinnen und Regisseuren, die aus der Türkei stammen und ihre persönlichen Koffer in Hamburg längst ausgepackt haben. Viele von ihnen haben an der Hamburger Filmakademie studiert und wurden von der Hamburger Filmförderung bei der Produktion ihrer Filme unterstützt. Einer der ersten türkischstämmigen Absolventen der Filmklasse der Hochschule für

Bildende Künste in Hamburg, der mit einem Film zum Thema Migration bekannt geworden ist, war Tevfik Başer. 1986 erschien sein damals viel diskutierter Film „40 m² Deutschland“, der die Geschichte einer jungen Frau erzählt, die aus einem türkischen Dorf an einen wesentlich älteren Mann verheiratet wird, der in Hamburg arbeitet. Der Film erhielt mehrere deutsche und internationale Preise, wie auch weitere Filme von Tevfik Başer.

Deutsch-türkische Kontakte in der Filmkunst sind allerdings schon wesentlich älter: Einer der Pioniere des türkischen Kinos, Muhsin Ertuğrul, lernte sein Handwerk in Deutschland und wurde im Berlin der 1920er Jahre unter seinem Künstlernamen Salomon Bey bekannt. Ertuğrul war auch als Statist und Nebendarsteller in den Filmen Friedrich Wilhelm Murnaus zu sehen. Die wohl erste Begegnung mit dem türkischen Film hatte das deutsche Publikum im Jahr 1952, als der Film „Susuz Yaz“ („Dürre Sommer“) von Metin Erksan den Silbernen Bären der Berliner Filmfestspiele gewann.

Doch zurück nach Hamburg und in die Gegenwart. Als Erstes fällt einem da natürlich Fatih Akin ein, der nicht nur berühmteste



Abb. 64
Fatih Akin

Hamburger Filmemacher türkischer Herkunft, sondern auch einer der bekanntesten Hamburger Filmregisseure des Gegenwartskinos überhaupt. Erste Auszeichnungen gewann er mit seinen Kurzfilmen „Sensin – Du bist es!“ (1996) und „Getürkt (1997)“, mit denen er, wie es einer Kritik hieß, „witzig, unverkrampft und selbstironisch das Lebensgefühl der ‚Kanaken‘“ einfiel. Der Durchbruch gelang ihm mit seinem Film „Gegen die Wand“, der mehrere internationale Auszeichnungen gewann, unter anderem den Goldenen Bären auf der Berlinale 2004. Der darauffolgende Film „Crossing the Bridge“ gibt einen Einblick in die vielfältige Istanbuler Musikszene mit ihrer Beeinflussung durch türkische, arabische und auch europäische Einflüsse. Mit dem Film „Auf der anderen

Seite“, der im Herbst 2007 in die Kinos kam, setzte Akin das Projekt seiner Trilogie „Liebe, Tod und Teufel“ fort, dessen ersten Teil er mit „Gegen die Wand“ verwirklicht hatte. Bleibt also noch abzuwarten, in welcher Gestalt uns der Teufel erscheinen wird.

Zeitgleich mit Tevfik Başers „40 m² Deutschland“ wurden mehrere Filme junger türkeistämmiger Regisseure und Regisseurinnen

veröffentlicht, die sich auf unterschiedliche Weise mit dem Thema Migration befassen:

Die 1970 in der Türkei geborene Ayşe Polat folgte 1978 mit ihrer Mutter und drei Geschwistern ihrem Vater nach Hamburg. Sie studierte Germanistik, Philosophie und Kulturwissenschaften in Berlin und Bremen. Mit dem Filmen begann sie schon im Alter von 15 Jahren und hat dabei beachtliche Erfolge erzielt. 1991 erhielt sie für ihre Milieustudie „Entfremdet“ beim Bundeswettbewerb Jugend und Video einen Förderpreis. 1992 entstand „Fremdennacht“, ein Film über den türkischen Flüchtling Cemal Kemal Altun, der 1983 aus Angst vor einer drohenden Auslieferung an die Türkei Selbstmord beging. Nach weiteren Kurzfilmen und dem Spielfilm Auslandstournee aus dem Jahr 2000 gewann sie 2004 mit ihrem ersten Kinofilm „En garde“ den Silbernen Leoparden auf dem Internationalen Filmfest von Locarno.

„Aprilkinder“ ist der erste abendfüllende Spielfilm von Yüksel Yavuz, der zuvor für seinen Dokumentarfilm „Mein Vater, der Gastarbeiter“ mehrmals ausgezeichnet wurde. „Aprilkinder“ erzählt die Geschichte von Jugendlichen, die im Spannungsfeld zwischen traditioneller türkischer Familie und deutscher Moderne aufwachsen. Sein folgender, im Jahr 2003 entstandener Film „Kleine Freiheit“ hat einen stärker politischen Charakter: Es geht um einen kurdischen und einen afrikanischen Jugendlichen, die sich in Hamburg in der Illegalität und in ständiger Angst vor Entdeckung und Abschiebung durchschlagen. Anschließend arbeitete Yüksel Yavuz 4 Jahre lang an seinem Dokumentarfilm „Close up Kurdistan“, in dem er sich auf sehr differenzierte Weise mit den Konflikten in seiner Heimat auseinandersetzt – von den staatlichen Assimilierungsversuchen, politischer Verfolgung, Folter und Morden bis zum bewaffneten Kampf der PKK, der die Gewaltspirale weiter angezogen, aber nicht zu einer Lösung der Probleme der betroffenen Menschen geführt hat.

Mit einer ähnlichen Thematik beschäftigte sich auch sein Cousin Karaman Yavuz in seinem 1995 entstandenen Film „Ich schäme mich, ein Jurist zu sein“. Darin geht es um zwei bekannte kurdische Rechtsanwälte, die nach dem Militärputsch von 1980 Haft und Folter in dem berüchtigten Militärgefängnis von Diyarbakır erlebt haben. Wichtige Dokumentarfilme über politische und gesellschaftliche Fragen in der Türkei produzierte auch Halil Gülbeyaz,

der 1979 als Jugendlicher nach Hamburg kam und inzwischen teils in Istanbul und teils in Hamburg lebt.

Der 1979 geborene und im Stadtteil Dulsberg aufgewachsene Özgür Yıldırım ist ein weiterer türkischstämmiger Nachwuchsregisseur aus Hamburg. Nach drei – teilweise bereits auf Wettbewerben ausgezeichneten – Kurzfilmen wurde „Chiko“, der erste Spielfilm des jungen Regisseurs, auf der Berlinale 2008 uraufgeführt und erregte große Aufmerksamkeit.

Von der Volksmusik zu Rap und Hip-Hop – die türkisch/kurdische Musikszene in Hamburg

Nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980 entstand in Deutschland und gerade auch in Hamburg eine Solidaritätsbewegung mit politischen Flüchtlingen und verfolgten Menschen in der Türkei. Dies führte auch zu einem wachsenden Interesse an der türkischen Musik. Vor allem Liedermacher, die an die Tradition der türkischen Volksmusik anknüpften und oft auch politische Texte sangen, fanden Interesse auch bei Türkei-interessierten Deutschen. Zu den bekanntesten Vertretern dieses Genres gehörte Zülfü Livaneli, der in den 1980er und 1990er Jahren mehrfach in Hamburg auftrat. Einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung dieser Musikrichtung leistete auch der 1952 in Trabzon geborene Musiker Fuat Saka. Nach dem Militärputsch von 1980 musste er aus der Türkei fliehen und lebte bis 1999 im Exil, überwiegend in Hamburg und in Paris. Er singt Vertonungen der Gedichte von Nazim Hikmet und spielt das traditionelle türkische Saiteninstrument Saz. Seit seiner Rückkehr in die Türkei singt er auch Lieder in lazischer Sprache aus seiner Heimat am Schwarzen Meer.

Der seit 2000 in Hamburg lebende junge kurdische Musiker Şener Yıldız knüpft ebenfalls an die Traditionen der türkischen und kurdischen Volksmusik an – er lernte schon als Kind von seinem Vater Saz spielen und war in den 1990er Jahren, während seines Kunststudiums in Istanbul, Sänger in einer Musikgruppe. Heute tritt er in Europa und in der Türkei auf – teilweise allein mit Gesang und Gitarre oder Saz, teilweise mit Instrumentalgruppen. Er schreibt seine Musik und seine Texte überwiegend selbst und bewegt sich

dabei in verschiedenen Stilrichtungen, überwiegend allerdings im Bereich des Folk-Pop.

Bedauerlich findet es Şener Yıldız, dass es auch in der Musik noch immer eine ethnische Trennung gibt: „In Deutschland besteht das Publikum meiner Konzerte fast ausschließlich aus Migranten aus der Türkei. Ein Freund von mir – ebenfalls ein kurdischer Musiker – lebt in Spanien und macht dort ganz andere Erfahrungen: Er wird überwiegend von spanischen Konzertveranstaltern engagiert, und das Publikum ist bunt gemischt. Schade, dass das in Deutschland nicht so läuft – Musik ist doch eine universelle Sprache und sollte die Menschen verbinden.“



Abb. 65
Şener Yıldız

Türkische Popmusik und die sogenannte „Arabesk-Musik“ – traurige Liebeslieder mit sehr verzierten, aus der arabischen Musik entlehnten Melodien – gehören auch in vielen Stadtteilen Hamburgs zum alltäglichen Klangbild auf den Straßen. Junge Leute türkischer Herkunft interessieren sich natürlich auch für neuere Musikrichtungen, insbesondere Rap und Hip-Hop.

Bülent Çelebi, in Hamburg geborener Kurde und Rap-Musiker, erklärt das Interesse für Rap und Hip-Hop gerade unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund damit, dass diese Musikformen in den USA von schwarzen Musikern entwickelt wurden und besonders dafür geeignet sind, sozialen und politischen Protest auszudrücken. Er gründete 1991 mit Freunden seine erste Rap-Gruppe „Direct Action“. Die Texte der Gruppe waren zunächst – aufgrund der anglo-amerikanischen Herkunft der Musik – überwiegend Englisch. Mit der Zeit gingen sie aber zu deutschen Texten über, die sich oft auch mit der politischen Situation in der Türkei und der Unterdrückung der Kurden beschäftigten. Ende der 1990er Jahren entwickelte Bülent Çelebi mit der Gruppe „Digger Dance“ ein Projekt mit türkischen Texten unter dem Titel „Hepsi Macera“ („Alles Abenteuer“).

Die aktuelle Gruppe, die neben Bülent Çelebi aus zwei weiteren türkisch/kurdischen Rappern besteht, hat den programmatischen Namen „Kanaken wollen alles“, abgekürzt KWA. Ihre Texte

setzen sich unter anderem mit dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland auseinander, so zum Beispiel in dem Refrain ihres Liedes „Wir sind alle eins“:

Türken, Kurden, Perser, Araber ...

Es gibt kein deins und meins, wir sind alle eins.

Griechen, Yugos, Polen, Russen

Wir spitten rhymes und lines, wir sind alle eins.

Hamburg, Berlin, Frankfurt, Stuttgart

Es gibt kein deins und meins, wir sind alle eins.

München, Köln, Leipzig, Dortmund

Wir spitten rhymes und lines, wir sind alle eins.

6 Einwanderer aus der Türkei gestalten unsere Gesellschaft mit

Migranten aus der Türkei als Wirtschaftsfaktor in Hamburg

Zuwanderer aus der Türkei sind in Hamburg nicht nur als Arbeitnehmer in vielen Bereichen beschäftigt, sondern sie führen auch zunehmend eigene Betriebe und schaffen damit Arbeits- und Ausbildungsplätze für andere Hamburger – gleichgültig welcher nationalen Herkunft.

Seit Anfang der 1980er Jahre gab es einen deutlichen Anstieg bei den selbstständigen Türken und Kurden. Der Grund dafür lag vor allem in der steigenden Arbeitslosigkeit, von der ausländische Arbeitskräfte besonders betroffen waren. Da bei einer Gewerbean-

meldung die ethnische Herkunft nicht aufgenommen wird und unter den Gewerbetreibenden mit türkischem Migrationshintergrund auch viele deutsche Staatsangehörige sind, ist die Angabe von Zahlen sehr schwierig. Aber anhand vorliegender Schätzungen kann man davon ausgehen, dass es in Hamburg zwischen 3000 und 5000 selbstständige Betriebe mit Inhabern gibt, die selbst oder deren Eltern ursprünglich aus der Türkei stammen.

Auch die Vielfalt der Betriebe nahm immer mehr zu. Von den anfangs typischen türkischen Gemüseläden, Imbissen, Restaurants und Änderungsschneidereien erweiterte sich das Spektrum mit der Zeit auf heute über fünfzig Branchen: Bauunternehmen, Finanzdienstleistungen und Unternehmensberater, Reisebüros, Pflegedienste, Autohandlungen und -werkstätten bis hin zu einem – nach landläufigem Verständnis für Türken eher untypischen – Weinkontor. Daneben gibt es auch zahlreiche Freiberufler, wie Ärzte oder Rechtsanwälte. Nicht zu vergessen sind auch die vielen türkischen Banken, die den Finanzverkehr mit der Türkei erheblich erleichtert haben. Eine der größten türkischen Banken, die „Türkiye İş Bankası“, hatte sogar schon 1932 eine Filiale in Hamburg gegründet. Während des 2. Weltkriegs wurde diese Niederlassung geschlossen, und erst in den 1970er Jahren, im Zuge der erhöhten Nachfrage nach Finanzdienstleistungen durch die Arbeitsmigranten, baute die Bank wieder ein Filialnetz in Deutschland auf.

Mit Unterstützung der Hamburger Handelskammer gründeten türkische Selbstständige im Mai 1998 die „Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer“ (ATU). Existenzgründer werden dort bei der Umsetzung ihrer Geschäftsidee beraten, und die ATU hilft im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts bei der Vermittlung von Krediten. Schwerpunkte der Arbeit liegen auf der Unterstützung bei der Bewältigung der oft schwer zu überblickenden administrativen Anforderungen und einem Angebot von Seminaren, wie zum Beispiel zur Buchführung, Mitarbeiterführung



Abb. 66 Der sprichwörtliche türkische Gemüsehändler um die Ecke

und zu gesetzlichen Verordnungen. Da die Unternehmer in ihrem Betrieb meist sehr eingespannt sind, suchen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ATU sie aber auch selbst auf und helfen vor Ort bei der Klärung von Fragen und Problemen.

Der gewählte Name legt eine Einschränkung nahe, die nicht der praktischen Arbeit entspricht: Die ATU wurde zwar von Selbstständigen aus der Türkei ins Leben gerufen, ihre Dienstleistungen stehen aber allen Unternehmen und Existenzgründern offen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und nationaler Herkunft. Um diese Vielfalt auch nach außen deutlich zu machen, wurde neben der ATU von Selbstständigen aus sieben verschiedenen Nationen das „Dienstleistungszentrum für selbstständige Migranten“ gegründet, das vor allem neue Existenzgründer berät und schult.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt wurde der ATU schon bei der Gründung mit in die Wiege gelegt: Geschäftsführer Mehmet Keskin hatte seit 1996 bei der Hamburger Handelskammer ein Projekt geleitet, mit dem Unternehmer ausländischer Herkunft als Ausbilder gewonnen werden sollten. Anlass war die angespannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt, die vor allem Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Suche nach einem Ausbildungsplatz sehr schwer macht. Durch die Vermittlung von Informationen über das deutsche Berufsausbildungssystem, Schulungen für die Prüfungen zur Ausbildungsberechtigung und eine kontinuierliche Begleitung des gesamten Ausbildungsprozesses konnten inzwischen über fünfhundert Unternehmen für die Berufsausbildung gewonnen und so fast 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Oft ist es auch nötig, Ausbildungsverbände zu organisieren, wenn ein ausländisches Unternehmen nicht alle Bereiche eines Berufsfeldes abdecken kann. Durch eine Kooperation mit der Hamburger Sparkasse kann zum Beispiel die „Türkiye İş Bankası“ Bankkaufleute ausbilden, die auf diese Weise sowohl mit dem türkischen als auch mit dem deutschen Bankwesen vertraut gemacht werden.

Abb. 67
Mehmet Keskin



„Ich kam 1980 nach Deutschland und studierte zunächst Ozeanografie und Biologie in Kiel. 1991 schloss ich das Studium als Diplom-Biologe ab. Schon während meines Studiums habe ich mich in der Beratung und Qualifizierung von Migranten engagiert, und 1993 trat ich eine hauptamtliche Stelle als Ausbilder bei dem Projekt Berufliche Qualifizierung von Nachwuchskräften

mit Migrationshintergrund in Hamburg an.

Dort war ich mit den Schwierigkeiten konfrontiert, Jugendliche nicht-deutscher Herkunft in Ausbildungsplätze zu vermitteln. Ich wollte mich nicht mit der Alternative der überbetrieblichen Ausbildung zufriedengeben, da ich das duale Ausbildungssystem in Deutschland für sehr gut halte. Daher hatte ich die Idee, dass es ein großes ungenutztes Potenzial an Ausbildungsplätzen in

den Betrieben ausländischer Unternehmer geben müsste.

Ich nahm Kontakt mit den Initiatoren des Projekts Ausländische Selbstständige bilden aus in Dortmund auf und gewann die Unterstützung der Handelskammer für den Aufbau eines solchen Projekts in Hamburg.

Am wichtigsten war es zunächst, den Unternehmern die notwendigen fachlichen, pädagogischen und rechtlichen Kenntnisse zu vermitteln, die für eine Anerkennung als Ausbilder notwendig sind. Da sie ihren Betrieb weiterführen mussten, waren sie nicht in der Lage, umfangreiche Ausbildungskurse zu besuchen. Ich konnte schließlich bei der Handelskammer erreichen, dass in diesen Fällen auf die eigentlich vorgeschriebene Ausbildereignungsprüfung verzichtet wurde und wir dafür die Ausbildung intensiv begleiteten und Probleme mit den Beteiligten direkt klärten. Seit 1996 war ich bei der Handelskammer als Ausbildungsberater angestellt. Meine Kollegen bei der Handelskammer waren erst skeptisch, aber ich hatte bereits im ersten Jahr siebzehn Ausbildungsplätze rekrutiert.

1998 wechselte ich als Geschäftsführer zu der damals neu gegründeten ATU, und auch das Ausbildungsprojekt wurde unter dem Dach der ATU weitergeführt. Inzwischen haben wir pro Jahr etwa einhundertachtzig Auszubildende in Hamburg vertretenen Nationen.

Ein wesentliches Motiv für meine Arbeit waren natürlich die Probleme, die Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Lehrstellensuche hatten. Meine Wunschvorstellung war es aber nicht, dass türkische Betriebe türkische Jugendliche ausbilden, sondern ich wollte mit dem Ausbildungsprojekt auch vertiefte Kontakte zwischen unterschiedlichen Nationalitätengruppen schaffen und damit das gesellschaftliche Zusammenwachsen fördern. Mein Ziel



Abb. 68 Jobbörse bei der ATU

ist es also, dass der türkische Unternehmer auch deutsche, italienische oder griechische Jugendliche ausbildet. Manchmal dient eine solche nationale Mischung auch direkt den Interessen des Unternehmens. So konnte ich einem pakistanischen Teppichhändler einen spanischen Jugendlichen für eine Ausbildung als Exportkaufmann vermitteln, da er dringend eine Person mit Spanischkenntnissen für seine Geschäftsbeziehungen mit Lateinamerika brauchte. Einige der jungen Menschen, die über uns in eine Ausbildung vermittelt wurden, haben sich inzwischen ebenfalls selbstständig gemacht und beteiligen sich an unserem Ausbildungsnetzwerk.“

(Gespräch mit Mehmet Keskin im November 2007)

Migranten türkischer Herkunft in der Hamburger Politik

Mit dem zunehmend längeren Aufenthalt von Arbeitsmigranten und politischen Flüchtlingen aus der Türkei in Hamburg nahm auch die Zahl derjenigen zu, die die deutsche Staatsbürgerschaft annahmen und damit auch das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Das bedeutete für die deutsche Politik, dass die Zuwanderer nicht mehr nur Objekte politischer Entscheidungen waren, sondern selbst demokratische Mitbestimmungsrechte hatten und – zumindest durch die Teilnahme an Wahlen – ihre Interessen vertreten konnten. Aktiv ist dies zwar nur für diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit möglich, die politischen Effekte kommen aber allen zugute: Wenn die Stimmen der eingebürgerten Migranten über einen Wahlsieg entscheiden können, müssen politische Parteien sich auch überlegen, wie sie deren Interessen vertreten, und werden vorsichtiger damit sein, unter Deutschen verbreiteten Vorurteile gegen Ausländer das Wort zu reden, um damit Stimmen zu gewinnen.

Auch in den politischen Parteien in Deutschland wurde es zunehmend als legitimes Anliegen und politische Notwendigkeit erkannt, die Einwanderer in die Gestaltung des politischen Lebens einzubeziehen. Nicht zu vernachlässigen ist natürlich auch das Interesse der Parteien, mit der Aufstellung von Kandidaten ausländischer Herkunft die Stimmen der eingebürgerten Migranten zu gewinnen.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1993 kam mit Hakkı Keskin, Professor für Politikwissenschaft im Fachbereich Sozialpädagogik der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in

Hamburg, zum ersten Mal ein türkischstämmiger Abgeordneter in ein Landesparlament der Bundesrepublik Deutschland. Professor Keskin war von 1986 bis 1999 Sprecher des „Bündnisses Türkischer Einwanderer Hamburg“ und von 1995 bis zu seiner Wahl in den Bundestag als Abgeordneter der Partei „Die Linke“ im Herbst 2005 Bundesvorsitzender der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“.

Als weitere türkischstämmige Abgeordnete zogen 1997 der Jurist Mahmut Erdem für die GAL, 2001 Aydan Özoğuz für die SPD und 2004 Nebahat Güçlü wiederum für die GAL in die Bürgerschaft ein. Mit Vural Öger, dem Gründer des Reiseunternehmens „Öger Tours“ schickte die Hamburger SPD einen prominenten Hamburger türkischer Herkunft in das Europarlament.

Wie türkischstämmige Abgeordnete ihre politische Rolle sehen, welche spezifischen Ziele sie vertreten und welche Erwartungen von unterschiedlichen Seiten an sie gestellt werden, wird in einem Gespräch mit den Abgeordneten Aydan Özoğuz, Nebahat Güçlü und Aygül Özkan deutlich (s. Kasten). Das Gespräch wurde vor der Bürgerschaftswahl 2008 geführt, bei der Aygül Özkan und Nebahat Güçlü als Abgeordnete (wieder)gewählt wurden, während Aydan Özoğuz den Einzug in die Bürgerschaft nicht geschafft hat. Insgesamt wurden bei dieser Wahl mehr Abgeordnete mit Herkunft aus der Türkei gewählt

als jemals zuvor: Bülent Çiftlik und Metin Hakverdi (SPD), David Erkalp und Aygül Özkan (CDU), Nebahat Güçlü (GAL) und Mehmet Yıldız (Linke). In die Hamburger Bezirksversammlungen wurden insgesamt acht Abgeordnete türkischer Herkunft gewählt. Bei der Bundestagswahl im September 2009 wurde Aydan Özoğuz über die Landtagsliste der SPD als einzige türkeistämmige Abgeordnete aus Hamburg in den Bundestag entsandt.



Abb. 69 Aydan Özoğuz, Nebahat Güçlü und Aygül Özkan vor dem Hamburger Rathaus (Derzeit ist keine von ihnen mehr in der Hamburger Bürgerschaft)



Abb. 70
Aydan Özoğuz

Aydan Özoğuz Als ich 2001 in die Bürgerschaft kam, hatte ich vorher keine politische Karriere hinter mir und war nicht einmal Mitglied der SPD. In den Jahren zuvor hatte ich bei der Körber Stiftung gearbeitet und dort den deutsch-türkischen Dialog aufgebaut. Dadurch hatte ich natürlich enge Kontakte zur Hamburger Politik und kannte viele politische Auseinandersetzungen. Der Anstoß, selbst aktiv in die Politik einzusteigen, kam aber nicht von mir selbst, sondern ich bin von Olaf Scholz, dem damaligen Landesvorsitzenden der Hamburger SPD, gefragt worden, ob ich für die SPD in die Bürgerschaft gehen würde. Mir war natürlich bewusst, dass dahinter eine Strategie steckte, dass ich ein Instrument sein würde, um Stimmen unter den wahlberechtigten Zuwanderern, insbesondere aus türkischen Kreisen, zu gewinnen. Es reizte mich aber auch, in einer Partei wie der SPD, die einen starken Einfluss auf die Hamburger Politik hat und damals seit Jahrzehnten die Stadt regierte, an der Gestaltung der Politik, gerade auch der Integrationspolitik mitzuwirken und etwas zu verändern. Damals sprach man – auch in der SPD – noch nicht von Migranten, sondern von „Ausländern“. Kurz nach meinem Eintritt in die Bürgerschaft kam der Terroranschlag vom 11. September, und in der Folge nahmen die Vorurteile und Klischees noch mehr zu. Ich habe auch parteiintern immer versucht, Anstöße zu differenzierteren Sichtweisen zu geben, und konnte dabei auch eine ganze Menge erreichen. Ich hatte mir ganz klar vorgenommen, meinen Schwerpunkt auf die Integrationspolitik zu legen, viele Freunde haben mich aber gewarnt: „Mach das nicht nur – dann wirst du genau zu der Alibifrau, die du nicht sein wolltest.“ Diesen Fehler hatten viele Politiker mit Migrationshintergrund vor mir gemacht – sie haben sich nur auf die Integrationspolitik konzentriert und sich in andere Debatten oft nicht eingemischt. Dadurch konnten sie sich innerhalb der Partei keine Position aufbauen, sie begaben sich selbst in die Situation des „Quotentürken“. Diesen Rat habe ich beherzigt, und ich habe mich in den Themenfeldern, in denen ich mich engagiert habe, zum Beispiel der Innenpolitik, der Jugendpolitik und der Bildungspolitik, nie auf die Aspekte beschränkt, die Migranten betreffen, sondern habe das Thema ganzheitlich behandelt. In der Innenpolitik habe ich mich also nicht auf die Ausländerbehörde beschränkt, sondern mich genauso mit der Polizei oder der Feuerwehr beschäftigt.

Nebahat Güçlü Ich hatte einen etwas anderen Zugang zur Politik, auch was meine Motivation betrifft. Ich bin schon früh politisiert worden, zum Teil über eigene Erfahrungen – insbesondere eigene Diskriminierungserfahrungen.

gen – in der Schule, aber auch im sozialen Umfeld. Schon mit 17 Jahren engagierte ich mich in einer Selbsthilfegruppe für junge Mädchen aus der Türkei. Und später, während meines Studiums, war ich in diversen Vereinen in der sozialen Arbeit aktiv, immer an der Schnittstelle Integrations- und Frauenpolitik. Seit 1986, nach meinem Studium, habe ich in verschiedenen Vereinen als Honorarkraft gearbeitet. Vor allem bei INCI, einer internationalen Beratungsstelle für Frauen in Altona, habe ich eine ganze Reihe von Tätigkeiten durchlaufen, von ehrenamtlicher Arbeit bis zur Geschäftsführerin. Ich glaube, das Engagement in der sozialen Arbeit bringt es automatisch mit sich, dass man auch politische Arbeit macht. Soziale Arbeit stößt an Grenzen, und man merkt, dass die Probleme sich immer wiederholen, solange sich die gesetzlichen Grundlagen nicht ändern. Ich hatte aufgrund meiner sozialen Arbeit schon früh die Notwendigkeit erkannt, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund – was für mich immer bedeutet interkulturell, also nicht nur türkisch oder kurdisch orientiert – sich in der Politik engagieren. Aber trotzdem war auch ich nicht selbst auf die Idee gekommen, in die Politik zu gehen.

Ich wurde schon vor der Bürgerschaftswahl 2001 von den Grünen gefragt, da hatte ich zunächst abgelehnt, weil ich mich auf den Aufbau der Begegnungsstätte in St. Pauli konzentrieren wollte, bei der ich auch heute noch Geschäftsführerin bin. Als ich vor der letzten Wahl noch einmal angesprochen wurde, habe ich mich dann entschlossen, als Parteilose auf der Liste der GAL zu kandidieren. Ich hatte die Hoffnung, auf parlamentarischer Ebene und auch mit dem Mandat mehr bewirken zu können. Natürlich springt man da ins kalte Wasser, es war eine völlig neue Erfahrung. In den ersten 2 Jahren war ich – trotz vieler Initiativen – eigentlich eher frustriert. Wahrscheinlich hatte ich die parlamentarische Arbeit im Kopf einfach überhöht. Oft war ich an einem Punkt, wo ich dachte, wieso investiere ich da so viel Zeit darin, parlamentarische Initiativen zu entwickeln, die sowieso nicht durchkommen, Zeit, die ich an anderer Stelle besser verwenden könnte, im Sinne der Menschen, mit denen ich gerne arbeiten würde. Dann habe ich aber gemerkt, man braucht einen langen Atem in der Politik. Und ich merkte dann nach und nach, wie diverse Initiativen, angefangen vom Integrationskonzept bis hin zur interkulturellen Öffnung des Öffentlichen Dienstes – alles Anträge von uns, die immer abgelehnt worden waren –, mit zeitlicher Verzögerung dann doch aufgegriffen wurden. Natürlich wurden sie dann als Senatsinitiativen präsentiert, aber die Inhalte wurden umgesetzt. Und rückblickend auf jetzt 4 Jahre bin ich zwar, im Vergleich zum Anfang, desillusio-



Abb. 71
Nebahat Güçlü

nierter, aber ich kann realistischer einschätzen, wo ich als Abgeordnete Einfluss nehmen kann.

Aygül Özkan Meine Motivation, in die Politik zu gehen war teilweise ähnlich, teilweise anders. Ich komme ja aus einer ganz anderen Schiene, ich bin stark in der Wirtschaft verankert, und das prägt auch meine politische Motivation. 1997 habe ich die Arbeitsgemeinschaft Türkischer Unternehmer und Existenzgründer mitgegründet und durch diese ehrenamtliche Tätigkeit viele Berührungen mit der Politik und zur Arbeit von Behörden gehabt. Unsere Arbeitsgemeinschaft ist aus einem Projekt der Handelskammer entstanden, und wir mussten damals schon Überzeugungsarbeit leisten, dass so etwas nötig ist. Mit der Geschäftsführung der Handelskammer haben wir dann einen informellen Weg gefunden. Wir wurden zwar nicht in die Handelskammer integriert, uns wurden aber Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die uns weitergebracht haben. Wir waren natürlich auf Fördermittel angewiesen, das bedeutete, wir mussten mit Behörden verhandeln und Mittel aus Programmen beantragen, ob das nun EU-Mittel oder Sofort-Programme der Bundesregierung waren. Das heißt, wir mussten mit Leuten reden, unsere Zielsetzung deutlich machen, letztendlich gemeinsam an einem Strang ziehen. Da hatte ich auch automatisch mit den Parteien zu tun, ohne dass eine direkt politische Arbeit dahintersteckte, der Verein ist ja überparteilich und nicht politisch orientiert. Ich habe auch viel mit der SPD zu tun gehabt, ich habe sogar zeitweise für eine SPD-Europaabgeordnete im Europäischen Parlament gearbeitet. Politische Arbeit habe ich für mich immer daran festgemacht, dass sie einen wirtschaftlichen Aspekt hat, weil für mich sehr früh nach meinem zweiten juristischen Examen klar war, dass ich in die Wirtschaft gehen wollte. Was mich motiviert hat, waren ähnliche Erfahrungen, wie ihr sie auch gemacht habt. In unserer Gesellschaft haben wir jahrelang darüber diskutiert, ob wir Integration wollen. Jetzt reden wir darüber, wie wir das machen und auch wie wir das Thema in die Wirtschaft hineinbringen können. Das ist erfreulich, und ich denke, die Zeit ist reif dafür, dass ich auch mit meiner Erfahrung, die ich aus der Wirtschaft mitbringe, etwas bewegen kann. Dann wurde ich 2004 von der CDU gefragt, ob ich in die Deputation gehen würde. Am Anfang wusste ich auch nicht, was mich dort erwarten würde. Das Wort Deputation hatte ich da zum ersten Mal gehört, ich habe erst mal bei Google nachgesehen und habe festgestellt, dass das eine Hamburger Besonderheit ist, eine historisch überlieferte Geschichte. Als ich gefragt wurde, ob ich mir überhaupt eine Deputationsarbeit vorstellen



Abb. 72
Aygül Özkan

könnte, war für mich gleich klar, dass ich nur in die Wirtschaftsdeputation gehen würde. Das war in der CDU schon ungewöhnlich, dass ich als Frau mit Migrationshintergrund ausgerechnet in die Deputation der Wirtschaftsbehörde ging. Nach meiner Wahl in die Wirtschaftsdeputation wurde ich gefragt, ob ich auch den stellvertretenden Vorsitz des Landesfachausschusses für Wirtschaft und Arbeit der CDU übernehmen würde. Mein Vorteil war es, dass ich über meine Projektstätigkeiten die Leute aus der Behörde schon kannte. Ich wollte meine Erfahrungen nutzen, um etwas zu bewegen im Bereich Arbeitsmarktpolitik, Ausbildung, Ansiedlungspolitik und aus der Perspektive von Unternehmen mit Migrationshintergrund. Auch für den Platz auf der Bürgerschaftsliste habe ich mich nicht selbst beworben, sondern ich bin gefragt worden. Vorangegangen war mal ein Gespräch mit dem Bürgermeister, wo ich selbst die Frage in den Raum gestellt hatte, ob die CDU von ihrer Basis her überhaupt dazu bereit sei, eine Migrantin oder einen Migranten als Kandidaten aufzustellen. Das ist ja für die CDU eher untypisch, und in der Politik ist es natürlich wichtig, dass man von der Basis akzeptiert wird. Ich bin zwar mit einer „Wildcard“ auf die Liste gekommen, das heißt, ich bin vom Parteivorstand vorgeschlagen worden. Ich habe aber schon gemerkt, auf dem Parteitag, auf dem die Liste abgestimmt wurde und in Gesprächen mit Parteimitgliedern, dass es da eine Offenheit und Bereitschaft gab und dass ich akzeptiert wurde. Wichtig ist es natürlich, dass man das Vertrauen der Leute gewinnt, ihnen seine Ziele erläutert und sie dann merken, dass man eben nicht als „Quotentürkin“ da hingestellt wurde. Es ist natürlich auch untypisch, dass ich mich in einem sogenannten „harten“ Thema engagiere. Ich hatte auch schon vorher abgesprochen, dass ich eben nicht in erster Linie für Integrationspolitik zuständig sein will. Die Wirtschaftspolitik ist mein Fachgebiet, und außerdem wollte ich nicht genauso weitermachen, wie jeder das erwartet und wie es auch schon von anderen Parteien begonnen wurde. Ich will das nicht abwerten, das war natürlich wichtig und notwendig, aber wir brauchen auch in jedem Fachbereich Leute, die diesen Migrationshintergrund mitbringen, die das Thema Integration dort einbringen und zur Querschnittaufgabe machen.

Nebahat Güçlü Ich glaube, wir würden uns etwas vormachen, wenn wir sagen würden, wir sind keine Alibimigranten für die Parteien. Natürlich haben die Parteien ihre Ziele im Blick, sie sehen, dass immer mehr Migranten eingebürgert sind und das Wahlrecht haben und dass sie auch dieses Wahlrecht durchaus nutzen. Insofern ist das natürlich auch eine strategische Überle-

gung, und ich glaube, jede von uns hat sich ihre Gedanken darüber gemacht. Es bietet aber gleichzeitig eine Chance, weil Migranten dadurch sichtbarer werden und das ein Schritt auf dem Weg sein kann, dass wir als ein ganz normaler Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden. Ich hätte auch gerne Frauen- oder Stadtentwicklungspolitik gemacht, habe mich dann aber selbst für Integrationspolitik entschieden, weil ich merkte, da ist eine große Erwartung und auch ein Bedürfnis bei den Menschen. Sie nehmen mich wahr als ihre Ansprechperson für die unterschiedlichsten Themen. Mich sprechen Migranten – nicht nur aus der Türkei, sondern zum Beispiel auch Afrikaner oder Aussiedler – zu allen möglichen Themenbereichen an, zum Beispiel Unternehmer, die irgendwelche Probleme haben, Leute die bauen wollen, Eltern die einen Konflikt mit der Schule haben. Integrationspolitik betrifft nicht nur das Thema Integration im engeren Sinne, sie ist per se eine Querschnittsaufgabe. Ich glaube, dieses Denken hat sich in den Fraktionen und Parteien aber noch nicht so weit etabliert, dass es von allen Ressorts mitgedacht wird, was man ja gerne erreichen möchte. Ich bin daher auch davon überzeugt, dass es neue Signale setzt, wenn Menschen mit Migrationshintergrund dann eben auch Wirtschaftspolitik machen oder sich in irgendeinem anderen Fachgebiet engagieren.

Aydan Özoğuz Ich würde das gerne noch etwas zuspitzen. Ich glaube inzwischen, dass Integrationspolitik, wie sie im Parlament gemacht wird, letztendlich den wirklichen Problemen nicht gerecht wird. Ich glaube, wirklich erfolgreiche Unternehmer ausländischer Herkunft brauchen uns nicht so sehr, die verhandeln – wie alle anderen erfolgreichen Unternehmer auch – mit den Behörden oder dem zuständigen Senator direkt, die brauchen nicht den Umweg über die türkischstämmige Abgeordnete. Ebenso erfolgreiche Ärzte oder andere Selbstständige – die agieren genauso wie Deutsche, die eine gewisse Position in der Gesellschaft haben. Das sind nicht in erster Linie diejenigen, die uns aufsuchen, der Schwerpunkt liegt bei denen, die Probleme haben. Und darunter wird ja auch Migrationspolitik subsumiert – Migranten sind Menschen, die irgendwelche Defizite haben. Wenn wir mal das Thema Sprachförderung nehmen – das ist ja in der Diskussion das Thema überhaupt –, die brauchen Menschen mit Migrationshintergrund in Blankenese oder Volksdorf nicht, aber die brauchen Menschen mit und teilweise auch ohne Migrationshintergrund in Wilhelmsburg. Natürlich brauchen wir eine Zuwanderungspolitik, aber das ist Sache der Bundesebene. Die klassische Integrationspolitik ist nach meiner Erfahrung ein Bestandteil der Sozialpolitik, es darf

nicht darum gehen, wer wo herkommt, sondern wer welche Probleme hat. Ich bin Mitglied des Eingabenausschusses, da hat man einen direkten Kontakt zu den Bürgern. Da habe ich auch die Erfahrung, dass Menschen mit Migrationshintergrund eher auf mich zukommen als auf andere. Bei mir waren das vor allem Afghanen. Als die Diskussion um Abschiebungen nach Afghanistan losging, habe ich täglich mit Leuten telefoniert, und es war ganz deutlich, dass sie mich anriefen, weil ich türkischer Herkunft bin, ich war damit irgendwie auch eine von ihnen. SPD und Grüne haben es – natürlich gemeinsam mit vielen Menschen in der Stadt und den Medien – dann ja auch geschafft, dass der Innensenator schließlich gesagt hat, afghanische Familien werden nicht abgeschoben, obwohl er das anfangs wollte. Das war wirklich mal ein messbarer Erfolg. Unsere türkische Herkunft war sicher bei uns allen dreien mit ein Grund dafür, dass wir aufgefordert wurden, für die Bürgerschaft zu kandidieren. Es ist klar, dass strategische Überlegungen der Parteien dahinterstehen, aber was man daraus macht, das liegt an einem selber.

Nebahat Güçlü Auch bei mir ist das ähnlich: Die Tatsache, dass ich aus der Türkei stamme, scheint ein Vertrauensverhältnis herzustellen, auch ohne dass die Menschen mich kennen. Ich werde nie vergessen, kurz nach der Wahl sprach mich in der U-Bahn ein alter türkischer Mann an, bestimmt schon über achtzig, der hatte wohl ein Foto von mir in der Zeitung gesehen. Er sagte: „Wir sind stolz auf dich, jetzt haben wir auch eine Stimme im Parlament.“ Ich mache natürlich immer deutlich, dass ich nicht nur für die Menschen aus der Türkei zuständig bin, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger. Diesen Irrtum erlebe ich auch in der internationalen Politik. Ich bin viel in der Türkei oder in Zypern unterwegs, und Aydan, du hast das ja auch erlebt, als wir zusammen in der Türkei waren. Viele bezeichneten uns als „türkische Abgeordnete“. Wir mussten das immer wieder korrigieren und erklären, dass wir deutsche Landtagsabgeordnete sind, auch wenn wir aus der Türkei stammen.

Aydan Özoğuz Besonders schön war der Satz in der türkischen Presse „Sie reden Deutsch miteinander!“

Aygül Özkan Auch ich werde von türkischen Medien als zukünftige „türkische Abgeordnete“ dargestellt. Dagegen muss man sich immer wieder verwahren. Wir leben in Hamburg, wir haben hier unseren Lebensmittelpunkt, und wir sprechen über die Probleme, die wir hier lösen wollen. Aber ich wollte noch auf einen anderen Punkt zurückkommen. Du hast recht Aydan,

dass die erfolgreichen türkischen Unternehmer oder Unternehmer mit Migrationshintergrund uns nicht unbedingt brauchen. Ich glaube, es ist eher umgekehrt, und da möchte ich auch meinen Schwerpunkt setzen: Deutsche Unternehmer und deutsche Meinungsbildner oder Institutionen brauchen eher die Unterstützung von uns, um die Denkweisen und Bedürfnisse von Menschen mit anderem gesellschaftlichen Hintergrund besser verstehen zu lernen. Das ist auch nötig, um wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu sein. Die Unternehmen müssen erkennen, wo ihre Interessen liegen, wir haben nicht mehr länderorientierte Märkte, wir haben produkt- oder dienstleistungsorientierte Märkte, und dafür braucht man Arbeitskräfte und Konsumenten. Darum wollen sie wissen, wo geht die Richtung hin, wie können wir uns unter den veränderten Bedingungen vermarkten. Wenn die Migranten nicht mehr auf uns angewiesen sind, dann ist das eine sehr positive Entwicklung, dann ist etwas richtig gelaufen. Wichtig ist es, dass deutsche Unternehmen und Entscheidungsträger darauf hören, was wir beitragen können. Menschen mit Migrationshintergrund – egal ob türkisch oder anderer Nationalität – bringen andere Denkweisen herein, und das ist für mich entscheidend.

Nebahat Güçlü Die CDU profitiert natürlich auch von der Ökonomisierung der Integrationsdebatte, und ich glaube, das ist auch das Argument, mit dem die CDU-Basis erreichbar ist. Also sie versprechen sich einen wirtschaftlichen Gewinn, sie versprechen sich neue Märkte und neue Konsumenten. Über diese Schiene können viele Menschen überzeugt werden. Auch im Zuge der Debatte über den Fachkräftemangel gibt es verstärkt Überlegungen in diese Richtung. Aber wir sollten uns nicht die Illusion machen, dass damit plötzlich alle Probleme gelöst werden. Wir müssen differenzieren zwischen Einwanderern der ersten Generation, die haben ganz viele noch heute unge löste Probleme, und der zweiten Generation, zu der wir drei gehören. Ich habe eine 17-jährige Tochter, die hat wieder ganz andere Probleme. Wir können da nicht bei allen mit den gleichen pauschalen Rezepten ansetzen. Ich erlebe bei uns in der Beratungsstelle, dass Frauen von über 60 Jahren, die Analphabetinnen sind, die also nicht einmal in ihrer Muttersprache lesen und schreiben können, zu Sprachkursen verpflichtet werden. Wo liegt da die Perspektive für eine Integration in den Arbeitsmarkt?

Aydan Özoğuz Ich wollte noch etwas zu den türkischen Medien sagen: Da ist ja inzwischen eine ganz merkwürdige Landschaft entstanden, also wir haben hier ja nicht mehr nur zwei türkische Zeitungen, sondern wir haben

türkische Journalisten und Medien, die politisch ein sehr breites Spektrum abdecken und die sich auch nicht alle grün sind untereinander. Und es ist abhängig davon, in welche Richtung man gerade geht, von welcher Zeitung man zitiert wird. Wenn man sich in bestimmten Bereichen positioniert, wird man von manchen Journalisten sogar feindselig behandelt. Ich habe bei manchen politischen Vorstößen von mir erlebt, dass ich von Leuten aus türkischen Vereinen in eine bestimmte Ecke gedrängt wurde, und auch von Journalisten wird das mitgemacht. Man erlebt das zum Beispiel bei linken Journalisten, wenn es um den Islam oder den Umgang mit Religion überhaupt geht. Man muss da sehr aufpassen, dass man nicht irgendwo zugeordnet wird, wo man nicht hingehört.

Nebahat Güçlü Ich glaube, ein Grund dafür ist die starke Türkei-Orientierung in den türkischen Medien. Die Journalisten arbeiten die Themen oft so auf, dass sie eher einen Türkeibezug haben, und lassen außer Acht, dass wir deutsche Abgeordnete sind, die sich um Hamburger Belange kümmern. Ich finde es aber sehr gut, dass wir inzwischen auch bei den ausländischen Medien eine größere Bandbreite haben, nicht nur im Bereich der türkischen Zeitungen. Mit den Themen, die ich bearbeite, komme ich viel öfter in türkischen, aber auch in russischen oder spanischen Medien zu Wort als in den deutschen Medien. Die deutsche Presse blendet den Themenbereich Integration weitgehend aus – es gibt nur große Artikel, wenn es um negative Nachrichten geht: Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde. Der ganze Bereich Integration und interkulturelles Zusammenleben wird auf Probleme reduziert. Ich habe einmal mit Journalisten diskutiert, warum sie immer nur Skandalnachrichten bringen und die Vorurteile ihrer Leser bedienen, anstatt auch mal den Blick zu weiten. Wir haben auch Erfolgsgeschichten auf allen Ebenen der Gesellschaft: Eine junge Türkin in Berlin hat das bundesweit beste Abitur gemacht, die jüngste Richterin in Deutschland ist eine kurdischstämmige, in der Türkei geborene junge Frau – ich lese solche Nachrichten nur in den türkischen Zeitungen, in den deutschen Medien wird so etwas völlig ignoriert. Dabei könnten die deutschen Medien eine große Wirkung haben, wenn sie das Thema interkulturelles Zusammenleben etwas balancierter angehen würden, auch mal die Erfolgsgeschichten und die Potenziale ins Blickfeld rücken würden – gerade auch hier in Hamburg.

Aygül Özkan Aber auch die türkischen Medien berichten sehr einseitig. Es geht zwar um Integrationsthemen, leider geht es aber auch dort überwie-

gend um Skandale und Probleme und weniger um die Erfolgsgeschichten. Natürlich, die Presse lebt davon, das ist überall so, Skandale steigern die Auflage. Mich stört aber auch, dass die türkische Presse versucht, einen gleich in ein bestimmtes Lager einzustufen und es nicht respektiert wird, wenn ich mich zu bestimmten Themen nicht äußern will, weil ich da vielleicht nicht so drinstecke. Zum Beispiel zu der Debatte, ob die Türkei das Recht hat, in den Nordirak einzumarschieren, oder die Armenierfrage, all diese Themen, die in der Türkei sehr kontrovers diskutiert werden. Ich beschäftige mich aber mit den Dingen, mit denen ich hier konfrontiert bin, wo ich hier etwas bewegen kann. Da kommt bei mir auch der Wirtschaftsmensch durch – ich lege Wert auf effizientes Arbeiten und will mich nicht mit allen möglichen Themen halb beschäftigen.

Ein zentrales Anliegen von mir ist es, Integrationspolitik mit Wirtschafts- bzw. Arbeitsmarktpolitik zu koppeln. An einem wichtigen Punkt ist schon begonnen worden, nämlich den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst deutlich zu erhöhen. Man kann das nicht von der Wirtschaft einseitig fordern, der öffentliche Dienst muss da ein Vorbild sein. Dazu muss man auch die Fallen durchforsten, an denen junge Migranten, zum Beispiel bei der Personalauswahl, scheitern. Bei kleineren Unternehmen und beim Mittelstand muss man das Bewusstsein dafür entwickeln, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft mehr Vielfalt und damit auch mehr Chancen bedeuten. Große Unternehmen haben das schon längst erkannt. Es müssen Wege gefunden werden, um Hemmnisse abzubauen, zum Beispiel bei Einstellungstests. Die Arbeitgeber sollten den individuellen Menschen sehen und nicht nur auf die Zeugnisse schauen. Jungen Menschen muss geholfen werden, einen Ausbildungsplatz zu finden. Gerade die innovativen Märkte, wie zum Beispiel die Logistik, von denen Hamburg stark profitiert, müssen stärker für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet werden.

Aydan Özoğuz Da Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe ist, müsste sie meiner Meinung nach beim Bürgermeister angesiedelt sein und nicht in irgendeiner Fachbehörde. Die konkrete Arbeit muss in allen Bereichen ansetzen. Das fängt in den Kindertagesstätten an: Wir haben eine lange Liste von Erwartungen an Erzieherinnen und Erzieher. Sie sollen die Sprachkompetenz überprüfen, die Motorik schulen und ich weiß nicht, was noch alles – aber niemand bildet sie entsprechend aus. Da muss grundlegend etwas geändert werden, ich stelle mir da ein Hochschulstudium vor. Wir brauchen auch wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen der Zahl der Kinder, die in die Kita

aufgenommen werden sollen, und der Zahl der beschäftigten Erzieherinnen, wenn man alle diese Dinge erfüllen möchte. Man sollte Integration bzw. Migranten als Normalfall und nicht als etwas Exotisches betrachten. Dabei muss man natürlich auch bestehende Probleme im Blick behalten, sich den Blick aber nicht verstellen. Der Migrationshintergrund an sich ist oft nicht entscheidend für bestimmte Probleme. Wenn ein Kind sprachliche Förderung braucht, muss es die bekommen, egal ob es aus einer türkischen, einer marokkanischen oder einer deutschen Familie kommt. Sprachförderung und Förderung in der Schule überhaupt, sollten nicht am Migrationshintergrund ausgerichtet werden, sondern am tatsächlichen Förderbedarf. Ganz wichtig ist für mich auch der Bereich der Kriminalität: In Hamburg wurden in den letzten Jahren ganz viele Jugendprojekte und Berufsqualifizierungsmaßnahmen gestrichen. Und wir wundern uns dann darüber, dass junge Leute perspektivlos rumhängen und aggressiv oder kriminell werden. Das betrifft in großem Maße Jugendliche mit Migrationshintergrund. Zum Teil sind die Probleme schon in unserem Schulsystem anlegt: Kinder, die keine Hilfe von ihren Eltern bekommen können, weil diese selbst nicht gebildet sind, können in der Schule keinen Erfolg haben. An diesen Schnittstellen müssten wir ansetzen, also in der Schulpolitik, der Jugendpolitik und der Sozialpolitik. Im sozialen Bereich kann man auch manchmal voneinander lernen. Wenn Familienverbände anders zusammenhalten, als es vielleicht in Deutschland als normal betrachtet wird, wenn man häusliche Pflege als etwas Normales betrachtet, kann man auch mal schauen, ob das nicht auch ein Weg für deutsche Familien sein kann. Die ganzen Probleme des Pflegesystems können wir in Hamburg nicht allein lösen, aber manche Dinge schon. Das fängt ja bei der Wohnungsbaupolitik an: Wie bauen wir Wohnungen, können da Familien überhaupt mit Älteren zusammenleben, sodass die Menschen ihre Eltern pflegen oder die Älteren die Kinderbetreuung übernehmen können. Die Lebensweisen türkischer Familien könnten in dieser Hinsicht auch für die Deutschen positive Anstöße geben.

Nebahat Güçlü Das kann ich zum großen Teil unterstützen. Meiner Meinung nach brauchen wir auch einen Schulrat für Integration. Ein Kernproblembereich im Feld der Integrationspolitik ist der Bereich Arbeitsmarktpolitik. Trotz aller Maßnahmen – egal ob unter Rot-Grün oder jetzt unter der CDU – hat es bisher keiner geschafft, diese unglaublich hohen Arbeitslosenzahlen zu reduzieren. Trotz Wirtschaftswachstum belegen Studien, dass in Hamburg die Arbeitslosenquote bei Migranten noch immer bei 24,4 % liegt.

Es wird oft der Vorwurf erhoben, die Migranten seien nicht genügend qualifiziert, sonst hätten sie auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn man genauer hinsieht, kann man aber feststellen, dass unter ihnen viele Akademiker sind, viele Lehrerinnen und Lehrer, die mit langjähriger Erfahrung im Bildungsbereich ihrer Heimatländer kommen und hier bei null beginnen müssen. Das ist einerseits eine Missachtung dieser Menschen, deren Qualifikation und Arbeitsbiografie ignoriert wird, andererseits brauchen wir gerade diese Leute. Wir diskutieren über Fachkräftemangel und über Chancengleichheit, da müssten wir erst mal unser System überprüfen. Es hat schon viele Entwicklungen innerhalb der EU in Richtung auf eine Harmonisierung und Anerkennung von Qualifikationen gegeben, das müsste auch auf andere Länder ausgedehnt werden. Auch wo Qualifikationen nach unseren Standards nicht ausreichen, müssten die Leute nicht bei null anfangen, man könnte sehen, wo man Anpassungsmaßnahmen anbieten kann, zum Beispiel Deutschkenntnisse oder auch fachbezogene Deutschkenntnisse, immer mit dem Ziel, bei den Vorkenntnissen der Menschen anzusetzen und sie hier relativ schnell an einem geeigneten Platz beruflich zu integrieren.

Aygül Özkan Am Wochenende war ich auf dem Bundeskongress der Frauenunion, da sind genau diese Themen auch diskutiert und in ein Papier aufgenommen worden. In diesem Gremium sitzen kaum Frauen mit Migrationshintergrund, daher war es gut, dass ich teilgenommen habe und mich für diese Anliegen starkmachen konnte.

Nebahat Güçlü Wir müssen auch wegkommen von pauschalen Lösungsansätzen für alle. Unter den Menschen, die hier leben, gibt es ganz verschiedene Gruppen, auch innerhalb einzelner Nationalitätengruppen, es gibt nicht die Türkischstämmigen. Eine Deutsche aus dem gleichen sozialen Milieu kann mir näher sein als eine Türkin, die vielleicht aus demselben Dorf stammt wie ich. Grundvoraussetzung für Integrationspolitik ist es aber, dass wir klären, was wir überhaupt unter Integration verstehen. Integration kann nicht so funktionieren, dass eine Seite einseitig diktiert, was mit Integration gemeint ist und was andere Menschen zu leisten haben, damit sie als integriert betrachtet werden. Viele Menschen haben die Wahrnehmung, dass sie in eine Korsett gezwängt werden oder dass sie Anforderungen erfüllen müssen, die nur an sie als Migranten gestellt werden, die für andere nicht gelten. Und deswegen glaube ich, dass wir noch nicht die richtigen Weichenstellungen haben. Sehr oft kommt der pauschale Vorwurf, viele

Migranten seien nicht integrationsbereit. Das wird sehr oft gemessen an der Bereitschaft, Deutsch zu lernen. Das Erlernen der Sprache ist natürlich eine Grundvoraussetzung, aber darauf kann man das Thema Integration nicht beschränken. Die Integrationskurse vom Bund haben gezeigt, dass hier die Bereitschaft zur Teilnahme sehr hoch ist, über 220 000 Menschen haben sich inzwischen angemeldet bzw. schon Kurse absolviert. Die wichtigste Aufgabe der Integrationspolitik ist es aber, aus den vermeintlich Fremden Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu machen – mit allen Rechten und Pflichten. Erschwert wird dies auch dadurch, dass Integrationspolitik immer mit Sicherheitspolitik verknüpft wird und überall gleich die islamischen Fundamentalisten gewittert werden.

Aygül Özkan Ich hatte kürzlich mal ein Interview mit einer Zeitung, wo es um alle möglichen inhaltlichen Themen ging, und zum Schluss fragte die Journalistin mich, ob ich „praktizierende Muslima“ sei. Das ist doch völlig unmöglich, niemand würde einen deutschen Politiker in einem solchen Kontext fragen, ob er praktizierender Christ ist – was auch immer das sein soll. Mein Glaube ist meine persönliche Angelegenheit, und wenn Zeitungen über mich als Politikerin berichten, sollen sie über meine inhaltliche Arbeit berichten.

Kapitel 4

Wissenschaftliche

Camilla Dawletschin-Linder

und kulturelle Begegnungen

1 Die wissenschaftliche Forschung und Lehre

Die wissenschaftliche Erforschung des Nahen Ostens, die „orientalischen“ oder „morgenländischen Studien“, begann in Deutschland bereits im 18. Jahrhundert. Zu diesem Zeitpunkt waren sie jedoch noch vorwiegend darauf ausgerichtet, als Hilfswissenschaft für die Theologie zu dienen, und bedeuteten vor allem die Untersuchung von Sprachen. Erste Übersetzungen von arabischer schöngeistiger Literatur ins Deutsche entstanden um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Mit der Popularisierung des Orients in der Kunst und Literatur und vor allem mit den zunehmenden Reisemöglichkeiten in den Orient und den danach erfolgenden Reisebeschreibungen änderte sich auch die Ausrichtung der orientalischen Wissenschaft. Es entstand das Fach Orientalistik. Es bedeutete nun nicht mehr nur die Sprachwissenschaft der klassischen Sprachen des Nahen Ostens, sondern beinhaltete auch die Kenntnis der Geschichte, Literatur und Kultur der betreffenden Länder wie auch die Lehre über den Islam. Bis ins frühe

19. Jahrhundert hinein waren französische und englische Gelehrte hierbei den deutschen Wissenschaftlern weit überlegen.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts änderte sich dies – die orientalischen Studien wurden auch in Deutschland zu einer eigenständigen Wissenschaft an den Universitäten und hatten wichtige neue Forschungsergebnisse zu verzeichnen. Dazu bereisten immer mehr deutsche Wissenschaftler den Orient und brachten von dort wahre Schätze an arabischen, türkischen und persischen Manuskripten für deutsche Bibliotheken mit. Gleichzeitig begann die deutsche Archäologie ihre Grabungen in Vorderasien und erwarb sich einen guten Namen, den sie auch heute noch behält.

Außerhalb der Universitäten gründete sich 1845 die Deutsche Morgenländische Gesellschaft als wissenschaftliche Vereinigung orientalistischer Gelehrter und von am Orient interessierten Laien. Sie existiert noch heute und unterhält neben ihrer Hauptstelle in Beirut ein Zweig-Institut in Istanbul.

Immer wieder – fast bis auf den heutigen Tag – hatte die Orientalistik mit dem Vorwurf zu kämpfen, sie sei ein „Orchideenfach“, dem die praktische Umsetzbarkeit der Erkenntnisse und überhaupt der Bezug zum wirklichen Leben der Region, die sie erforschte, abging. Im Zeitalter des Kolonialismus, an dem sich das Wilhelminische Kaiserreich relativ spät beteiligte, wurden daraufhin zwei Institute gegründet, die ausdrücklich praktische Dienste für das expandierende Deutsche Reich anbieten sollten: Das Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin und das Hamburger Kolonialinstitut. An beiden Stätten sollten vor allem Kolonialbeamte und Juristen ausgebildet werden und fremde Sprachen lernen, um dann – nach dem Vorbild der Briten – das Deutsche Reich und seine Interessen in Übersee zu vertreten.

Im 1908 gegründeten Hamburger Kolonialinstitut gehörte der renommierte Orientalist C. H. Becker, der spätere preußische Kultusminister, zu den ersten Professoren. Am 20. Oktober nahm das Seminar für die Geschichte und Kultur des Vorderen Orients unter ihm seine Arbeit auf. Zunächst wurde vor allem Arabisch unterrichtet, im Herbst 1909 kamen dann Kurse in Türkisch dazu. In zweisemestrigen Kursen sollten Kolonialbeamte und Kaufleute auf ihre Aufgaben in Übersee vorbereitet werden.

Aus dem Kolonialinstitut entstand 1919 die Hamburger Universität. Seither gab es ununterbrochen in Hamburg in jedem Semes-

ter Angebote für das Erlernen der türkischen Sprache sowie für türkische Studien im weitesten Sinne. Ein Blick in die alten Vorlesungsverzeichnisse soll dies illustrieren:

Im Sommersemester 1921 wurden folgende Kurse angeboten:

- Ural-altaische Sprachen (das heißt die Sprachen einer weitverzweigten Sprachenfamilie, zu der alle Turksprachen, aber auch Finnisch, Ungarisch und andere gehören)
- Ältere türkische Lyrik
- Einführung in das Osmanisch-Türkische
- Türkische Schriftlehre
- Lektüre eines älteren türkischen Dichters
- Der allgemeine Zustand der Türkei und Türkische Konversation

Für die letztgenannten fünf Kurse war der Lektor Nedjati Bey, also offensichtlich ein gebürtiger Türke, zuständig.

Im Sommer 1925 umfasste das Lehrangebot:

- Religionsgeschichte
- Turfantexte (Handschriften, die unter anderem die ältesten türkischen schriftlichen Zeugnisse aus Zentralasien einschließen)
- Die Geschichte des Khalifats (das heißt die frühe Geschichte des Islams)
- Ural-altaische Sprachen und Türkisch in verschiedenen Schwierigkeitsstufen.

Im Sommersemester 1941, also mitten im 2. Weltkrieg, bot das Seminar für die Geschichte und Kultur des Vorderen Orients die Kurse: Ural-altaische Sprachen; Einführung ins Türkische und Türkisch für Fortgeschrittene an.

In der nach Kriegsende wiedereröffneten Universität konnte man im Wintersemester 1945/46 zu den türkischen Sprachstudien die Lektüre ausgewählter türkischer Gedichte belegen.

Im Jahr 1948 wurde die Turkologie aus der Islamkunde herausgelöst und zu einem eigenen Studienfach erhoben. Dabei bedeutete Turkologie in erster Linie die Sprachwissenschaft der verschiedenen zentralasiatischen Turk-Sprachen. Erst später kam die Lehre über die moderne Türkei dazu. Dafür wurde 1979 eine eigene Pro-

fessur eingerichtet, die sich mit der Geschichte und Kultur des Osmanischen Reichs, der modernen Türkei, der aktuellen Entwicklung in den Turkrepubliken der ehemaligen Sowjetunion wie auch mit islamisch-türkischer Kultur in Deutschland befasst. Diesen Lehrstuhl hatte von seiner Gründung bis zu ihrem Tod 2004 Prof. Petra Kappert inne. Im Sommersemester 1985 hielt auf ihre Einladung hin der ehemalige türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit, dem nach dem Militärputsch von 1980 politische Betätigung in der Türkei verboten war, eine Vorlesungsreihe an der Universität Hamburg.

Im Frühjahr 2007 hat Prof. Raul Motika den Lehrstuhl für Turkologie übernommen.

Seit den frühen 1980er Jahren gibt es zusätzlich die Möglichkeit an der Universität Hamburg, im Rahmen des Lehramtsstudiums Türkischkenntnisse zu erwerben, um Schülern und Schülerinnen mit türkischer Muttersprache besser gerecht werden zu können. Von den 1990er Jahren an wurde im Turkologischen Seminar auch die kurdische Sprache gelehrt.

Die Türkei in Hamburger Mussen

Hamburger Kunsthalle

Eins sei vorweggenommen: In der Hamburger Kunsthalle hängt kein Werk eines türkischen Künstlers – und es ist anzunehmen, dass sich auch im Depot keines findet.

Dennoch begegnet man in der Kunsthalle vielerorts türkischen Motiven – zumeist so, wie sich im Laufe der Jahrhunderte

westeuropäische Künstler den „Orient“ vorgestellt haben. Insbesondere in der Malerei mit christlichen Motiven, die Szenen aus Palästina darstellen, sieht man türkische Motive, das Augenfälligste ist dabei natürlich die „orientalische“ Kleidung. Die Beispiele beginnen mit den frühesten Werken von Meister Bertram, insbesondere der „Anbetung der Könige“ des um 1383 entstandenen Petri-Altars.

Aus dem 15. bis 17. Jahrhundert besitzt die Kunsthalle besonders viele Kupferstiche und Radierungen, die sich mit den Osmanen auseinandersetzen. Dabei wird deutlich, dass der Turban wie auch schon auf den Bildern mit christlichen Motiven als Symbol für das Anderssein oder auch als Symbol für das Feindbild dient. Werke Albrecht Dürers sind zu sehen, die sich mit den Darstellungen Gentile Bellinis auseinandersetzen, eines Venezianers, der ein Jahr Hofmaler unter Mehmed dem Eroberer in Konstantinopel war. Dürer hat bei seinem Aufenthalt in Venedig wahrscheinlich jedoch auch selbst türkische Kaufleute gesehen und wurde dadurch inspiriert.

Die schon in den Kapiteln zur Geschichte angesprochenen Moden um den Orient sind auch in der Kunsthalle gut nachvollziehbar: Ab etwa 1600 erscheinen Blumenbilder mit Tulpen, aus der Zeit der „Turquerie“ dann Porträts von Adelligen und Kaufleuten in „türkischer“ Tracht. Daneben kann man aber auch Illustrationen zu Reiseberichten, unter anderem von Carsten Niebuhr aus Vorderasien betrachten.

Die „Orientmaler“ des 19. Jahrhunderts sind gut vertreten – Werke von Hans Makart, Frederick Goodall oder Jean-Léon Gérôme entsprechen dem Klischee, das sich Westeuropäer vom Orient machten: Haremsbilder mit üppigen schönen Damen oder textilfreie Damen im Bade zum Beispiel. Eine ganze Reihe davon ist im sogenannten Makart-Saal ausgestellt.

Im 20. Jahrhundert dann stellten die „Orientmaler“ etwas ganz anderes dar: Maler wie Klee, Macke oder Kandinsky waren auf der Suche nach dem Licht und den Farben des „Orients“, die sie meist in Nordafrika einfangen wollten. Auch aus dieser Epoche birgt die Hamburger Kunsthalle Beispiele, wie Kandinskys Arabischer Friedhof, gemalt 1909.

Pablo Picasso setzte sich mit den Werken Eugène Delacroix' auseinander, der viele Orientszenen gemalt hatte. Ein Werk aus dieser Periode Picassos, das einen direkten Bezug zur Türkei darstellt, ist

in der Kunsthalle zu sehen: Sitzende Frau in türkischer Tracht aus dem Jahre 1955.

Im Jahr 2006 setzte eine Ausstellung der Kunsthalle mit dem Titel „Parcours Bilder vom Orient“ diese in Hamburg befindlichen Werke zueinander in Bezug und vermittelte das Bild, das sich westeuropäische christliche Künstler im Laufe der Jahrhunderte vom Orient gemacht haben. Ein Großteil der Werke schwankt zwischen Difizierung auf der einen und Berausung auf der anderen Seite – insgesamt sagen sie viel über den christlichen Okzident und wenig über den osmanischen Orient aus.

Museum für Kunst und Gewerbe

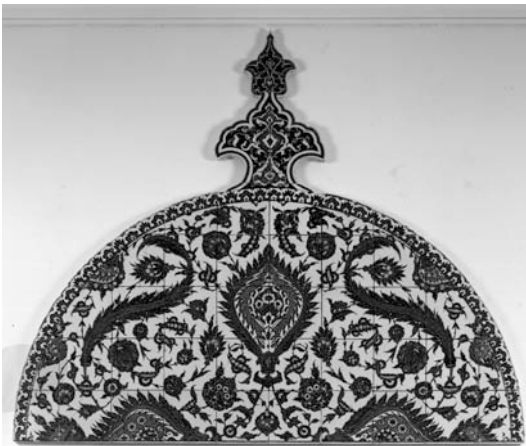


Abb. 73
Fliesenbogen

Das Museum für Kunst und Gewerbe besitzt eine lange Sammlertradition für islamische Kunst – schon seit der Gründung des Museums im Jahr 1877 wurden Objekte aus dem Osmanischen Reich und aus Persien angekauft. Es handelt sich dabei um Holzschnitzereien ebenso wie Buchkunst, Textilien, Glas oder Fayencen. Daher vermittelt dieses Museum in Hamburg am besten ein Bild des osmanischen Erbes der Türkei.

Ende 2007 hat das Museum seine Islam-Abteilung neu gestaltet wiedereröffnet. Die ständige Ausstellung zeigt islamische Kunst und Kunsthandwerk aus mehreren Jahrhunderten und aus vielen Regionen der islamischen Welt. Prunkstücke aus dem Bereich des Osmanischen Reichs sind ein illuminiertes Gedichtband Sultan Süleymans des Prächtigen aus dem Jahr 1554, osmanische Fliesen aus der Blütezeit der Keramikunst in Iznik im 16. Jahrhundert sowie eine osmanische Sultansurkunde von 1737. Ein weitaus größerer Teil der Sammlung liegt jedoch im Depot und wird vermutlich nach und nach gezeigt.

Museum für Völkerkunde

Wer sich für die Türkei interessiert, sollte vor allem das Programm des Völkerkundemuseums, vor allem auch die ausstellungsunabhängigen Vorträge und Filme regelmäßig studieren.

Das Völkerkundemuseum besitzt Sammlungen aus Vorder- und Zentralasien, Beispiele islamischer Kunst und islamischen Kunsthandwerks, die jedoch größtenteils im Depot liegen und nur zu bestimmten thematischen Ausstellungen gezeigt werden können. Darunter sind zum Beispiel eine osmanische Kalenderrolle aus dem 18. Jahrhundert, osmanische Textilien aus dem 19. Jahrhundert und Beispiele des türkischen Schattenspieltheaters. In der zentralasiatischen Sammlung befinden sich verschiedene Jurten (Nomadenzelte), Teppiche und Keramik. Während der großen Turkmenenausstellung im Jahr 1993 konnten letztere betrachtet werden.

Das Museum, das 1912 an der Rothenbaumchaussee als prächtiger Kuppelbau errichtet wurde und vor allem von Sammlungen viel gereister Privatpersonen profitiert hat, zeigte erstmals 1946 eine Sonderausstellung, die im weitesten Sinne mit unserem Thema zu tun hat. Die Wiedereröffnung des Museums nach dem Krieg geschah mit der Ausstellung Arabische Völker und Kulturen. Dem folgte noch im selben Jahr die kulturübergreifende themengebundene Ausstellung „Schattenspiele der Völker“, in der die Türkei mit den Karagözfiguren vertreten war.

Im Jahr 1976 übernahm das Museum eine Ausstellung aus Bremen, die erstmalig die Kultur der Türkei thematisierte: „Türkei – Heimat von Menschen in unserer Stadt“. Unter der neuen Leitung von Prof. Köpke vermehrten sich in den 1990er Jahren die türkeibezogenen Themen ganz deutlich: 1997 feierte eine Ausstellung „Mimar Sinan“, den Baumeister der osmanischen Glanzzeit, 1998 zeigte eine Fotoausstellung zur 75-Jahrfeier der Gründung der Türkischen Republik „Türkei – die Unbekannte“, 1999 lautete



Abb. 74 Hacivat und Karagöz, die Hauptfiguren des türkischen Schattenspiels „Karagöz“

der Titel einer Ausstellung „Türkei – Land an der Grenze Europas“ (ein durchaus zweideutiger Titel, wie mir scheint), und gleichzeitig wurde in einer Fotoausstellung die Türkei als Brücke zwischen den Kulturen dargestellt. „Kurdistan – Im Schatten der Geschichte“ betrachtete im Jahr 2001 einen anderen Aspekt des Landes.

Neben den Ausstellungen findet ein reiches Beiprogramm statt, das in Vorträgen, Filmen, Lesungen für Kinder oder auch in Kochkursen die Türkei den Hamburgern näher bringt. Dazu gehören auch die Handwerker, die auf dem Markt der Völker in der Vorweihnachtszeit ihre Kunst demonstrieren und unter denen auch immer mal wieder ein türkischer Keramikmaler oder Teppichweber ist.

Internationales Maritimes Museum Hamburg

Auch im 2008 eröffneten Internationalen Maritimen Museum Hamburg, das die Sammlung Tamm ausstellt, kann man Objekte ansehen, die Bezug zur Türkei haben, zum Beispiel osmanische Orden und eine historische türkische Marineuniform.



Abb. 75 Uniform des deutschen Admirals in osmanischen Diensten, Wilhelm Souchon, mit Fez, 1915.

3 Reisen und Tourismus

Orient-Reisen waren schon in den 1860er Jahren, als die ersten Dampfschiffe einen regelmäßigen Verkehr in das Mittelmeer aufnahmen, beliebt. Über Land war es noch beschwerlicher, bis 1888 die Türkei an das europäische Eisenbahnnetz angeschlossen wurde: Der berühmte Orient-Express fuhr dann in 50 Stunden von Wien nach Istanbul, diese Reisezeit verkürzte sich in den darauffolgenden Jahren um mehrere Stunden. Unternehmungslustige und bildungshungrige Bürger und Bürgerinnen wurden nicht nur durch die Lektüre von Reisebeschreibungen „des“ Orients, die in vielfacher Weise publiziert wurden, angeregt, sondern auch durch die Produkte von Reisebücher-Verlagen, wie zum Beispiel dem berühmten Baedeker.

Im Jahr 1891 wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der Reisen in fremde Länder aufgeschlagen: Albert Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie (HAPAG), die vor allem Nordamerika bediente und Abertausende von deutschen Auswanderern nach New York brachte, erfand die Kreuzfahrt. Seine Linie begann damit, Luxusdampfer einzusetzen und damit zu werben, dass die Kultur- und Bildungsreisen nun auch gleichzeitig zur Erholung dienen sollten. Da das größte und luxuriöseste Schiff der HAPAG im Winter ungenutzt im Hafen lag, schlug Ballin vor, die „Augusta Victoria“ auf eine lange Vergnügungsreise in das Mittelmeer und den Orient zu schicken. Die Reise sollte außerdem noch gut organisierte Landausflüge beinhalten. Seine Mitdirektoren hielten diese „Seefahrt zum Vergnügen“ schlichtweg für Schwachsinn. Doch Ballin setzte seine Idee mit aller Kraft durch und strafte alle Kritiker Lügen. Die erste „Kreuzfahrt“, die er persönlich begleitete, wurde ein voller Erfolg und erwies sich als ernst zu nehmende Marktlücke. Die „Deutsche Levante-Linie“ bediente daneben den regelmäßigen Expressverkehr in den Orient. Sie benannte sogar ihre Schiffe nach den Stadtteilen Istanbuls, wie „Pera“, „Stambul“ oder „Therapia“. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts war die Passage, die nun 18 Tage von Hamburg nach Istanbul dauerte, für 275 Reichsmark zu bekommen und damit auch für den Mittelstand erschwinglich geworden.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert machten sich auch nicht wenige Frauen auf, um entweder als Pilgerinnen das Heilige Land

zu bereisen oder aber um den sagenumwobenen Orient zu sehen – darunter verstand man insbesondere Ägypten oder Istanbul. So reiste auch die Hamburgische Kaufmannstochter Sophie Döhner 1894 nach Ägypten und ins Heilige Land und veröffentlichte danach ihre Reiseeindrücke unter dem Titel „Weltreise einer Hamburgerin 1893–1894. Aus dem Reisetagebuch“, erschienen in Hamburg 1895.

Der Massentourismus in die Türkei setzte jedoch erst fast genau 100 Jahre später ein. Inzwischen reisen jedes Jahr über 3,5 Millionen deutsche Urlauber – meist mit dem Flugzeug – in die Türkei. Einer der größten Anbieter dieser Reisen ist die „Öger Group“. Vural Öger, in Istanbul geboren und inzwischen in Hamburg beheimatet, gründete 1969 das Reisebüro „Istanbul“, das günstige Charterflüge für die in Deutschland arbeitenden Türken anbot. Aus diesem Service hat sich nach 1982 „Öger Tours“ entwickelt, ein Unternehmen, das nun vorrangig pauschal reisende Deutsche in die Türkei befördert und dort auf allen Gebieten versorgt. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für die Türkei und der größte Devisenbringer des Landes.

Kapitel 5

Schlussbetrachtung:

Amke Dietert

„Das Kreuz mit den Werten“

Es ist inzwischen 50 Jahre her, dass in Deutschland mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begonnen wurde. Aus den „Gastarbeitern“ sind Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geworden, trotzdem hat sich noch immer keine Normalität im Umgang miteinander eingestellt. Das betrifft in besonderem Maße das Verhältnis zwischen (ethnisch) Deutschen und Einwanderern aus der Türkei.

Ungeachtet aller auf den vorangegangenen Seiten beschriebenen positiven Beispiele von Menschen, die in Kultur, Wirtschaft und Politik erfolgreich waren, werden die Einwanderer aus der Türkei im Vergleich zu Zuwanderern aus anderen südeuropäischen Ländern als weniger in die deutsche Gesellschaft integriert wahrgenommen. Woran misst man jedoch den Grad der Integration?

Um diese Frage zu beantworten, muss man erst einmal klären, was Integration eigentlich ist. Als Minimaldefinition gilt es hierfür allgemein, eine Arbeit zu haben, die deutsche Sprache zumindest einigermaßen zu beherrschen, die Kinder in die Schule zu schicken und sich an die Gesetze zu halten. Das sind sicher Grundvoraussetzungen, um in Deutschland ein als „normal“ geltendes Leben zu führen. Aber reicht es auch aus, um sich wohlfühlen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, also sich auch persönlich als Teil der Gesellschaft zu fühlen?

Im Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, das im Dezember 2006 vom Hamburger Senat beschlos-

sen wurde, heißt es in der Präambel: „Integration geht über das friedliche Nebeneinander von Einheimischen und Zugewanderten hinaus. Es handelt sich um einen zweiseitigen Prozess, der Offenheit, Toleranz und Dialog von allen Gesellschaftsmitgliedern erfordert. Integration bedeutet, sich wechselseitig anzuerkennen und gemeinsam für die Gesellschaft Verantwortung zu tragen.“

Die Realität sieht jedoch oft anders aus. Integration wird von vielen Deutschen nicht als ein zweiseitiger Prozess gesehen, sondern als eine Anforderung ausschließlich an die Zuwanderer. Gleichzeitig wird den Zuwanderern deutlich gemacht, dass man sie eigentlich in diesem Land nicht haben will. Die Forderung nach Integration ist in dieser Situation vergleichbar mit der Anforderung, in ein Haus zu kommen, dessen Türen von innen verriegelt sind. Eindrucksvoll geschildert wird dieses Gefühl vor allem der ersten Generation der Zuwanderer aus der Türkei in den Lebensgeschichten türkischer Arbeitsmigranten in Hamburg, die unter dem Titel „Gekommen und geblieben“ in der Edition Körber-Stiftung veröffentlicht wurden.

Der deutsch-türkische Schriftsteller Zafer Şenocak meint, der Begriff „Integration“ sei von vornherein nur eine Notlösung gewesen: Da die Arbeitsmigranten nicht – wie ursprünglich vorgesehen – wieder gingen, musste eine Formel für das Zusammenleben gefunden werden, da man ihnen keinen gleichberechtigten Status gewähren wollte. Die deutsche Gesellschaft wurde als statisches Gebilde betrachtet, das sich nicht durch die Zuwanderer verändern würde, sondern an das sich die Zuwanderer anpassen sollten. Solche einseitigen Forderungen nach Anpassung wurden unter anderem von türkischen Verbänden als Versuch der Assimilation zurückgewiesen.

Dass die Menschen aus der Türkei ihre eigenen sozialen Netze bildeten und kaum Kontakte zu Deutschen aufbauen konnten, ist daher nicht verwunderlich und nicht in erster Linie ihnen vorzuwerfen. Die Ablehnung von „Ausländern“ auf dem Wohnungsmarkt hat mit dazu beigetragen, dass Türken sich in bestimmten Stadtvierteln konzentriert angesiedelt haben und das entstanden ist, was oft als Parallelgesellschaft bezeichnet wird: eine abgelöste Lebenswelt der türkischen Migranten mit türkischen Geschäften, Lokalen, Banken, Friseuren – also mit allem, was man für das tägliche Leben braucht. Der fehlende soziale Kontakt zu Deutschen trägt natürlich auch mit dazu bei, dass zumindest Erwachsene, die nicht mehr in

Deutschland zur Schule gegangen sind, die deutsche Sprache oft nur unzureichend gelernt haben. Dazu kommt, dass viele Arbeitsmigranten aus der Türkei in ihrer Heimat nur sehr kurz oder sogar überhaupt nicht zur Schule gegangen sind. Wer schon seine eigene Muttersprache nur auf einem niedrigen Niveau beherrscht und sich nicht über ihre Strukturen bewusst ist, hat umso größere Schwierigkeiten, eine Fremdsprache zu erlernen.

Das bereits erwähnte Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern sieht daher auch Maßnahmen für eine „nachholende Integrationsförderung“ für ältere Migranten vor.

Das Gefühl, von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt zu werden, hat unter den türkischen Einwanderern auch zu einem verstärkten Rückzug auf traditionelle Werte ihrer Ursprungsgesellschaft geführt. Der Politikwissenschaftler Kemal Bozay hat mit seinen Untersuchungen im Kölner Raum festgestellt, dass extrem nationalistische Einstellungen unter – meist männlichen – türkischen Jugendlichen vor allem darin begründet sind, dass sie sich von der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen und verachtet fühlen. Wahrscheinlich aus dem gleichen Grund prägt die Religion für mehr Einwanderer aus der Türkei in Deutschland den Alltag, als dies in der Türkei der Fall ist. Sowohl Nationalstolz als auch Religiosität sind geeignet, den Menschen ein Selbstwertgefühl als Gegengewicht zu der oft ablehnenden Haltung der Deutschen zu geben.

Kritik am Islam und an traditionellen Werten, die nicht mit unserem Verständnis individueller Freiheit übereinstimmen, kann daher zu einer weiteren Verhärtung der Fronten führen, wenn sie mit einer abwertenden Haltung vorgebracht wird. Ein konstruktiver Dialog kann nur funktionieren, wenn beide Seiten sich respektieren, einander zuhören und nicht ihre Überzeugungen von vornherein als die richtigen voraussetzen. Für jeden Menschen ist die eigene Kultur zunächst ein System von selbstverständlichen Verhaltensweisen und Werten. Die Erkenntnis, dass die eigenen Selbstverständlichkeiten nur relativ und für andere nicht selbstverständlich sind, ist ein mühsamer Lernprozess, ohne den aber ein Verständnis für Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund nicht möglich ist.

Das bedeutet nicht, dass alle Verhaltensweisen, die auf einem anderen kulturellen Hintergrund beruhen, aber den demokratischen Grundsätzen in Deutschland widersprechen, kritiklos hingenommen

werden sollen. Der Wandel von Wertvorstellungen kann aber nicht erzwungen werden, sondern ist ein längerer Prozess.

Sehr aufschlussreich ist hierzu das ebenfalls in der Edition Körper erschienene Buch „Das Kreuz mit den Werten“ von Jürgen Gottschlich und Dilek Zaptçioğlu. Das deutsch-türkische Autorenpaar, beide Journalisten, lebt in Istanbul. Beide haben aber sowohl in der Türkei als auch in Deutschland gelebt und gearbeitet und stellen gesellschaftlichen Wertorientierungen und ihre Entwicklungen nebeneinander.

Der deutsche Blick auf konservative Einstellungen unter Türken wird nachhaltig infrage gestellt, wenn man zurückblickt auf den rasanten Wertewandel in Deutschland in den letzten 50 Jahren. In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts war die Funktion der Hausfrau und Mutter das gängige Rollenbild für die Frau. Ein anständiges Mädchen hatte als Jungfrau in die Ehe zu gehen, eine Schwangerschaft vor der Ehe galt als Schande für die ganze Familie, und auch die Ehescheidung war mit einem Makel behaftet. Diese Wertvorstellungen spiegelten sich auch im Strafrecht wider: Bis 1974 konnte es als „Kuppelei“ bestraft werden, wenn man einem unverheirateten Paar eine Wohnung vermietete oder Eltern ihren unverheirateten Kindern gestatteten, in ihrem Haus mit einem Partner in einem Zimmer zu schlafen. Homosexualität unter erwachsenen Männern war bis 1969 strafbar. Das Bundesverfassungsgericht wies 1957 die Beschwerde eines homosexuellen Paares zurück; als zu schützendes Rechtsgut wurden „die sittlichen Anschauungen des Volkes“ genannt, die sich maßgeblich aus den Lehren der „beiden großen christlichen Konfessionen“ speisten. Auch die Strafbarkeit von Ehebruch wurde erst 1969 abgeschafft, nachdem erstmals eine Große Koalition aus CDU und SPD an die Macht gekommen war. Kurz zuvor wollte die CDU-Regierung die Strafe für Ehebruch sogar verdoppeln, um die „Sitten prägende und Sitten erhaltende Wirkung“ des Verbots aufrechtzuerhalten. (Vgl. Jürgen Gottschlich/Dilek Zaptçioğlu, Das Kreuz mit den Werten)

Der entscheidende Umbruch der Wertvorstellungen kam mit den Jugendrevolten Ende der 1960er Jahre und der kurz darauf folgenden Ablösung der seit Gründung der Bundesrepublik herrschenden konservativen Regierungsmehrheit. Ein grundlegender Wertewandel erfolgte praktisch innerhalb einer Generation – ein Tempo, das für gesellschaftliche Prozesse ungewöhnlich ist.

Auch in der Türkei hat es in diesem Zeitraum einen Wertewandel gegeben, ausgelöst durch eine Veränderung der sozialen Strukturen, zunehmende Verstädterung, Anhebung des Bildungsniveaus und natürlich durch den Einfluss von Vorbildern aus Europa und den USA.

In soziologischen Untersuchungen wurde ein Zusammenhang festgestellt zwischen der materiellen Absicherung und den Werteinstellungen der Menschen: Je höher das Einkommen und die soziale Sicherheit, desto „moderner“ und liberaler werden die Ansichten. Menschen, deren Lebensgrundlage nicht gesichert ist, legen sehr viel mehr Wert auf traditionelle Werte wie Familienzusammenhalt, Treue und religiöse Werte, während mit steigendem Wohlstand die Betonung der individuellen Freiheit zunimmt.

Dieser Zusammenhang lässt sich sowohl in der Entwicklung in Deutschland als auch in der Türkei feststellen. In Deutschland herrschten in der Phase des wirtschaftlichen Aufbaus nach dem 2. Weltkrieg traditionelle Werte vor; mit steigendem Wohlstand in den 1960er Jahren brach die Jugend aus dem hergebrachten Wertekorsett aus und entwickelte neue Lebensmodelle.

In der Türkei setzte der Wertewandel ebenfalls in den 1960er Jahren mit der zunehmenden Abwanderung vom Land in die Städte ein, vollzog sich aber deutlich langsamer, ebenso wie auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Gut ausgebildete, berufstätige junge Menschen in den türkischen Großstädten gestalten allerdings heute ihr Leben ebenso frei und individuell wie ihre deutschen Altersgenossen.

Bemerkenswert ist allerdings, dass sich der Wertewandel in den türkischen Großstädten offenbar schneller vollzieht als unter den türkischen Zuwanderern in Deutschland. Wie schon oben erwähnt, führt die Ablehnung durch die deutsche Bevölkerung, die die Türken oft erleben, zu einem Rückzug auf ihre eigenen traditionellen Werte. Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass die türkischen Einwanderer in Deutschland zum großen Teil nicht an gesellschaftlichen Diskussionsprozessen teilnehmen – weder in Deutschland, noch in der Türkei. Auch ihre wirtschaftliche Situation – ihr Nettoeinkommen liegt im Durchschnitt niedriger als das der Deutschen – und das Gefühl sozialer Unsicherheit verhindert eine schnellere Anpassung an moderne Wertvorstellungen.

Eine starke Bindung an traditionelle Familienstrukturen beeinträchtigt vor allem die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen. Die soziale Stellung der Frau gilt daher als wichtiger Gradmesser für einen Wertewandel. Der Vorwurf, die Türken würden die Gleichberechtigung der Frau nicht akzeptieren, ist auch der am häufigsten vorgebrachte Kritikpunkt in Bezug auf fehlende Integration oder wenn es um das Argument geht, die Türkei würde aufgrund anderer Wertvorstellungen nicht in die EU passen.

Auf gesetzlicher Ebene haben die Frauen in der Türkei die gleichen Rechte wie in Deutschland, und junge, finanziell unabhängige Frauen in den Städten setzen diese Rechte für sich auch in der Praxis durch – ebenso wie sehr viele junge Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland auch. Auch Frauen, die ein Kopftuch tragen, tun dies oft aus eigener religiöser Überzeugung und legen genauso viel Wert auf Bildung, Beruf und ein selbstbestimmtes Leben wie andere Frauen auch.

Das Bild von der Unterdrückung türkischer Frauen wird vor allem geprägt von Extrembeispielen wie „Ehrenmorden“ oder Zwangsverheiratungen junger Mädchen. Diese Verletzungen der Menschenrechte von Frauen müssen mit allen geeigneten sozialen und juristischen Mitteln bekämpft werden. Sie werden aber auch von den meisten Einwanderern aus der Türkei abgelehnt. Wenn daraus Vorurteile abgeleitet werden, mit denen „die“ Türken pauschal verurteilt werden, führt dies nicht zu einer Lösung des Problems, sondern zu einer Verstärkung der Mechanismen, die gerade einen Wandel der Einstellungen behindern: einen Rückzug auf die eigene Gemeinschaft und ein Festhalten an traditionellen Wertvorstellungen.

Auch in Deutschland mussten die Frauen ihre Rechte und ihre Emanzipation in einem langen und nicht immer einfachen Prozess durchsetzen, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Das gilt auch für Frauen in der Türkei und unter den Einwanderern aus der Türkei in Deutschland. Die deutsche Gesellschaft und Politik sollte die Frauen dabei mit Unterstützung, Beratungsangeboten und der Stärkung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung fördern.

Aber auch modern eingestellte Türkinnen und Türken finden durchaus nicht alle Aspekte der deutschen Lebenskultur erstrebenswert und besser als ihre eigenen Traditionen. Die sehr individuelle Lebensweise der Deutschen ist für viele kein Vorbild, da sie als Ver-

einsamung und auch als egoistisch empfunden wird. Viele junge Migranten aus der Türkei sehen ihre Idealvorstellung eher in einer Synthese zwischen einem selbstbestimmtem Leben auf der einen, aber auch Bewahrung von Familienbindung und Solidarität auf der anderen Seite.

Das Klischee von den rückwärtsgewandten Türken gilt für viele schon heute so nicht mehr. Vor allem ignoriert es den Wandlungsprozess, der sich sowohl in der Türkei als auch unter den Einwanderern aus der Türkei unter uns permanent vollzieht. Wer diesen Prozess fördern will, muss den Dialog suchen, die Zuwanderer auf allen Ebenen in unsere Gesellschaft einbeziehen und ihnen die aktive Teilhabe ermöglichen.

Anhang

Literaturverzeichnis

- Acevit, Ayşegül; Bingül, Birand (Hg.): „Was lebst Du?“. Jung, deutsch, türkisch – Geschichten aus Almanya. München 2005.
- Akçam, Dursun: Deutsches Heim – Glück allein. Bornheim-Merten 1982.
- Akçam, Taner: Armenien und der Völkermord: Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung. Hamburg 1996.
- Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“. Schwalbach/Ts. 2005.
- Bozay, Kemal: Exil Türkei: ein Forschungsbeitrag zur deutschsprachigen Emigration in die Türkei (1933–1945). Münster/Hamburg 2001.
- Castles, Stephen: Migration und Rassismus in Westeuropa. Berlin 1987.
- Çetin, Fethiye: Anneannem. Istanbul 2004.
- Chiellino, Carmine (Hg.): Interkulturelle Literatur in Deutschland. Stuttgart 2007.
- Deeken, Annette; Bösel, Monika: „An den süßen Wassern Asiens“. Frauenreisen in den Orient. Frankfurt/Main 1996.
- Die ersten 112 Jahre. Das Museum für Völkerkunde Hamburg. Hamburg 2004.
- Döhner, Sophie: Weltreise einer Hamburgerin 1893–1894. Aus dem Reisetagebuch. Hamburg 1895.
- Doğramacı, Burcu: Kulturtransfer und nationale Identität. Deutschsprachige Architekten, Stadtplaner und Bildhauer in der Türkei nach 1927, Berlin 2008.
- Dorfey, Beate; Kramp, Mario (Hg.): „Die Türken kommen!“. Exotik und Erotik: Mozart in Koblenz und die Orient-Sehnsucht in der Kunst. Katalog zur Ausstellung in Koblenz. Koblenz 2006.
- Edition Körber Stiftung: Was ist ein Deutscher? Was ist ein Türke? Alman olmak nedir? Türk olmak nedir? Hamburg 1998.
- Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reiches. München 2003
- Faroqhi, Suraiya: Kultur und Alltag im Osmanischen Reich. Vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. München 1995.
- Fiebig, Eva Susanne: Hanseatenkreuz und Halbmond: Die hanseatischen Konsulate in der Levante im 19. Jahrhundert. Marburg 2005.
- Gottes Freund und aller Welt Feind. Von Seeraub und Konvoifahrt. Störtebeker und die Folgen. Ausstellungskatalog. Museum für Hamburgische Geschichte. Hamburg 2001.

- Gottschlich, Jürgen: Türkei. Ein Land jenseits der Klischees. Berlin 2008
- Gottschlich, Jürgen; Zaptçioğlu, Dilek: Das Kreuz mit den Werten. Über deutsche und türkische Leitkulturen. Hamburg 2005.
- Gronau, Dietrich: Mustafa Kemal Atatürk oder Die Geburt der Republik. Frankfurt a. M. 1994.
- Hamburgs Rhederei und die Levante im 19. Jahrhundert. Hamburg 1902.
- Heidsieck, Gudrun: Wahrnehmung und Vermittlung des Fremden am Beispiel der Reiseberichte aus dem Orient von Luise Mühlbach, Mathilde Weber, Sophie Döhner und Käthe Schirmacher in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hamburg 2005.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Berlin/Bonn 1986.
- Hermann, Rainer: Wohin geht die türkische Gesellschaft? München 2008.
- Herrmann, Ruth: Wir sind doch nicht vom Mond. Reinbek 1975.
- Jamin, Mathilde: Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei. In: Motte, Jan; Ohlinger, Rainer; von Oswald, Anne (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Frankfurt 1999.
- Kalter, Johannes; Schönberger, Irene: Der lange Weg der Türken. 1500 Jahre türkische Kultur. Stuttgart 2003.
- Keskin, Hakkı: Deutschland als neue Heimat. Eine Bilanz der Integrationspolitik. Wiesbaden 2005.
- Kiyak, Mely: 10 für Deutschland. Gespräche mit türkeistämmigen Abgeordneten. Hamburg 2007.
- Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei. Mainz 1985.
- Koçak, Cemil: Türk-Alman İlişkileri 1923–1939. Ankara 1991.
- Koch, Marion: Parcours. Bilder vom Orient. Hamburg 2006.
- Kreiser, Klaus: Atatürk. Eine Biographie. München 2008.
- Kreiser, Klaus; Neumann, Christoph K.: Kleine Geschichte der Türkei. Stuttgart 2003.
- Kreiser, Klaus: Istanbul. Ein historisch-literarischer Stadtführer. München 2001.
- Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt 2004.
- Liman von Sanders, Otto: Fünf Jahre Türkei. Berlin 1920.
- Mordtmann, Andreas David: Anatolien. Skizzen und Reisebriefe aus Kleinasien (1850–1859). Eingel. und hrsg. von Franz Babinger. Hannover 1925, Neudruck Osnabrück 1972.
- Niebuhr, Carsten: Entdeckungen im Orient. Reise nach Arabien und anderen Ländern 1761–1767. Neue Gesamtausgabe Tübingen 1975.
- Ören, Aras: Was will Niyazi in der Naunynstraße? Berlin 1973.

- Ören, Aras: Der kurze Traum aus Kağıthane. Ein Poem. Berlin 1974.
- Ören, Aras: Deutschland. Ein türkisches Märchen. Gedichte. Düsseldorf 1978.
- Özakın, Aysel: Soll ich hier alt werden? Hamburg 1982.
- Özakın, Aysel: Du bist willkommen. Gedichte. Hamburg 1985.
- Özren, Can: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei 1945/49–1963. Münster 1999.
- Okday, Şefik: Der letzte Großwezir und seine preußischen Söhne. Göttingen/Zürich 1991.
- Richter, Michael: Gekommen und Geblieben. Deutsch-türkische Lebensgeschichten. Hamburg 2003.
- Rüstow, Dankwart A.: Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident. Göttingen 1990.
- Schmidt, Rudolf: Die Türken, die Deutschen und Europa: ein Beitrag zur Diskussion in Deutschland. Wiesbaden 2004.
- Seufert, Günter: Café Istanbul. München 1999.
- Seufert, Günter; Kubaseck, Christopher: Die Türkei – Politik, Geschichte, Kultur. München 2004.
- Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch-Gladbach 1996.
- Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. München 2003.
- Strohmeier, Martin; Yalçın-Heckmann, Lale: Die Kurden: Geschichte, Politik, Kultur. München 2009
- Thelen, Sibylle: Istanbul – Stadt unter Strom: Gesichter der neuen Türkei. Freiburg 2008
- Thelen, Sibylle: Die Armenierfrage in der Türkei. Berlin 2010
- Ülger, Eriş: Atatürk und die Türkei in der deutschen Presse (1910–1944). Hückelhoven 1992.
- Ülger, Eris: Die Türkei in der deutschen Presse (1945–1984). Hückelhoven 1993.
- Üstün, Nevzat: Almanya, Almanya. In: Pforte des Glücks. Die Türkei in Erzählungen ihrer besten zeitgenössischen Autoren. Auswahl und Redaktion: W. A. Oerley. Stuttgart 1969.
- Verein aktives Museum (Hg.): Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945. Ausstellungskatalog. Berlin 2000.
- Witthöft, Hans Jürgen: Kurs Levante: deutsche Linienfahrt ins östliche Mittelmeer. Herford 1989.
- Zaimoğlu, Feridun: Zwölf Gramm Glück. Köln 2004

Bildnachweise

Wir danken allen nachfolgend verzeichneten Personen und Institutionen, die uns Bildmaterial zur Verfügung gestellt bzw. die Genehmigung zum Abdruck gegeben haben (Urheber, Abbildungsnummern). Alle hier nicht genannten Abbildungen sind frei verfügbar.

- Alevitisches Kulturzentrum 55
- Archiv Körber-Stiftung 50, 51, 61
- ATU 67, 68
- Can, Abut 56, 57
- Demokratik Sol Parti Genel Merkezi 36
- hamburgmuseum 11
- Humboldt-Universität zu Berlin/bridgemanart.com 34
- Hürriyet Hamburg 47, 64
- Internationales Maritimes Museum Hamburg 75
- Işık, Hasan 43, 44, 45, 54, 58, 65, 66, 69
- Jansson, Ann-Christine 60
- Mittelrheinmuseum Koblenz 15
- Moschee Verband Hamburg 53
- Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg 73
- Neppert, Jürgen 74
- Orth, Andrea 1, 5, 31
- Privatarchiv Cornelius Bischoff, Hamburg 33
- Privatarchiv Helmut Cauer, Steinkirchen 20
- Privatarchiv Dr. Hans-Peter Laqueur, Bremerhaven 12, 13, 21, 32, 35
- Privatarchiv Dr. Marianne Schmidt-Dumont, Hamburg 24, 25
- Roweromaniak, Wikimedia Lizenz cc-by-sa-2.5 37
- Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky 9, 10
- Tarman, Murat, Türkei 18
- T. C. Cumhurbaşkanlığı, Basın, Başdanışmanlığı 26, 27, 40
- Theatergruppe MUT 62, 63

Zu den Autorinnen

Amke Dietert studierte in Mainz und in Hamburg Germanistik, Philosophie und Turkologie. Sie hat sich mit Fragen des Spracherwerbs und der Zweisprachigkeit der Kinder von Migranten aus der Türkei befasst und an der Marmara-Universität in Istanbul deutsche Sprache und Literatur unterrichtet. Später war sie als freie Mitarbeiterin des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg tätig. Als Türkei-Koordinatorin der deutschen Sektion von Amnesty International setzt sie sich für die Wahrung der Menschenrechte in der Türkei ein.

Camilla Dawletschin-Linder, Dr. phil., studierte in München, Ankara und Oxford Turkologie und Modern Middle Eastern Studies und promovierte in Hamburg zur Wirtschaftsgeschichte des Nahen Ostens. Sie beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit der neueren türkischen Geschichte, war als Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg und an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Bremen tätig und publizierte u. a. eine Biographie des türkischen Politikers Celal Bayar.